



CDU

14. Bundesparteitag

Bonn, 21. - 23. März 1966

14. CDU-Bundesparteitag

Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, 53 Bonn,
Nassestraße 2 · Redaktion: René Ahrlé · Fotos: Josef A. Slominski, P. Bouserath · Gestal-
tung: Kurt Kieselbach · Druck: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH., 42 Oberhausen (Rhld.) +
4 Düsseldorf · Verlag: Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands, Verlagsgesellschaft mbH., Bonn.

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
DEUTSCHLANDS

14. CDU-Bundesparteitag

Bonn, 21. bis 23. März 1966

Niederschrift

Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Verlagsgesellschaft mbH., Bonn

INHALT

	Seite
Montag, 21. März 1966	
1. Plenarsitzung	
Eröffnung und Grußworte	9
Dr. Konrad Adenauer	31
Kai-Uwe von Hassel	42
Josef Hermann Dufhues	45
Dienstag, 22. März 1966	
2. Plenarsitzung	
Josef Hermann Dufhues	48
Aussprache	63
Prof. Dr. Ludwig Erhard	87
3. Plenarsitzung	
Dr. Rainer Barzel	114
Aussprache	136
Mittwoch, 23. März 1966	
4. Plenarsitzung	
Fortsetzung der Aussprache	159
Satzungsänderungen	191
Wahlen	193
Schlußwort	217



Zusammenstehen!
Vorwärtsdenken!
Arbeiten!

Bonn, 23. März 66

Hünigswang

Montag, 21. März

1. PLENARSITZUNG

Eröffnung durch den Vorsitzenden

Wahl des Parteitagspräsidiums

Grußworte

des Präsidenten des Bundesparteitages

des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen

des Oberbürgermeisters der Stadt Bonn

des Vorsitzenden der CSU

des Vertreters der ausländischen Gäste

Es spricht

Dr. Konrad Adenauer MdB

Bundsvorsitzender

Bundsvorsitzender Dr. Adenauer:

(mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Ich eröffne den 14. Parteitag der Christlich Demokratischen Union und heiße Sie alle, Sie, meine lieben Parteifreunde, und unsere Gäste, herzlich willkommen.

Auf Vorschlag des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses schlage ich Ihnen als Mitglieder des Präsidiums dieses Parteitages folgende Damen und Herren vor:

Als Präsidenten den Herrn Ministerpräsidenten dieses Landes, Dr. Meyers,

(Beifall)

als Mitglieder Herrn Adorno, Frau Brauksiepe, Frau Fera, Herrn Dr. Fricke, Herrn Grundmann, Herrn Katzer, Herrn Dr. Klepsch, Herrn Gerd Lemmer, Herrn Niermann und Frau Dr. Pieser.

Ich entnehme Ihrem schon zuvor bekundeten Beifall, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzler, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Geschäftsordnung habe ich zu Beginn dieses Parteitags die Mandatsprüfungskommission bestellen zu lassen.

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuß schlagen Ihnen vor: als Vorsitzenden Herrn Dr. Even, Mitglied des Deutschen Bundestags; als Mitglieder Herrn Alo Hauser vom Landesverband Rheinland, Herrn Benda vom Landesverband Berlin, Herrn André, Landesgeschäftsführer Saar, Herrn Dreyer, Kreisgeschäftsführer Rheinland-Pfalz, und Herrn Müllenbach, Bundesgeschäftsstelle.

Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich, die rote Abstimmungskarte emporzuheben. — Wer dagegen ist, der hebe nunmehr bitte die Abstimmungskarte hoch! — Enthaltungen? — Ich stelle fest, daß die Kommission einstimmig dem Vorschlag entsprechend gewählt ist.

Hochverehrter Herr Parteivorsitzender! Lieber Herr Dr. Adenauer!

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Sehr verehrte Gäste!

Liebe Freunde in der Union!

Zunächst darf ich Ihnen den Dank des soeben durch die Delegierten gewählten Präsidiums für das Vertrauen aussprechen, das Sie uns mit dieser Wahl erwiesen haben.

Als Vorsitzender des Präsidiums dieses Parteitags entbiete ich meinen ersten und sehr herzlichen Gruß unserem Bundesvorsitzenden, Herrn Dr. Konrad Adenauer.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Neben ihm begrüße ich ebenfalls von ganzem Herzen unseren Bundeskanzler, Prof. Dr. Ludwig Erhard.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich und mit aufrichtigem Dank für die von ihm geleistete Arbeit als Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden der Union unseren Freund Josef Hermann Dufhues.

(Lebhafter Beifall)

Seien Sie gewiß, lieber Herr Dufhues, daß wir Ihren Einsatz und besonders auch Ihre Arbeit für den so überzeugenden Wahlsieg der Christlich Demokratischen Union im vergangenen Herbst zu würdigen wissen, auch wenn Sie künftig an dieser Stelle der Union aus eigener Entschliebung und nach reiflicher Überlegung nicht mehr wirken wollen.

(Beifall)

Daneben begrüße ich gleich herzlich den Stellvertretenden Geschäftsführenden Vorsitzenden, unseren Freund Herrn Minister Kai-Uwe von Hassel.

(Beifall)

Unser ebenfalls herzlicher Gruß gilt den anwesenden Mitgliedern des Präsidiums unserer Partei, Herrn Theo Blank und Herrn Heinrich Krone.

(Beifall)

Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier ist es leider nicht möglich, heute hier zu sein. Er hat uns folgendes Telegramm geschickt:

Ich bitte, vor dem Parteitag folgende Entschuldigung zu verlesen:

Ich bedaure aufrichtig, nach vielen Jahren zum erstenmal wegen einer Kur nicht am Parteitag teilnehmen zu können. Ich bitte, mich zu entschuldigen, und wünsche dem Parteitag einen eindrucksvollen und erfolgreichen Verlauf. —

Gerstenmaier, Bundestagspräsident

(Beifall)

Ich glaube mich zu Ihrer aller Sprecher machen zu können, wenn ich sage: Wir wollen dem Herrn Bundestagspräsidenten unsere Grüße entbieten.

(Beifall)

Mit großer Herzlichkeit darf ich den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, unseren Freund Rainer Barzel, begrüßen.

(Lebhafter Beifall)

Meine lieben Parteifreunde! Die besten Willkommensgrüße gelten den anwesenden Länderchefs der CDU. Ich begrüße die Herren Ministerpräsidenten Dr. Altmeier, Dr. Lemke, Dr. h. c. Kiesinger und Dr. Roeder.

(Beifall)

Unsere Grüße gelten unseren Parteifreunden im Bundeskabinett. Ich begrüße die Bundesminister Gradl, Heck, Katzer, Lücke, Schmücker, Schröder, Frau Schwarzhaupt, Seebohm, Stoltenberg und Westrick.

(Beifall)

Wir freuen uns über die Anwesenheit mehrerer Landtagspräsidenten und zahlreicher Landesminister, die ich hier alle aufs herzlichste willkommen heiße.

(Beifall)

Ich begrüße darüber hinaus unsere Unionsfreunde aus der Fraktion des Bundestages, aus den Fraktionen der Landesparlamente sowie die zahlreichen Freunde aus den kommunalen Gremien.

Ein ganz besonders herzlicher Gruß gilt den Freunden unserer bayerischen Schwesterpartei, der CSU, an ihrer Spitze unserem Freund Franz-Josef Strauß.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Mit ihm begrüßen wir die Bundesminister der CSU, unsere Freunde Dollinger, Jaeger, Höcherl, Niederalst und Stücklen. Auch die Vizepäsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Dr. Probst, darf ich mit besonderer Freude als Vertreterin der CSU begrüßen.

(Beifall)

Verehrte Gäste! Meine lieben Parteifreunde! Viele hohe und bedeutende Gäste aus dem In- und Ausland beehren uns zu diesem 14. Bundesparteitag mit ihrem Besuch. Ich habe namens des Präsidiums des Parteitags und der Bundespartei in Bonn willkommen zu heißen: Den Präsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten, den Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Herrn Mariano Rumor, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Senator Alain Poher, den Vizepräsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten, Herrn Dr. Martin Rosenberg, der zugleich Generalsekretär der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei der Schweiz ist. Die Christlich Demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments ist vertreten durch ihren Vorsitzenden, unseren Freund, den Bundestagsabgeordneten Illerhaus.

(Beifall)

Besonders herzliche Grüße gelten einer alten Besucherin unserer Parteitage, nämlich Baroness Evelyn Emmet of Amberly, der Repräsentantin der Konservativen Partei des Vereinigten Königreichs. Sie hat es sich trotz des Wahlkampfes nicht nehmen lassen, auch diesmal wieder bei uns zu sein. Ihren Freunden und ihr wünschen wir für den 31. März einen guten Erfolg.

(Beifall)

Den Vertretern der Österreichischen Volkspartei gratulieren wir zunächst zu ihrem eindrucksvollen Wahlsieg sehr herzlich. Wir begrüßen den Landeshauptmann des Bundeslandes Steiermark, Ökonomierat Krainer aus Graz, sowie Dr. Tropper und Kommerzialrat Moser aus Kärnten.

(Beifall)

Für die Christlich Soziale Volkspartei Luxemburgs begrüße ich den Vizepräsidenten Minister a. D. Dr. Schaus und das Mitglied des Exekutiv-Komitees, Kollwelter.

(Beifall)

Nicht zum erstenmal in unserem Kreise ist Herr Tindemans. Ich begrüße ihn in doppelter Eigenschaft: als Generalsekretär der Christlich Sozialen Partei Belgiens und als Generalsekretär der Europäischen Union Christlicher Demokraten.

(Beifall)

Die Christlich Demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments hat weiter ihren Generalsekretär Herrn Ferragni entsandt.

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich die Vertreterin der Höger-Partiet, der Konservativen Partei Schwedens, Frau Kristensson.

(Beifall)

Unsere Freunde in Finnland, die Nationale Sammlungspartei, werden vertreten durch den Vorsitzenden ihrer Gruppe im Reichstag, Herrn Generaldirektor Tuuli, den ich zusammen mit seiner Gattin herzlich willkommen heiße.

(Beifall)

Aus Norwegen ist zu uns der Fraktionsvorsitzende der Konservativen Partei, der Höyres-Landesstyre, Herr Stray, gekommen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Konservative Partei Dänemarks darf ich Herrn Pastor Gottschalk-Hansen herzlich begrüßen.

(Beifall)

Aus Frankreich ist zu uns gekommen der Generalsekretär des Mouvement Republicain, der MRP, Herr Fontanet. Ihm gilt unser herzlicher Gruß.

(Beifall)

Für die Christlich Historische Union der Niederlande begrüße ich einen alten Besucher unserer Parteitage, Herrn Kamphuis, den Vorsitzenden.

(Beifall)

Aus Bozen ist der Vorsitzende der Südtiroler Volkspartei, Landeshauptmann Dr. Magnago, unser Gast. Wir heißen ihn herzlich willkommen.

(Lebhafter Beifall)

Die Christlich Demokratische Union Zentraleuropas vertritt ihr von uns immer herzlich willkommen geheißenen Generalsekretär Sieniowicz.

(Beifall)

In Herrn Gebhardt begrüße ich den Generalsekretär der Internationalen Union Junger Christlicher Demokraten.

(Beifall)

Das Christlich Demokratische Studien- und Dokumentationszentrum in Rom ist durch seinen Leiter, Herrn Dr. Hahn, vertreten. Ich begrüße ihn herzlich.

(Beifall)

Als Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion begrüße ich unseren Freund Dr. Hellwig.

(Beifall)

Vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften begrüße ich unseren Freund, Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Walter Strauß.

(Beifall)

Ich begrüße den Generalsekretär des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften in Brüssel, Herrn August von Istendael.

(Beifall)

Ich heiße nunmehr als Vertreter der evangelischen Kirche Herrn Bischof Dr. Kunst sehr herzlich willkommen.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Ich begrüße gleich herzlich als Beauftragten der Katholischen Bischofskonferenz Herrn Prälat Wissing.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße mit gleicher Herzlichkeit Herrn Dr. van Dam vom Zentralrat der Juden Deutschlands.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße – und bitte um Verständnis dafür, daß das sehr summarisch geschehen muß – die zahlreichen Vertreter des kulturellen, des politischen, des wirtschaftlichen und des sozialen Lebens in Deutschland.

Ich begrüße die Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes, an ihrer Spitze den Vorsitzenden Herrn Rosenberg und den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Tacke.

(Lebhafter Beifall)

Ich höre, daß der Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Herr Rumor, jetzt eingetroffen ist. Ich bitte, den Beifall von eben noch einmal verdoppelt zu wiederholen.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße mit gleicher Herzlichkeit Herrn Krause, den Bundesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes.

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich den Vorsitzenden der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Herrn Spaethen.

(Beifall)

Wir begrüßen gleichfalls herzlich den Bundesvorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Herrn Paul Seiler. Ebenso den Verbandsvorsitzenden der Katholischen Arbeiter-Bewegung Westdeutschlands, Herrn Bernhard Winkelheide, MdB.

(Beifall)

Wir heißen willkommen die Vertreter der Polizei, des Bundeswehrverbandes, des Verbandes der weiblichen Angestellten, der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, der Deutschen Kolpingfamilie und des Zentralkomitees Deutscher Katholiken.

(Beifall)

Ich begrüße besonders herzlich den Vertreter des Präsidiums der Vertriebenen, Herrn Staatssekretär a. D. Gossing.

(Beifall)

Ich heiße willkommen die Vertreter des Bundesverbandes der Heimkehrer, des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten.

(Beifall)

Ich begrüße von der Bundeswehr Herrn Generalinspekteur Trettner, den Inspekteur der Luftwaffe, General Panitzki, sowie den Befehlshaber der territorialen Verteidigung, Herrn General Übelhack.

(Lebhafter Beifall)

Schließlich, aber nicht weniger herzlich, begrüße ich alle Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

(Beifall)

Unter den letzteren begrüße ich namentlich die Intendanten Dr. Holzamer, Dr. May, Dr. Starke und Dr. Hammerschmidt.

(Beifall)

Und schließlich begrüße ich die Wichtigsten, nämlich Sie, alle meine Freunde, die Sie aus den ganzen Gauen der Bundesrepublik und aus Berlin hierhergekommen sind, um auf diesem Parteitag daran mitzuarbeiten, daß für die Union und von der Union weitere Impulse ausgehen, die nötig sind, damit wir unserer Verantwortung auf allen Ebenen des politischen Lebens gerecht werden.

Sie sind hier in Bonn, und Bonn ist ein Provisorium.

(Beifall)

Deswegen sitzen Sie hier und haben wenig Raum. Sie haben keine Tische, und Sie haben harte Stühle.

(Heiterkeit)

Das erschwert die Arbeitsbedingungen, das gebe ich zu. Aber umgekehrt, glaube ich, hat es der CDU noch nie geschadet, wenn sie näher zusammengerückt ist und wenn sie statt der weichen Sessel harte Stühle benutzt hat.

(Beifall)

Ich heiße Sie herzlich willkommen, insbesondere die Vertreter von Hamburg, die am nächsten Sonntag Wahlen zur Bürgerschaft haben, die es sich aber trotzdem nicht haben nehmen lassen, an unseren Beratungen teilzunehmen. Wir wünschen ihnen für die Wahlen des nächsten Sonntags von Herzen alles, alles Gute.

(Beifall)

Und nun darf ich Sie neben meiner Eigenschaft als Parteitagpräsident als Ministerpräsident dieses Landes auch im Namen der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe für unsere Freunde Dufhues und Grundmann ansprechen. Sie sehen, es gibt auch in der CDU nicht nur ein freundschaftliches Zusammenwirken, sondern auch so etwas wie Rationalisierungseffekt.

(Heiterkeit)

Ich begrüße Sie hier im Lande und hoffe, daß Sie sich wohl fühlen. Ich heiße Sie willkommen namens der Christlich Demokratischen Union und namens der Landesregierung, und ich wünsche, daß von diesem 14. Parteitag der Christlich Demokratischen Union 1966 neue Impulse ausgehen.

Wir sehen aber darin, daß Sie hier nach Bonn an den Rhein, in das Land Nordrhein-Westfalen gekommen sind, zugleich eine Anerkennung der politischen Arbeit, welche der rheinische und auch der westfälisch-lippische Landesverband unserer Partei in den zurückliegenden Jahren nicht nur im Lande selbst, sondern auch für die gesamte Partei geleistet haben.

Nicht zuletzt möchte ich in der Entscheidung für Bonn auch eine Sympathiekundgebung für das Land Nordrhein-Westfalen sehen. Wir sind über diese Sympathiekundgebung um so glücklicher, als sie uns in dem Jahre zuteil wird, in dem Nordrhein-Westfalen auf sein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken kann. In diesen zwanzig Jahren ist das politische Schicksal dieses Landes bis auf zweieinhalb Jahre entweder ausschließlich oder überwiegend von der Christlich Demokratischen Union bestimmt worden. Es kann daher ohne ungerechtfertigte Selbstüberhebung gesagt werden, daß das politische Leben, daß die staatlichen Einrichtungen und daß nicht zuletzt der Wiederaufbau dieses Landes aus den Trümmern des zweiten Weltkrieges sehr entscheidend von unserer Union beeinflußt worden sind.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat sich aber stets auch für die Gesamtpartei verantwortlich gefühlt. Das beweist die große Zahl der Männer und Frauen, die seit Gründung der Partei führende und verantwortungsvolle Stellungen in ihr bekleidet haben und deren Namen bis zur heutigen Zeit mit unserer Union und ihren Erfolgen aufs engste verbunden sind.

An der Spitze dieser Namen von Männern und Frauen aus Nordrhein-Westfalen stehen zwei, der eine möge für die Lebenden, der andere für die Toten genannt werden, nämlich Konrad Adenauer und Karl Arnold, der, wenn er noch unter uns lebte, heute seinen 65. Geburtstag feiern könnte. Ich grüße in diesen beiden alle Lebenden und toten Unionsmitglieder, die uns auf unserem Wege geholfen haben.

Für Nordrhein-Westfalen ist dieser Parteitag aber auch deswegen von besonderer Bedeutung, weil in weniger als vier Monaten der Landtag unseres Landes neu gewählt wird. Der politische Kurs, der in den kommenden vier Jahren in dem bevölkerungs- und industriereichsten Land der Bundesrepublik gesteuert werden soll, steht daher in Kürze erneut zur Entscheidung, und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß dieses der härteste Wahlkampf sein wird, den unsere Partei im Lande Nordrhein-Westfalen je zu bestehen hatte. Es wird ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen werden, und wieder einmal wird sich zeigen, daß das politische und wirtschaftliche Schicksal des freien Teiles Deutschlands aufs engste mit diesem Land Nordrhein-Westfalen verbunden ist, in dem ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik wohnt. Würde die CDU die Landtagswahl am 10. Juli 1966 verlieren, so verlöre die Bundesregierung angesichts des Stimmrechts des Berliner Senats ihre verläßliche Mehrheit im Bundesrat. Die Folgen brauche ich Ihnen im einzelnen kaum darzustellen.

Aber auch das wirtschaftliche Schicksal des Landes Nordrhein-Westfalen ist für die deutsche Volkswirtschaft von allergrößter Bedeutung. In Nordrhein-Westfalen wird ein rundes Drittel des deutschen Sozialprodukts erarbeitet. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet, über dem nun schon seit Jahren die dunklen Wolken einer Strukturkrise des Steinkohlenbergbaus hängen, ist die deutsche industrielle Kernlandschaft. Was dort geschieht, muß und wird seine Auswirkung auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft haben. Wenn die Wirtschaft an Rhein und Ruhr gesund ist, ist auch die deutsche Volkswirtschaft

gesund. Wenn die Wirtschaft an Rhein und Ruhr nicht gesund ist, wird es auch in der gesamten deutschen Volkswirtschaft zu ernststen Störungen kommen.

Dieser 14. Bundesparteitag der CDU bedeutet, wenn ich es richtig sehe, einen der bisher wichtigsten Meilensteine in der Geschichte unserer Partei. Auf diesem Parteitag wird sich der erste historische Wechsel in der Parteiführung vollziehen. Die Zeit, in der Konrad Adenauer die Geschicke der CDU Deutschlands lenkte, wird in diesen Tagen ihren offiziellen Abschluß finden. Ein neuer Mann wird das Steuer der Partei in die Hand nehmen.

In den letzten Monaten ist nicht nur mit Blick auf die CDU wiederholt das Generationenproblem in der deutschen Gegenwartspolitik erörtert worden. Damit ist eine Frage bezeichnet, die nicht nur die CDU, sondern alle staats-tragenden politischen Parteien in der Bundesrepublik betrifft. Und endlich berührt diese Frage nicht nur das deutsche politische Leben, sondern sie zeichnet sich auch in anderen westeuropäischen Ländern mehr oder weniger deutlich ab.

Ich weise darauf hin, weil sich aus dieser Feststellung eine für uns in den kommenden Tagen wichtige Erkenntnis ergibt, die Erkenntnis nämlich, daß das Schicksal jeder demokratischen Partei solche Führungswechsel kennt und kennen muß, weil jede politische Partei vor der Verpflichtung steht, in solchen Wechsels zugleich zu bekunden, daß sie fähig und bereit ist, nicht nur den Bedürfnissen des Heute, sondern auch den Forderungen von morgen und damit den Forderungen der nachfolgenden Generation Rechnung zu tragen.

Davon kann und soll unberührt bleiben, daß wir alle in solchen Augenblicken ein wenig vom Hauche der Geschichte spüren, wenn uns bewußt wird, daß eine Epoche des politischen Lebens zu Ende geht. Und je größer der Mann ist, der sie für uns verkörpert, desto schwerer wird die Entscheidung.

Dennoch steht diese Entscheidung vor uns, und es sollte nach meiner Meinung nicht nur eine Entscheidung über eine Person sein, sondern eine Entscheidung, die begleitet ist von einer umfassenden Überprüfung der Position unserer Partei in Staat und Gesellschaft, im wirtschaftlichen, im kulturellen und sozialen Leben unseres Volkes.

(Beifall)

Der Satz, daß die Zukunft schon begonnen habe, ist mittlerweile fast eine Alltagswahrheit geworden. Zumindest hat sie für uns nichts Dramatisches und nichts Aufregendes mehr. Die Entwicklung von Technik und Verkehr, die ständigen Veränderungen im Gefüge unseres wirtschaftlichen Lebens, die drängenden Probleme im Kultur- und Geistesleben, das alles beweist uns zur Genüge, daß es uns nicht erlaubt ist, auf Lorbeeren auszuruhen, mögen sie in noch so entscheidenden Erfolgen und mit noch so bewundernswertem Einsatz errungen worden sein.

Unsere Partei und gerade sie wird in Zukunft nicht danach beurteilt werden, was sie geleistet hat; sie wird danach beurteilt werden, was sie nach ihrem Programm und nach den Persönlichkeiten, die für dieses Programm stehen, in der Zukunft zu leisten imstande sein wird.

(Beifall)

Eine solche Bereitschaft zur Selbstüberprüfung hat nichts mit dem uns manchmal unverständlichen marxistischen Hang zur permanenten Selbstkritik zu tun. Wir wissen, was wir geleistet haben, und wir sind jederzeit bereit, dem deutschen Volke diese unsere unbezweifelbare politische Leistung unserer Partei vor Augen zu führen.

Wir müssen aber zugleich wissen, was wir in Zukunft leisten müssen und was wir leisten können, um vor allem für diejenigen glaubwürdig zu sein und zu bleiben, die ein Recht darauf haben, sich für die Zukunft mehr zu interessieren als für die Vergangenheit.

Lassen Sie uns, meine Freunde, in dieser Gesinnung an die Arbeit gehen! Dann wird der 14. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union 1966 in der Bundeshauptstadt Bonn sich würdig an seine Vorgänger anschließen.

Lassen Sie den heutigen Tag, den Frühlingsanfang, ein Zeichen dafür sein, daß mit dem heutigen Tag auch ein neuer Frühling für unsere Christlich Demokratische Union beginnt.

(Lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde in der Partei! Ich darf nunmehr recht herzlich begrüßen – und mit dieser Begrüßung ihm auch gleichzeitig das Wort erteilen – den Oberbürgermeister dieser Bundeshauptstadt, unseren Parteifreund Dr. Wilhelm Daniels.

(Beifall)

Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Daniels:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn ich die Ehre habe, den Bundesparteitag der CDU in der vorläufigen Bundeshauptstadt zu begrüßen, so spreche ich gleichzeitig als Oberbürgermeister und auf besonderen Wunsch auch namens der Kreispartei.

Sie werden es angenehm empfinden, daß dies gleichzeitig geschieht, nicht nur aus Gründen der Zeitersparnis, sondern Sie werden auch froh darüber sein, daß es gleichzeitig geschehen kann;

(Beifall)

denn seit langer Zeit, seit 1954, seit dem ersten Parteitag der CDU in Köln, ist der Bundesparteitag der CDU niemals mehr von einem christlich-demokratischen Oberbürgermeister begrüßt worden.

Ich brauche Ihnen die Stadt Bonn nicht vorzustellen. Sie ist Ihnen allen gut bekannt. Ich brauche auch nicht mehr so sehr gegen die Ressentiments zu kämpfen, die früher wohl vorhanden waren und die von denen verstärkt wurden, die hier in Bonn nicht die erwarteten Erfolge erreicht haben.

Das Volk – das hat die dankenswerte Umfrage der „Kölnischen Rundschau“, die wir dieser Tage lasen, ergeben – ist schon lange über diese Ressentiments hinaus. Es ist voll von Anerkennung für die Bemühungen und Leistungen der Stadt Bonn in ihrer Eigenschaft als vorläufige Bundeshauptstadt.

Tatsächlich hat sich die Stadt bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit der Bestimmung gewidmet, die ihr auferlegt worden ist. Sie hat auf man-

ches verzichten müssen, was andere Städte für ihre Bürger tun konnten, und sie hat sich gleichzeitig bis an den Rand verschulden müssen, weil die wenigen Gewerbesteuerzahler der Stadt nicht imstande waren, das zu leisten, was für den Bund und die neuen Aufgaben der Stadt erforderlich war.

Es hat uns immer gewundert, und wir haben es nicht verstehen können, daß der Vater Bund und die Mutter Land dieses brave Kind Bonn solange haben darben lassen, als wenn es unehelich wäre und man sich seiner zu schämen hätte.

(Heiterkeit und Beifall)

Nachdem die lieben Eltern ungefähr 16 Jahre lang ihrer Unterhaltspflicht nur sehr mangelhaft nachgekommen sind,

(Lebhafte Heiterkeit)

schlägt ihnen jetzt das Gewissen, und sie haben sich bereit erklärt, Alimente zu zahlen,

(Heiterkeit)

allerdings nur unzureichende laufende Raten und bisher noch nicht die rückständigen.

(Heiterkeit)

Ich will das Thema nicht vertiefen. Ich begnüge mich damit, Ihr Mitgefühl erregt zu haben.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Auf der anderen Seite sind wir uns darüber klar, daß die Stadt Bonn in der ganzen Welt sehr an Geltung dadurch gewonnen hat, daß hier der Parlamentarische Rat und die Bundesorgane so erfolgreiche Arbeit zum Besten des deutschen Volkes, und zwar gerade unter der Führung unserer Partei, geleistet haben. Wir sind uns darüber klar, daß diese erfolgreiche Arbeit, die in den letzten zwanzig Jahren mit dem Aufbau, mit dem neuen Grundgesetz und mit der Wiederherstellung einer guten wirtschaftlichen und politischen Organisation geleistet worden ist, für immer mit dem Namen der Stadt Bonn verbunden bleiben wird.

Mag auch der neue Staat sein Endziel, die Wiedervereinigung und die Rückverlegung der Hauptstadt nach Berlin, noch nicht erreicht haben, so müssen wir uns darüber klar sein, daß wir ohne die hier geleistete Arbeit niemals imstande wären, dieser Sehnsucht aller Deutschen zum Erfolg zu verhelfen.

Nun steht unser Land und nun steht besonders unsere Partei wieder an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Wir schlagen heute ein neues Blatt auf. Wir haben von einem Vorsitzenden Abschied zu nehmen, der die CDU zwei Jahrzehnte hindurch erfolgreich geführt hat. Er konnte es nur, weil das Volk ihm vertraute und sich von ihm führen ließ und weil die Ziele, die er ihm vorstellte, Anklang beim Volke fanden und das Volk sie zu den ihrigen machte.

Möge dem neuen Vorsitzenden, den Sie auf diesem Parteitag wählen wollen, ein gleiches Gelingen beschieden sein, und möge sich die Partei immer bewußt

bleiben, daß nicht Interessen und Organisationen ein Volk gewinnen, sondern Ideale und Persönlichkeiten.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Ich danke dem Herrn Oberbürgermeister für seine Worte. Ich finde, er hat das Mitgefühl bei Ihnen sicherlich richtig erweckt. Die Halle, die Sie hier sehen, ist immerhin von den Alimenten bezahlt worden,

(Heiterkeit)

und ich hoffe, daß Sie in diesen Tagen Gelegenheit haben, einmal das neue Theater zu besuchen. Wenn Sie dann noch die zehn Millionen DM des jetzigen Etats einrechnen, dann wird der Herr Oberbürgermeister sicherlich gemeint haben, daß über den engeren Bereich der Bundes- und Landesregierung hinaus man der Stadt Bonn weiter noch das Mitgefühl erweisen solle.

(Beifall)

Ich erteile nunmehr das Wort dem Vorsitzenden der CSU, Herrn Minister a. D. Strauß.

Franz Josef Strauß:

(mit starkem Beifall begrüßt)

Sehr verehrter Herr Bundesparteivorsitzender und Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer! Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Sehr verehrte Ehrengäste! Meine lieben Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, meine kurzen Ausführungen mit den Worten zu beginnen: Alle Jahre wieder ist es meine Aufgabe, als Vorsitzender der Christlich Sozialen Union ein Wort des Grußes, ein Wort des Dankes, ein Wort der Verbundenheit zu sagen. *Aber an diesem Tage heute ist ein besonderer Anlaß gegeben auch für mich als Sprecher, als Landesvorsitzender der Schwesterpartei, als Unionsfreund, als 20jähriger Weg- und Kampfgenosse und als jahrelanger persönlicher Besucher – es sei mit Respekt gesagt – der Konrad-Akademie, die damals Bundeskabinett hieß,*

(Heiterkeit)

auch ein Wort zu sagen, das bei diesem Anlaß nicht nur ein Wort der routinemäßigen Begrüßung durch einen Gast sein soll.

Dieser Parteitag könnte bei großzügiger Auslegung der Termine sehr wohl unter die Überschrift gestellt werden: Zwanzig Jahre Christlich Demokratische Union, zwanzig Jahre Verantwortung, zwanzig Jahre Zusammenarbeit Christlich Demokratischer und Christlich Sozialer Union. Wir haben zwar nicht die Ehre wie die Sozialdemokratische Partei, einen hundertjährigen Geburtstag bereits gefeiert zu haben, obwohl auch hier mit der Eintragung in das Geburtsregister etwas großzügig verfahren worden ist. Wir haben eine Zeitgeschichte von zwanzig Jahren. Wir können aber für uns beanspruchen, daß wir in diesen zwanzig Jahren unter Ihrer Führung, Dr. Konrad Adenauer, deutsche und europäische Geschichte gemacht haben.

(Starker Beifall)

Diese zwanzig Jahre wiegen nicht nur im Leben unserer Generation, in der sie sozusagen das Mittelstück des Lebens ausmachen, diese zwanzig Jahre wiegen nicht nur als Beginn der Tradition der neuen großen Partei, diese zwanzig Jahre wiegen in der Geschichte unseres Volkes schwerer, als viele Perioden von zwanzig Jahren in der Vergangenheit gewogen haben.

(Beifall)

Am Beginn der zwanzig Jahre stand für uns nicht nur die Frage, sollen wir an das anknüpfen, wo man 1933 aufgehört hat in der Zusammensetzung der politischen Parteien in ihrer Aufgabenstellung. Nein, wir standen damals vor einer viel tragischeren Frage. Wir standen nämlich damals vor der Frage, ob die deutsche Geschichte – und man kann ohne Übertreibung sagen, auch die Geschichte dieses europäischen Kontinents – an ihrem Ende angekommen war. Vor der Frage standen wir alle damals. Wir können heute zurückblickend sagen, ohne zuviel zu behaupten, daß jedenfalls in diesen zwanzig Jahren unter dem Namen CDU/CSU eine Politik getrieben worden ist, die den Wiederaufstieg des freien Teils Deutschland zu einer geachteten Nation, zu einer mächtigen Wirtschaftskraft und einem starken Sozialorganismus bedeutet hat.

(Beifall)

Wir können für diese zwanzig Jahre auch sagen, daß ohne Sie, daß ohne unsere Politik unter Ihrer Führung, Dr. Adenauer, die europäische Wiedergeburt im freien Teil Europas nicht stattgefunden hätte.

Wir können auch behaupten, ohne Columbus die Ehre der Entdeckung Amerikas streitig zu machen, daß wir die Bedeutung Amerikas für Europa, für die deutsche Politik und die Notwendigkeit unserer Verbundenheit früher entdeckt haben als diejenigen, die sich später so lauterstark darauf berufen haben.

(Starker Beifall)

Wir können auch weiter sagen, wenn wir zwanzig Jahre Parteiführung Konrad Adenauers, vierzehn Jahre Regierungsführung Konrad Adenauers sagen, daß es sich hier um Perioden handelt, wenn man Vergleiche aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts heranziehen will, in denen der Wert von Kontinuität und Stabilität einer groß angelegten Politik sich eindeutig schlagend unwiderlegbar erwiesen hat,

(Beifall)

wenn man an die vierzehn Jahre der Weimarer Republik denkt mit 21 Reichsregierungen, einer großen Zahl von Regierungskrisen und Wahlen, und wenn man daran denkt, daß in der Stunde des tiefsten Elends und der tiefsten Verzweiflung unseres Landes eine politische Kraft, eine neue Kraft auf neuen Grundlagen mit gesunden Zielen, auf festem Boden unter Ihrer Führung, Konrad Adenauer, die Arbeit aufgenommen hat, daß in diesen vierzehn Jahren das geschehen ist, was man im Auslande – wir bedauern das beinahe – als das deutsche Wunder bezeichnet.

Ich pflege aber oft zu sagen – ich scheue mich nicht, es auch hier zu wiederholen –, wenn man einem Politiker im Jahre 1949 die Frage gestellt hätte, was wird im Jahre 1965/66 aus dieser Bundesrepublik geworden sein, wenn man

sich an die Zustände von damals, auch an das Bild dieser Stadt, das Bild des Ruhrgebiets und des Rhein-Ruhr-Reviere, das Bild unserer Großstädte und unserer gesamten deutschen Heimat erinnert, und dieser hätte geantwortet, sie wird sein nach sechzehn Jahren Unionspolitik der CDU/CSU die zweitstärkste Wirtschaftsmacht Europas, sie wird sein die drittstärkste der Welt, sie wird jede 12. Tonne Stahl der Welt produzieren, sie wird jedes 6. Automobil der Welt produzieren, sie wird im gesamten Export und im Import in ihrem Anteil am Welthandel an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten stehen, wer das damals gesagt hätte, der wäre Gefahr gelaufen, wegen deutsch-nationalen Größenwahns einem neuen Entnazifizierungsverfahren unterworfen zu werden.

(Beifall und Heiterkeit)

Wir wollen unseren politischen Gegnern ihren guten Willen, ihren Anteil an der Arbeit, ihre ehrlichen Absichten in keiner Weise streitig machen. Bloß sagen wir eines, wenn wir in den Kommunalwahlkämpfen erleben, was sozialdemokratische Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte als Verdienst ihrer Tätigkeit aus den Mitteln des Bundes und Landes großenteils als Leistungsbericht bieten, ohne zu sagen, welcher Politik sie das zu verdanken haben, dann können wir – erklärt mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur – eines nicht hinnehmen, daß im Bund alles von selbst gekommen ist und Politik keinen Zusammenhang damit hat, aber in den Kommunen unter sozialdemokratischer Führung es nur die Leistungen der Oberen gewesen sind, die den Aufstieg der Gemeinden hervorgerufen haben.

(Beifall)

So einfach geht es nicht! Diese zwanzig Jahre unter den Namen Adenauer und Erhard bewegen mich auch, die Frage in einem Satz aufzuwerfen, ist die Wirtschaft unser Schicksal, ist die Politik unser Schicksal. Das eine, Politik ist unser Schicksal, mag Ranke zugute geschrieben werden, das zweite wird Rathenau zugute geschrieben.

Für uns war nach dem Kriege die Wirtschaft unser Schicksal, weil ohne die wirtschaftliche Grundlage der politische Wiederaufbau nicht möglich gewesen wäre; aber eine erfolgreiche wirtschaftliche Arbeit wäre ohne den stabilen Rahmen einer gesunden, auf die Zukunft gerichteten Politik auch nicht möglich gewesen.

(Lebhafter Beifall)

Darum werden die Namen der beiden, Dr. Konrad Adenauer, mit der geschichtlichen Leistung des Staatsmannes, und der heutige Bundeskanzler, Ihr Kandidat für den Bundesparteivorsitz, Professor Dr. Ludwig Erhard, mit dieser Zeit Politik und Wirtschaft zusammen in das Bewußtsein auch der kommenden Zeit eingehen, wenn wir diesen Weg geradlinig weitergehen.

(Starker Beifall)

Ich möchte Ihnen, sehr verehrter Herr Dr. Konrad Adenauer, auch an dieser Stelle, wie anderswo geschehen, und nicht ohne auszulassen, daß wir uns

manchmal auch aneinander gerieben haben — der große Goliath mit dem kleinen David, ohne daß der biblische Vergleich zu stimmen braucht —,

(Lebhafte Heiterkeit)

möchte ich Ihnen sagen, daß die Christlich Soziale Union ihr politisches Gelöbnis auch heute ablegt, daß sie ihrer Politik in Grundsätzen, in Zielen und Wesenselementen treu bleiben wird.

(Starker Beifall)

Wir möchten mit diesem Gelöbnis zu Ihrer Politik nicht nur die sachliche Zustimmung ausdrücken, wir möchten auch unsere menschliche Verehrung, wir möchten unseren sachlichen Respekt und unsere hohe Anerkennung vor der geschichtlichen Leistung hier an dem Tage, an dem ein Nachfolger gewählt werden wird, weil Sie die Zügel der Partei aus der Hand legen, in aller Form vor der deutschen Öffentlichkeit und vor der Weltöffentlichkeit zum Ausdruck bringen.

(Starker Beifall)

Sie haben aus der CDU und der CSU durch Ihre politische Kraft, durch Ihren Weitblick und Ihre geschichtliche Leistung eine Volkspartei gemacht, die in der Geschichte des deutschen Parteienwesens, in der Geschichte des demokratischen Parteienwesens einen ganz besonderen Platz einnimmt. Die Union muß sich vornehmen, hat sich vorgenommen und wird dabei bleiben, eine Volkspartei auch in der Zukunft zu sein, die breite, große Grundlage für alle Konfessionen, für alle Stände, Schichten und Berufe unseres Volkes. Sie kann sonst ihrer Aufgabe nicht genügen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit, in dieser Stunde, Herr Dr. Konrad Adenauer, auch das sagen, was wir bei Ihrem Abschied als Bundeskanzler in München zum Ausdruck gebracht haben: nämlich unseren Dank und unsere Anerkennung für zwei ganz besonders große Verdienste.

Das eine war die Aussöhnung zwischen dem deutschen Volk und dem Judentum, eine Aussöhnung, die nachdem, was vorangegangen war, nicht nur ein sachliches Bedürfnis und Ihnen ein Herzensanliegen, sondern eine große friedenbringende Tat dieser Welt gewesen ist.

(Anhaltender starker Beifall)

Das andere war, daß Sie in Gedanken und Worten, aber noch mehr in der Tat, die Schicksalsgemeinschaft, die zwischen Deutschland und seinem westlichen Nachbarn besteht, in die politische Wirklichkeit überführt haben, gerade — ich sage das gerade und erst recht jetzt — auch mit unserem großen Nachbarn im Westen, ohne den Europa genausowenig zustandekommen kann, wie es ohne Deutschland zustandekommen könnte.

(Lebhafter Beifall)

Sie haben auch der deutschen und europäischen Politik bewiesen, damals, als Sie im Jahre 1953 zum ersten Mal als ein deutscher Staatsmann nach dem zweiten Weltkrieg in die Vereinigten Staaten von Amerika gefahren sind und

damit die große, rettende Brücke gestärkt haben, die zwischen jenem Kontinent und unserem Kontinent besteht.

Deshalb glaube ich auch, daß wir ohne Übertreibung sagen dürfen, daß CDU und CSU, daß Ihre Politik, Ihre Leistung, Herr Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, daß unsere gemeinsame Arbeit dazu beigetragen haben, daß man für die letzten zwanzig Jahre von einer Renaissance Europas sprechen kann. Die Frage, ob das ein Aufflackern eines alten Kontinents oder der Beginn einer längeren glücklichen Tradition ist, die wir alle für uns und unsere Nachkommen wünschen, wird nicht zuletzt, sondern an führender Stelle von der künftigen Politik der CDU/CSU bestimmt werden.

(Beifall)

Ich bin fest überzeugt, daß noch auf manchen Titelseiten ganz oben mit markanten Schlagworten uns auch weiterhin Ihre Worte, Herr Bundeskanzler, begegnen werden.

(Heiterkeit)

Ich bin fest überzeugt davon, daß die Union auch Ihr mahndendes und manchmal auch kräftig weisendes Wort durchaus benötigt, und wir freuen uns darüber, ganz gleich, wie der eine oder andere darüber denken mag; denn das, was sich heute in unseren Reihen vollzieht, sind nicht hinterhältige Heckenschützenaktionen oder ähnliche Dinge; was sich bei uns vollzieht, das ist der Prozeß des Durchdenkens, des Weiterdenkens und des Weiterentwickelns einer großen demokratischen Partei, der nur auf dem Wege der Diskussion, auf dem Wege von These und Antithese zur Synthese führen kann,

(Lebhafter Beifall)

ein Weg, bei dem Grundsätze und Ziele feststehen, ein Weg, bei dem auch die wesentlichen Elemente der Politik feststehen, aber ein Weg, dessen Richtigkeit täglich neu erarbeitet und dessen Fortsetzung täglich neu geistig und politisch-pragmatisch auf dem Boden unserer festen Grundsätze, dem Boden unserer verantwortlichen Ziele immer neu erzwungen werden muß.

Wenn ich mich hier in dieser Weise von Ihnen mit dem Wort des Dankes, der Anerkennung, der Zustimmung, mit Respekt und Verehrung verabschiede, dann, weil ich immer noch als überzeugter Europäer jene Drei vor Augen habe: Adenauer, Schuman und de Gasperi.

(Starker Beifall)

Ohne ihren Zusammenklang hätte ein scheinbar zum Untergang verurteilter Kontinent nicht mehr zu neuem politischem und geschichtlichem Leben erwachen können.

(Erneuter Beifall)

In diesem Sinne darf ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde von der Christlich Demokratischen Union, einen erfolgreichen Parteitag wünschen, einen Parteitag, der die Kontinuität unserer

(Beifall)

Politik demonstrativ herausstellt, einen Parteitag, der mit der Verabschiedung eines großen, verdienten Mannes nicht eine neue Politik einleitet, sondern die Fortsetzung der alten Politik mit neuer Kraft und neuer Zuversicht bedeutet.

(Beifall)

Der Präsident dieses Parteitags, Herr Ministerpräsident Dr. Meyers, hat mit Recht ausgeführt, daß das Schicksal der Bundesrepublik, das Schicksal der CDU/CSU mit den kommenden politischen Entscheidungen in diesem Lande weitgehend zusammenhängt, und ich darf Ihnen hier sagen, daß wir, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, die wir nicht das Glück haben, in diesem Lande wohnen oder leben zu dürfen — wohnen schon, aber nicht Bürger dieses Landes zu sein —, uns dessen sehr wohl bewußt sind, daß wir als Deutsche uns als eine Einheit fühlen und fühlen müssen, weil davon auch abhängt, ob wir als Leuchtturm der Hoffnung für die unterdrückten und versklavten Völker, wir, die Deutschen und andere, weiterhin wirkungsvoll überzeugend und ausstrahlend tätig sind.

(Anhaltender starker Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Ich danke unserem Freund Franz Josef Strauß für seine Worte. Ich danke ihm insbesondere für das Bekenntnis zu dem gemeinsamen Weg; mögen auch die Organisationen der CDU und der CSU getrennt sein, so ist unser politischer Weg doch ein gemeinsamer.

Sie werden außerdem verstehen, daß ich als Ministerpräsident dieses Landes ein herzliches Wort des Dankes sagen möchte für die Ausführungen, die er an uns gerichtet, für die Worte, die er für uns gefunden hat.

Ich habe mir sagen lassen, daß selbst in den besten Ehen schon einmal Auseinandersetzungen stattfinden. Nun, zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen besteht eine gute Ehe; aber ab und zu haben wir auch einmal andere Vorstellungen von der besseren Landespolitik. Hier und in diesem Zusammenhang kam es aber darauf an zu betonen, daß das nichts damit zu tun hat, daß wir nicht gemeinsam einen Weg gehen, nämlich den Weg christlicher, demokratischer Politik.

Ich darf nunmehr noch eine Begrüßung nachtragen, die ich eben versäumt habe, weil ich den Herrn nicht sah: Ich begrüße das Mitglied der Hohen Behörde, Herrn Professor Hettlage.

Nunmehr darf ich, stellvertretend für alle ausländischen Gäste, das Wort dem Generalsekretär der *Democrazia Cristiana*, Herrn Mariano Rumor, erteilen.

Mariano Rumor

(mit Beifall begrüßt)

spricht in italienischer Sprache; Übersetzung siehe nächste Seite.

Präsident Dr. Meyers:

Ich danke dem Präsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten und Generalsekretär Rumor für seine Worte. Frau Buserath wird sie uns jetzt übersetzen.

Mariano Rumor

(Übersetzung):

Herr Präsident! Liebe Freunde! Als ich im letzten Jahre die Ehre hatte, Ihnen den Gruß aller Parteien christlich-demokratischer Prägung zu überbringen, standen Sie am Vorabend der Bundestagswahlen. Damals war das Ergebnis dieser so wichtigen Wahl noch völlig ungewiß. In diesem Jahr findet Ihr Parteitag in einer Atmosphäre statt, die geprägt ist von dem berechtigten Stolz des Sieges, eines außerordentlichen Sieges, der nicht nur die Krönung Ihres mutigen und schwungvollen Wahlkampfes bedeutet, sondern auch Grund zur Freude und Ermutung für alle Christlichen Demokraten in Europa und in der Welt ist.

Wenn man jetzt zu Ihrem Erfolg noch den Erfolg der Volkspartei Österreichs in den letzten Tagen hinzuzählt, muß man sagen, daß die Christlich Demokratischen Parteien der anderen Länder mit Vertrauen in die Zukunft schauen können; ich meine die Zukunft unseres gemeinsamen politischen Kampfes.

In dieser Atmosphäre der Kraft und der Zuversicht, meine lieben Freunde, begrüße ich Sie herzlichst, nicht nur in meiner Eigenschaft als politischer Generalsekretär der Democrazia Cristiana Italiana, sondern auch als Vorsitzender der Europäischen Union aller Christlichen Demokraten. Ich glaube, daß ein solches Ereignis, die Umwandlung der Nouvelles Equipes Internationales in eine Europäische Union der Christlichen Demokraten, einen weiteren Schritt nach vorne bedeutet, ich möchte sagen, eine Verbesserung des Niveaus und der Leistung in den Beziehungen der Brüderparteien. Solch ein Schritt nach vorn drückt den Willen zu einer noch engeren und konstruktiveren Zusammenarbeit zwischen uns allen aus. Ich bin überzeugt, daß uns zu viele Dinge verbinden, als daß wir getrennt bleiben könnten. Wir können für den Frieden und den Fortschritt unseres Kontinents und der Welt einen großen Beitrag leisten. Daher sollten wir unsere Möglichkeiten für Einfluß und Aktion voll und gemeinsam ausnutzen.

Wichtig scheint mir, daß wir in unserer Auffassung über die europäischen Probleme einig sind. Wir fühlen, daß das Schicksal der kommenden Generationen eng verbunden ist mit unserer Fähigkeit, gemeinsam eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft aufzubauen, eine Gemeinschaft, die einig und gleichzeitig offen sein muß.

Es wäre töricht, die objektiven Schwierigkeiten zu übersehen, die Widerstände und die Unsicherheiten, die noch als Hindernis auf dem Wege liegen, den Konrad Adenauer mit de Gasperi und Schuman vor noch nicht vielen Jahren eröffnet haben. Es wäre töricht zu glauben, daß man blitzschnell die Zeiten überbrücken kann, um an das Ziel zu kommen. Aber die Erfahrungen der Vergangenheit lehren uns, daß die Kraft der gerechten Ideale, gepaart mit Geduld und Beständigkeit, jedes Hindernis überbrückt und oft Wege findet, wo man keine mehr sieht. Das Ziel mag weit sein, und es kann ehrgeizig sein, aber es ist das richtige Ziel.

Beweis dafür ist die Anziehungskraft, die unsere Union der Sechs in den Ländern, die ihr noch nicht angehören, ausübt. Zum erstenmal hat ein Wahl-

kampf in Ländern wie England und Österreich als Hauptthema die Gestaltung der europäischen Gemeinschaften gehabt. Es wäre in der Tat unverzeihlich, eine Nachlässigkeit der Parteien, die zusammen den breitesten Willen der Wählerschaft unseres Kontinents ausüben, wenn sie auf ihre Kraft verzichteten, die politische europäische Einigung weiterzutreiben. Wir müssen eine solche Einigung unter dem Zeichen der supranationalen Integration erreichen.

Gerade in den letzten Tagen hat sich auch gezeigt, wie einmütig unsere Betrachtung einer Revision der atlantischen Allianz ist, die seit 17 Jahren die freien und demokratischen Völker jenseits und diesseits des Ozeans verbindet. Erneut steht die Methode der Integration auf dem Spiel, eine Methode, die versucht, ohne Rechte zu verletzen, ohne Souveränitäten zu unterdrücken, ohne die Autonomie der einzelnen Völker zu behindern, Instrumente und ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis zu schaffen, die eine neue Grundlage der Verteidigungsanstrengungen im Sinne der Solidarität und eine Garantie des friedlichen Gleichgewichts in der Welt schaffen.

Ich glaube, daß die Christlichen Demokraten Europas ihren Glauben an eine solche Methode mit Ruhe, aber mit sicherer Entschlossenheit bekräftigen müssen. Sie müssen ihren Willen bekunden, gemeinsam auf dem schon begonnenen Wege fortzuschreiten. Dabei müssen sie überzeugt sein, daß, was auch immer die französische Haltung sein mag, die atlantischen Partner nicht von ihrem Weg abgehen dürfen.

Wir begrüßen daher mit Genugtuung die feste und gelassene Haltung unserer Regierungen und richten auch bei dieser Gelegenheit an die Regierung und das Volk Frankreichs einen nüchternen aber festen Appell in der Hoffnung, daß sie nochmals den Weg der Überlegung und der Umkehr finden mögen.

(Beifall)

Meine Freunde in der CDU, viele heikle Probleme ergeben sich aus Ihrem Schicksal, das das Schicksal von uns allen ist. Es sind die dramatischen Themen Ihrer Existenz und Ihrer Entwicklung zu einer einheitlichen Nation. Ich bin überzeugt, daß sich diese Themen lösen lassen. Sie sind eng mit der Entwicklung der europäischen und der atlantischen Gemeinschaft verbunden.

In Taormina anläßlich des 17. Kongresses der Nouvelles Equipes Internationales und der ersten Tagung der Europäischen Union der Christlichen Demokraten haben wir gemeinsam erkannt, welche große Perspektiven vor uns stehen. Voraussetzung dafür, daß die Probleme gelöst werden können, sind nur unser Wille und unsere Solidarität. Es gibt nicht nur die Möglichkeit einer organisierten Zusammenarbeit und einer immer stärkeren einheitlichen Einflußnahme auf die großen Organisationen. Es gibt auch die Möglichkeit eines immer vielseitigeren und intensiveren Austausches unserer Erfahrungen. Ich meine hier unseren Beitrag zur Entwicklung des bürgerlichen und sozialen Lebens, zur Anpassung an die Notwendigkeiten der jetzigen Welt, die Probleme der Familie, die Probleme der Selbstverwaltung.

Es gibt eine dialektische Zusammenarbeit mit den großen demokratischen Internationalen, die wir ohne Verwischung der Grenzen gemeinsam gestalten.

Insbesondere, meine lieben Freunde, haben wir ein gemeinsames Aktionsfeld der Solidarität und der Unterstützung der christlichen und demokratischen Kräfte, die ihren Kampf sehr oft unter sehr viel schwierigeren Voraussetzungen als wir führen. Ich grüße insbesondere unsere Freunde von Lateinamerika und denke an ihren harten und wertvollen Kampf, der in einigen Ländern schon in einem sehr fortgeschrittenen Stadium ist. Ich schicke unsere Grüße in die Länder, in denen eine neue Demokratie entsteht. Dort wird unter zum Teil noch sehr unreifen Voraussetzungen und unter Tausenden von Schwierigkeiten der Samen zum Keimen gebracht, aus dem unsere eigene Kraft einst entstanden ist.

Die Hauptsache in unserem Kampf ist, daß wir stets wir selbst bleiben, daß unsere Kräfte ideologisch gut fundiert sind, daß sie politisch qualifiziert und daß sie schöpferisch sind.

Wir müssen uns der Erfordernisse der modernen Gesellschaft bewußt sein.

In diesem Sinne, meine christlich demokratischen Freunde Deutschlands, möchte ich noch einmal den ehrerbietigsten und dankbaren Gruß der europäischen christlichen Demokraten an Konrad Adenauer richten, der in den schwierigen Jahren euer Führer war,

(Beifall)

euer Chef, der durch seine kraftvolle Präsenz, seine Klarsicht und sein Ansehen eurer Partei historische Größe verliehen hat. Ihm und euren Führern von gestern und von morgen sende ich einen brüderlichen Gruß. Mögt ihr die geniale Kraft sein, die das Schicksal des deutschen Volkes in Frieden, Würde und Freiheit lenkt.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Indem ich Frau Buserath für die Übersetzung danke, möchte ich nochmals Herrn Präsident Rumor für seine Worte, die wir nun alle verstanden haben, danken.

(Beifall)

Es ist an das Präsidium mehrfach die Frage gerichtet worden, wie es mit den Stimmzettelblocks der Stimmberechtigten steht. Es ist einzusehen, daß diese Stimmzettelblocks erst ausgegeben werden können, wenn die Mandate geprüft worden sind. Deswegen werden die Stimmzettelblocks durch die Landesgeschäftsführung ausgegeben, nachdem die Mandatsprüfung erfolgt ist.

Ich fahre nunmehr in der Tagesordnung fort und erteile das Wort unserem Bundesvorsitzenden, Herrn Bundeskanzler a. D. Konrad Adenauer.

Bundeskanzler a. D. Dr. Konrad Adenauer bei seiner weithin beachteten außenpolitischen Rede vor dem Plenum des Parteitages.



Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel nach seiner Wahl zum Mitglied des Präsidiums der CDU. Im Vordergrund rechts der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Dr. Rainer Barzel.



Bundesvorsitzender Dr. Adenauer:

(mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Meine lieben Parteifreunde! Ich bewundere Ihre Geduld.

(Heiterkeit und Beifall)

Es tut mir sehr leid, daß ich jetzt auch noch komme, um Ihre Geduld in Anspruch zu nehmen. Das war kein Kompliment zwischenrein, sondern der Mensch kann über ein bestimmtes Maß hinaus nicht zuhören. Das ist nun einmal so, das kann man nun einmal nicht schaffen. Trotzdem bitte ich Sie, mir doch in Geduld zuzuhören, weil ich der letzte Redner bin – für heute.

(Heiterkeit)

Meine Freunde, überall in deutschen Landen ist jene Zeit festlich begangen worden, in der – in dem einen Orte heute, in dem anderen morgen – die Christlich Demokratische Union gegründet worden ist. Ich war Sonntag vor acht Tagen in Neheim-Hüsten, jener Stadt, die für die Entwicklung der CDU der britischen Zone besonders wichtig gewesen ist. Ich muß sagen „der britischen Zone“, weil damals nach der Ordnung der Besatzung keine Partei gegründet werden durfte, die über die Zonengrenzen hinausging. Aber die britische Zone war die volkreichste, sie war auch wirtschaftlich sehr stark, und daher hatte das, was in der britischen Zone geschah, große Bedeutung für die Bundesrepublik überhaupt.

Wir waren im Jahre 1946 vier Tage in Neheim-Hüsten, um ein Programm aufzustellen. Wir haben sehr redlich miteinander gearbeitet und versucht, ein Programm fertigzustellen. Dabei, meine Damen und Herren, haben uns in der Hauptsache zwei Gesichtspunkte gelenkt. Einmal: wir wollten eine große Volkspartei gründen, eine Volkspartei, in die jeder eintreten konnte, gleichgültig, welche Konfession er hatte, gleichgültig auch, welchen Beruf er ausübte. Denn wir wußten, daß Deutschland nur von einer großen Volkspartei wiederaufgebaut werden konnte. Wir wollten die Fehler der Weimarer Republik mit ihrer Vielfalt von Parteien verhüten, der Weimarer Republik, die infolgedessen ständig von einer Krise in die andere geriet. Und, meine Damen und Herren, wir wollten eine christliche Partei gründen. Denn wir alle, die wir damals zusammen waren, hatten doch miterlebt, wohin ein Volk, wohin eine Partei kommt, wenn sie, wie das der Nationalsozialismus getan hat, die Religion verneint, die ethischen Grundlagen verneint und dem Staat die Allmacht in die Hand gibt. Das wollten wir unter gar keinen Umständen wieder über Deutschland kommen lassen, und es war uns sehr ernst damit. Ich glaube und hoffe, meine Freunde, daß es der CDU und der Christlich Sozialen Union, die mit uns zusammenging, mit diesem Willen auch heute noch so ernst ist, eine große christliche Volkspartei zu sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, alle diejenigen von Ihnen, die damals schon lebten und all das bewußt erlebten, was über das deutsche Volk hinweggegangen war, zuerst durch die Greuel und Schandtaten des Nationalsozialismus und dann durch den Krieg, der von den Nationalsozialisten freventlich heraufbe-

schworen worden war, wissen auch, daß die Würde und die Freiheit der Person ein ganz hohes Gut ist, das durch nichts anderes ersetzt werden kann.

(Beifall)

Dieser Begriff der Würde der Person ist ja im Laufe der Jahrhunderte europäisches Eigentum, Eigentum der europäischen Christenheit geworden. Darum wollten wir, daß dieses ethische Fundament unsere Partei tragen sollte, auch um die Spannungen auszugleichen, die sich ganz von selbst in einer Partei, die keine Klassenpartei sein wollte, ergeben, einer Partei, in der Mittelständler, Intellektuelle, Arbeitnehmer, Arbeitgeber miteinander vereint sein konnten. Sie brauchte einen großen, starken Boden, um darauf das Gebäude zu errichten, damit die Spannungen in der Partei nicht im Laufe der Zeit zu stark würden.

Das, meine Freunde, waren die beiden tragenden Gedanken, die sich glücklicherweise miteinander vereinten: eine große Volkspartei und eine Partei, die auf den ethischen Grundsätzen des Christentums beruhte.

Nun, meine Damen und Herren, es war keine leichte Aufgabe, damals eine ganz neue Partei zu gründen; es war unendlich schwer. Aber, meine Damen und Herren, ich will mich nicht in Einzelheiten verlieren. Im wirklichen Sinne des Wortes aber waren wir froh über jeden Bleistift, den wir erhielten, weil es nichts mehr gab.

Meine Freunde, nun stand uns als eine große Konkurrenzpartei die Sozialdemokratische Partei, eine Klassenpartei, meine Damen und Herren, gegenüber, und sie ist es auch heute noch insofern, als sie in der Gewerkschaft ein ganz festes Fundament hat.

Meine Freunde, wissen Sie, warum wir keine christlichen Gewerkschaften haben? — Die englische Besatzungsbehörde hatte verboten, zweierlei Gewerkschaften zu schaffen. Infolgedessen gab es nur diese eine Gewerkschaft, die freie Gewerkschaft, und das war der feste Boden, und es ist tatsächlich auch jetzt noch ein sehr fester Boden für die Sozialdemokratie. Meine Damen und Herren, ich sage, auch jetzt noch ein sehr fester Boden, denn es ist erstaunlich und bewundernswert, wie die Sozialdemokratische Partei fünf verlorene Bundestagswahlen überstanden hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, das beweist doch, daß uns da auch jetzt noch eine starke Kraft gegenübersteht. Ich sage das, meine Damen und Herren, im Hinblick auf die kommende Wahl von Nordrhein-Westfalen, auf die folgenden Landtagswahlen und auch im Blick auf die Bundestagswahl im Jahr 1969.

Meine Damen und Herren, die Grundsätze, auf denen wir, die die Partei gegründet haben, stehen, müssen und werden auch in Zukunft unsere tragenden Grundsätze sein.

(Lebhafter Beifall)

Herr Ministerpräsident Dr. Meyers, unser verehrter Präsident dieser Versammlung möge mir nicht böse sein, wenn ich sage, daß der von ihm geprägte Satz, daß mit meinem Ausscheiden eine politische Epoche zu Ende sei, nicht richtig ist.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall)

Damit geht keine politische Epoche zu Ende.

(Beifall)

Das wäre doch verdammt schlimm, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren! Man muß noch etwas an Feuer in sich haben. Deswegen verzeihen Sie mir das Wort „verdammt“;

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

aber glauben Sie mir, es kam von Herzen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir mußten damals, meine Freunde, auch einen festen Damm nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die kommunistische Gefahr errichten, die uns von Osten her drohte;

(Beifall)

diese Gefahr war sehr groß, und es mußte alles geschehen, um ihrer Herr zu werden. Man hat uns später getadelt – auch wohlmeinende Beurteiler unserer Arbeit haben dies getan –, wir seien auf sozialem Gebiet zu weit gegangen. Meine lieben Freunde! Wir mußten so weit gehen, wie wir konnten,

(Beifall)

und wir sind so weit gegangen, um uns, um unser Volk vor der kommunistischen Gefahr zu retten.

(Lebhafter Beifall)

– Ich meine, das sollten uns unsere Tadler doch zugute halten. Diejenigen, die uns seinerzeit tadelten, wir seien damals zu weit gegangen, sollten sich, meine Damen und Herren, vor Augen halten, was die kommunistische Gefahr damals bedeutete, die das aggressive Rußland für uns darstellte.

Meine verehrten Damen und Herren! In der Lage nach 1945 – das hat Herr Kollege Strauß mit einer mich fast überwältigenden Kraft gesagt – konnte das deutsche Volk die Not nur unter der Führung der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Partei überwinden.

Wenn wir in großen Zügen an uns vorübergehen lassen, was wir, nachdem im Jahre 1949 der Bundestag kam, gegen die Opposition der Sozialdemokraten geleistet haben, dann muß ich auch jetzt noch sagen, meine Damen und Herren: Hut ab vor all den Männern und Frauen, die damals zusammengestanden haben wie ein Mann, um den Kampf durchzuführen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, ich erinnere mich einer Episode, als der Zonenausschuß der britischen Zone, der von den Besatzungsstellen einberufen war, in Hamburg zusammenkam. Der Ministerpräsident Kopf machte mich damals mit Herrn Dr. Schumacher bekannt. Er sagte, es wäre doch sehr gut, wenn Herr Dr. Schumacher und ich uns kennenlernten, um einmal unsere Meinungen auszutauschen. Nun, meine Damen und Herren, das haben wir noch am selben Abend getan, und wir waren in sehr vielen wesentlichen Punkten einig. Zum Schluß sagte Herr Dr. Schumacher folgendes:

„Ich habe noch etwas, was wir in Ordnung bringen müssen. Sie werden zugeben, daß Sie eine junge Partei sind, während wir eine alte Partei sind, und Sie werden zugeben müssen, daß wir große Erfahrungen haben und daß wir eine große Partei sind. Deshalb werden Sie doch mit mir darin übereinstimmen, daß wir, die Sozialdemokraten, die Führung in der Politik übernehmen.“

Ich sagte ihm:

„Sie sind eine alte Partei; das gebe ich Ihnen ohne weiteres zu.

(Heiterkeit)

Sie sind eine große Partei; auch das gebe ich Ihnen ohne weiteres zu; aber ob wir nicht die größte Partei sind, das wissen wir ja noch nicht.

(Lebhafte Heiterkeit)

Deswegen wollen wir doch den Ausgang der bevorstehenden Bundestagswahl“ –

das war die erste Wahl im Jahre 1949 –

„abwarten, und dann können wir uns wieder einmal sprechen.“

Sie wissen, daß wir zusammen mit der CSU aus dieser Bundestagswahl im Jahre 1949 als die stärkste Partei hervorgegangen sind, und unser Gespräch von damals hat mir Herr Dr. Schumacher leider nicht vergessen. Ich hatte ihn zutiefst damit gekränkt, daß ich nicht anerkannte, daß die Sozialdemokratische Partei, das heißt er, die Führung haben sollte.

Meine Damen und Herren, auch für uns selbst war der Erfolg, den wir als junge Partei nach dem Kriege, nach dem Nationalsozialismus, bei diesen schrecklichen Zuständen, die noch herrschten, eine freudige Überraschung, und so ist es dann auch geblieben, meine Damen und Herren. Fünf Bundestagswahlen haben wir gewonnen.

Das ist ein Zeichen für die Treue unserer Wählerschaft, aber auch ein Zeichen dafür, daß unsere Partei etwas geleistet hat.

(Beifall)

Meine Freunde! Wir müssen das auch einmal unserem Volke sagen. Wir müssen ihm sagen, was namentlich auf dem Gebiete der Außenpolitik von uns geleistet worden ist.

Aber lassen Sie mich noch einmal zurückkehren zu der Frage, Volkspartei oder nicht. — Ich habe hier eine Statistik, die kurz vor den Bundestagswahlen im Jahre 1965 fertiggestellt worden ist. Danach gab es folgende Zahlen:

Arbeitnehmer	CDU/CSU	28 Prozent
	SPD	52 Prozent
Angestellte	CDU/CSU	14 Prozent
	SPD	16 Prozent
Selbständige	CDU/CSU	15 Prozent
	SPD	6 Prozent
Landwirte	CDU/CSU	11 Prozent
	SPD	2 Prozent

Es war uns also gelungen — wie wir jetzt mit Freude feststellen können —, eine große und breit gelagerte Volkspartei zu werden für alle Berufe und alle Stände.

Meine Damen und Herren! Über die wirtschaftliche Lage, die damals war, möchte ich Ihnen auch einige Ziffern geben, aber fürchten Sie nicht, daß es viele sind, es werden sehr wenige sein. Als wir im Jahre 1949 nach der gewonnenen Bundestagswahl mit unserer Arbeit anfangen konnten, hatten wir 1,6 Millionen Arbeitslose. Heute haben wir 1,2 Millionen Gastarbeiter und dazu noch über eine halbe Million unbesetzter Arbeitsstellen. Diese Ziffern müssen für jeden, der nachdenkt, ein überwältigender Beweis dafür sein, wie gut unsere Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik gewesen ist; denn beide gehören zusammen.

Meine Damen und Herren! Man darf eines nicht aus dem Auge lassen, worin wir offenbar Fehler gemacht haben und nachlässig gewesen sind. Das ist in der Gemeindepolitik gewesen.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Wir haben eine Großstadt nach der anderen an die Sozialdemokraten verloren. Wir haben auch im übrigen an die Sozialdemokratie in den Gemeinden im Laufe der Zeit sehr stark verloren. Gerade die Arbeit in der Gemeinde ist ja so besonders wichtig, weil hier der Wähler unmittelbar sieht, was die Führung leistet und was sie nicht leistet. Deshalb müssen wir das in den kommenden Jahren aufholen. Wir müssen uns der Gemeindepolitik mit großer Energie zuwenden, sonst fürchte ich, daß die Einbußen in der Gemeindepolitik nichts anderes sind als der Anfang von Einbußen auch bei anderen Wahlen.

(Beifall)

Meine Freunde! Was wir im Inneren geleistet haben, sehen Sie und wissen Sie im allgemeinen. Ich habe Ihnen ja auch diese Ziffern genannt, die Ihnen ein klares Bild davon geben, wie unsere Wirtschaft ist.

Aber die Außenpolitik! Was haben wir in der Außenpolitik geleistet? Nun, Hitler hatte den Krieg frevelhafterweise vom Zaune gebrochen. Hitler und seine Leute hatten die schamlosesten Verbrechen gegen die Menschlichkeit began-

gen. Darum war der deutsche Name im Ausland geschändet, und die anderen Völker haben in den ersten Jahren nach dem Kriege nur immer daran gedacht, was die Deutschen unter dem Regime von Hitler begangen haben. Darum mußten wir Vertrauen gewinnen – das ist eine der wesentlichsten Grundlagen jeder Außenpolitik – bei den anderen Völkern, insbesondere auch Vertrauen gewinnen in unsere Stetigkeit. Und aus dem Grunde, meine Damen und Herren, müssen wir unter allen Umständen die Wahl 1969 gewinnen.

(Starker Beifall)

Die Vereinigten Staaten waren eigentlich die ersten, die Vertrauen zu uns gewonnen haben. Ich denke manchmal mit tiefer Rührung an jenen Tag auf dem Ehrenfriedhof in Arlington bei Washington zurück, als ich einen Kranz niederlegte am Grabe des Unbekannten Soldaten und von amerikanischen Behörden eine große Parade von Truppen aufgestellt war und, als ich zum Grabmal schritt, hinter mir her gingen drei junge amerikanische Offiziere, von denen der mittlere die deutsche Fahne trug. Und ich sah Tränen im Auge von unserem Begleiter. Es war wirklich ein erhebender Anblick, dieses Schauspiel zu sehen, zu sehen, wie unsere Flagge dort wieder zu Ehren gekommen ist.

(Beifall)

Meine Freunde! Der erste Außenminister, der uns hier in Bonn besuchte, war Acheson, der Außenminister der Vereinigten Staaten unter Truman. Truman hat uns und unserer Lage großes Verständnis entgegengebracht. Vor allem aber waren es Eisenhower und John Foster Dulles,

(Starker Beifall)

die ein solches Vertrauen zu uns und unserer Politik gewannen, mit denen man alles besprechen konnte, was einem am Herzen lag. Man konnte sicher sein, daß man angehört würde mit Wohlwollen und daß geschwiegen wurde über das, was man sagte.

Entscheidend für uns – es ist das eben schon erwähnt worden –, für unsere Stellung in der Welt überhaupt war das Verhältnis zu Frankreich. Schon in den Jahren der Weimarer Republik habe ich – ich war damals als Präsident des Preußischen Staatsrates in mancherlei Dinge eingeweiht – gesehen, wie groß doch das Ansehen Frankreichs in der ganzen Welt war und wie man uns verargte, daß wir Frankreich mit Krieg überzogen hatten.

Schon damals habe ich mir vorgenommen, dann, wenn ich jemals wirklich in der Politik tätig sein würde, alles daran zu setzen, um ein gutes Verhältnis zu Frankreich herzustellen.

(Lebhafter Beifall)

Das, meine Damen und Herren, ist gelungen. Wir haben das Vertrauen nicht nur de Gaulles, wir haben das Vertrauen des französischen Volkes gewonnen.

(Erneuter Beifall)

Ich habe dieser Tage zufällig eine Statistik in die Hand bekommen – leider war sie nicht veröffentlicht worden –, eine Statistik auf Grund einer Rundfrage, welches Volk andere Völker am liebsten hätten. Es war im vorigen Jahr,

und, was glauben Sie, meine Damen und Herren: die Franzosen erklärten, sie hätten das deutsche Volk am liebsten.

(Beifall)

Lieber als alle anderen Völker, meine Damen und Herren!

Als ich vor zwei Wochen in Paris war und mir sehr viele Herren vorgestellt wurden – nicht Beamte –,

(Heiterkeit)

Mitglieder der Akademie, Journalisten, Schriftsteller, kurz und gut, das, was wir unter geistigen Persönlichkeiten verstehen –

(Heiterkeit)

– ja, meine Damen und Herren, ich schlucke hinunter, was ich jetzt sagen wollte.

(Erneute Heiterkeit)

Als ich also, wie gesagt, in Paris war und mir zahlreiche Herren vorgestellt wurden, geschah etwas, was mir noch nie in Paris oder in Frankreich passiert war: Eine ganze Anzahl von Herren, die mir unbekannt waren, sagten mir bei der Vorstellung: Ich bin Europäer! – Hat das, meine Damen und Herren, schon einmal ein Deutscher einem Franzosen gesagt? Ich weiß es nicht; aber daraus bitte ich zu ersehen, daß die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland und daß der Gedanke an Europa auch in Frankreich so lebendig sind wie bei uns.

(Lebhafter Beifall)

Von entscheidender Bedeutung für unser Ansehen in der Welt schien mir aber auch vom ersten Tag an das Verhältnis zum Judentum zu sein. Hier handelt es sich um eine eminente moralische Angelegenheit. Ich habe alles darangesetzt, was ich konnte, um die Versöhnung mit dem Judentum, insbesondere aber auch mit dem Staat Israel herbeizuführen.

(Beifall)

Ich hoffe sehr, daß die Verhandlungen, die augenblicklich zwischen den Vertretern Israels und dem Auswärtigen Amt geführt werden, einen guten Verlauf nehmen und zu einem guten Ende kommen.

(Zustimmung)

Ich wünsche das aus moralischen Gründen, aber auch, meine Damen und Herren, aus Gründen der praktischen Politik. Denn glauben Sie mir: Das Judentum ist in der Welt außerordentlich mächtig.

(Beifall)

Unser Hauptleitsatz bei der ganzen Außenpolitik war der Anschluß an die freien Völker des Westens. Dabei hatten wir, meine Freunde, immer wieder gegen die Opposition zu kämpfen, die dagegen massiven Widerstand leistete. Wir haben uns nicht daran gestört; wir haben unseren Weg weiterverfolgt, gegen die Sozialdemokratie. Wenn Sie sich einmal eine ruhige Stunde gönnen

und ein Buch zur Hand nehmen, werden Sie sehen, wie eine Epoche nach der anderen eine engere, immer enger werdende Verknüpfung der Bundesrepublik mit den freien Völkern des Westens brachte. Obgleich ich vorhin bei der ausgezeichneten Rede des Kollegen Strauß ein bißchen errötet bin – soweit ich das überhaupt kann –,

(Heiterkeit)

so glaube ich doch, auch feststellen zu dürfen, daß, falls im Jahre 1945 irgendwer prophezeit hätte, welchen Weg die Bundesrepublik gehen würde, niemand diese Prophezeiung geglaubt hätte, ich selbst wahrscheinlich auch nicht.

Aber, meine Damen und Herren, es hat auch Rückschläge gegeben. Der Rückschlag, der uns am empfindlichsten getroffen hat und der mir wirklich etwas Schreckliches war, war die Behandlung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung. Wäre es damals anders gekommen, dann hätten wir viele, viele derjenigen Schwierigkeiten, die sich nachher in der Außenpolitik ergaben, schon überwunden gehabt.

(Zustimmung und Beifall)

Meine Damen und Herren, Kollege Strauß hat, wie ich heute in irgendeiner Zeitung las, davon gesprochen, man solle diese Frage der EVG wieder anscheiden. Ein guter Gedanke; denn vieles war damals überwunden, und vergessen Sie nicht, daß die damalige französische Regierung Pleven zugestimmt hatte, der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zugestimmt hatte! Vergessen Sie aber auch nicht, was unsere Sozialdemokratie getan hat!

(Erneute Zustimmung und Beifall)

Vergessen Sie nicht, daß sie eine Klage beim Bundesverfassungsgericht angestrengt hatte, weil wir eben auf Grund der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wieder wehrfähig gemacht werden sollten und die Sozialdemokratie diese Wiederwehrfähigmachung des deutschen Volkes für verfassungswidrig erklärte. Erinnern Sie sich daran und stellen Sie dem gegenüber, was heute häufig in der Zeitung steht! Nun, mir tut es sehr leid, daß diese Herren nicht früher schon so klug gewesen sind.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, unsere Arbeit ist noch nicht getan.

Wir müssen weiterarbeiten, so wie bisher, stetig, das gleiche Ziel verfolgend, nicht wankend und mit großer Geduld. Denn Geduld ist und bleibt die stärkste Waffe des Besiegten – und wir sind doch immer noch ein besiegttes Volk.

Meine Damen und Herren, betrachten Sie doch einmal die Verhältnisse in der Welt, denken Sie einige Jahrzehnte zurück: Da war Deutschland die stärkste Landmacht der Erde, da war England die stärkste Seemacht der Welt. Heute gibt es keine europäische Großmacht mehr. Aber es gibt Supermächte; das ist auf der einen Seite die Sowjetunion, das sind auf der anderen Seite die Vereinigten Staaten, und dahinter steht Rotchina. Das sind die Supermächte, gegen die kein europäischer Staat irgendwie ankommen kann, auch politisch

nicht. Deswegen muß, damit wir Europäer nicht durch die Reibungen, die sich zwischen diesen Supermächten ergeben, zerrieben werden, Europa endlich geschaffen werden, meine Freunde.

(Beifall)

Man hat von meinem Testament gesprochen, von meinem letzten Willen. Es ist wahr, ich muß ihn eines Tages machen.

(Heiterkeit)

Ich habe aber keine Zeit dazu.

(Anhaltende Heiterkeit)

Aber ich will Ihnen sagen, was unsere größte Aufgabe jetzt ist: Europa muß geschaffen werden, und Europa wollen wir schaffen.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir nicht sofort das Ideal erreichen, nun, dann erreichen wir eben das Mögliche,

(Sehr gut!)

und das Weitere wird sich dann finden.

(Beifall)

Wenn einmal nicht alle Sechs mittun wollen – nun, wenn fünf es tun wollen, in Gottes Namen, dann fünf!

(Lebhafter Beifall)

Im Jahre 1962 waren wir unter den sechs Außenministern ganz nahe daran in der EWG-Geschichte.

(Heiterkeit)

Von den Staaten, die sich in der EWG zusammengeschlossen haben, waren fünf dafür, und Holland war dagegen. Seit der Zeit ruht die Sache. Es waren dafür: Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg; und Holland war dagegen.

Meine Damen und Herren, ich spreche das sehr frei aus – ich bin ja kein Beamter mehr, das heißt, das war ich nie –,

(Heiterkeit)

ich spreche das ganz frei aus: Wenn es nicht sechs sind, dann sind es fünf, und wenn es nicht fünf sind, dann sind es vier. Aber die anderen werden dann nachkommen; darauf können Sie sich verlassen, meine Damen und Herren!

Meine Freunde, ich bitte unseren Bundeskanzler von ganzem Herzen, diese Frage als die Hauptaufgabe unserer Außenpolitik in die Hand zu nehmen.

(Beifall)

Über die Frage der Schaffung Europas habe ich vor vierzehn Tagen auch mit Herrn de Gaulle gesprochen. Er war vollkommen meiner Meinung.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit. Glauben Sie mir, die Verhältnisse spitzen sich zu. Wenn man sieht, daß die Europäer wirklich ernsthaft wieder an die Schaffung Europas gehen und daß die Sache vorankommt, dann bringen wir einen ganz neuen Akzent in die Weltpolitik hinein.

(Beifall)

Ich gehe so weit, zu sagen – weil eben nicht alles auf einmal gemacht werden kann –: wenn es dann nun kein integriertes Europa ist, so ist es ein nicht-integriertes Europa. Aber Europa muß geschaffen werden, und es wird dann von selbst in sich zusammenwachsen.

Ich denke oft an jene Atmosphäre, wie sie kurze Zeit nach dem Kriege war, wie da in den sechs EWG-Mächten, die eigentlich per Zufall in eine nähere Verbindung kamen, alles dafür war, eine europäische politische Union zu schaffen. Denn die EWG allein hilft uns nichts; wir Europäer müssen gemeinsame Außenpolitik machen, nur sie kann uns helfen.

(Beifall)

Und wenn man dann sieht, wie jetzt durch diese Streitigkeiten und Streitereien um die Pfennige der Geist entschwindet, dann kann man sehr traurig sein.

Daher nochmals, Herr Bundeskanzler, meine sehr herzliche Bitte: Nehmen Sie dieses Problem, das Problem der Schaffung Europas, in die Hand. Wenn wir es fertigbekommen, dieses Problem zu lösen, dann hat unsere Partei etwas geleistet – für Deutschland, für Europa und für die ganze Welt –, was uns die Weltgeschichte einmal sehr hoch anrechnen wird.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich ein Wort zur NATO-Krise sagen. Sie werden es wahrscheinlich von mir erwarten, weil ich unlängst in Paris war; aber versprechen Sie sich nicht zuviel.

(Heiterkeit)

Ich möchte nur ganz allgemein sagen: Krisen wird man niemals mit Noten lösen, Krisen löst man durch Sprechen. Man muß miteinander sprechen! Herr de Gaulle muß sagen, was er will,

(Zustimmung)

und die anderen müssen sagen, wenn sie etwas dagegen einzuwenden haben, was sie dagegen einzuwenden haben. Aber, meine verehrten Damen und Herren, so Noten, alle paar Stunden eine Note,

(Heiterkeit)

das ist nicht gut. Vielmehr muß man sprechen miteinander. – Das möchte ich zur NATO-Krise sagen, und ich hoffe, daß diese Worte auch in Paris und in Washington gehört werden.

(Beifall)

Etwas, meine Freunde, ist uns in all den Jahren nicht gelungen, und das ist sehr schmerzlich: Wir haben die Wiedervereinigung mit den von uns getrennten

Brüdern nicht weitergebracht. Das ist sehr traurig. Aber wir dürfen den Mut nicht sinken lassen und müssen das Vertrauen in die Zukunft bewahren. Wir bleiben dabei, daß Deutschland im Frieden wiedervereinigt werden muß.

Was in Afrika jedem Volk bewilligt wird — das Recht der freien Selbstbestimmung —, muß auch uns Deutschen gegeben werden.

(Lebhafter Beifall)

Ich gebe die Hoffnung nicht auf: Eines Tages wird auch Sowjetrußland einsehen, daß diese Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist. Wir müssen aufpassen, ob der Augenblick kommt. Aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen.

Ich bin auch der Auffassung — vielleicht teilt nicht jeder von Ihnen diese Auffassung —, daß wir uns Sowjetrußland gegenüber wie gegenüber einem Volk verhalten müssen, das uns sehr weh getan hat, dem wir vorher aber auch großes Leid zugefügt haben. Ich habe neulich mit einem Russen darüber ein Gespräch gehabt und habe ihm gesagt: Sie können mir doch nicht weismachen, daß sich Ihre Regierung bei Ihrer nuklearen Rüstung in der Tat vor uns fürchtet. Darauf hat mir der betreffende Herr gesagt: Nicht die russische Regierung fürchtet sich, wohl aber das russische Volk. Er hat mir weiter erklärt: Wir haben im Kriege 15 Millionen Tote und 5 Millionen Schwerverwundete gehabt. Dadurch wurden Wunden in die russischen Familien im weitesten Umfange geschlagen, die noch vorhanden sind. Deswegen ist in der Tat — so sagte er mir — das russische Volk Ihnen gegenüber voll Sorge.

Neulich ist etwas in der Weltgeschichte passiert, was nach meiner Meinung von allen Zeitungen sehr hätte hervorgehoben werden müssen. Aber, meine Freunde, unsere Zeitungen haben es offenbar nicht verstanden. Es war die Friedensvermittlung der Sowjetunion zwischen Indien und Pakistan. Ich muß ganz offen sagen, das war eine überraschende Entwicklung für jeden von uns, der die Verhältnisse zwischen Pakistan und Indien früher gekannt hat. Khan war vorher bei mir und hat mir gesagt, wieviel Truppen er und wieviel Indien ihm gegenüberstehen habe. Daß da die Sowjetunion den Frieden zwischen diesen beiden Völkern vermittelte, das ist für mich ein Beweis dafür, daß die Sowjetunion in die Reihe der Völker eingetreten ist, die den Frieden wollen.

(Beifall und Bewegung)

— Ich weiß, daß ich damit ein kühnes Wort gesprochen habe. Aber, meine Damen und Herren, die Tatsache liegt vor, daß die Sowjetunion zwischen diesen beiden, sich mit bewaffneter Faust gegenüberstehenden Mächten den Frieden herbeigeführt hat.

Ich möchte zum Schluß ein Wort über unsere Jugend sagen. Ich habe in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt, gerade mit der jüngeren Jugend — sagen wir einmal von 25 Jahren abwärts — aus den verschiedensten Städten und Orten zusammenzukommen. Ich kann Ihnen nur versichern: Ich war hocheifrig über den Geist, den ich in dieser Jugend gefunden habe. Und das kann einem wieder Mut geben zu neuer Arbeit, meine Freunde, zu neuer Arbeit für den

Frieden, zu neuer Arbeit für die Wiedervereinigung und zu neuer Arbeit für Europa.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren! Ich danke in Ihrer aller Namen unserem Parteivorsitzenden und gebe zu einer ausführlichen Würdigung Herrn Minister von Hassel das Wort.

Bundesminister von Hassel:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer! Verehrter Parteifreund Dr. Adenauer! Für einen Mann, der mehr als zwei Menschenalter lang seine Arbeit und seine Pflicht gegenüber Staat und Volk als etwas Selbstverständliches betrachtete, mag es nicht ganz einfach sein, nunmehr bei einer Vielzahl von Anlässen immer wieder mit einer Würdigung seiner Person und ihres politischen Wirkens und mit unzähligen Laudationes und Dankadressen konfrontiert zu werden. Gerade wir, hochverehrter Herr Bundeskanzler, haben Verständnis dafür. Aber wir wissen auch, daß das Ausmaß und das Gewicht Ihrer schon historischen Verdienste um Volk und Vaterland und nicht zuletzt um das Wirken und die Erfolge unserer Christlich Demokratischen Union zwangsläufig das Maß jener Flut von Ehrungen und Würdigungen bestimmen.

Doch haben auch Sie bitte Verständnis dafür, daß es nach all den ungezählten Würdigungen auch für mich nicht ganz einfach ist, der ich heute die Ehre habe, im Namen und Auftrag unserer Christlich Demokratischen Union das Wort an Sie zu richten. Für dieses Verständnis bedanke ich mich mit der Versicherung, das, was zu sagen ist, mit Adenauerscher Prägnanz — der farbigen Arabeske abhold — in Konzentration auf das Wesentliche zu tun.

Ich meine es ernst mit dieser Versicherung und erspare Ihnen die Chronik Ihres politischen Wirkens, die Rückschau auf all die vielen, politisch oftmals so dramatischen Jahre, seit Sie als Mitbegründer und Vorsitzender der CDU und dann als Bundeskanzler den Weg des deutschen Schicksals bestimmten. Damit erspare auch ich mir die Wiederholung so mancher Laudatio und nicht zuletzt den Vorwurf, dem so erfolgreichen Memoirenschreiber etwa ins Handwerk pfuschen zu wollen. Das wäre auch ein zu ungerechter Vorwurf. Denn wer anders als nur Sie selbst könnten ergänzen, was keiner Korrektur bedarf und längst schon für immer im Buch der deutschen Geschichte geschrieben steht; Ihre Persönlichkeit, Ihr politischer Weg, Ihr Erfolg und Ihr Werk.

Wir alle, die wir uns heute auf diesem Parteitag versammelt haben, waren in der Vergangenheit Zeugen Ihres Wirkens, und es ist keiner unter uns, der nicht nach Kraft und Können das Seine dazu geleistet hätte. Dies mag uns vielleicht auch das Recht geben, ein wenig darauf stolz zu sein, als getreue Helfer und Mitschreiter eines großen Mannes das Unsere getan zu haben beim Wiederaufbau des freien Teils unseres Vaterlandes, der zwar ein Werk aller und doch auch Ihr ganz persönliches Werk war.

Mehr und weit gewichtiger erscheint mir jedoch, wenn wir vor der Geschichte und vor Ihnen, hochverehrter, väterlicher Freund, bestehen wollen, die Besin-

nung auf die Pflichten, die sich um den Erhalt und den Ausbau des Geschaffenen – für alle von uns, die in der Staatsführung Verantwortung tragen, und für uns alle, die wir in unserer Union diese Regierung tragen und damit den politischen Weg mitbestimmen und mitverantworten.

Ich glaube, diese Besinnung auf unsere Pflicht ist die einzig gemäße und würdige Form des Dankes, den wir Ihnen, Herr Dr. Adenauer, schulden.

(Beifall)

Niemand hat uns harte Pflichterfüllung besser gelehrt und vorgelebt als Sie selbst. Ihr Vorbild muß der immer gültige Ansporn sein, und wir wissen, daß wir von der Christlich Demokratischen Union die Probleme der Zukunft zum Besten unserer Partei und damit zum Besten unseres Volkes nur meistern können, wenn wir alle von eben diesem tiefen Pflichtbewußtsein erfüllt sind, das Sie, Herr Bundeskanzler, zu Ihrer Größe führte. Das ist weder Schmeichelei noch billiges Lob. Sie sind ein großer Mann. So urteilen nicht nur wir, die wir Sie kennen; so urteilt Freund und Gegner, so urteilt die ganze Welt.

(Lebhafter Beifall)

Ich weiß, Herr Altbundeskanzler, Sie hören diese Feststellung mit der Gelassenheit des erfahrenen, des abgeklärten Staatsmannes, dem der Ruhm wenig, das Schicksal seines Volkes alles bedeutet. Doch ändert dies nichts an dem Urteil, das nur wenigen Lebenden zu Recht zuteil wird. Lassen Sie uns stolz darauf sein, Sie noch lange und in ungebrochener Schaffenskraft in unserer Mitte zu wissen.

(Beifall)

Die Welt draußen mag zu Recht ihr Urteil messen an der inneren Größe Konrad Adenauers, des unbeugsamen, unbeirrbareren, des patriotischen Europäers und vor allem an seiner so erfolgreichen Arbeit für Deutschland, für Europa und für die freie Welt.

Gerade die Christlich Demokratische Union sollte aber, so scheint mir, an diesem Tage, da Sie den Vorsitz in andere Hände legen, Ihre Größe, hochverehrter Herr Altbundeskanzler, mit anderer Elle messen. Ich versuche das in aller Kürze, nicht nur, um Konrad Adenauer und dem ihm eigenen, genialen politischen Gespür für Entwicklungen gerecht zu werden, sondern auch deshalb, weil dieser Maßstab gerade der Arbeit unserer Union im kommenden Jahrzehnt zugrunde gelegt werden muß.

Das historische Verdienst dieses Mannes hier in unserer Mitte liegt in der von ihm schon 1922 verkündeten revolutionären Idee der Vereinigung aller christlichen Kräfte des Staates und in der Tatsache, daß es ihm gelang, diese Idee in Deutschlands dunkelster Zeit zu verwirklichen.

(Beifall)

Damit wird das Verdienst der damals Gleichgesinnten nicht geschmälert. Doch Konrad Adenauer war es, der diese Union aus der Dynamik der Idee und ihrer christlichen, freiheitlichen, sozialen und demokratischen Grundhaltung zu der politischen Kraft formte, die heute so fruchtbar in allen politischen, geistigen, kulturellen und materiellen Bereichen wirkt.

Diese Union jener der christlichen Weltanschauung verpflichteten Politiker Ihrer Konfession, Herr Bundeskanzler, und meiner Konfession, die Union der katholischen und der evangelischen Christen wurde zum politischen Instrument des Staatsmannes und damit zum Schlüssel des Erfolges. Dieses Instrument, Herr Bundeskanzler, ist Ihr Werk. Es gab Ihnen das Fundament für Ihre große Leistung. Sie können sich felsenfest darauf verlassen, daß wir das, was Sie uns eben als Mahnung mit auf den Weg gegeben haben, auch in die Zukunft hinein erhalten werden,

(Beifall)

diese Union zwischen katholischen und evangelischen Christen.

Doch dies ist nicht das Thema einer Stunde, in der wir dem bisherigen Vorsitzenden der Partei Dank sagen, Dank für alles, auch dafür, daß er mit Härte regierte, um – der Sache willen – der Widerspenstigen Zähmung zu erzwingen. Sie hatten es sicher nicht immer leicht mit uns. Aber Sie werden zugeben, daß wir es auch nicht immer leicht mit Ihnen hatten.

(Heiterkeit und Beifall)

Ein großer Mann ist nun einmal nicht bequem.

(Erneuter Beifall)

Doch gerade heute sind die Erinnerungen vergoldet, auch jene, die damals gar nicht immer so golden schienen. Doch mag es Ihnen heute Genugtuung sein, wenn wir bekennen, daß der Erfolg Ihnen letzten Endes immer recht gegeben hat.

(Beifall)

Doch – und das darf mir erlaubt sein zu sagen – die Welt von gestern und heute ist nicht die Welt von morgen, die uns vor neue, die uns vielleicht vor ganz andere Probleme stellt. Sie wissen selbst am besten, der Sie als Wissender, als Urteiler und als unermüdlich Tätiger die Bürde der Jahre kaum verspüren, welche Kraft nötig sein wird, die Probleme der Zukunft zu lösen.

Empfinden Sie – und um dies bitten wir Sie alle – es nicht bitter, daß Ihre CDU Ihrem persönlichen, eigenen Willen folgend, Sie von Ihrer offiziellen Verantwortung entbindet. Diese Demut vor dem Schicksal aller zeigt Ihre wahre Größe.

Mir aber bleibt nur, Ihnen, verehrter Herr Bundeskanzler, zum Abschluß dieser für die Christlich Demokratische Union historischen Stunde noch einmal den Dank aller Frauen und Männer der Christlich Demokratischen Union und den Dank aller Deutschen – diesseits und jenseits – zu sagen.

(Langanhaltender stürmischer Beifall. –

Die Anwesenden erheben sich und bringen dem Altbundeskanzler stürmische Ovationen dar.)

Präsident Dr. Meyers:

Das Wort hat der Geschäftsführende Vorsitzende, Herr Josef Hermann Dufhues.

Josef Hermann Dufhues:

Herr Bundeskanzler Adenauer! Herr von Hassel hat das Wirken, die Leistungen und die Erfolge Konrad Adenauers gewürdigt. Ich will nichts wiederholen, nichts ergänzen. Für den Parteitag der Christlich Demokratischen Union ist diese Stunde die Stunde des Dankes. Unsere und seine Ehre ist es, Konrad Adenauer für das zu danken, was er für unser Volk und unser Land getan hat, für seinen Kampf um ein neues, politisch geeintes Europa, dafür, daß er und seine Politik Deutschland einen gleichberechtigten Partner der freien Welt haben werden lassen, für seine Autorität und seine Kraft, mit der er die Christlich Demokratische Union als Volkspartei aller freiheitlich und sozial, christlich und demokratisch gesinnten Deutschen zusammengefaßt, geeint und von Erfolg zu Erfolg geführt hat.

Statt vieler Worte über das reiche und erfüllte Wirken des Staatsmannes Konrad Adenauer rufe ich drei Stationen von symbolhafter Bedeutung in Ihr Gedächtnis.

Die erste Station, von der Herr Adenauer heute in seiner großartigen Ansprache bewegten Herzens gesprochen hat, 1953 auf dem Ehrenfriedhof von Arlington: Aus Anlaß der Anwesenheit des Bundeskanzlers Konrad Adenauer erwiesen amerikanische Soldaten der Fahne Deutschlands militärische Ehren. Unsere ehemaligen Gegner ehren die Farben Schwarz-Rot-Gold, unter denen kein deutscher Staat schuldig geworden ist, kein deutscher Staat, der diesen Namen verdient. Die freie Welt ehrt in Konrad Adenauer einen deutschen Patrioten, der in seinem Volke den Nationalismus überwunden hat.

Die zweite Station, 1962 zu Reims: In der gotischen Kathedrale zu Reims besiegeln die Staatsmänner Konrad Adenauer und de Gaulle das deutsch-französische Bündnis und heben symbolisch die tragischen Gegensätze auf, die 400 Jahre europäischer Geschichte bestimmt haben, und wir alle haben es als Mahnung, als Bitte, als Beschwörung empfunden, als Konrad Adenauer, der Kanzler der deutsch-französischen Freundschaft, heute dieses Bündnis und diese Freundschaft beschwor.

Und die dritte Station, 1963 im Bundeshaus zu Bonn: Der Deutsche Bundestag erhebt sich vor Bundeskanzler Konrad Adenauer und bekundet feierlich: Konrad Adenauer hat sich um das Vaterland verdient gemacht.

Meine Freunde, was hier symbolhaft angedeutet, konnte Konrad Adenauer nur erreichen, weil er in der Christlich Demokratischen Union ein festes Fundament für sein politisches Wirken geschaffen hatte, der CDU, die mit der CSU stets eng verbunden war und bleiben wird.

Diese Stunde des Dankes ist eine stolze Stunde für die Christlich Demokratische Union, die niemals vergessen wird, was sie Konrad Adenauer schuldig ist und schuldig bleibt. Wir sind stolz und bleiben stolz darauf, Konrad Adenauer als unseren Parteifreund in unserer Mitte zu wissen.

(Lebhafter anhaltender Beifall)

Mag Konrad Adenauer das Amt des Vorsitzenden dieser Partei dem Bundesparteitag zurückgeben: Die Christlich Demokratische Union und Konrad Adenauer – sie waren eins, sie sind eins, und sie bleiben eins.

(Starker Beifall)

Als Geschäftsführender Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union fordere ich Sie, meine Freunde, meine Damen und Herren, auf, sich von Ihren Plätzen zu erheben und durch Ihre Akklamation zu bestätigen, was ich namens des Bundesparteitages erkläre:

(Alle Teilnehmer des Bundesparteitages erheben sich von ihren Sitzen.)

Herr Bundeskanzler Konrad Adenauer! Die Christlich Demokratische Union dankt Ihnen.

Herr Bundeskanzler Konrad Adenauer! Die Christlich Demokratische Union wählt Sie für die Dauer Ihres Lebens zu ihrem Ehrevorsitzenden mit Sitz und Stimme in allen Gremien der Union.

(Bravo-Rufe und minutenlanges Beifall)

Bundsvorsitzender Dr. Adenauer:

(Der Bundsvorsitzende wird mit langanhaltendem jubelndem Beifall vom Bundesparteitag begrüßt.)

Meine lieben Freunde! Ich nehme diese Ehrung mit großem Dank entgegen,

(Beifall)

und ich bleibe mit Ihnen immer verbunden.

Ich möchte jetzt aber noch ein Wort des Dankes sagen an die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union und alle ihre Mitglieder, die in den vergangenen Jahren so gut mit mir zusammengearbeitet haben, wenn es auch manchmal etwas schwierig war, meine Damen und Herren;

(Lebhafte Heiterkeit)

aber schließlich kamen wir zum guten Ende. Ohne diese Hilfe der zahlreichen Mitarbeiter bis zum letzten und geringsten hätten wir das nicht erreicht, und ich glaube, wir sollten heute und immer daran denken, daß diese Partei, die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union, die Zukunft Deutschlands und Europas verbürgt.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren, damit ist die erste Plenarsitzung des Bundesparteitages beendet.

Ich berufe den Bundesparteitag für morgen früh, 9 Uhr, hier in diesen Saal zur 2. Plenarsitzung ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Plenarsitzung 17.48 Uhr)

Dienstag, 22. März

2. PLENARSITZUNG

Es spricht

**Josef Hermann Dufhues MdL
Geschäftsführender Vorsitzender**

Aussprache

Es spricht

**Prof. Dr. Ludwig Erhard MdB
Bundeskanzler**

Beginn: 9.13 Uhr

Präsidentin Fera:

Meine Herren Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, den zweiten Sitzungstag des 14. Bundesparteitags der Christlich Demokratischen Union zu eröffnen. Ich begrüße alle Anwesenden sehr herzlich und hoffe, daß Sie eine gute Nacht gehabt haben und gestärkt zu unserem heutigen Arbeitstag gekommen sind.

Der gestrige Tag brachte uns eine glanzvolle und repräsentative Eröffnung. Er war für alle Anwesenden das Erlebnis einer historischen Stunde für die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Heute beginnen wir die Arbeitstagung unseres 14. Bundesparteitags mit einem sehr umfangreichen Programm. Ich darf Sie daher im Namen des Präsidiums herzlich bitten, dafür Sorge zu tragen, daß wir möglichst pünktlich mit unseren Sitzungen beginnen können, damit das vorgesehene Programm auch durchgeführt werden kann.

(Beifall)

Wir beginnen mit dem Referat des Geschäftsführenden Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union, Herrn Josef Hermann Dufhues. Er wird uns einen Bericht über die Lage in unserer Partei geben. Ich darf Herrn Dufhues bitten, das Wort zu ergreifen.

(Beifall)

Josef Hermann Dufhues:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Mit ihrem diesjährigen, dem 14. Bundesparteitag, tritt die Christlich Demokratische Union Deutschlands aus der Ära Konrad Adenauers. Auf diese, als Gründungs- und Aufbauzeit wichtigste Epoche blicken wir mit Stolz, Genugtuung und Dankbarkeit. Es ist zwar jetzt nicht die Stunde, das zu würdigen, was Konrad Adenauer in zwei Jahrzehnten für die CDU geleistet hat, was die CDU in zwei Jahrzehnten unter Konrad Adenauer erreicht hat – denn gottlob ist er noch unter uns, und wir haben gestern erlebt, mit welcher Tatkraft und mit welcher Energie; auch wird er als Ehrenvorsitzender unserer Partei noch seinen Beistand und Rat geben –; aber es scheint mir doch wichtig, meinen Bericht mit einem ganz kurzen politischen Resümee der Ära Konrad Adenauer in der CDU einzuleiten.

Konrad Adenauer hat als Parteiführer ein Werk vollbracht, das in der kontinentaleuropäischen Geschichte ohne Parallele ist. Während in den meisten Ländern unseres Kontinents nach dem zweiten Weltkrieg das alte, un stabile Vielparteiensystem wiederkehrte, das schon seit dem 19. Jahrhundert Tradition war, gelang es der CDU unter Adenauer, den Parteienpluralismus der deutschen Geschichte zu überwinden und eine stabile, umfassende nichtsozialistische Volkspartei zu begründen, zu befestigen und zu behaupten.

(Beifall)

Diese Leistung, von deren Bedeutung für die deutsche Demokratie wir gar nicht hoch genug denken können, ist ganz wesentlich ein Erfolg Adenauers und seiner staatsmännischen Kunst. Dafür sind vor allem wir, meine Freunde, ihm zu Dank verpflichtet. Aber ich meine, selbst diejenigen in unserem Volk, die sich noch nicht zur CDU/CSU zählen, werden erkennen, was die Existenz unserer Union für die deutsche Demokratie bedeutet, und sie haben auch allen Anlaß, nicht nur dem Bundeskanzler, sondern auch dem Parteivorsitzenden Adenauer Anerkennung und Respekt zu bezeugen.

(Beifall)

Daß es neben einer traditionell starken Sozialdemokratischen Partei in der zweiten deutschen Republik zum Unterschied von der ersten diese große nichtsozialistische Volkspartei gibt, ist das eigentlich neue und positive Element der deutschen Politik, die unserer Demokratie in den letzten zwei Jahrzehnten Stabilität gegeben hat und für die Zukunft das Vertrauen auf diese Demokratie legitimiert.

Adenauer konnte diesen Erfolg erreichen, weil ihm die Kraft der christlich demokratischen Idee trug, weil ihm ein Wirtschaftsminister zur Seite stand, der

jenseits aller verbrauchten Ideologien des Sozialismus und Liberalismus wußte, wie eine leistungsfähige Wirtschaft innerhalb einer modernen Sozialordnung aufzubauen war: Professor Ludwig Erhard.

(Beifall)

Adenauer konnte diesen Erfolg aber auch erreichen, weil er zwei Erfahrungen, zwei Prinzipien des angelsächsischen politischen Lebens für Deutschland fruchtbar machte. Er erkannte — was die Weimarer Republik nicht erkannt hatte —, daß die parlamentarische Demokratie sich nur im Gegeneinander von Regierung und Opposition herausbilden kann, daß sich die großen Parteien, die für Regierung und Opposition stehen, nur im Konflikt darstellen, kräftigen und bewähren können, daß, meine Freunde, die große Koalition nicht der Regelfall der Demokratie, sondern die Formel des Not- oder Ausnahmezustandes ist und bleiben muß.

(Beifall)

Von einem derartigen Ausnahme- und Notzustand kann in der gegenwärtigen Situation keine Rede sein.

(Erneuter Beifall)

Wenn sich die Sozialdemokratie den Bemühungen unseres Freundes Paul Lücke um eine angemessene überzeugende Notstandsverfassung versagen sollte, ist das allenfalls ein Beweis für die mangelnde Fähigkeit zur Regierungsverantwortung, keinesfalls aber ein Not- und Ausnahmezustand, der Gespräche über eine große Koalition rechtfertigen könnte.

(Wiederholter Beifall)

Das zweite Prinzip, das Adenauer zum Nutzen der CDU verwirklichte, mit Intelligenz und Energie handhabte, war das der Verbindung des Vorsitzes in der Regierung mit der Führung der Partei. Auch dieses Prinzip hat keinen dogmatischen Charakter und keinen dogmatischen Rang. Es können sich immer wieder Gründe ergeben, die ein Abweichen von einer solchen Regelung empfehlen. Aber wir sollten auch nicht vergessen, welche Bedeutung diese Verbindung in der Ära Adenauer hatte und welche Bedeutung sie nach ihm haben kann.

Es ist ein nicht geringer Ruhmestitel unserer Partei, daß sie allen besorgten und böswilligen Kritiken, allen düsteren Prophezeiungen zum Trotz den Übergang von der Kanzlerschaft Adenauers zur Kanzlerschaft Erhards vollzogen hat. Unsere Partei hat damit bewiesen, daß sie mit und durch Adenauer so stabil, so kräftig, so attraktiv geworden ist, daß sie auch über Adenauer hinaus ihre Aufgaben erfüllen kann. Unsere Partei, die Union, ist personenunabhängig geworden. Sie wird auch nach Adenauer, auch nach Erhard sein. Sie wird sich aus eigener Kraft halten und weiterentwickeln.

(Beifall)

Unsere Partei hat den Führungswechsel bewältigt, ohne zu zerfallen, ohne von den geweisagten Krisen geschüttelt zu werden. Die einzelnen inneren Auseinandersetzungen, die es gegeben hat, haben uns kaum geschadet, weil

sie ganz offen und öffentlich ohne geheime Intrigen, ohne anonyme Verdächtigungen, ohne Inanspruchnahme von Heckenschützen geführt worden sind — Methoden, mit welchen sich Parteien herumschlagen müssen, die sich immer so viel auf ihre Disziplin zugute tun.

Am 19. September 1965 bei den Wahlen zum Fünften Deutschen Bundestag war unser Volk aufgerufen, das Mandat der Union nach dem Kanzlerwechsel zu erneuern, Deutschland weiter zu führen. Dieser Auftrag wurde uns erteilt, die Kanzlerschaft Ludwig Erhards plebiszitär bestätigt. Der glänzende, von der Öffentlichkeit nicht erwartete Erfolg, den wir errangen, ist zweifellos dem energischen persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers zu verdanken, der Entschiedenheit, mit der er den Sieg über die SPD zum Ziel des Wahlkampfes erklärte.

(Beifall)

Aber der Erfolg Erhards und der CDU/CSU wäre nicht möglich gewesen ohne die hervorragende Arbeit der gesamten Partei. Mit tiefer Befriedigung kann ich als Geschäftsführender Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union feststellen, daß die CDU/CSU noch nie einen Wahlkampf geführt hat, der politisch, organisatorisch und technisch besser vorbereitet, gründlicher durchdacht, unerbittlicher ausgeführt worden wäre als der Wahlkampf des vergangenen Jahres. Das ist uns von neutralen Beobachtern ebenso bestätigt worden wie die Tatsache der Überlegenheit unserer Propaganda über die der SPD, deren technische Erfahrung, deren finanzieller Reichtum, deren straffe Organisation uns doch regelmäßig zu selbstkritischen Überlegungen veranlassen.

Es ist mir ein herzliches Bedürfnis, an dieser Stelle allen zu danken, die an der Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes mitgewirkt haben, von den letzten Mitarbeitern und Helfern in der Ortsunion über die Landesgeschäftsstellen, die Landesgeschäftsführer, die Landesvorsitzenden bis zur Bundesgeschäftsstelle; hier besonders meinem Freund Dr. Kraske — auch persönlich für seine hervorragende Arbeit — zu danken, ist mir ein herzliches Bedürfnis.

(Lebhafter Beifall)

Lassen Sie mich zu diesem Bundestagswahlkampf, der das wichtigste Thema des Berichtsjahres bildet, noch einige Anmerkungen machen. Das Ergebnis der Bundestagswahlen von 1965 hat eine Erkenntnis bestätigt: Politischer Erfolg ist kein Zufallsprodukt. Politischer Erfolg ist das Ergebnis einer richtigen Politik, einer ausreichenden Öffentlichkeitsarbeit, eines entschlossenen Wahlkampfes und einer sachgemäßen Werbung. Wir sollten uns über diesen Wahlsieg freuen.

Aber unser Erfolg vom 19. September 1965 war nicht überall gleich im Bundesgebiet. Es gab Gegenden und vor allem Städte, in denen wir nicht erfolgreich waren. Es gab Bevölkerungsgruppen, die uns nicht in ausreichendem Maße ihre Zustimmung gegeben haben.

So dankbar wir die Treue der Wähler der ländlichen Bezirke und des flachen Landes würdigen, so große Sorge bereitet uns die Entwicklung in vielen, nicht allen großen Städten der Bundesrepublik. Mit durchschnittlich 39,1 Prozent

der gültigen Stimmen blieb die CDU/CSU auch bei der letzten Bundestagswahl in den reinen Großstadtwahlkreisen weit unter ihrem Stimmenanteil im gesamten Bundesgebiet. Im Gegensatz dazu betrug der CDU/CSU-Stimmenanteil in ländlich-kleinstädtischen Kreisen über 47 Prozent und in rein bäuerlich-ländlichen Kreisen etwa 57 Prozent. Mir scheint, daß die Spanne von 57 zu 39 Prozent Anlaß für ernste Betrachtungen ist.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen in den besonderen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Großstädte, gewissen Einbrüchen der SPD in katholische Wählergruppen, vor allem der Großstädte, der vielfach mangelnden organisatorischen Präsenz und der daraus folgenden unzureichenden Öffentlichkeitsarbeit der CDU in den Großstädten. Daraus müssen unverzüglich Folgerungen für unsere Arbeit gezogen werden.

Mehr und bessere Öffentlichkeitsarbeit, umfassendere und größere Öffnung der CDU gegenüber den vielfältigen Gruppen und Lebenskreisen in den Großstädten, gemeinsam mit den Sozialausschüssen verstärktes Bemühen um das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft. Meine Freunde, die CDU würden ihren Charakter als moderne Volkspartei gefährden, wenn sie nicht auch in den Großstädten stärker als bisher präsent wird.

(Beifall)

Ich komme zurück auf die Bundestagswahl. Eine seit vielen Jahren bewährte Regierungspartei mußte von den Tatsachen ausgehen, die sie seit dem Jahre 1949 selber gesetzt, selber geschaffen hatte. Ohne uns in Erfolgen zu sonnen, mußten wir gegen die Vergeblichkeit Stellung beziehen. Garantien für die Zukunft mußten durch Leistungsbeweise der Vergangenheit glaubhaft und überzeugend gemacht werden.

Daraus ergaben sich drei wichtige Bezugspunkte für die Vorbereitung und die Durchführung der Bundestagswahl:

Die Sicherheit des durch harte Arbeit und gute Politik erworbenen Wohlstandes und die Sicherheit des Staates werden ausschließlich durch die Politik der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union gewährleistet. Die CDU hat von Anfang an die Sicherheit zu ihrem Hauptanliegen gemacht.

Konrad Adenauer hat seine ganze Politik konsequent auf die Sicherung unserer Freiheit, auf die Sicherung unserer Existenz als Volk ausgerichtet. Und so kamen wir zu der Wahlkampfparole: „Unsere Sicherheit – CDU“.

Deutschland, meine Freunde, steht vor großen politischen Entscheidungen, die nur von einer großen und zur Führung entschlossenen Partei getroffen werden können. Um Detailfragen, so wichtig sie in manchen Bereichen auch sein mögen, geht es nicht. Es war unsere Pflicht, auf die Schicksalsfragen unseres Volkes hinzuweisen, d. h. in erster Linie auf die großen Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dies ergab die weitere Parole: „Es geht um Deutschland“.

Und ein Letztes. In einer so komplizierten Gesellschaft, in der sich nahezu unübersehbar zahlreiche Fachprobleme auftürmen, kann das Wahlvolk nur im

Hinblick auf wenige wichtige politische Fragen entscheiden. Die Antworten auf diese Fragen werden weitgehend durch Persönlichkeiten symbolisiert und deutlich gemacht. Diese Persönlichkeiten repräsentieren ein bestimmtes politisches Verhalten und bestimmte Programme. In der Person Ludwig Erhards besaßen wir den überzeugenden Repräsentanten moderner CDU-Politik. Das war die Garantie eines sicheren Sieges im Wahlkampf 1965. Eine Erleichterung, wenn Sie wollen, ein Entgegenkommen der Sozialdemokratie war es, daß uns als Gegner Willy Brandt gegenüberstand. Die Konfrontierung dieser beiden Persönlichkeiten ließ besonders deutlich werden, was für ein politisches Kapital Ludwig Erhard für uns ist.

Wir haben uns bemüht, die drei leitenden Gedanken, auf deren Grundlage wir den Wahlkampf führten, mit konkreten politischen Vorstellungen zu erfüllen. Aber wir haben in der Vorbereitungszeit des Wahlkampfes manchmal sehr bedauert, meine verehrten Freunde, daß viele unserer Parteifreunde in führenden Stellungen der Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit noch immer kein ausreichendes Verständnis entgegengebracht haben.

(Beifall)

Die Politik der CDU und ihre Erfolge wären manchem deutschen Wähler noch unzweifelhafter gewesen, wären mehr Anstrengungen gemacht worden, sie ihm klarzumachen. Hier dürfte einer der Gründe dafür liegen, daß wir im Anmarsch auf die Bundestagswahl monatelang in der Öffentlichkeit als Partei keine gute Resonanz hatten. Unsere Parteifreunde unterschätzen vielfach den Wert kleinerer Versammlungen, den Wert der offenen Diskussion, den Wert der Aussprache gerade mit einfachen Leuten draußen im Volk.

(Beifall)

Nachträgliche Untersuchungen haben die Leistungsfähigkeit unserer Wahlkampf-, unserer Werbemittel bestätigt. Trotzdem dürfen wir uns nicht zufriedengeben mit den diesmal gefundenen Lösungen, wir dürfen, meine Freunde, auf unseren Lorbeeren nicht ausruhen. Die Entwicklung geht weiter. Die Methoden des Wahlkampfes von 1965, so erfolgreich sie waren, können nicht in kommenden Wahlkämpfen wiederholt werden. Sonst würde es uns ebenso ergehen wie den preußischen Armeen in den Schlachten gegen Napoleon, den gleichen Armeen, die sich noch unter Friedrich dem Großen so erfolgreich geschlagen hatten.

Das Verhalten der SPD war recht merkwürdig. Sie unternahm so etwas wie eine Flucht nach vorn. Sie hatte keine Alternativen zur Politik der CDU/CSU und schien auch keine bieten zu wollen. Sie packte die wirklich wesentlichen Fragen nicht an, sondern stocherte in den kleinen Problemen herum, die nicht neu und vor allem auch nicht von den Sozialdemokraten erfunden waren. Die SPD hatte auch keine personellen Alternativen zu bieten. Sie beging zudem im Wahlkampf mit ihrer Plakatierung, mit ihren zum Teil doch recht albernen Werbesprüchen erstaunliche psychologische Fehler. Insgesamt enthüllte sich damit die Schwäche ihrer Führungsmannschaft. Einer Gruppe von Männern, der solche Fehler bereits im Wahlkampf unterlaufen, kann man doch als Regie-

rungsmannschaft nicht vertrauen, sagten viele. Eine Schwäche, die bei der Führung eines Wahlkampfes zu einer Wahlniederlage führt, kann bei der Führung einer Regierung verhängnisvoll für das ganze Volk sein. Wir hatten also guten Grund, vor der Unfähigkeit der Sozialdemokraten zur Führung der Regierungsgeschäfte zu warnen.

Das Wahlergebnis zeigte keinen bundeseinheitlichen Trend. Die Wähler haben sich in erster Linie politisch entschieden. Selbstverständlich haben sich christliche Wähler ganz vorwiegend für uns als eine weltanschaulich orientierte Partei erklärt. Aber, meine Freunde, wir sollten uns darüber im klaren sein, daß sich künftig die Treue zu unserer weltanschaulichen Haltung nur dann auch in einer Wahlentscheidung verwirklichen wird, wenn unsere Politik in der Praxis den Vorstellungen der christlichen Wähler entspricht.

(Beifall)

Die CDU hat sich in diesen Wahlen wieder als Volkspartei bestätigt gesehen. Alle Schichten und Gruppen des deutschen Volkes, alle Landschaften und Regionen haben uns gewählt. Es gibt keine einseitige Gruppenentscheidung für oder gegen die CDU. Ich meine, daß diese Feststellung große Bedeutung für uns hat. In einer modernen Gesellschaft kann nur eine Volkspartei eine umfassende, alle Schichten umfassende Volkspartei wirklich Erfolg haben. Aus den Ergebnissen unserer Untersuchungen vor allem unserer wahlanalytischen Untersuchungen sollten wir Folgerungen ziehen:

1. Die CDU braucht mehr, sie braucht bessere Öffentlichkeitsarbeit.
2. Die CDU ist in hohem Grade von der Qualität ihrer Abgeordneten, d. h. von dem Persönlichkeitswert ihrer Kandidaten abhängig.

(Beifall)

3. Die CDU muß sich besonders um die mittleren Jahrgänge zwischen 30 und 50 Jahren, um die weiblichen Wähler und um die Jungwähler kümmern.

(Beifall)

4. Wir dürfen uns keinesfalls auf feste „Stammwähler“ oder auf sogenannte Hochburgen verlassen.

(Beifall)

Auch die Stammwähler, auch unsere Wähler in sogenannten Hochburgen erwarten ein klares Profil der CDU. Sie wählen heute keineswegs mehr so selbstverständlich wie in der Vergangenheit die ihnen sympathisch erscheinende Partei.

(Zustimmung)

5. Die CDU braucht Geschlossenheit in ihrer Führungsspitze.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich verstehe Sie richtig: Das war ein klarer Auftrag, ein klares Mandat für die Männer und Frauen, die Sie morgen wählen werden.

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall)

Die notwendigen und sicher ganz fruchtbaren Diskussionen, ja, meine Freunde, auch gewisse Richtungskämpfe müssen irgendwann und irgendwo einmal zu Beschlüssen führen, die verbindlich sind, die verbindlich für alle sind, die in dieser Partei tätig sind.

(Lebhafter Beifall)

Meinungsverschiedenheiten und Unterschiedlichkeiten kann man nicht ohne harte Strafe, das heißt durch ein klares Nein der Wähler unendlich und auf die Dauer fortsetzen.

Und 6., meine Damen und Herren: Die CDU braucht Führungsdeutlichkeit. Man muß wissen, wer führt, man muß wissen, wohin sie unser Volk führt, und man muß wissen, welche Entscheidungen sie im einzelnen trifft. Sie kann und darf als entscheidende politische Macht die Probleme unserer Zeit nicht auf die lange Bank schieben.

(Beifall)

Bevor ich, meine Damen und Herren, meine Freunde, auf einige aktuelle Fragen eingehe, die unsere Partei existentiell berühren, lassen Sie mich Ihnen noch einige Daten vortragen, die nicht bloß das letzte Jahr, sondern auch meine ganze Amtszeit als Geschäftsführender Vorsitzender betreffen. Sie werden verstehen, daß nicht ich eine Bewertung versuchen kann, ob sich die Einführung des Geschäftsführenden Vorsitzenden bewährt hat. Zweifellos, meine Freunde, sind manche der Hoffnungen, die sich mit der Einrichtung dieser Institution verbanden, bei weitem übersetzt gewesen. Kein Mann und keine Frau, und wäre er oder sie mit umfassendsten Vollmachten ausgestattet, hätte eine Generalreform der CDU, ihre Reorganisation bis in alle Einzelheiten hinein, ihr ideologisches Aggiornamento vollbringen können! Aber in den letzten Jahren, meine Freunde – das lassen Sie mich hervorheben –, war das Amt des Geschäftsführenden Vorsitzenden unter den besonderen Bedingungen des Übergangs ohne Frage ein notwendiges, ein unersetzliches Amt.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen für die Lebendigkeit und Anpassungsbereitschaft der CDU, daß sie auf veränderte Situationen mit organisatorischer Flexibilität der Spitze zu reagieren vermag. Sie konnte es 1962 in Dortmund, und sie kann es – davon bin ich überzeugt – auch 1966 in Bonn, wo sie wiederum auf eine neue politische Lage eine neue institutionelle Antwort finden muß.

Ihnen, meine Damen und Herren, liegt ein Rechenschaftsbericht der Bundespartei vor, um dessen sorgfältiges Studium und dessen Beachtung ich Sie herzlich bitte. Ich möchte nur einzelne Punkte besonders herausheben.

Der Mitgliederstand unserer Partei hat sich vom Jahresende 1962 von rund einer Viertelmillion auf den jetzigen Stand von rund 300 000 erhöht. Rechnen wir noch – und nur das ermöglicht einen Vergleich – die Mitglieder der CSU hinzu, so ergibt sich, daß die Christlichen Demokraten in der Bundesrepublik etwa halb soviel eingeschriebene Mitglieder haben wie die Sozialdemokraten. Das, meine Freunde, ist wenig, und das ist keinesfalls genug, auch nicht im Verhältnis zu unserer ja viel größeren Wählerschaft, aber auf der anderen Seite

angesichts der Parteimüdigkeit nach dem zweiten Weltkrieg und der bekannten soziologischen Tatsache der schlechteren Organisierbarkeit der Bauern, des Mittelstandes, der Beamten und Angestellten – fast aller Gruppen außerhalb der Arbeiterschaft – scheint mir das doch ein Erfolg zu sein, den wir nicht gering schätzen sollten. Dieser Erfolg, meine Freunde, ist um so bemerkenswerter, als wir ja keine Patronagepartei sind und auch keine Patronagepartei werden wollen.

(Lebhafter Beifall)

Wir können und wir wollen keine Personalpolitik betreiben wie die Sozialdemokraten. Wir bieten darum unseren Mitgliedern kaum materielle und berufliche Chancen durch ihren Beitritt zur Union. Im Gegenteil meine Freunde: Ich warne vor dem Typ des geschäftigen Managers,

(Zurufe: Sehr gut!)

der in der CDU nur ein Sprungbrett zu Amt, Mandat und materiellem Vorteil sieht.

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall)

Allerdings möchte ich mit der gleichen Deutlichkeit hinzufügen, daß wir bei aller Antipathie gegen Funktionärstum und Proporz, bei aller notwendigen Verteidigung des Leistungsprinzips und des Berufsbeamtentums nicht die legitimen Möglichkeiten an Personalpolitik ausnützen, die wir im Interesse unseres politischen Auftrags ausnützen müssen und ausnützen sollten.

(Lebhafter Beifall)

Von unseren rund 300 000 Mitgliedern sind inzwischen 90 Prozent in der zentralen Mitgliederkartei erfaßt. Diese Zahl bezeichnet nicht nur eine organisatorische Leistung, sie ist ein wichtiges Datum in unserer Entwicklung zur Bundespartei, die 1950 in Goslar begonnen hat und die noch immer nicht vollendet ist. Bei der Struktur unserer Mitgliedschaft ist im positiven Sinne bemerkenswert, daß sich seit 1962 eine deutliche Verjüngung ergeben hat. Freilich deckt sich die Struktur unserer Mitgliedschaft nicht mit der Struktur der Bevölkerung im ganzen. Trotz der von mir erwähnten eingetretenen Verjüngung ist unsere Mitgliedschaft an Lebensjahren reifer als die Bevölkerung; es überwiegen begreiflicherweise die Männer in der Mitgliedschaft, während die Frauen – und dafür sind wir ihnen herzlich dankbar, wir bitten sie aber auch, als Mitglieder stärker bei uns präsent zu sein – in unserer Wählerschaft dominieren.

Konfessionell überwiegen die Katholiken in der Mitgliedschaft, nicht nur im Verhältnis zur Bevölkerung im ganzen, sondern auch im Verhältnis zu unseren Wählern, und ich darf es mit einer herzlichen Bitte verbinden: Hier liegt noch ein weites und fruchtbares Feld für die Anstrengungen unserer evangelischen Freunde, die bei den Wahlen – und dafür sind wir ihnen herzlich dankbar – die Position der CDU insbesondere in evangelischen Kreisen nachhaltig und ständig haben verbessern können.

(Lebhafter Beifall)

Ein Mißverhältnis besteht auch zwischen Berufsgliederung und Mitgliedschaft im Vergleich zu der Bevölkerung. Die Selbständigen in Handel, Handwerk und Gewerbe sind bei uns überproportional vertreten, auch noch die Beamten, während die Angestellten und die Arbeiter viel weniger in unserer Mitgliedschaft engagiert sind, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechen würde.

Die organisatorische Kräftigung unserer Partei kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich die Zahl der Kreisgeschäftsstellen von 296 auf 324 erhöht hat, daß auch die Zahl der Kreisgeschäftsführer gestiegen ist und daß der soziale Status dieser wichtigen Mitarbeiter hat verbessert werden können. Meine Freunde, ich warne dringend davor, nach Wahlen, insbesondere nach der Bundestagswahl, die vor der Wahl geschaffenen Einrichtungen wieder abzubauen. Verstärkung und Festigung der Organisation ist eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Vorbereitung auch der künftigen Entscheidungen, die diese Partei zu treffen hat.

(Lebhafter Beifall)

Die Wirksamkeit unserer Partei in Presse, Propaganda und Information ist – so scheint mir – wesentlich besser geworden. Die Einrichtung des Amtes eines Sprechers des CDU-Vorstandes hat sich in ausgezeichnete Weise bewährt, und zwar nicht nur in der Zeit des aktuellen Wahlkampfes. Unsere Zeitschriften – ich erwähne hier das „Deutsche Monatsblatt“ – sind redaktionell verbessert und anziehender ausgestattet worden. Die Auflage des Monatsblattes hat sich fast verdoppelt. Diese unsere Mitgliederzeitschrift hat sich so durchgesetzt, daß die Landesverbände immer mehr ihre eigenen Dienste einschränken und sich mit Beilagen am Monatsblatt beteiligen. Auf diese Weise kann jedenfalls auf die Dauer das Monatsblatt die integrierende Funktion erfüllen, die ihm von Anfang an zugehört war.

Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Aus der Fülle der aktuellen Probleme, denen sich unsere Partei gegenwärtig gegenüber sieht, möchte ich die wichtigsten herausgreifen und die Lösungen skizzieren, die wir anstreben sollten.

Das Verhältnis unserer Partei zu den politischen Körperschaften sollte stärker rationalisiert werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der zukünftigen CDU-Arbeit scheint mir die intensivere Beteiligung der Partei an der politischen und gesetzgeberischen Meinungsbildung zu sein.

(Beifall)

Die häufig sehr komplizierten Sachentscheidungen, die der moderne Staat zur Ordnung unserer mitmenschlichen Beziehungen und Zusammenlebens erfordert, werden heute nahezu ausschließlich in den zuständigen Ressortministerien vorbereitet. Der Bundestag und seine Ausschüsse sind kaum noch in der Lage, eine umfangreiche und schwierige Gesetzgebungsinitiative selbständig zu erarbeiten. Diese Feststellung drückt durchaus nichts Negatives aus. In der Mitte des 20. Jahrhunderts kann es nicht mehr die Aufgabe des Parlaments eines großen Staates sein, Gesetze einschließlich der Formulierungen im ein-

zeln zu erarbeiten. Die Vorbereitung der Gesetzgebung durch die Verwaltung führt jedoch nicht selten dazu, daß politische Entscheidungen präjudiziert werden. Das Parlament vermag nach aller Erfahrung ein geschlossenes konzipiertes Gesetzgebungswerk zwar in toto abzulehnen, nicht aber mehr, abgesehen von Einzelheiten in wesentlichen Fragen, entscheidend zu ändern. Wenn ich als Beispiel das Kartellgesetz, das Aktiengesetz und ähnliche Gesetze erwähne, dann wird deutlich, was ich damit sagen will.

Hieraus folgt, daß die politischen Parteien ihren grundgesetzlichen Auftrag, durch ihren Mandatsträger bei der politischen Willensbildung mitzuwirken, das heißt doch wohl entscheidend mitzuwirken, nur noch in beschränktem Umfang erfüllen können. Soll der Forderung des Artikels 21 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes mehr als bisher entsprochen werden, muß der Einfluß der Parteien und Fraktionen auf die Vorbereitung der Gesetzgebung verstärkt werden. Nicht die Bürokratie, nicht die Mitarbeit in den Ressorts, sondern die politischen Parteien haben die Entscheidung später gegenüber der Bevölkerung zu vertreten. Wenn ich an die Diskussionen um die Krankenversicherungsreform, an die Diskussionen um die Miet- und Wohnungsgesetzgebung erinnere, dann wissen Sie, welche Schwierigkeiten sich hierbei oft notwendig einstellen müssen, jedenfalls einstellen können.

In diesem Zusammenhang kommt der Arbeit der Fachausschüsse unserer Partei besondere Bedeutung zu. Hier ist in den letzten Jahren in der Stille viel wertvolle Arbeit geleistet worden, die kaum jemals bekanntgeworden ist. Darüber muß die Bevölkerung in Zukunft stärker informiert werden.

Wie wichtig die Arbeit unserer Fachausschüsse ist, ergibt sich noch aus einer weiteren Überlegung: Die politische Willensbildung des Volkes, an der mitzuwirken Aufgabe, und zwar wichtigste Aufgabe der Partei ist, vollzieht sich in der Regel nicht in allgemeinen Parteiversammlungen, sondern in Fachgremien, die sich auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene mit den Sachfragen der Politik beschäftigen. Diese Gremien, die sich von unten nach oben organisieren, müssen Gelegenheit haben, das bei ihnen erarbeitete Gedankengut unmittelbar politisch wirksam werden zu sehen. Ich sehe keine andere Möglichkeit dazu, als die Arbeitsergebnisse dieser Fachgremien unmittelbar nach Beratung im Bundesvorstand der CDU den in der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion verantwortlichen Parteifreunden zuzuleiten.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß sich unser Bundesvorstand in Zukunft mehr als in der Vergangenheit mit konkreten Sachfragen der aktuellen und künftigen Politik auseinandersetzt.

(Beifall)

Die politische Führung durch die Union würde dadurch sichtbar werden auch für die breitere Öffentlichkeit; der Bundesvorstand sollte sich dieser Aufgabe und dieser Verantwortung stärker bewußt sein.

Hierzu noch eine kleine, mehr organisatorische Anmerkung: Wenn die Fachausschüsse der Partei den Bundesvorstand beraten sollen und wenn der

Bundesvorstand über die Vorlagen der Fachausschüsse Entscheidungen treffen soll, dann müssen die Fachausschüsse mehr als bisher die Möglichkeit haben, ihre Arbeit im Bundesvorstand zu vertreten. Ich gebe daher zu erwägen, ob das Statut unserer Partei nicht dahingehend geändert werden sollte, daß auch die Vorsitzenden der Fachausschüsse der Partei in Zukunft geborene Mitglieder des Bundesvorstandes sind.

(Beifall)

In den Zusammenhang unserer Bemühungen um eine Rationalisierung und Straffung unserer Arbeit der Politik gehört auch das Studienzentrum, das im Rahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung errichtet worden ist. Dieses Studienzentrum, um dessen Ausbau ich mich sehr bemüht habe, das jedoch bis jetzt, und zwar hauptsächlich aus finanziellen Gründen, noch nicht zu einer wirksamen Institution unseres Parteelebens hat werden können, ist nicht gedacht als Beitrag der CDU zu dem modischen Instrumentarium der Verwissenschaftlichung der Politik, deren Möglichkeiten bei weitem überschätzt werden. Das Studienzentrum muß das Instrument der politischen Führung der Partei sein. Es soll den Auftrag haben, langfristige Entwicklungstendenzen zu beurteilen, politische Sachfragen wissenschaftlich entscheidungsreif zu machen und die Partei bei der Artikulation ihrer Politik zu unterstützen. Wenn es gelingt, das Studienzentrum nach richtigen Grundsätzen aufzubauen, dann wird sich ohne Zweifel auch eine Normalisierung unseres Verhältnisses zu den Intellektuellen ergeben – soweit dieses Verhältnis von der mangelnden intellektuellen Kohärenz der Äußerungen unserer Partei getrübt war. Mit dem Studienzentrum, meine Freunde, werden sich Vorstand und Präsidium noch ausführlich, eingehend und sorgfältig befassen müssen.

Ein weiteres Wort zu unseren Parteifinzen, meine Freunde! Die Lage dieser Finanzen macht uns Sorge, macht uns schwere Sorgen. Wie Sie wissen, ist die Bezuschussung der im Bundestag vertretenen Parteien durch die Mittel des Bundeshaushalts gegenwärtig Gegenstand mehrerer Verfahren, die bei dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anhängig sind. Auf diese Verfahren soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, insbesondere möchte ich auch den Schein vermeiden, daß in schwebende Verfahren von hier aus eingegriffen wird.

Ich möchte an dieser Stelle lediglich ein kurzes Wort zu der Reaktion sagen, die die Verfahren in Karlsruhe in einem großen Teil der deutschen Presse hervorgerufen haben. Lassen Sie mich nachhaltig erklären, daß die CDU die Finanzierung der Partei aus Mitgliedsbeiträgen für die beste Form der Mittelaufbringung hält. Es kann keine Rede davon sein, meine Freunde, daß wir uns nicht der Mühe unterziehen wollen, an die Opferbereitschaft unserer Mitglieder zu appellieren. Bei der Beurteilung des Verhältnisses der eigenen Leistungen zu den öffentlichen Mitteln dürfen nicht die geldwerten Leistungen übersehen werden, die unzählige Bürger unseres Staates im Interesse unserer Partei Tag für Tag erbringen.

(Beifall)

Aus Gründen, insbesondere historischer Art, die ich hier nicht im einzelnen zu erörtern brauche, ist jedoch keine der großen deutschen Parteien heute in der Lage, sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und durch eigene Leistungen zu finanzieren. Jede abweichende Auffassung ist einfach irreal, sie entbehrt der Grundlage.

Es kann entgegen gewissen mehr oder minder wohlwollenden Kommentaren, meine Freunde, keine Rede davon sein, daß die Parteien durch Annahme von finanziellen Mitteln aus dem Bundeshaushalt und aus Länderhaushalten etwa ihre Unabhängigkeit einbüßen. Schon seit 1959 erhalten die politischen Parteien Zuschüsse auch aus dem Bundeshaushalt. Ich glaube nicht, daß die Unabhängigkeit der Parteien dadurch geschwächt worden ist. Im Gegenteil: Nach meiner Erfahrung ist die Finanzierung der Parteien durch ein gemischtes System von Beiträgen, Spenden und Zuschüssen aus öffentlichen Haushalten in besonderer Weise geeignet, die Unabhängigkeit der politischen Parteien zu garantieren.

(Beifall)

Schließlich muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß keine Partei daran denkt, ihren Finanzbedarf voll und ganz aus öffentlichen Mitteln zu decken. Die Bundesmittel decken für die drei im Bundestag vertretenen Parteien nur einen Teil ihres wesentlich höheren Finanzbedarfs.

Zur Beleuchtung dieses Problems noch einige Tatsachen! Die vom Bund im Jahre 1965 an die politischen Parteien gegebenen 38 Millionen D-Mark sind nur etwa die Hälfte des Betrages, der in der Silvesternacht des vergangenen Jahres in der Bundesrepublik für Feuerwerkskörper ausgegeben, buchstäblich verpulvert worden ist.

(Heiterkeit)

Die Relationen, meine Freunde, werden deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach sorgfältigen Schätzungen im Jahre 1965 152 Millionen D-Mark allein für die Zigarettenwerbung ausgegeben wurden. Der Werbeaufwand der Waschmittelindustrie betrug im Jahre 1965 etwa 203 Millionen D-Mark.

Nun, meine Damen und Herren, ist gelegentlich der Vorwurf zu hören, daß sich mit Hilfe der öffentlichen Mittel in der Zentrale der politischen Parteien Wasserköpfe bildeten. Was die Herrschaften darunter verstehen, ist mir nicht ganz klar. Als Vorsitzender eines Landesverbandes, der vier Jahre hindurch Geschäftsführender Vorsitzender der Bundespartei war und der hierbei sehr auf diese und andere Fragen geachtet hat, kann ich hier vor dem Bundesparteitag mit Nachdruck erklären, daß diese Auffassung falsch ist, daß sie jeder Grundlage entbehrt.

Lassen Sie mich doch mit einigen Strichen die Dimensionen klarmachen! Wenn ich dabei im folgenden einige Zahlen aus den Geschäftsberichten des DGB und der IG Metall zitiere, so ist das keineswegs eine Unfreundlichkeit diesen Organisationen gegenüber. Im Gegenteil: Ich kann diese Zahlen nur zitieren,

weil sich die Gewerkschaften in ihrem finanziellen Gebaren einer beispielhaften Publizität befleißigen.

Der Etat des Bundesvorstandes des DGB war schon im Jahre 1961 etwa dreieinhalbmal so groß wie der Etat der Bundespartei im Jahre 1962. Die Personalausgaben der DGB-Zentrale im Jahre 1961 waren viermal so hoch wie die entsprechenden Ausgaben der Bundesgeschäftsstelle.

Vergleichen wir die CDU einmal mit der IG Metall, so zeigt sich, daß diese Gewerkschaft im Jahre 1964 Personalaufwendungen hatte, die dreimal so hoch waren wie die Personalkosten der Bundesgeschäftsstelle. Allein für Pressearbeit gab die IG Metall im Jahresdurchschnitt der Jahre 1962 bis 1964 jährlich 6,6 Millionen D-Mark aus. Die Werbungskosten lagen entsprechend bei 1,9 Millionen D-Mark.

Die Größenordnung der jährlich an alle im Bundestag vertretenen politischen Parteien gezahlten 38 Millionen D-Mark – das ist etwa 1 DM je Wahlberechtigtem – wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die jährlichen Ausgaben des DGB bereits im Jahre 1962 den Betrag von 40 Millionen D-Mark erreicht hatten. Ich wiederhole, meine Freunde: Daß ich die Zahlen des DGB und der IG Metall zitiere, bedeutet keine Spitze gegen diese Organisationen. Leider liegen mir entsprechende Angaben aus dem Bereich der Wirtschaftsverbände nicht vor; sonst würde ich sie mit dem gleichen Freimut zitieren. Nach meinen vertraulichen Informationen liegt der Personaletat etwa des Deutschen Industrie- und Handelstags ungefähr doppelt so hoch wie der der Bundesgeschäftsstelle.

Meine Freunde, warum sage ich das und warum wende ich mich dieser Frage mit so großer Eindringlichkeit zu? Ich meine, wir müßten immer wieder auf diese simplen Zusammenhänge hinweisen, um auch in der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere bei der Presse, Verständnis für unsere legitimen Anliegen zu finden. Nicht aus Faulheit und Bequemlichkeit nehmen wir öffentliche Mittel an, sondern deshalb, weil wir einfach keinen anderen Weg sehen, die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu gewährleisten.

(Lebhafter Beifall)

In einer wichtigen Einzelfrage haben wir im vergangenen Jahr einen großen Schritt nach vorn getan, einen Schritt, dem aber weitere folgen sollten.

Mit ihren 16 rundfunkpolitischen Leitsätzen hat die CDU als erste politische Partei in der Bundesrepublik ein geschlossenes Konzept zu allen rundfunkpolitischen Ordnungsfragen vorgelegt. Die rundfunkpolitischen Leitsätze der Bundestags-, Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen der CDU/CSU wurden am 25. November 1965 hier in Bonn verabschiedet. Sie haben ein großes, und, wie ich meine, überwiegend positives Echo in der deutschen Presse gefunden, vor allem auch in der Fachpresse.

Die Leitsätze stellen einen vernünftigen Kompromiß zwischen verschiedenen möglichen Standpunkten dar. Auf diesem Wege, meine Freunde, muß jetzt weitergegangen werden; denn eine gesunde und eine durchdachte Rundfunk-

politik ist für jede demokratische Partei nicht nur eine Pflichtübung am Rande, sondern im wahrsten Sinne des Wortes eine Lebensfrage. Auch die CDU muß daher entschlossen an einer sinnvollen und zukunftsweisenden Gestaltung des Rundfunkwesens einschließlich des Fernsehens mitwirken. Um eine kontinuierliche Mitarbeit der CDU in diesen Fragen zu gewährleisten, schlage ich vor, daß unmittelbar nach diesem Parteitag durch den Bundesvorstand der CDU ein „Arbeitskreis Rundfunk der CDU“ zu bilden ist, an dem die CSU angemessen beteiligt werden sollte.

Die Bundespartei ist bereit, im Zusammenwirken mit der Bundestagsfraktion und den Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen die rundfunkpolitische Arbeit in der CDU zu koordinieren und zu intensivieren. Gerade in den kommenden Jahren wird es vor allem darauf ankommen, die von uns erarbeitete Konzeption im Zusammenwirken mit allen Beteiligten in die Wirklichkeit umzusetzen.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, ich habe eine Übersicht der Leistungen unserer Partei, ihrer politischen Führung und ihrer Organisation im vergangenen Jahr zu geben versucht. Ich habe auch von den wichtigsten Aufgaben gesprochen, die die Bundespartei gegenwärtig beschäftigen. Ich habe damit einen kleinen Rückblick auch auf meine Tätigkeit als Geschäftsführender Vorsitzender der CDU seit 1962 verbunden.

Dieser Parteitag hat ein Recht darauf zu erfahren, warum ich als Geschäftsführender Vorsitzender, dem in den vergangenen Wochen soviel Zutrauen und auch Vertrauen entgegengebracht worden sind, warum ich mich nicht imstande sehen konnte, mich Ihnen als Kandidat für das Amt des Parteivorsitzenden zu stellen.

Dazu noch einige kurze Worte! Die für meinen Entschluß entscheidenden Gründe liegen im persönlichen Bereich. Lassen Sie mir zudem die Überzeugung, daß es auch dem Politiker, und vor allem dem christlich demokratischen Politiker, wohl ansteht, auf dem Wege zu Amt und Macht seine Familie nicht zu vergessen!

(Lebhafter Beifall)

Nehmen Sie schließlich die Überzeugung mit, daß ich vor meiner Entscheidung sehr ernst mit mir zu Rate gegangen bin – als ein Mann, der glücklich war, der Sache der Union in schwieriger Zeit dienen zu können, als ein Mann, der das auch in Zukunft nach Kräften tun wird!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich habe, meine Freunde, den besten Teil meiner Kraft und Zeit der Arbeit für unsere Partei gewidmet. Lassen Sie mich dieser Partei, deren Erbe wir achten, deren Zukunft wir sichern und der wir weiter in Treue dienen wollen, einige wenige Gedanken mit auf den schweren Weg geben, den sie in den nächsten Jahren zu gehen hat.

Mit ganzem Ernst muß ich Sie darauf hinweisen, daß die Reform unserer Partei – ich habe dieses anspruchsvolle Wort nicht erfunden – noch bei weitem

nicht abgeschlossen ist, daß ihre innere Verfassung, ihre Institutionen sie noch lange nicht wetterfest gemacht haben gegen Stürme und Belastungen, welche die Zukunft bringt — mit Sicherheit bringt. Das gilt vor allem im Hinblick auf die föderative Struktur der CDU. Unsere Partei ist vor der Errichtung der Bundesrepublik entstanden und hat, da sie über keine zentralistische Tradition verfügte, sich nur zögernd, schwerfällig, unter dem unmittelbaren Druck der Situation auf den Weg gemacht, eine Bundespartei zu werden. Bis auf den heutigen Tag verfügt die Bundesparteileitung nicht über die notwendige Macht, die notwendige Autorität, den erforderlichen Apparat, um ihre Aufgaben als Bundespartei wirkungsvoll erfüllen zu können. Es ist auf die Dauer undenkbar und unserer Partei schädlich, wenn die Bundesspitze nur als eine Art Konsultativorgan fungiert oder als Service bei Landtags- und Bundestagswahlen.

(Beifall)

Hier müssen die Anstrengungen der letzten Jahre entschlossen fortgesetzt werden. Ich vertraue darauf, daß gerade der Kreis der Landesvorsitzenden zur Integration und zur Effizienz der CDU als Bundespartei Wesentliches und Entscheidendes beitragen kann und beitragen wird.

(Beifall)

Ein zweiter Gedanke: Seit jeher ist in unserer Partei eine Art selbstquälerischer Diskussion über ihren Charakter als christliche Partei in Gang gewesen, eine Diskussion, die in jüngster Zeit durch einige Akzente gekennzeichnet wird, die, wie ich glaube, ganz entschieden neben der Sache liegen. Mir scheint die Frage oder die Feststellung ganz falsch, daß die CDU nicht mehr das sei, was sie vor Jahren war, daß sie ihre Ideen an eine ideologisch uninteressierte Öffentlichkeit preisgegeben habe. Meine Freunde, das Gegenteil ist richtig. Inmitten einer allgemeinen Entwicklung aller Parteiensysteme zur Entideologisierung, von der bei uns die SPD besonders stark getroffen wurde und die FDP nur darum weniger, weil sie weniger aufzugeben hatte,

(Beifall)

— inmitten einer solchen Entwicklung hat die CDU den Anschlägen des Zeitgeistes hervorragend widerstanden. Sie hat von ihrem christlich-sozialen Impuls nichts eingebüßt. Wie hätte es auch anders sein können, da doch dieselben Männer die Partei führen, die sie schon in der ersten Zeit geführt, mit geführt oder mitgestaltet hatten: Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Eugen Gerstenmaier, Heinrich Krone, — um nur einige Namen aus der Fülle herauszugreifen. Denken sie heute anders über den ideellen Bestand der CDU, als sie es vor Jahren getan haben?

Ich kann mir diese Diskussion und diesen falschen Eindruck nur durch ein Mißverständnis erklären. In der Tat ist, wenn wir die Außenpolitik betrachten, der christlich demokratische Enthusiasmus der europäischen Nachkriegszeit verfliegen, aber weiß Gott nicht durch unsere Schuld! Manchem mag es im Blick auf diese Hoffnungen auf eine politische Einigung der europäischen Völker scheinen, daß damals unsere Idee von uns stärker behauptet worden sei. Aber das ist — um auf diese Seite der Sache einzugehen — ein Irrtum.

Zum anderen mag eine Rolle spielen, daß sich die Stellung der Kirchen zur Welt, ihre Weise, zur Welt zu reden, insbesondere auf katholischer Seite, in den letzten Jahren verändert hat. Die Kirche verhält sich nunmehr weniger autoritativ, ist weniger definitiv und weniger konkret in ihren Forderungen, in ihren Vorschlägen, in ihren Ansprüchen an die Gestaltung der politischen und sozialen Wirklichkeit. Das bedeutet keine Verminderung der Rolle der christlichen Lehre und des christlichen Ethos in der Politik, sondern im Gegenteil eine erhöhte Verantwortung und Verpflichtung des christlichen Gewissens. Aber wiederum mag durch diese Entwicklung der falsche Eindruck vermehrt worden sein, daß es weniger „spezifisch Christliches“ in unserer Politik gebe, als es vordem gegeben hat.

Ich kann allen Freunden, aber auch allen Gegnern unserer Partei versichern: Die CDU denkt nicht daran, sich aufzugeben. Sie läßt sich nicht versuchen, ihren Unionscharakter zu verleugnen. Sie wird niemals in der Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats nachlassen, nicht gegenüber dem volks- und völkerzerstörenden Weltkommunismus, der nach wie vor die Gefahr unserer Zeit ist,

(Beifall)

aber auch nicht gegenüber jenen rechtsextremen Gruppen, die bei den letzten Kommunalwahlen an das Licht der Öffentlichkeit getreten sind und denen wir rechtzeitig und hart auf die Finger schlagen sollten.

(Beifall)

Niemals werden wir das Gesetz vernachlässigen, nach dem die CDU angetreten ist: unsere Welt, unser Land aus dem Geist des Christentums aufzubauen, zu erhalten und zu ordnen. Soweit wir uns allen Menschen öffnen, soweit die CDU bereit ist, sich allen Menschen zu erschließen, die freiheitlich gesinnt sind und den freiheitlichen Rechtsstaat bejahen — der Anruf des christlichen Gewissens bleibt das Existenzprinzip der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich verabschiede mich von Ihnen als Geschäftsführender Vorsitzender der CDU. Ich danke Ihnen für Ihre Hilfe, Unterstützung und Ihr Vertrauen. Ich bitte Sie um Ihre Hilfe für den neuen Vorsitzenden, den wir wählen, um Unterstützung für das neue Präsidium, das wir bestellen, um Vertrauen in die Zukunft der Christlich Demokratischen Union.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Präsidentin Fera:

Das Wort hat der Herr Vorsitzende.

Bundsvorsitzender Dr. Adenauer:

Meine lieben Parteifreunde! Mit einigen Worten möchte ich den Beifall, den Sie dem Kollegen Dufhues gezollt haben, unterstreichen. Wir haben jetzt einige Jahre zusammengearbeitet, ich als Vorsitzender, er als Geschäftsführender Vor-

sitzender, und ich kann hier nur sagen, daß diese Arbeit ohne jede Reibung geblieben ist. Die Arbeit des Kollegen Dufhues hat sich insbesondere bei der Wahl 1965 als großartig erwiesen.

(Lebhafter Beifall)

Dafür möchte ich von diesem Platz aus auch namens der CDU von ganzem Herzen danken. Ich möchte ihm auch danken für die markigen und guten Worte am Schluß seiner Rede. Und ich möchte ihn bitten, nach wie vor unser Mitarbeiter zu sein, damit wir die CDU gerade in den kommenden Zeiten stark und kräftig erhalten.

(Beifall)

Präsident Grundmann:

Liebe Parteifreunde! Der Herr Ehrenvorsitzende hat das Dankeswort zum Referat unseres Kollegen Dufhues gesprochen. Wir treten jetzt in die Diskussion ein. Ich darf Sie bitten, Ihre Wortmeldungen schriftlich zum Präsidium zu geben. Als erste habe ich die Wortmeldung von Herrn Dr. Lenz aus Hessen vorliegen. Ich darf ihm das Wort erteilen.

Carl-Otto Lenz MdB:

Herr Bundesvorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich hatte nicht damit gerechnet, die große Ehre und den Vorzug zu haben, nach unserem Geschäftsführenden Parteivorsitzenden Josef Hermann Dufhues und nach unserem hochverehrten Parteivorsitzenden Dr. Adenauer das Wort zu ergreifen. Lassen Sie mich, obwohl es schon gesagt ist, noch einmal ein Wort des Dankes an Josef Hermann Dufhues sagen.

Er hat in der relativ kurzen Zeit, in der er Geschäftsführender Vorsitzender war, die Union auf den Weg zu einer großen christlich demokratischen und sozialen Volkspartei modernen Zuschnitts geführt. Er hat unserer Partei gerade in der Spitze die notwendige Apparatur, den notwendigen Stab gegeben, die eine moderne Bundespartei braucht, um wirksam bestehen zu können. Sie alle hatten dank der Apparatur, die er geschaffen hat, bei dem vergangenen Wahlkampf Vorteile, das Vergnügen und den Erfolg; dafür noch einmal unser herzlichster Dank.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle hätten uns gefreut, wenn wir ihn auch für die nächsten vier Jahre als Geschäftsführenden oder als Bundesvorsitzenden an leitender Stelle in unserer Partei gehabt hätten. Denn das Referat, das er uns heute morgen gehalten hat, hat uns gezeigt, wie sehr er weiß, welch große, welch schwierige organisatorische und politische Aufgaben auf uns zukommen.

Lassen Sie mich zu diesem Punkt einige Sätze sagen. Das Jahr 1969, das Jahr der nächsten Bundestagswahlen, ist nicht mehr weit entfernt. Wenn wir davon ausgehen, daß allein die technische Vorbereitung des Wahlkampfes 1968 beginnen muß, dann muß die geistige Konzeption für diesen Wahlkampf bis 1968, das heißt in zwei Jahren, erarbeitet sein. Wenn wir uns das einmal vor

Augen halten, dann muß unser dringender und inständiger Wunsch, unsere Bitte an das neue Parteipräsidium, insbesondere aber an den neuen Parteivorsitzenden und seinen ersten Stellvertreter dahin gehen, in den nächsten zwei Jahren die Grundlagen dafür zu erarbeiten, daß wir 1969 erfolgreich in den Wahlkampf gehen können. Die Zeit ist sehr kurz. Das ist das eine.

Das andere, meine sehr verehrten Freunde: Der nächste Bundestag, der 6. Deutsche Bundestag, der 1969 gewählt wird, wird bis zum Jahre 1973 amtieren. Die Arbeit, die Denkarbeit, die wir in den nächsten beiden Jahren leisten müssen, muß sich immerhin ein Ziel für das Jahr 1973, das heißt für die Mitte der siebziger Jahre stellen.

Ich hoffe sehr, daß der neue Parteivorsitzende, sein Stellvertreter und das Präsidium die Instrumente, die Josef Hermann Dufhues geschaffen hat — die Bundesgeschäftsstelle, das Studienzentrum, auch die aktivierten Sachauschüsse der Partei —, so in Schwung bringen, daß sie uns bis 1968 in großen Zügen sagen können, was wir in den Jahren 1969 bis 1973 zu tun haben und welche Antworten wir als christlich demokratische Volkspartei auf die dann anstehenden Fragen geben können. Wenn es uns nicht gelingt, ein bißchen in die Zukunft hineinzuplanen, die Zukunft für einen kurzen Zeitraum von fünf bis acht Jahren zu analysieren, dann werden wir von der Entwicklung überrollt werden.

(Beifall)

Daher meine herzliche Bitte an unsere neue Parteispitze, sich sofort an die Arbeit zu machen und diese Probleme zu prüfen, damit wir 1968 mit einem auf die großen Fragen zugeschnittenen Sachprogramm in den Bundestagswahlkampf gehen können.

(Beifall)

Präsident Grundmann:

Ich darf Herrn Dr. Lenz sehr herzlich danken. Als nächster Diskussionsredner hat das Wort Herr Dr. Klepsch, der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands.

Dr. Egon Klepsch MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt der Ort, über die Lage der Partei zu sprechen. Sicherlich muß man auch einige Bemerkungen darüber anfügen, daß es sich nicht nur um organisatorische, sondern auch um eminent politische Fragen handelt.

Es wurden hier Worte des Dankes an Josef Hermann Dufhues für seine großen Leistungen auf dem Gebiet der Wahlkampfführung und der Organisation gefunden. Ich möchte ein Wort des Dankes dafür anknüpfen, daß er uneigennützig, ohne je den Versuch zu machen, sich publizistisch in den Vordergrund zu spielen, immer auf die Integration der Partei, auf ihre Geschlossenheit, auf die Aussagefähigkeit der Christlich Demokratischen Union als politische Willenseinheit geachtet hat. Dafür gebührt ihm herzlichster Dank.

(Beifall)

Viele von uns sollten sich sein Verhalten zur Richtschnur setzen, und ich stehe nicht an, das für mich selber zu tun. Sein Verhalten bestand darin, sehr sorgfältig abzuwägen, was dem Wohl der Partei dienen mag, und die Fragen, die sehr energisch und hart besprochen werden müssen, in den Gremien der Partei zu diskutieren, und sie nicht in Interviews mit unseren Tageszeitungen zu behandeln, bevor wir sie im Schoß der Partei ausdiskutiert haben.

(Beifall)

Ich glaube, das sollten wir alle uns zur Richtschnur setzen.

(Sehr richtig! – Zuruf: Siehe Klepsch und Rollmann!)

Ich möchte das, was vom Sachlichen, Organisatorischen her zu sagen ist, an einigen Beispielen darlegen. Von dem Kollegen Lenz ist mit Recht gesagt worden, daß wir uns um die Grundsatzaussage unserer Partei bekümmern sollten. Es ist deshalb so notwendig, die Grundsatzaussage unserer Partei zu treffen, weil wir in der Diskussion Klarheit der Begriffe brauchen.

Ich persönlich habe sehr oft das Gefühl, daß viele Redereien und viele Bemerkungen sich auf die Unkenntnis der Positionen der anderen gründen, auf das Nichtnachprüfen dessen, was er tatsächlich ausgeführt hat, auf das Nichtnachdenken darüber, was seinen Positionen zugrunde liegt, und die fehlenden Bemühungen, den Versuch zu machen, das Zusammenfassende herauszuarbeiten.

Nach meiner Auffassung muß es für uns darum gehen, bei der Lösung der Aufgabe, die Herr Dr. Lenz aufgezeigt hat, das, was an neuen Impulsen, so im Zusammenhang mit dem Konzil, als Antworten auf die Fragen dieser unserer Zeit überdacht und in politische Überlegungen einbezogen werden muß, durchzudenken.

Zum ändern können wir mit Freude feststellen, daß der Prozeß, der dadurch eingesetzt hat, daß uns heute auch die Evangelische Kirche Deutschlands durchaus Stellungnahmen, Meinungsäußerungen zu politischen Fragen an die Hand gibt, mit denen wir uns auseinandersetzen, die wir besprechen können, daß das alles ein reiches Feld der Durchdringung eröffnet.

Ich möchte ganz offen sagen, daß das von unserem Geschäftsführenden Vorsitzenden angesprochene Studien- und Dokumentationszentrum mit der Zielstellung, wie er sie umrissen hat, eine Notwendigkeit ist, daß es aber nicht dabei bleiben darf, daß wir heute diese Aussage beklatschen. Vielmehr muß dieses Studien- und Dokumentationszentrum die Funktion übernehmen, die ihm hier zugewiesen worden ist.

Hier darf ich eine kritische Bemerkung machen, die sich an die Gesamtpartei richtet, und zwar zur Bildungsarbeit unserer Partei. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß in einer sehr viel komplizierteren und differenzierteren Gesellschaft mit sehr viel komplizierteren Problemen eines für die breite Zahl unserer Mitglieder, unserer mittleren Führungskräfte und auch für die Mandatsträger unerläßlich ist: daß sie sich für die Erörterung der Fragen, die zu

entscheiden sind, so gut wie möglich vorbereitet, vorgebildet haben. Man kommt nicht mehr mit einer kleinen Skala von Aussagen aus, sondern Sachentscheidungen — das wurde hier vorhin schon berührt — wollen sorgfältig vorbereitet sein. Und das, meine Damen und Herren, gilt speziell — ich sage das ganz freimütig — für die Jüngerer, auf die in den vor uns liegenden Jahren ein hohes Maß an Verantwortung zukommen wird. Die Aufgabe der Partei ist es, ihnen durch den entsprechenden Apparat an Bildungseinrichtungen das Rüstzeug zur Verfügung zu stellen. Es geht nicht darum, allgemeine staatsbürgerliche Erkenntnisse zu gewinnen. Ich will mich ruhig dazu bekennen, daß in der Partei das, was so abwertend als parteipolitische Bildung bezeichnet wird, getrieben werden muß. Wir müssen uns darüber im klaren sein, warum die Partei zu dieser und zu jener Frage diese oder jene Aussage macht. Dann können wir auf diesem Boden nicht nur weiterdenken, sondern auch argumentieren.

Ich will ein Letztes sagen. In einem Punkte möchte ich eine kleine Differenzierung zu den Ausführungen unseres Geschäftsführenden Vorsitzenden vornehmen. Er betrifft die Frage der Personalpolitik. Ich bin nicht für Ämterpatronage. Ich bin auch völlig mit den Ausführungen, die unser Freund Dufhues hier gemacht hat, einverstanden. Aber ein Zusatz, glaube ich, muß hier gemacht werden: daß die Personalpolitik, die wir in der Vergangenheit getrieben haben, sehr schlecht gewesen ist

(Beifall)

und daß es nicht so sein darf, daß diejenigen, die unsere Mitglieder sind, in ihrer Karriere, in ihrer beruflichen Entwicklung zurückgesetzt werden, weil sie unsere Mitglieder sind.

(Erneuter Beifall)

Ich glaube, daß wir das allen unseren Freunden, die Verantwortung tragen, an welcher Stelle auch immer, einmal sehr eindringlich sagen sollten, daß wir von unseren Mitgliedern Opferbereitschaft, Einsatz erwarten, daß wir ihnen gegenüber aber auch das Mindestmaß an Schutz, das sie bei den notwendigerweise auf sie zukommenden Pressionen und Schwierigkeiten brauchen, denen sie gerade wegen ihres offenen Bekenntnisses, das wir für uns von ihnen verlangen, erleiden, zu gewähren bereit sind.

(Beifall)

Präsident Grundmann:

Ich danke Herrn Dr. Klepsch sehr herzlich für seinen Diskussionsbeitrag.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen eine Mitteilung zur Geschäftsordnung machen. Die Herren Vertreter der Landesverbände Schleswig-Holstein, Bremen, Oldenburg, Hannover, Braunschweig und Oder-Neiße werden gebeten, sofort zur Organisation zu kommen zwecks Übernahme der Stimmzettelblocks, die ja heute an die Delegierten verteilt werden sollen.

Wir fahren in der Diskussion fort. Ich erteile das Wort Herrn Erik Blumenfeld, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg.

Erik Blumenfeld MdB:

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Parteifreunde, meine Damen und Herren! Herr Vorsitzender, da Sie mir das Wort erteilt haben, möchte ich sagen, daß ich Ihnen besonders dankbar dafür bin, daß Sie gestern schon angekündigt haben, daß wir uns mitten in einem harten Wahlkampf befinden. Dies ist die einzige Gelegenheit, ein Problem etwas näher anzusprechen, etwas zu vertiefen, das schon der Geschäftsführende Vorsitzende in seinem Referat angesprochen hat, nämlich das Thema: die CDU in der Stadt, vor allem in der Großstadt.

Ich meine, daß wir uns alle darüber im klaren sind, daß die Septemberwahlen des vergangenen Jahres für die CDU unter der Führung von Bundeskanzler Erhard uns einen bemerkenswerten Erfolg beschert, aber auch Tendenzen haben erkennen lassen, die auf die künftige Formulierung der CDU-Politik nicht ohne Einfluß bleiben können.

Diese Feststellung gewinnt an Konturen, meine Freunde, wenn man sich die Wahlentscheidungen in den Städten, insonderheit den größeren Städten der Bundesrepublik vor Augen führt. Zahlen als Beweis anzuführen, ist leicht, sie zu interpretieren, schwer, schwer vor allem deshalb, weil eine Wahlentscheidung niemals ein rationaler Willensakt ist, sondern sich aus einer Vielzahl unwägbarer Faktoren zusammensetzt. Bei aller Reserve also gegenüber zu eindeutiger Interpretation würde ich aber doch sagen, daß gerade in den mittleren und großen Städten nicht nur Zufälligkeiten das Ergebnis herbeigeführt haben, sondern so etwas wie ein Wille der Wähler, den wir ernst zu nehmen haben, doch als Aussage dahintersteht.

Meine sehr verehrten Freunde, wer zwischen den Ergebnissen in den norddeutschen und den westdeutschen Städten z. B. keinen wesentlichen Unterschied erkennen will, kann mir entgegenhalten, daß der Stimmenanteil der Sozialdemokraten im Norden immer schon relativ hoch gewesen ist, also nur noch eine geringe Zuwachsrage zugelassen habe. In den süddeutschen und westdeutschen Städten sei nur das erfolgt, was sich im Norden schon Jahre vorher ereignet habe. Dieses Argument – ich gebe es zu – hat einiges für sich, trifft aber nicht den Kern. Es kann nicht erklären, warum die SPD in den Städten des großen Rhein-Ruhr-Gebietes bei den Bundestagswahlen einen durchschnittlichen Sprung von 6 Prozent getan hat.

Ich glaube also, meine Freunde, wir müssen uns die Antwort etwas schwerer machen. Ich will versuchen, in wenigen Minuten zwei Thesen aufzustellen und zu beweisen.

Erste These: Die künftigen Wahlen werden mehr in den Städten als auf dem Lande für uns entschieden werden.

Zweite These: Die CDU/CSU hat bis heute keine wirklich ernsthaften systematischen Anstrengungen unternommen, dieser Tatsache Rechnung zu tragen.

Bereits heute leben in der Bundesrepublik rund 40 Prozent der Gesamtbevölkerung in Städten mit einer Einwohnerzahl von 50 000 oder mehr.

Senkt man die Grenze etwas – was immer noch einer respekablen kleinen Stadt entspricht –, so erhöht sich der Prozentsatz auf 50 v. H. Es ist damit zu

rechnen, daß in Zukunft diese Zahlen eher steigen als fallen werden; der Strukturwandel wird auch weiterhin zu einer Abnahme – leider Gottes – der Landbevölkerung führen.

Wer heute die Bundesrepublik mit der Bahn, mit dem Auto durchquert oder mit dem Flugzeug überfliegt, stellt fest, daß die einzelnen Gemeinden immer stärker zusammenwachsen und unser ganzes Land allmählich in ein riesiges Ballungsgebiet verwandeln, in dem für die Landwirtschaft immer weniger Platz zur Verfügung steht. Was seit Jahrzehnten für die aneinandergrenzenden Städte des Ruhrgebiets schon Wirklichkeit ist, beginnt nunmehr, sich in den aufgelockerten Räumen ebenfalls zu realisieren. Meine Freunde, daß beispielsweise Köln, Bonn und Rhöndorf als Wohnort schon fast als eine Einheit gesehen werden kann, ist zumindest jedem von der Politik Betroffenen klar.

In anderen Großstädten gibt es die Arbeitsplätze, zu denen man aus den Umkreisen von 50 Kilometern und mehr in die Städte hereinströmt, so im Norden, so in Frankfurt, so in Stuttgart, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ich meine, die Folgerungen, die daraus politisch zu ziehen sind, liegen auf der Hand. Wir müssen anfangen, die Stadt als politisches Phänomen unserer Partei ernst zu nehmen. Was heißt das? Meine lieben Freunde, es gibt viel mehr Großstädter, behaupte ich, die eine christlich-konservative Grundhaltung haben, als wir gemeinhin annehmen, die nicht dem Kollektivismus anheimgefallen sind, der Anonymität, die ebenso sehr Eigentum schätzen und besitzen wollen wie der Landbewohner, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es gibt die Einsamen, die Alleinstehenden, alte Menschen wie junge. Meine Freunde, die Vereinsamung des Menschen in der Stadt ist eines der wichtigsten Probleme, deren sich gerade unsere Partei anzunehmen hat.

(Zurufe: Sehr richtig! – Lebhafter Beifall)

Alleinsein ist für jedermann eine bestimmt notwendige und auch fruchtbare Entspannung und ein Tatbestand, eine innere Notwendigkeit. Aber, meine Freunde, die schreckliche Vereinsamung in einer großen Stadt muß erlebt sein, um zu wissen, was hiermit angesprochen worden ist, was hier für uns als Christlich Demokratische Union zu tun ist, was zu tun, als Aufgabe vor uns liegt.

(Beifall)

Das setzt meiner Meinung nach voraus, daß wir der spezifischen Eigenart – wie ich es eben ausdrückte – wirklich gerecht werden. Es leben immer noch Menschen in der Bundesrepublik, die die Stadt als den „größten Sündenfall der Menschheitsgeschichte“ betrachten. Die Stadt, meine Damen und Herren, ist nach dieser Meinung das vom Boden, vom Ursprung Abgelöste, das künstlich am Leben Erhaltene, auf dem gesunder Sinn und gesunde Tat nicht gedeihen können, sondern in einer dunklen Wolke aus Staub, Krankheit oder Laster untergehen müssen.

Sie werden mir zugeben, daß diese Vorstellungen leben. Es gibt sogar Interpreten dieser Vorstellung, so den verehrungswürdigen Präsidenten des Bauernverbandes, Herrn Rehwinkel, der bekanntlich dem Drang, seine Weltanschauung manchmal in Reime zu gießen, nicht ganz widerstehen kann und der in diesen Gedichten gerade im Verhältnis Stadt—Land die Stadt mit sehr negativen Noten versieht und sagt, daß das Landleben und seine Vorzüge in den deutschen Bilderbuchfibeln einen besonderen Ehrenplatz haben. Daß dieser Einwand verteidigt wird, ist auch ein Faktor. Einer solchen Anschauung sind wir, in unserer CDU/CSU noch nicht begegnet, aber es muß im selben Atemzuge hinzugefügt werden: Wir haben zu wenige, die sich ihr offiziell widersetzen. Die Stadt und insbesondere die Großstadt ist ein Komplex, für den unsere Politik bisher mehr Respekt als christliche Nächstenliebe bezeugt hat.

Wenn wir uns fragen, mit welchen Maßnahmen sich unsere Partei der Probleme der Stadt angenommen hat, so wollen mir zunächst nur solche einfallen, die unter einem generellen Nenner bezeichnet werden können. Zum Beispiel ist durch den Sozialen Wohnungsbau unserer Bundesregierung viel für die Entwicklung der Städte getan worden, aber doch wohl unter dem primären — gar nicht kritisch zu beurteilenden — Aspekt, die Wohnungsnot zu beseitigen. Desgleichen hat die allgemeine Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte zu einem Aufblühen der Städte beigetragen. Aber wer könnte, meine Freunde, behaupten, daß dies ihr alleiniger Zweck gewesen sei?

Die Mittel, die im Verkehrssektor bereitgestellt werden, haben Bahnhöfe, Flugplätze, Häfen und Straßen modernisieren helfen. Sie haben dafür gesorgt, daß die Entfernung von Mensch zu Mensch, von Stadt zu Stadt geringer wurde, aber sie sind in einem Generalplan, der bei uns, in unserer Partei konzipiert worden ist.

Während zum Beispiel in der Landwirtschaft, meine Freunde, die Maßnahmen des Grünen Plans, der Einfuhrpolitik, der allgemeinen Wirtschaftspolitik weitgehend auf das eine Ziel gerichtet waren, die Strukturkrise in der Agrarerzeugung zu überwinden, während in der Außenpolitik sich eine weitgehende Klarheit über die Rangordnung der Ziele erhalten hat, während sich in der Wissenschaftspolitik unter der Führung unseres Freundes Gerhard Stoltenberg eine neue Vorwärts-Konzeption Gott sei Dank abzuzeichnen und zu realisieren beginnt, ist die CDU/CSU bei ihren aktuellen und potentiellen Wählern in den großen und mittleren Städten auf Zufallstreffer angewiesen, meine Freunde.

50 Prozent der deutschen Bevölkerung sind in ihrer Eigenschaft als Bewohner einer größeren oder großen Stadt nur peripher angesprochen. Das ist allerdings erfreulicherweise in den mittleren und kleinen Städten im Norden wie im Süden bei den letzten Kommunalwahlen anders geworden — dank des Einsatzes unserer dortigen Freunde. Die CDU hat also hier schon einmal bewiesen, daß sie es kann, meine Damen und Herren. Aber wenn wir den Städter nur als Wirtschaftsbürger und Verkehrsteilnehmer ansprechen, als Bewohner einer sozialen oder Eigentumswohnung, niemals aber als Bürger eines Gemeinwesens mit seinen eigenen Rechten, Pflichten und Gesetzmäßigkeiten, dann kann das für uns, meine Damen und Herren, in der Zukunft gefährlich werden.

Die Sozialdemokraten, meine Freunde, haben diese Gefahr gesehen. Ich würde weitergehen und sagen, sie haben versucht, dieser Gefahr zu steuern, wenn auch mit unzureichenden Mitteln. Bevor wir aber beginnen, daran Kritik zu üben, sollen wir zunächst das, was geschehen ist, ernst nehmen. Die SPD beansprucht bekanntlich den Slogan vom „blauen Himmel über der Ruhr“. Meine Freunde, alle Stadtbewohner in Deutschland, nicht nur die in den Ballungszentren, haben Anrecht, eine Luft zu atmen, die frei ist von den Abgasen chemischer Fabriken oder anderer Produktionsstätten, die frei ist von den Kohlepartikeln, die wie ein Dauerregen täglich auf die deutschen Industriestädte niedergehen, die frei ist von Auspuffgasen, und ich glaube auch, daß wir sagen können, unsere Städter haben heute ein Anrecht darauf, klares Wasser ihrer Leitung entnehmen zu können und sich nicht mit dem penetranten Chlorgeschmack abfinden zu müssen. Man sage nicht, meine Freunde, daß schlechtes Wasser und unreine Luft Begleiterscheinungen jeder Industriegesellschaft seien, die man nun einmal hinnehmen müsse. Der Mensch, der seinesgleichen ins Weltall schickt, ihn dort spazierengehen und Rendezvous veranstalten läßt, der den Mond in Nahaufnahmen fotografiert und die Bilder in einwandfreier Qualität zur Erde herunterfunket, dieser Mensch, so meine ich, sollte soviel Ingenium mitbekommen haben, auch mit den Widerwärtigkeiten dieser unserer Erde und seines Daseins fertig zu werden.

(Beifall)

Meine Freunde! Dies alles ist auch keine Frage menschlichen Geistes oder menschlichen Erfindungsgeistes, sondern eine Frage des Willens, des Mutes und des bereitzustellenden Geldes. Hier stockt mir natürlich die Zunge angesichts der Dinge, die wir zur Zeit im Bundestag und in Bonn tagtäglich besprechen. Es ist notwendig, die eigene Gedankenlosigkeit zu überwinden und dort die Probleme zu sehen, wo sie sich wirklich befinden. Es ist notwendig, zum Kampf anzutreten und den Widerstand des Gegners zu brechen. Es ist auch notwendig, die finanziellen Mittel dort bereitzustellen, wo Wille und Mut zu gemeinsamen praktischen Ergebnissen führen.

Wir sollten darüber nachdenken, an welchem der drei konstitutiven Elemente, die ich eben angesprochen habe, die CDU/CSU am meisten arbeiten muß.

Die Sozialdemokraten stellen in großen Städten der Bundesrepublik, wie Berlin, Hamburg, Frankfurt, München und Bremen, seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten die Bürgermeister und die Stadträte. Die von der SPD in dieser Zeit entwickelte Politik läßt sich auf zwei wichtigen Sektoren, nämlich Bau und Verkehr, mit dem Schlagwort umreißen: Bausektor, Verwirklichung der Charta von Athen; Verkehrssektor, langsame Anpassung der Straßenkapazität an das Verkehrswachstum.

Meine Freunde! Die Konsequenzen dieser Politik sind heute für jeden aufmerksamen Beobachter sichtbar; sie sind verheerend genug. Tagsüber gleichen unsere Städte Ameisenhaufen, nachts Friedhöfen. Die Auffrischung der Städte à la Athen und SPD-Modell hat dazu geführt, daß die Menschen nicht mehr in der Stadt wohnen, sondern weit verstreut irgendwo an der Peripherie. Sie

stürzen auf Ein- und Ausfahrtsstraßen, deren Kapazität die städtebauliche Konzeption kaum gewachsen ist, morgens in die Städte und abends wieder hinaus. Die Städte als wirtschaftliches Zentrum von 100 000en von Menschen verlieren mehr und mehr an Bedeutung. Verloren geht auch ihr Charakter und ihr geistiges Gesicht. Zurück bleibt ein forcierter Vorortprovinzialismus und Leute, die sich durch das Fernsehen auf dem laufenden halten. Es beunruhigt mich zum Beispiel sehr, wenn in Hamburg, wo die Sozialdemokraten am nachhaltigsten auf diesem Gebiet gewirkt haben, durch die Politik der Entvölkerung und Entstädterung Hamburg als eine gewachsene traditionsreiche Stadt sein Gesicht immer weiter verliert. Da dies und anderes zu beklagen ist, sollte es für unsere Partei kein Grund zum Frohlocken sein; denn was die SPD falsch gemacht hat, das haben wir in weiten Bereichen noch nicht begonnen.

(Anhaltende sehr starke Unruhe)

Ich bin der Meinung, daß unsere Partei in den nächsten Jahren hier einen großen Auftrag hat. Wir müssen uns zu einem eigenständigen Organismus bekennen, und wir müssen das auch in unseren Antworten propagieren und darstellen.

Wir wollen hier jetzt nicht die konkreten Fälle untersuchen, auch keine Antwort auf die einzelnen Probleme geben. Mir geht es und ging es nur darum, unsere Partei darauf aufmerksam zu machen, daß rund die Hälfte unserer Wähler in den Städten wohnen und daß sie als solche bestimmte Bedürfnisse haben, auf die sie auf Grund ihrer Menschenwürde nicht verzichten können und nicht verzichten wollen. Diese Bedürfnisse sind zum Teil elementarer Art, sie sind zum Teil Sprößlinge der Zivilisation. Sie sind aber auch die überzeugende Verkörperung eines Wertsystems, das jeden Stadtmenschen vom Augenblick seiner Geburt an prägt. In den Städten hat der heutige Mensch sich jene Lebensverfeinerung angeeignet, die wir als Zivilisation auch zu bezeichnen bereit sind.

In den Städten und nicht immer auf dem Lande sind jene kulturellen Hochleistungen vollbracht worden, vor denen wir heute bewundernd stehen. In den Städten schließlich sucht der Mensch seit Jahrhunderten nach neuen Formen der Ausdrucksmöglichkeit, die, so skurril sie manchmal auch wirken mögen, doch notwendig sind, um neue kulturelle Gütezeichen vorzubereiten.

Meine Freunde! Die Menschen, die hier leben, sind nicht, wie stumpfsinnige oder muffige Provinzmoralisten uns einreden wollen, das Schiffbrüchige einer industriellen Revolution, sondern der Wert des hohen Verdienstes, daß sich die Politiker unserer Partei seiner annehmen. Diese CDU, die immer, wenn sie gefordert wurde, Leistungen vollbrachte, die von unserem Volk honoriert und von der Welt bewundert werden, wird, wenn sie ihre Aufgabe ernst nimmt, unsere Führung auch in den siebziger Jahren sichern.

(Beifall)

Präsident Grundmann:

Meine Damen und Herren! Ich darf dem Kollegen Blumenfeld sehr herzlich danken und dazu eine Bemerkung machen. Die Hamburger CDU steht in einem

schwierigen Wahlkampf. Wir kennen nicht nur die Bundestagswahl, sondern auch andere Wahlentscheidungen, die interessant für uns sind. Und aus diesem Grund hat Herr Blumenfeld, wenn auch mit der Zeit etwas breit, die Problematik einer Stadt wie Hamburg und einer zukünftigen CDU-Politik dargestellt. Wir sollten ihm dafür dankbar sein. Wir sollten seine Sorge verstehen, und wir sollten im übrigen mit ihm der Meinung sein, daß wir allen Anlaß haben, auch in diesen Städten den Erfolg zu suchen.

(Beifall)

Lassen Sie mich zwei Bitten äußern. Ich habe die Bitte, da ich der Meinung bin, daß die Diskussionen eines Parteitages der wesentliche Bestandteil einer Parteidemokratie darstellen, daß dieselbe Aufmerksamkeit, die den prominenten Rednern gebührt, auch den Diskussionsrednern unserer großen Diskussion gilt.

(Beifall)

Ich möchte Sie bitten, nicht die Wandelgänge hier im Saal, sondern die Wandelgänge vor dem Saal zum Gegenstand persönlichen Händeschüttelns zu benutzen.

Ich möchte Sie als zweites bitten, soweit Sie Autogrammwünsche für unabdingbar halten, sie dann zu realisieren, wenn das Rednerpult frei ist und nicht ein Diskussionsbeitrag geleistet wird, bei dem das Zuhören in jedem Falle sich lohnen sollte.

(Beifall)

Ich darf in dieser Diskussion fortfahren. Das Wort hat Herr Dr. Geißler, Landesverband Württemberg-Hohenzollern.

Dr. Heinrich Geißler MdB:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte die Diskussion wieder auf ein zentrales politisches Problem zurückführen. Wir haben alle miteinander in den letzten Monaten leider feststellen müssen, daß die Partei, daß die ganze Arbeit der Christlich Demokratischen Union zum großen Teil unter einem Prozeß der Desintegration gelitten hat, und zwar hat das unserer Partei in den letzten Monaten und Jahren mehr geschadet als die mangelnde politische Koordination zwischen Parteispitze und Regierungsspitze. Aus diesem Grunde meine ich, daß wir hier ein Phänomen haben, das wir auch auf diesem Parteitag miteinander behandeln sollten, nämlich das Verhältnis dieser Partei, die ja die Regierungspartei ist, und der Exekutiven, die ebenfalls von uns gestellt wird.

Ich darf nur an einige Vorgänge erinnern. Die ganzen Dinge, die sich um die Regierungsbildung abgespielt haben, aber auch die Auseinandersetzungen um eine kleine oder große Koalition vor der Wahl, sind alles Dinge gewesen, die uns nichts genützt haben; es waren aber auch keine Tore, die die Sozialdemokratie geschossen hat, sondern waren ganz schlicht Eigentore. Diese Frage hat ihre Fortsetzung in Diskussionen und Auseinandersetzungen auch in der Partei selber gefunden. Ich bin nicht dafür, daß wir Diskussionen nur im geschlos-

senen Raum führen sollten. Wir wollen keine geschlossene Gesellschaft sein; wir sind es nie gewesen. Auf der anderen Seite aber muß jeder potente Politiker aus Verantwortung für die Sache zu einer kritischen Überlegung darüber gezwungen werden, was er sagen kann, zu welchem Zeitpunkt er das sagen kann, oder ob er es eben einmal nicht sagen kann.

(Beifall)

Ich will in diesem Zusammenhang gar nicht von Parteidisziplin sprechen. Dieses Wort paßt vielleicht gar nicht so sehr in unsere Union hinein. Ich möchte vielmehr davon sprechen, daß wir uns angewöhnen sollten, etwas mehr Diskretion zu wahren,

(Beifall)

das Nützliche vom Schädlichen, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden. Diese Diskretion fehlt natürlich auch weitgehend bei unserer internen Arbeit, auch bei den Äußerungen unserer Gliederungen. Das sage ich ganz offen. Ich finde, wir alle miteinander sollten uns einmal wieder angewöhnen zu berücksichtigen, daß der Adressat politischer Entschlüsse, die aus partei-interner Diskussion heraus entstanden sind, eben nicht die Öffentlichkeit ist, sondern die zuständigen Parteigremien.

(Beifall)

Franz Josef Strauß hat gestern davon gesprochen, wir seien in der glücklichen Lage, nun keine Heckenschützen in unseren Reihen haben zu müssen. Das ist durchaus richtig.

Das andere Extrem besteht aber darin — wie auch einmal ein Freund von uns gesagt hat —, und das kann sicher auch nicht richtig sein, mit schwerer Artillerie in offenem Feuer in die eigenen Gräben zu schießen.

(Lebhafte Zustimmung)

Ich möchte an ein Wort erinnern, das der jetzige Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, unser Freund Kohl, auf dem Dortmunder Parteitag — auch aus aktuellem Anlaß damals — gesagt hat. Er führte aus, daß derjenige, der an vorderster Stelle der CDU stehe und insonderheit zum Gegenstand der gegnerischen Angriffe werde, gerade auch in unserer Partei Anspruch auf die christliche Solidarität der Freunde in der CDU/CSU habe.

(Zustimmung und Beifall)

Diese Solidarität ist heute wichtiger denn je. Ich will es konkret ummünzen: Diese Partei hat in allererster Linie die Aufgabe, diese, von uns gewählte Bundesregierung zu unterstützen, ihr zu helfen, damit ihre Arbeit zum Erfolg führt.

(Lebhafter Beifall)

Es gibt ein zweites Problem. Das ist die Aufgabe der Integration unserer Partei, was das Verhältnis zwischen Bund und Ländern angeht. Wir sind eine

Partei, und wir sind ja stets stolz gewesen darauf, daß diese Partei durchgängig ist von den Gemeinden her von unten angefangen über die Länder bis zum Bund. Es stehen große Aufgaben vor uns, die der Finanzierung der großen Gemeinschaftsaufgaben, das Deutsche Gemeinschaftswerk in dieser oder anderer Form, die Finanzreform, die Sanierung unserer Verkehrsverhältnisse, die Hochschulfinanzierung, die Energieversorgung. Das sind die Probleme, die wir als diejenige Partei, die sowohl im Bund wie auch in Ländern die Mehrheit hat, lösen sollten. Wir können sie aber nur lösen, wenn es auch hier zu einer echten, abgestimmten Kooperation zwischen den Politikern im Bund und denjenigen in den Ländern, die zu uns gehören, kommt. Vielleicht sollten wir vermeiden, daß eines Tages gerade diese mangelnde Kooperation uns als ein Versagen vor der Geschichte angekreidet wird. Wir haben das heute noch in der Hand.

Wir haben, um die Integration innerhalb der Partei voranzubringen, verschiedene Möglichkeiten. Wir kennen das amerikanische und das englische Parteiensystem; wir kennen das der romanischen Länder. Ich glaube, daß alle diese Strukturen auf unsere Partei nicht so sehr anwendbar sind; doch ich möchte auch hier das eine wiederholen, was der Geschäftsführende Vorsitzende Dufhues vor seiner Wahl in Dortmund gesagt hat — ich habe seine Rede erneut nachgelesen —; er sagte damals:

Die Partei wird ihren großen Aufgaben nur gerecht werden können, wenn sie ein Eigenleben hat und mehr ist als eine Hilfsorganisation der Regierung oder ein Anhängsel der Bundestagsfraktion; denn sie muß auch weiterexistieren, wenn sie zum Beispiel in der Opposition ist.

Das ist vollkommen richtig. Deshalb, so meine ich, sollte die Aufgabe der Partei, auch im Verhältnis zur Exekutive, insbesondere darin bestehen — hier sind nicht alle Punkte aufzuführen —, zunächst einmal den gemeinsamen Nenner zu bieten, auf den alle auseinanderstrebenden und vielfältigen Kräfte in dieser Volkspartei gebracht werden können, als Grundvoraussetzung für die Stabilität dieser Partei, dieser Volkspartei.

Diese Partei muß zweitens der Träger für die Ausrichtung einer gemeinsamen Politik zwischen Bund und Land sein.

Drittens hat diese Partei im Verhältnis zur Exekutive, zur Regierung Grundsatzentscheidungen zu fällen und Leitsätze aufzustellen. Das wird nicht möglich sein ohne den Aufbau eines qualifizierten Mitarbeiterstabes. Wir befinden uns in einer rasenden technischen und soziologischen Entwicklung, und — unser Freund Lenz hat es vorhin schon ausgeführt — wir können die ganze Entwicklung nur im Griff behalten, wenn wir tatsächlich in der Lage sind, uns das notwendige Instrumentarium sachpolitischer Art zu schaffen. Das setzt aber voraus, nicht nur, daß die Partei, daß die Parlamente, daß die Regierung mit ihrem Beamtenstaat jeder für sich arbeiten, sondern erfordert eine Kooperation zwischen Partei, Parlament und Regierung.

Für uns in der Partei gilt noch etwas anderes — lassen Sie mich das sagen! —: daß wir uns nämlich darauf konzentrieren müssen, daß die Partei als Ganzes diese politischen Grundsatzentscheidungen zu fällen hat.

Meine Damen und Herren, ich sage es einmal ganz offen: Nicht der Wirtschaftsrat bestimmt unsere Wirtschaftspolitik; nicht die Sozialausschüsse bestimmen unsere Sozialpolitik,

(Beifall)

und nicht die Junge Union hat das Monopol zu sagen: Das ist die christlich-demokratische Jugend- oder Familienpolitik;

(Beifall)

sondern alle diese Fachausschüsse haben sich zu koordinieren, haben sich in die Gesamtpartei zu integrieren.

(Zustimmung und lebhafter Beifall)

Deshalb sollten wir Parteitage wie diesen hier möglichst selten abhalten. Wir sollten alljährlich Parteitage abhalten, auf denen wir zu den aktuellen politischen Fragen von der Gesamtpartei her unsere Sachentscheidungen treffen.

Einen vierten Punkt! Diese Partei hat dafür zu sorgen, zu garantieren, daß wir einen politisch orientierten und einen zugleich qualifizierten Nachwuchs haben, und unsere politisch verantwortlichen Freunde müssen dann auch die Bereitschaft zeigen, diesen Nachwuchs zu fördern.

Außerdem hat diese Partei, so meine ich, letztlich die Garantie dafür zu übernehmen, daß in der Auswahl der Abgeordneten und bei der Bestellung der Spitzenpositionen unserer Partei auf charakterlich, ethisch qualifizierte Männer und Frauen zurückgegriffen wird.

Meine Damen und Herren, seit dem Bestehen einer politischen Entwicklung in unserem westlichen Raum war es stets ein Kriterium, den Maßstab der charakterlichen hohen Qualifikation mitanzulegen, und einer unserer größten Staatsmänner hat einmal gesagt:

Der Politiker, der Staatsmann kann nur dann auf Dauer seiner Herrschaft hoffen, wenn er sich seinen Untertanen nicht als Tyrann, sondern als ein Hausvater und König erweist, nicht als Usurpator, sondern als Verwalter ihrer Habe, als ein Mann, der im Leben das Maß und nicht das Übermaß verfolgt, nicht seinen eigenen Vorteil, sondern das sittlich Gute und so eine Atmosphäre des Vertrauens statt des allgemeinen, gegenseitigen Mißtrauens und knechtischer Unterwürfigkeit erzeugt.

Meine Damen und Herren, wir alle sind dazu aufgerufen, dafür zu sorgen, daß die Union immer die innere Kraft bewahrt, so wie bisher, Männer mit charakterlich-ethischem Format an ihre Spitze zu stellen. Dann wird diese Union auch das Vertrauen des deutschen Volkes bewahren können. — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Grundmann:

Ich danke Herrn Kollegen Dr. Geißler herzlich. Leider muß ich gleichzeitig eine herzliche Bitte zur Abwicklung der Geschäftsordnung anfügen, nämlich die Bitte, daß sich die nachfolgenden Diskussionsredner zeitlich Selbstbeschränkung auferlegen, damit wir nicht von hier aus eine Redezeit festlegen müssen. Sie wissen, auf der heutigen Tagesordnung steht noch das Grundsatzreferat unseres Bundeskanzlers. Darauf haben wir beim Ablauf dieser Vormittagsveranstaltung ebenfalls Rücksicht zu nehmen.

Das Wort hat Herr Bundestagsabgeordneter Hauser, Rheinland.

Alo Hauser MdB:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann weitgehend an das anknüpfen, was der Herr Kollege Dr. Geißler vorgetragen hat. Ich möchte an die Ausführungen des Herrn Geschäftsführenden Vorsitzenden in seinem Rechenschaftsbericht anschließen. Es besteht kein Zweifel, daß die Diskussion auf unseren Parteitag zu den wichtigsten Grundelementen der parteiinternen Demokratie gehört. Wir haben uns mit dieser Frage auf dem Parteitag in Hannover vor zwei Jahren sehr intensiv befaßt. Wir sind damals in einem Arbeitskreis, der sich mit Grundfragen des Aufbaus und der Struktur der Partei befaßte, zu Empfehlungen gekommen, die dem Plenum des Parteitags vorgelegt und von ihm verabschiedet worden sind. Zwei dieser Parteitagebeschlüsse sind jedoch leider bis heute nicht berücksichtigt bzw. nicht ausgeführt worden.

Einmal handelt es sich um den Beschluß, die Grundsatzthematik der Parteitage so rechtzeitig festzulegen, daß eine Vordiskussion in den Kreis-, Orts- und Landesverbänden ermöglicht wird.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, daß sich das Plenum des Parteitags von Hannover etwas dabei gedacht hat, als es diesen Beschluß faßte und dem Parteipräsidium mit auf den Weg gab. Wir sollten heute die Erwartung zum Ausdruck bringen, daß zumindest beim nächstjährigen Parteitag dieser Beschluß von damals beachtet wird.

(Beifall)

Wir haben seinerzeit in Hannover aber auch noch etwas anderes beschlossen. Es ist nämlich der Auftrag an das Präsidium beschlossen worden, den Entwurf einer Grundsatzklärung der Partei, so etwas wie einen kleinen Katechismus der CDU vorzubereiten und baldmöglichst den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden zur Diskussion zuzuleiten. Ich bin mit Herrn Dufhues vollkommen einer Meinung, daß die Frage unserer weltanschaulichen Ausrichtung nicht zur Diskussion stehen kann. Ich glaube aber, daß eine solche Diskussion in der Öffentlichkeit gar nicht entstehen würde, wenn wir klar festgelegte Grundsätze hätten, die für jeden in unserer Partei verbindlich sind. Die Erfüllung dieses Auftrags von Hannover steht noch aus. Ich erlaube mir die höfliche Anfrage, ob

inzwischen überhaupt etwas geschehen ist und wann wir mit der Durchführung dieses Beschlusses rechnen können.

(Beifall)

Präsident Grundmann:

Ich danke Herrn Kollegen Hauser. Das Wort hat Herr Dr. Wörner, Nordwürttemberg.

Dr. Manfred Wörner:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Man sagt, und das wahrscheinlich mit Recht, wir stünden an der Schwelle einer neuen Zeit. Man sagt, wir, die CDU, müßten nun die Zukunft meistern, und man spricht viel von den Aufgaben, die wir zu bewältigen haben. In der Tat gibt es ja eine ganze Reihe von Aufgaben. Aber ich habe den Eindruck, wir sind bis jetzt noch nicht über die Diagnose hinausgekommen. Wir sprechen immerfort von den Aufgaben, aber wir haben es bis jetzt versäumt, den konkreten Weg aufzuzeigen, wie wir diese Aufgaben bewältigen wollen.

Wenn gelegentlich beklagt wird, die CDU führe nicht mehr so, wie man das zu Recht von ihr erwartet, dann liegt das nicht in erster Linie an Personen, sondern dann liegt das vielleicht daran, daß wir es noch nicht geschafft haben, den Weg aufzuzeigen, konkrete Antworten auf die Frage zu geben, wie wir die Zukunft meistern wollen. Darum ist das Anliegen, zu dem ich hier sprechen möchte, die Bitte an das neu zu wählende Präsidium, sich doch endlich dieser Aufgabe zu stellen und uns mit einem Sachprogramm klarzumachen, wie wir ganz bestimmte Fragen in der Zukunft lösen wollen.

(Beifall)

Ich halte das für eine Existenzfrage an unsere Partei. Es ist eine Existenzfrage an die CDU, ob wir es fertigbringen, gemeinsame Antworten auf die Fragen der Zukunft zu geben. Wir dürfen nicht nur bloß daherreden, daß diese und jene Aufgaben bestehen; das wissen wir inzwischen.

Noch ein kritisches Wort! Ich frage mich im Moment ganz ernst, was dieser Streit darum soll, ob wir eine liberale oder eine konservative Partei sind. Woran entscheidet es sich denn, ob wir eine christliche Partei sind, ob wir eine christlich verantwortete Politik machen? Das entscheidet sich doch nicht an einem Dogmenstreit, das entscheidet sich doch nicht, indem wir den Streit, den andere Parteien im vorigen Jahrhundert durchgestanden haben, die diese verflixten Ideologien jedoch abgeworfen haben, jetzt auf Umwegen wieder in unsere Partei hineinmanipulieren.

(Beifall)

Vielmehr entscheidet sich die Frage, ob wir eine christliche Partei sind und das C im Namen zu Recht führen, an zwei Dingen: Erstens daran, welche Politik wir in der Sache treiben, welche Sachentscheidungen wir für die Zukunft bereit haben; daran wird man uns messen. Es entscheidet sich zweitens daran, ob in unserer Partei wieder die Bereitschaft einkehrt, aufeinander zu hören. Ich

bin meinem Freunde Dr. Geißler dankbar, daß er das angesprochen hat. Man wird den Eindruck nicht los, daß, wenn bei uns bestimmte Repräsentanten bestimmter Gruppen auftauchen, der andere Teil sofort abschaltet. Das muß aufhören. Wir müssen wieder aufeinander hören und wir müssen gemeinsam Lösungen suchen.

(Beifall)

Das ist dann eine der möglichen Verwirklichungen des C in unserem Namen. Wir dürfen nicht hoffen, unser C nach draußen zu vertreten, wenn wir es nicht zuvor in den eigenen Reihen exerzieren.

(Beifall)

Ich weiß, daß die Gruppe 46, von der man in der Presse so viel geschrieben hat, dieser Nachwuchs in der Politik, von manchen mißtrauisch beobachtet wird. Ich darf Ihnen sagen: „Es ist nicht so, wie in der Diskussion immer behauptet wird. Wir sind nicht ein Interessenklub, der versucht, Jung gegen Alt auszuspielen. So sehe ich es wirklich nicht, und ich glaube, so sieht es keiner von uns. Wir bauen ja auf den Leistungen derer auf, die vor uns waren. Wir sehen unsere Aufgabe darin, zu kitten, nicht darin, auseinanderzubringen.

(Beifall)

Fragen wir uns doch einmal: Was erwartet denn das deutsche Volk von uns? Das deutsche Volk — ich weiß nicht, ob ich mich da nicht in einem gewissen Widerspruch zu meinem Freund Hauser befinde — erwartet im Moment von uns keine Grundsatzauseinandersetzung, keinen weltanschaulichen Dogmenstreit, sondern es erwartet klare Sachantworten auf klare Sachfragen, die die Zukunft uns stellt,

(Beifall)

etwa die Antwort auf die Frage: Wie haltet ihr's mit der Sozialpolitik im kommenden Jahrzehnt?, oder auf die Frage: Wie denkt denn die CDU über die Finanzreform? Wir lesen Stellungnahmen von unseren Ministerpräsidenten, von der Bundesparteileitung, von der Regierung. Aber das deutsche Volk erwartet von der CDU eine Antwort, die die CDU als CDU auf die Frage gibt, wie diese Finanzreform bewältigt werden soll.

(Beifall)

Eine andere Frage: Es bereitet keine sonderliche Befriedigung, wenn man draußen gefragt wird, wie sich die CDU die Schule der Zukunft oder die Hochschule der Zukunft vorstelle, und wenn man darauf antworten muß: der in unserer Partei ist dieser Meinung und jener ist anderer Meinung, aber eine Gesamtkonzeption haben wir noch nicht erarbeiten können.

(Beifall)

Wenn ich nicht eine gesunde und, wie ich glaube, berechtigte Skepsis gegenüber Parteitagsbeschlüssen hätte — Alo Hauser hat sicher zu Recht diesen Parteitagsbeschuß zitiert —, dann würde ich jetzt den Antrag stellen — ich trage das jetzt nur in Form einer Bitte vor —, daß sich dieses Parteipräsidium

Zeit. nimmt für die Erarbeitung klarer Sachkonzeptionen auf klar umgrenzten Gebieten. Daran werden wir uns auch zusammenraufen. Wir werden uns dann nicht mehr an falschen Ideologienstreiten auseinanderreden.

(Beifall)

Präsident Grundmann:

Ich darf Herrn Dr. Wörner sehr herzlich danken. Das Wort hat nun Herr Kuhn vom Landesverband Hamburg.

Kuhn:

Herr Präsident! Meine Damen und meine Herren! Nach der Wähleranalyse haben uns 28% Arbeiter und 14% Angestellte gewählt; das sind zusammen 42%; die Beamten, Rentner und Pensionempfänger darf man dazurechnen. Mehr als die Hälfte aus dem Lager der Arbeitnehmer haben der CDU ihre Stimme gegeben. – Tatsache! Das Stimmenverhältnis vom Land zur Stadt weist, wie wir heute morgen erfahren haben, ein Gefälle von 57% zu 39% auf. Wir kennen die Schere. Die Verstärkung nimmt unbedingt zu. Sie ist nicht aufzuhalten. Jeder von uns weiß das. Wir können förmlich sehen, wie die Flügel der Schere sich vor unseren Augen zu schließen beginnen. Wenn sie sich schließen, schneiden sie unseren Kopf, den Kopf der CDU, ab.

Wir können also den Fundus, aus dem wir bisher geschöpft haben, nicht mehr als sichere Basis nehmen; wir können hier also nicht mehr sagen: Wir werden auch künftig siegen. Wir müssen Einkehr halten und uns überlegen, was zu tun ist. Darum habe ich Ihnen, meine Damen und Herren, die Zahlen, die der Altbundeskanzler uns genannt hat, ins Gedächtnis zurückgerufen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß von allen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik mehr als 80% Arbeiter, Angestellte und Beamte sind. Wir sind doch eine Volkspartei. „Volkspartei“ heißt doch, daß man dem Großteil, der Masse der Bevölkerung offensteht und diesem Bevölkerungsteil ein Leitbild geben kann. Wir müssen für ihn eine Partei sein können, wo er eine heimatliche Stütze hat; bei dieser Partei muß er sich wohl fühlen, diese Partei muß er wählen, und bei ihr muß er Mitglied sein können.

Davor stehen wir jetzt. Wir können nicht mehr darauf bauen, daß wir mit unseren 300 000 Mitgliedern der SPD mit ihren 600 000 Mitgliedern, wenn es darauf ankäme, aus unseren Beiträgen die Schlacht liefern könnten, die notwendig ist, um uns an der Oberfläche zu halten.

Wir haben als Volkspartei dieses Leitbild geschaffen und von 1945 bis jetzt unseren Platz behauptet. 20 Jahre sind vorbei. Wir werden jetzt volljährig. Von Volljährigen erwartet man andere Erkenntnisse, Entschlüsse und andere Handlungsweisen. Wir haben den Wohlstand in ganz Deutschland gesichert. Dieses Leitbild des Heraufarbeitens, des Fleißigseins und des Bescheiden-seins hat dazu geführt, daß wir die Leistungen vollbracht haben, die Ihnen allen bekannt sind.

Diese Leistungen des Wohlstandes müssen die Grundlage für die politische und geistige Freiheit und für die Reife der Entscheidung sein. Hier beginnt unsere

neue Aufgabe in dem neuen Dezzennium, in das wir jetzt eintreten. Wir können nicht mehr damit rechnen, daß man blindlings wählt, sondern wir müssen neue Leitlinien, neue Leitbilder hinstellen. Bert Brecht sagt: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral! Meine Freunde, das erste haben wir, jetzt kommt die nächste Epoche.

Hier ist doch die CDU berufen, etwas hinzustellen und zu sagen: Das ist es, wofür es sich lohnt, zu arbeiten, zu sparen und zu leben, und wir Deutsche haben als Volk aus der Erfahrung unserer Geschichte etwas zu sagen: Erst das Fressen und dann die Moral! Der zweite Teil liegt vor uns. Wir haben den Auftrag, zu sagen: Du Arbeiter und Angestellter, Beamter, du Mann des Mittelstandes, du Bauer, das ist dein Volk, und diesem Volk sollst du leben, in einer besonderen Richtung, hin auf ein besonderes Ziel; sie sind uns gestern hier aufgetan worden.

Herr Dufhues hat gesagt: Die CDU braucht Öffentlichkeitsarbeit, gute Kandidaten, mittlere Jahrgänge, Geschlossenheit in der Führungsspitze, Führungsdeutlichkeit. Und, meine Freunde, die CDU braucht die Arbeiter, Angestellten und Beamten; sie sollen hören, was wir wollen. Wir brauchen sie als Wähler. Deswegen müssen wir einen neuen Schritt tun: Wir müssen in die Betriebe gehen.

Wir müssen wissen, daß wir nicht mehr den Menschen von früher haben, der in die Versammlungen geht. Das Fernsehen sorgt dafür, daß die Häuslichkeit wesentlich gewachsen ist, und die Familie findet sich zusammen. Kommissar Maigret hat mehr Einfluß auf die Öffentlichkeitsbildung als manche Partei. Wir müssen also einen umgekehrten Weg gehen. Wenn der Prophet nicht zum Berge kommt, dann umgekehrt.

Wir haben den Auftrag, dem Menschen, dem einzelnen entgegenzukommen. Da wir Volkspartei sind, müssen wir der Masse der Bevölkerung entgegenkommen. Diese Masse treffen wir am Arbeitsplatz, im Betrieb. Dahin müssen wir unsere Arbeit verlagern.

Wir haben zuwenig Arbeiter, Angestellte und Beamte in unserer Partei. Wir müssen sie werben. Sie strahlen aus, sie haben Kinder. Sie werden etwas zu dem hinzutun, wovon der Vorredner gesprochen hat: Das Programm profilieren, um das wir ringen.

Die Automation wird eine neue Wirtschaft auf die Beine stellen. Früher kam es darauf an, zu produzieren, um die Menschen satt zu machen. Heute kommt es darauf an, das, was zuviel produziert ist, überhaupt unterzubringen. Die Werte kippen um. Wir können davor – gerade als CDU und als Volkspartei – die Augen nicht zumachen. Darum: Ran, und rein in die Betriebe.

Und noch etwas! Hier ist das Wort „Gewerkschaften“ so oft gefallen. Meine Freunde, sagen wir doch nicht en bloc, die Gewerkschaften seien gegen uns. Die Gewerkschaften an sich sind gar nichts, sondern die Gewerkschaften sind eine Zusammenfassung von Menschen, von Mitgliedern. Auch diese Mitglieder haben ihren eigenen Kopf und ihre eigene Anschauung. Ein Großteil dieser Gewerkschaftsmitglieder sind nicht nur CDU-Wähler, sondern auch CDU-

Mitglieder. Wir stoßen also alle gemeinsam zurück, und das ist verkehrt. Setzen wir uns mit den Gewerkschaften auseinander, die sich mit uns auseinandersetzen, und nennen wir die unsere Freunde, die von uns sagen, wir seien ihre Freunde. Machen wir also nicht eine Verketzerung und eine en-bloc-Abwischerei, und stoßen wir nicht den gesamten Block der Gewerkschaften zurück. In den Gewerkschaften – DGB, DAG, Deutscher Beamtenbund, DHV usw. – sind 8 Millionen Arbeitnehmer. Da können wir uns es doch nicht leisten, zu sagen: die Gewerkschaften; nein: einzelne, und da besondere!

Unser Platz als CDU-Mann in den Gewerkschaften ist ja besonders schwer, und er kann nur dadurch gefördert werden, daß wir uns zu diesen Vertretern, zu diesen Gewerkschaftsmitgliedern besonders bekennen und sie unserer Unterstützung versichern.

Meine Freunde, wir haben durch den Aufruf und den Anruf der deutschen Bevölkerung erreicht, daß wir in 20 Jahren den Wiederaufbau erzielt haben. Wir haben die Städte heilgemacht, wir haben die Wohnungen hergestellt und die Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben das Fundament geschaffen, von dem der Altbundeskanzler gesagt hat, daß es zum politischen Rahmen dazugehöre. Jetzt haben wir die Aufgabe, unseren Freunden in den Betrieben, den Arbeitnehmern, den Angestellten und Arbeitern, zu sagen: Ihr sollt mit diesem Volk wachsen, ihr sollt Eigentum haben, ihr sollt euch in eurem Volk zu Hause fühlen. Es genügt nicht, daß man jemand gern hat, man muß es ihm auch sagen. Man muß sagen: Ihr gehört zu uns, wie wir zu euch gehören.

Der erste Anlauf ist uns in 20 Jahren gelungen. Jetzt gibt es einen zweiten Anlauf. Er ist aus den Worten des Altbundeskanzlers aufgeklungen: unserem Volk, unseren Arbeitnehmern und unserer Volkspartei den Rahmen zu geben, sozusagen die Rakete, um zu starten: auf nach Europa!

(Beifall)

Präsident Grundmann:

Ich danke Herrn Kuhn für seinen Diskussionsbeitrag und erteile Herrn Kiep vom Landesverband Hessen das Wort.

Walther Reisler-Klep MdB:

Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Der gestrige Abend war für uns Jüngere ein geschichtlicher Moment. Wir alle haben den Hauch der Weltgeschichte gespürt, als Konrad Adenauer hier zu uns sprach. Ich glaube, daß dieser Augenblick für uns alle ein Moment ist, um uns auf unsere Stärke zu besinnen, die wir in den kommenden Jahren bitter notwendig haben werden.

Die Gegner unserer Partei in allen Lagern formieren sich zum Angriff auf diese Christlich Demokratische Union. Sie glauben, wenn der Steuermann das Steuer aus der Hand gelegt habe, werde es ein leichtes sein, diese Partei zu desintegrieren, aufzulösen und ihr die führende Stellung zu nehmen, die sie in den letzten Jahrzehnten gehabt und mit der sie das Geschick dieses Landes gestaltet hat.

Ich glaube, wir als Christliche Demokraten sollten uns in dieser Stunde einmal ganz kurz zurückbesinnen auf das, worin eigentlich unsere Stärke liegt, auf das, worauf wir aufgebaut haben und womit auch Konrad Adenauer seine Erfolge erzielt hat. Meiner Ansicht nach sind dies vier Dinge.

Es ist einmal die christliche Grundhaltung, es ist zum zweiten die Integration der Konfessionen, es ist zum dritten die Integration aller Schichten und Stände unseres Volkes in einer Volkspartei, und es ist zum Schluß die Integration auch der Generationen. Ich glaube, daß alle diejenigen innerhalb oder außerhalb unserer Partei, die diese Grundelemente unserer Stärke in Frage stellen, letzten Endes die Axt an die Wurzel der Stärke unserer Partei legen.

(Zustimmung)

Wir sollten uns darüber klar sein – und das sage ich besonders als einer der Vertreter der jüngeren Generation in der Christlich Demokratischen Union –, daß die Tatsache, daß man jünger ist, an sich noch kein Verdienst bedeutet. Wir sollten uns darüber klar sein, daß wir uns allen Schichten offenhalten müssen, daß wir sowohl eine Partei der Arbeitnehmer wie eine Partei der Arbeitgeber, eine Partei der Angestellten, der Landwirte und der Beamten sind. Wir sollten uns davor hüten, konfessionelle Proporzfragen hochzuspielen und sie gelegentlich auch etwa über die Frage der persönlichen Qualifikation des Bewerbers für ein Amt zu stellen.

(Beifall)

Kurzum, wir sollten uns davor hüten, Gräben, die wir dank der Arbeit von Konrad Adenauer in den letzten zwanzig Jahren überbrückt und zugeschüttet haben, heute wieder aufzureißen.

(Erneuter Beifall)

Rainer Barzel hat einmal gesagt: Der deutsche Wähler will die CDU wählen; die CDU muß es ihm nur möglich machen. – An dieses Wort möchte ich heute an dieser Stelle erinnern.

Lassen Sie uns in den kommenden Jahren innerhalb unserer Partei hart und sachlich über alle Probleme diskutieren, die an uns herantreten, seien es Probleme der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber, der Landwirtschaft oder der Beamten. Lassen Sie uns aber diese Diskussion stets in dem Bewußtsein führen, gemeinsam einer christlichen Volkspartei anzugehören.

(Beifall)

Präsident Grundmann:

Ich danke Herrn Kiep sehr herzlich. – Das Wort hat Herr Abgeordneter Mick, CDU Rheinland. – Darf ich fragen, ob Herr Mick im Saal ist?

(Zurufe: Nein)

– Das ist nicht der Fall. Dann kann ich ihm nicht das Wort erteilen.

Damit sind wir am Ende der Diskussion.

(Beifall)

Ich darf allen Diskussionsrednern sehr herzlich danken. Ich habe mit Herrn Dufhues soeben verabredet, daß er auf ein Schlußwort verzichtet und daß das, was in den Diskussionsbeiträgen gesagt worden ist – das ist auch vielfach von den Rednern zum Ausdruck gebracht worden –, nachdem hier ja alles im stenographischen Protokoll festgehalten worden ist, dem neuen Präsidium und dem Bundesvorstand der Partei als Diskussionsmaterial, als Arbeitsmaterial zur Verfügung stehen soll.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluß dieser Diskussion. Ich darf Frau Pieser bitten, das Präsidium zu übernehmen.

Präsident Pieser:

Meine Damen, meine Herren! Ehe wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß im Anschluß an das nun folgende Referat keine Aussprache stattfindet, sondern daß wir die Aussprache am Nachmittag nach dem Referat von Herrn Dr. Barzel durchführen werden. Wir werden also nach dem jetzt beginnenden Referat von Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard in die Mittagspause gehen. – Ich wäre dankbar, wenn die sich noch in den Gängen aufhaltenden Delegierten ihre Plätze einnehmen oder die Privatgespräche draußen im Wandelgang fortführen.

(Beifall)

Wir dürfen nun Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard bitten, zu uns zu sprechen.

Der alte und der neue Vorsitzende der CDU: Auf Dr. Adenauer folgt Prof. Dr. Erhard.



Unser Bild zeigt links den bisherigen Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, den Landesvorsitzenden der CDU Westfalen, Josef Hermann Dufhues. Rechts ist der Vorsitzende der CDU Rheinland, Landesminister Konrad Grundmann, zu erkennen.



Bundeskanzler Professor Dr. Erhard

(mit lebhaftem Beifall begrüßt): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Als wir am 31. März vorigen Jahres am Ende unseres Parteitages in Düsseldorf auseinandergingen, stand die Christlich Demokratische Union vor dem schwersten Wahlkampf ihrer Geschichte. Sie hat diese Wahl gewonnen, obwohl große Teile des In- und Auslandes nicht an unseren Sieg glaubten, ja teilweise unseren politischen Gegnern sogar die größeren Chancen einräumten.

Dieser Wahlsieg war die Frucht intensiver Arbeit und Zusammenarbeit aller Teile unserer Partei. Wir haben gesiegt, weil wir an unsere Sache glaubten und unablässig dafür gearbeitet und gekämpft haben.

(Beifall)

Das deutsche Volk sprach uns mit überzeugender Mehrheit erneut sein Vertrauen aus und erteilte den Sozialisten eine klare Absage.

Wenn ich an dieser Stelle einen Namen nennen darf – einen für viele –, so ist es der unseres Freundes Josef Hermann Dufhues, der als unermüdlicher Wahlkampfleiter den organisatorischen und propagandistischen Einsatz der Partei vorzubereiten und mit leidenschaftlicher Hingabe durchzuführen hatte.

(Beifall)

Es waren aber auch – und das zu sagen ist ein Gebot der Dankbarkeit – die vielen tausend ungenannten Helfer, Freunde und hauptamtlichen Mitarbeiter, die in einem selbstlosen Einsatz diesen großen Erfolg miterrungen haben.

Aber vergessen wir bei aller Freude über diesen Sieg nicht die Lehren, die uns Wahlkampf und Wahlergebnis erteilen. Es gebieten uns Pflicht und Einsicht, uns mit den Erkenntnissen aus dieser Wahl sowohl in den Gremien der Partei wie in unserem täglichen politischen Leben intensiv und auch kritisch auseinanderzusetzen.

Es darf nicht dazu kommen, daß sich unsere Partei nur dann zu großen Leistungen aufrafft und zur Geschlossenheit hinfindet, wenn sie zu Wahlen und besonders zu Bundestagswahlen antritt. Man verlangt von uns nicht nur, gute Politik zu machen, sondern sie auch unseren Bürgern ständig zu erläutern und zu verdeutlichen.

(Beifall)

Wir müssen das öffentliche Bewußtsein mit den Fortschritten und Erfolgen, die wir auf so vielen Gebieten erringen, in Einklang halten.

Wir sind – und das kann nach allen Prognosen vor der Wahl und nach allen Meditationen seit dem September 1965 niemand übersehen – nicht etwa einfach nur wiedergewählt worden, sondern wir haben einen neuen Abschnitt der politischen Entwicklung eingeleitet und mit der Verantwortung für das politische Geschehen und das Schicksal unserer Nation einen Auftrag erhalten.

Diesen Auftrag verstehe ich keineswegs nur als an die Regierung gerichtet. Es ist gleichermaßen ein Auftrag, mit dem die Christlich Demokratische Union

angesprochen ist. Was bisher von ihr geleistet wurde, schuf die Basis für das Vertrauen der Wähler, und was uns als einer jungen Partei für die Zukunft zu leisten aufgegeben ist, beruht wiederum auf dem Vertrauen, das in dem überzeugenden Ergebnis der Bundestagswahl so sichtbar Ausdruck gefunden hat.

An dieser Stelle soll vor allem über die Aufgaben der Union gesprochen werden. Wir können die damit zusammenhängenden Fragen nicht einfach mit dem Hinweis auf die seitherigen Leistungen der Bundesregierung überdecken, obwohl der Zusammenhang von Regierung und Partei aus dieser Betrachtung gewiß nicht ausgeschaltet werden kann.

Ebensowenig kann der historische Beginn und das Wirken der Union von den Gründungstagen an ohne die Leistungen Konrad Adenauers verstanden werden.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden ihm – wie das gestern so überwältigenden und bewegenden Ausdruck fand – auch in Zukunft eng verbunden bleiben.

(Lebhafter Beifall)

Aber auch Männer, wie Jakob Kaiser, Karl Arnold, Hermann Ehlers und Heinrich von Brentano und noch manche andere sind unvergessen.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Partei ist angetreten aus christlicher Verantwortung. Sie steht auf einem festen weltanschaulichen Fundament und hat in schwankender Zeit die Idee einer konfessionell und gesellschaftspolitisch weitgespannten Union in die Tat umgesetzt.

(Lebhafter Beifall)

Dieses kostbare Gut, das wir uns errungen haben, darf nie mehr verlorengehen.

Eine Partei, die in sich geistig und sittlich fest gefügt ist, erliegt nicht der Versuchung, nach der Devise der Konfektionsbranche: „Jede Saison was Neues“ zu handeln!

Was entgegen vielen wortreich vorgetragenen Diagnosen und Prognosen das deutsche Volk vor allem begriffen hat, das ist die Tatsache, daß die Methodik unseres politischen Handelns verläßlich und flexibel zugleich sein muß. Nur aus einer tief wurzelnden Überzeugung heraus lassen sich sowohl die nationalen Aufgaben wie auch die internationalen Probleme angehen; nur aus der Gesinnung heraus finden wir die Kraft, dem Erreichten Bestand zu geben und das, was noch in der Reife der Vollendung harrt, morgen sinnvoll und maßvoll zu lösen.

Die CDU hat sich stets als eine große Volkspartei verstanden. Sie hat diesen Typus einer modernen demokratischen Partei neu in das politische Denken und das politische Kräfteparallelogramm Deutschlands eingefügt. Sie hat den Weimarer Parteienschematismus überwunden und ist nicht etwa unter anderen eine jener Parteien, die heute so gerne Volksparteien spielen wollen. Wir

empfinden uns nicht als eine ideologische und doktrinär erstarrte Partei alten Typs, sondern wir wissen uns dienend der Gesellschaft verpflichtet.

In jüngster Zeit wurde in unseren Reihen allenthalben die Befürchtung laut, die CDU könne oder wolle sich vielleicht von ihrem Ursprung, einer christlich und – sozialen Volksbewegung, weg zu einer ideologisch entleerten, an den Vorstellungen der Konsumgesellschaft orientierten Partei unbestimmten liberalistischen Charakters entwickeln.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist nicht als eine liberale Wirtschaftspartei gegründet worden. Sie ist nie – und ich müßte das wohl wissen – eine liberale Wirtschaftspartei geworden und wird auch nie eine liberale Wirtschaftspartei werden.

(Langanhaltender Beifall)

Nicht ein einziger der verpflichtenden Programmpunkte, die unsere Bundespartei seit dem Bestehen als verbindlich betrachtet, ist von der CDU je aufgegeben, abgeschwächt oder aufgeweicht worden. Die CDU hat von ihrer Idee, von ihrem Programm, von ihrer Tradition nichts preisgegeben, nichts verraten. Die CDU ist weder abgewichen von den Düsseldorfer Leitsätzen 1949 noch von anderen Programmen und Manifesten unserer Parteitage.

Es ist doch gewiß auch nicht der Laune eines Zufalls zu verdanken, daß die deutsche Wirtschaft, materiell völlig zusammengebrochen, und das deutsche Volk, in tiefste seelische Not gestürzt, nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder zu neuem Leben erweckt worden sind, einer Idee und einer Leistung, die den Weg unseres Volkes und der Union wesentlich bestimmt haben.

(Langanhaltender Beifall)

Ich darf Ihnen versichern, daß mit mir alle Freunde, die vor beinahe zwanzig Jahren das Werk des Wiederaufbaues in Angriff nahmen, für diese freiheitliche Wirtschaftspolitik bewußt und gewollt die Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft“ geprägt haben.

Niemand aber verstand unter „freiheitlich“ ein liberalistisches Prinzip. Ich darf hier unsere Freunde gerade aus dem sozialpolitischen Lager aus dem Jahr 1948 als Zeugen anrufen: Anton Storch, Theo Blank, Peter Horn, Bernhard Winkelheide und noch andere, die mit mir alles andere denn eine gesellschaftliche Restauration wollten.

Die Verpflichtung der Gesellschaft und des Staates, soziale Gerechtigkeit zu üben und Recht, Freiheit und Ordnung zugleich zu gewährleisten – mit dieser Idee der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU den mutigen und entscheidenden Schritt getan, der die Bundesrepublik wieder groß und in der Welt angesehen werden ließ. Wir haben keinen Anlaß, diese Leistung unserer Partei heute geringer zu schätzen oder sie gar vor uns selber in Zweifel zu ziehen.

Ich wiederhole darum: Die CDU kämpft heute für das, wofür sie immer kämpfte. Als einzige Partei Deutschlands hat sie aus der Katastrophe des Nationalsozialismus, aus dem Zusammenbruch der großen Ideologien des 19. und

20. Jahrhunderts mutige und richtige Konsequenzen gezogen. Sie hat – wie schon gesagt – erkannt, daß der bloße Liberalismus als Gesellschaftsprinzip überholt, daß der Sozialismus geistig ausgelaugt ist. Sie hat erkannt, daß das Zusammenstehen und Miteinanderleben von Menschen verschiedener Konfessionen unterschiedlicher Herkunft, mannigfacher ökonomischer Interessen und ihr Tun und Lassen zu gemeinsamem politischen Handeln im Geist christlicher und demokratischer Überzeugung zu formen, das Gebot und die Pflicht der Stunde war. Dabei, meine Freunde, soll es bleiben, und dabei wird es bleiben.

(Langanhaltender Beifall)

Stünden wir nicht auf so festem Grund, so wären die Erfolge der Union nicht zu erklären.

Das deutsche Volk hat in diesem Wirken der Union zugleich sein Votum gegen einen überlebten Liberalismus wie auch gegen die Irrlehren des Sozialismus abgegeben. Schließlich hat die SPD in Godesberg dem, was der Sozialismus einmal war, abschwören müssen. Die SPD träumt nun davon, wie schön es wäre, wenn sie noch eine Meinung hätte.

(Heiterkeit)

Und überdies, meine Freunde, gibt es noch eine liberale Partei, mit der wir in einer Koalition verbunden sind. Aber glauben Sie mir, des Unterschieds zwischen 9% und 47% bin ich mir voll bewußt,

(Lebhafter Beifall)

und das eben macht den Unterschied zwischen einer liberalen Wirtschaftspartei und einer großen Volkspartei aus. Das deutsche Volk weiß sehr gut und hat es honoriert: Wir sind die Christlich Demokratische Union.

Wir berufen uns auf ein Programm, das sich auf die christlich demokratischen sowie auch geistig sittlichen Aussagen über Wert und Sinn menschlichen und gesellschaftlichen Lebens und Zusammenlebens gründet. Wir verwalten also nicht ein Programm, das sich aus den Launen und Moden politischer Doktrinäre ableitet und sich darum auch mit alltagsbezogenen Sinnesänderungen beliebig wandeln ließe.

Alle meine Parteifreunde und vor allem ich selbst wissen nur zu gut, daß wir als christliche Demokraten ernsthafter Kritik mehr ausgesetzt sind als solche Politiker und Parteien, die sich die Grundsätze ihres Handelns vom Augenblick her setzen, das heißt Programme aus Popularitätsgründen zusammenschreiben, um sie dann auch fast willkürlich zu verändern und zu verraten. Ernsthafte Kritik an unserer Arbeit gehört ebenso zu uns wie das Vertrauen, das wir in der Bevölkerung genießen. Aus diesem Grunde sollten wir auch die Kritik, die in unseren eigenen Reihen laut geworden ist, gar nicht scheuen und nicht zu unterdrücken versuchen.

(Beifall)

Wir sollten sie allerdings auch nicht künstlich schüren.

An dem, was wir tun, und an der Art, wie wir unsere Arbeit erfüllen, nehmen vielfältig und unterschiedlich orientierte Gruppen im vorparteilichen Raum lebhaften Anteil. Dieser Vielfalt gegenüber müssen wir das für alle Gutgesinnten Gemeinsame immer wieder betonen. Wenn ich von dieser Differenziertheit sprach, dann denke ich an die zahlreichen Konferenzen, Tagungen und Meinungsäußerungen politisch interessierter Gruppen, wissenschaftlich oder wirtschaftlich orientierter Gremien, sozial bestimmter Vereinigungen, an die Zusammenkünfte konfessioneller Verbände und Akademien und noch vieles mehr. Wir müssen Raum und Gelegenheit geben, diesen Stimmen bei uns Gehör zu verschaffen, und wir müssen die Möglichkeit nutzen, uns selbst in diesen Gruppen zu Gehör zu bringen. Das vor allem meine ich, wenn von der Beziehung zwischen Partei und Gesellschaft die Rede ist. Das meine ich, wenn ich die CDU als eine freiheitliche Volkspartei anspreche, die eine politische Führungskraft repräsentiert. Sie muß gerade deshalb trotz all dieser Vielfalt das Gemeinsame einer politischen Gesamtverantwortung zu tragen und zu dokumentieren in der Lage sein. Es ist gewiß nicht immer leicht, diese Gemeinsamkeit zu finden. Die Aufgabe wird um so schwerer, je mehr sich die eine oder andere Gruppe unter Berufung auf religiöse oder gesellschaftliche Überzeugungen mit ihrer politischen Meinung mehr im Recht glaubt als jene anderen politischen Freunde, deren Haltung indessen von der gleichen Grundanschauung geprägt ist — aber das eben alles innerhalb einer Partei. Die CDU kann sich nicht etwa nur auf die Aussage beschränken, sie fuße auf den Überzeugungen christlich gesinnter Demokraten; sie muß sich auch mit dem Faktum auseinandersetzen, daß diese christlichen Fundamente, auf die sie sich beruft, sowohl in ihrer konfessionellen als auch in ihrer geschichtlichen Ausprägung Unterschiede aufweisen.

Gerade weil dem so ist, sollten wir es uns nicht gestatten, ein sozusagen mittleres und der Diskussion entzogenes Gesinnungschristentum anzunehmen oder gar anzustreben. Spannungen dieser Art müssen wir austragen. Ich bin der Meinung, daß wir gerade in dieser Richtung unseren Willen zum gemeinsamen Gespräch noch intensivieren sollten. Die Scheinnähe anderer politischer Parteien zu den christlich bestimmten Gruppen unserer Gesellschaft macht es notwendig, über unseren gemeinsamen politischen Weg gleichwohl differenziertere Vorstellungen zu entwickeln. Ich denke dabei vor allem auch daran, daß wir die politische Verantwortung einer Partei nicht gleichsetzen dürfen mit der Öffentlichkeitsarbeit und dem Auftrag, den die Kirchen und ihre Organe oder den auch andere Sozialverbände zu erfüllen haben. Wer in diesem Prozeß eine Entfernung der Christlich Demokratischen Union von den christlich orientierten Gruppen und Verbänden der Gesellschaft zu sehen glaubt, der mißversteht die arteigenen Verantwortungsbereiche von Parteien und christlichen Institutionen.

(Beifall)

Derartige Gedanken sind in der Geschichte unserer Partei nicht neu. Sie bedürfen jedoch einer fast dauernden Überprüfung, weil sie uns zeigen, welchen unverwechselbaren unersetzbaren Auftrag die Christlich Demokratische Union

als die Partei der Mehrheit unseres Volkes zu erfüllen hat. Wir sind verpflichtet, die Vielfalt der Meinungen und Wünsche zusammenzufassen in einer großen Idee nach jenem Konzept und jenem Profil, das die Christlich Demokratische Union im Laufe ihres zwanzigjährigen Bestehens gewonnen hat.

Wir sind nicht einfach ein Sammelbecken vielfältiger Meinungen, sondern wir haben gezeigt – und müssen es auf noch überzeugendere Weise tun –, mit welchen Prioritäten und nach welchen Kategorien wir den Einzel- und Gruppenwünschen ihr Recht in der Gesamtverantwortung zukommen lassen dürfen.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat jedoch nicht nur die spannungsreiche und gesunde Vielfalt der Anschauungen in unserem Volke integriert, sondern sie hat diesem Zusammenwirken aller doch auch die Richtung gewiesen, sie hat die Pflichten eines sozialen Rechtsstaates ernst genommen.

Das ist es, was ich unter dem Begriff einer Volkspartei auf christlicher Grundlage verstehe! Das ist es auch, was wir stets bei den Entscheidungen auf diesem Parteitag im Auge zu behalten haben. Wir müssen in diesem Sinne erneut die Bereitschaft zum Dienst an der gesamten Nation dokumentieren und können uns nicht den Luxus erlauben, über diese Grundfragen hinaus uns selbst zum Problem zu machen.

Lassen Sie mich nunmehr über einige innenpolitische Themen sprechen. Zunächst zur Situation unserer Gesellschaft. Manchmal will es mir scheinen, als sei sie von einem Nebel des Unbehagens, des schlechten Gewissens und des bohrenden Mißtrauens verhüllt. Haben wir doch den Mut, diesen Schleier wegzuziehen: Die deutsche Gesellschaft ist eine der gefestigsten und modernsten Europas.

(Beifall)

Auch hier haben sich, verglichen mit der ersten Phase des Wiederaufbaus, wesentliche Wandlungen vollzogen. Das sogenannte Wirtschaftswunder hat zugleich eine stürmische Veränderung, ja sogar eine tiefgreifende Umformung der deutschen Gesellschaft, mit sich gebracht. Es gibt da Licht- und Schattenseiten, die wir verzeichnen müssen. Wenn ich von den negativen Seiten unserer Gesellschaft spreche, so meine ich jene Erscheinungen, die als Protz, Prunksucht, kurz als Ausdruck primitiv materieller Gesinnung immer mehr Abscheu erregen.

Gleichwohl wäre das eine einseitige und ungerechte Betrachtung, annehmen zu wollen, daß sich das Überwuchern etwa des Materialismus nur auf die sogenannten Reichen beschränken würde. Es wäre nur ein Zeichen mangelnden Mutes zur Wahrheit, nicht sehen zu wollen, daß wir als Volk im ganzen Gefahr laufen, das Wohlleben von heute höher zu bewerten als die Vorsorge und die Verantwortung für die Zukunft derer, die nach uns kommen.

(Beifall)

Und sind wir uns wirklich des geschichtlichen Auftrages bewußt, den wir in der Wiedervereinigung zu erfüllen haben; – sind wir in unserer individuellen Lebensführung zu Opfern bereit?

Wir wissen sehr genau, daß wir trotz größter wirtschaftlicher Erfolge, trotz weitverbreiteten privaten Wohlstandes in der Erfüllung wichtiger öffentlicher Aufgaben — ich meine hier die Sozialinvestitionen — den Erfordernissen der Zeit noch nicht gerecht werden. Gerade deshalb auch wehren wir uns mit aller Entschiedenheit gegen das falsche Pathos oppositioneller Kreise, ständig wohl mehr Sozialinvestitionen zu fordern, aber gleichzeitig in den politischen Handlungen und Entscheidungen alles zu tun, um durch Übersteigerungen der privaten Einkommensansprüche Staat und Gesellschaft unfähig zu machen, jene dringenden Zukunftsaufgaben zu erfüllen.

(Beifall)

Eine solche Taktik fordert die Abwehr, ja die Abscheu aller Wohlmeinenden heraus.

Ich spreche hier indirekt auch von den Problemen der „Formierten Gesellschaft“, jener Gesellschaft, die sich nicht darin erschöpfen will, allein den Individualinteressen zu genügen. Die Formierte Gesellschaft verkörpert vielmehr eine Gemeinschaft, die sich in ihren Existenzfragen solidarisch weiß, die gemeinsame Ziele anstrebt und sich nicht nur von Gruppeninteressen leiten läßt. Die Formierte Gesellschaft ist darum aber auch eine Gesellschaft der christlichen Solidarität. Das muß immer deutlicher werden.

Man hat mich danach gefragt, was getan werden muß, um eine Formierte Gesellschaft zu verwirklichen! Ich will darauf antworten:

1. Die Formierte Gesellschaft setzt eine informierte Gesellschaft voraus.

Wir müssen mehr tun, um den Menschen die Fakten unserer politischen, geistigen und wirtschaftlichen Existenz nahezubringen, damit sie besser verstehen und mitgestalten können. Der politischen Bildungsarbeit auch unserer Partei stellt sich hier eine große Aufgabe. Der geradezu erschreckenden Unkenntnis über selbst einfache wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge müßte schon von der Schule her begegnet werden.

(Beifall)

Nur so kann den Demagogen und politischen Kurpfuschern das Handwerk gelegt werden. Was auf diesem Felde oft an bewußter Irreführung getan wird, ist kaum noch erträglich. Die Formierte Gesellschaft ist nicht schematisch konstruierbar; sie ist nicht als Aktion zu denken, sondern als Prozeß zu begreifen.

2. Es sind wichtige Reformen notwendig. Ich meine damit Reformen unserer Haushalts- und Finanzpolitik, die die Erreichung unserer politischen Ziele langfristig sicherstellen. Ich gehe darauf im einzelnen noch ein. Damit verbunden sind ferner Reformen unserer parlamentarischen Arbeit und der Regierungstätigkeit.
3. Die Verbände innerhalb unserer Gesellschaft dürfen sich nicht nur in der Wahrnehmung eigener Interessen erschöpfen. Die Gemeinschaft bedarf wohl der Mitarbeit dieser Verbände und ihres Sachverstandes zur Bewältigung der eigenen Aufgaben und zur Erreichung ihrer Ziele. Ihre subjektiven

Vorstellungen haben sich aber den Erfordernissen der Gemeinschaft ein- oder auch unterzuordnen; d. h., sie dürfen den Staat – mit welchen Mitteln auch immer – nicht beherrschen wollen.

(Beifall)

4. Jeder Staatsbürger sollte erkennen, daß er seiner Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft, dem Staat und der Gesellschaft nicht ledig ist, wenn er einer Gruppe angehört und diese für ihn sprechen läßt.

Die Formierte Gesellschaft fordert ein soziales und politisches Verhalten jedes einzelnen, das sich nicht nur in der Sorge um seine private Sphäre und in dem Vertrauen auf seine Gruppenvertretung erschöpft, sondern sich vielmehr mit wachem Interesse um öffentliche Dinge kümmert. Sie fordert verantwortliches Handeln, die Anerkennung von Wertmaßstäben und dazu noch Besonnenheit. Sie will den selbstbewußten Bürger, der sich nicht aus Bequemlichkeit oder mangelnder Zivilcourage willenlos dem Kollektiv unterordnet und damit das menschliche Gewissen in sich erstickt.

5. Es ist eine gesellschaftliche Ordnung zu setzen, die den einzelnen Staatsbürger – wo immer er steht – gegenüber der organisierten Macht frei und unabhängig sein läßt.

Minderheiten müssen des Schutzes des Staates gewiß sein. Wer die menschliche Gewissensentscheidung, wer die selbstverantwortliche freie Meinungsäußerung und die unbeeinflusste Willensbekundung des einzelnen antastet, handelt nicht nur wider christliches Gebot, sondern verstößt gegen die demokratische Ordnung. Wer – vor wem auch immer – in Furcht lebt, ist nach Gottes Gebot nicht wahrhaft frei.

Das sei all denen gesagt, die in oberflächlicher Betrachtung oder bewußt falscher Auslegung die Formierte Gesellschaft als eine autoritäre Staats- und Gesellschaftsordnung mißdeuten zu dürfen glauben.

Diese neue Gesellschaft, die gegen alle Widerstände der ewig Gestrigen bereits im Entstehen begriffen ist, hat jene großen Leistungen sicherzustellen und fortzuführen, die im Zuge des deutschen Wiederaufbaues unter Führung der CDU unserem Volke zum Segen wurden.

Wir haben nicht nur den Klassenkampf überwunden; wir haben zugleich mit der von uns eingeleiteten gesellschaftlichen und sozialen Neuordnung zu innerer politischer Stabilität gefunden. Unser Staat ist trotz der Wirren unserer Zeit, die auch uns bedrängen, in sich gleichwohl festgefügt.

Es liegt im Wesen dieser modernen Gesellschaft – und das macht zugleich ihre Stärke aus –, daß sie den permanenten sozialen Ausgleich anstrebt, aber auch gewährleistet. Sie hat die Lebenschancen des einzelnen in einem Ausmaß gesteigert, wie das noch niemals in unserer Geschichte zuvor als möglich erschien.

Unsere Gesellschaft beruht aber nicht nur auf ihrer inneren Stabilität, auf der Ordnung unseres staatlichen Lebens, sondern auch auf der gesunden Grundlage von Wirtschaft und Währung. Dieses tragfähige Fundament gilt es stetig zu

konsolidieren. Jetzt, zwanzig Jahre nach Beendigung des Krieges, zeigt sich immer deutlicher, daß wir uns in unserer wirtschaftlichen Entwicklung wie auch hinsichtlich des öffentlichen Finanzwesens in einer Art Umbruch befinden.

Die Phase der extrem hohen Wachstumsraten und damit der übervollen öffentlichen Kassen liegt — nicht zuletzt wegen des vom deutschen Volk gar nicht geteilten Eifers, immer weniger arbeiten zu wollen — hinter uns. Es ist unverkennbar, daß wir auch in den nächsten Jahren mit einer weiteren Normalisierung des Wachstumstempos rechnen müssen und daß damit auch der Spielraum für finanzpolitische Entscheidungen immer enger werden wird. Wollen wir uns aber immer der Ursache und der Wirkung bewußt sein!

Auf der anderen Seite stehen wir heute am Beginn eines neuen Überdenkens und damit auch der Neugestaltung der öffentlichen Aufgaben. Wir stehen vor dem harten Zwang, den Erfordernissen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen *Infrastruktur vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden*.

Die Sicherung dieser großen Aufgaben zwingt uns denn auch dazu, große Reformen einzuleiten. Trotzdem bleibt die Aufrechterhaltung der Stabilität von Wirtschaft und Währung die wichtigste Sozialleistung, die der Staat zu erbringen hat.

(Beifall)

Bei den dabei anzustellenden Überlegungen sollten wir ernsthaft die Frage prüfen, ob es vorstellbar oder auch zumutbar ist, die ganze Last aus diesem Zusammenbruch ohnegleichen im wesentlichen nur einer Generation aufzubürden.

(Beifall)

Müssen nicht vielmehr Wege gefunden werden, an sich berechnete Leistungen und Anforderungen auf etwas längere Fristen zu verteilen oder sie mittels Hergabe von Schuldtiteln zu befriedigen? Das ist die eigentliche Konsequenz aus der nur zu plausiblen Aussage, daß wir nicht alles sofort und zugleich tun können.

Zu den großen Reformwerken, um die es dabei geht, gehört die Reform der Haushaltspolitik. Wir haben sie in den letzten Monaten eingeleitet. Es handelt sich hier nicht etwa um die Bewältigung eines technischen Problems. Ich erkenne in der längerfristigen Haushaltspolitik vielmehr ein Mittel, um unsere politischen Ziele langfristig überschaubar und verwirklichen zu können.

(Beifall)

Vor dem Deutschen Bundestag habe ich die Aufgaben, die der Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung für die nächsten Jahre gestellt sind, gekennzeichnet.

Wir stehen vor einem finanziellen Engpaß, dessen Überwindung größte Anstrengungen erfordert:

1. Die sparsame Verwaltung der öffentlichen Haushalte steht dabei an erster Stelle, aber sie reicht allein nicht aus. Wir müssen vielmehr darüber hinaus zu einer Neubewertung und Rangordnung der innenpolitischen Aufgaben kom-

men — mit dem Ziel, in den kommenden Jahren die Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden unter Beachtung höchster Effizienz mit den zu erwartenden Einnahmen in Einklang zu bringen.

(Beifall)

2. Eine von mir angesetzte Minister-Kommission wird in kurzer Zeit die Vorarbeiten für eine längerfristige Planung des Bundeshaushalts abschließen. Zusätzlich zu der bereits veröffentlichten vierjährigen Vorausschau wird die Bundesregierung einen mehrjährigen Finanzplan mit Schwerpunkten und Prioritäten vorlegen. Nur eine solche längerfristige Finanzplanung, die nicht auf den Bund beschränkt bleiben darf, kann den weitverbreiteten kurzsichtigen Ausgabenopportunisten überwinden und eine weitere Blockierung der öffentlichen Haushalte durch Dauerverpflichtungen verhindern helfen.

(Beifall)

3. Wir können zwar damit rechnen, daß uns das Wachstum unserer Wirtschaft im Rahmen einer Zuwachsrate von durchschnittlich etwa 4% jährlich eine Erhöhung unserer privaten und öffentlichen Mittel erlaubt. Es gilt jedoch einzusehen, daß einer gleichzeitigen Ausweitung der öffentlichen Haushalte, des privaten Konsums und der Investitionen berechenbar enge Grenzen gesetzt sind.

Hier eben gilt es, eine Rangordnung zu wahren, die vornehmlich seitens der öffentlichen Hand für sich selbst zu beachten ist, die aber für die Volkswirtschaft als Ganzes nicht vom Staat befohlen werden kann, sondern das von der richtigen Einsicht bestimmte Handeln aller voraussetzt. Wer etwa glaubt, man könne über unser Geld zweimal verfügen, trägt zur Geldentwertung bei und versündigt sich an den Menschen in Deutschland, die ehrlich arbeiten und Anspruch darauf haben, daß sie nicht um den Lohn ihrer Arbeit betrogen werden.

(Beifall)

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und das Verhalten der Unternehmer verdienen die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes. Dessen gesundes Urteil und seine Meinung werden immer mehr zu einem nützlichen Regulativ und tragen dazu bei, die Durchsetzung einseitiger Interessen einfach nicht mehr zuzulassen.

4. Die Durchführung einer straffen Haushaltspolitik wird nicht möglich sein, ohne liebgeordnete Vorstellungen und Tabus der Vergangenheit aufzugeben. Ich meine konkret den Abbau öffentlicher Subventionen, die Überprüfung steuerlicher Begünstigungen und den Verzicht auf Staatsausgaben, deren innere Berechtigung fragwürdig geworden ist.

(Beifall)

Die Privatisierung des massenhaften kollektiven Wohnungseigentums würde nicht nur der Erfüllung unserer gesellschaftspolitischen Vorstellungen nach Förderung privaten Eigentums dienen, sondern auch eine indirekte Entlastung der öffentlichen Haushalte mit sich bringen.

(Beifall)

5. Es geht darum, den finanziellen Spielraum zu gewinnen, der es uns erlaubt, in einem modernen Staat für eine moderne Gesellschaft moderne Politik zu machen, um damit die Grundlage für unseren Weg in das letzte Drittel dieses Jahrhunderts zu bereiten.

Damit schaffen wir gleichzeitig die beste Voraussetzung dafür, daß sich das deutsche Volk in einer Welt voller Gefahren seine Sicherheit und Zukunft zu bewahren vermag. Die Gestaltung der öffentlichen Haushalte wird damit zu einer großangelegten, weitgreifenden zentralen Aufgabe der Politik der Bundesregierung, der Landesregierungen und aller Parlamente. Diese Neuorientierung, die – wie auch das Finanzreformgutachten deutlich gemacht hat – eine neue Form der Zusammenarbeit von Bund und Ländern erfordert, bedeutet einen entscheidenden Schritt zu einer Strukturänderung und inneren Politik überhaupt.

6. Mit einer solchen Politik stärken wir unsere soziale Sicherheit, wobei ich darunter nicht nur die weitere materielle Verbesserung unserer sozialen Leistungen, sondern vor allem auch jene Anstrengungen des Staates verstehe, die dem einzelnen und der Gesellschaft erst zu voller freier Entfaltung verhelfen.

In unserer Rangvorstellung öffentlicher Ausgaben werden wir mehr als in der Vergangenheit das Schwergewicht auf Sozialinvestitionen zu legen haben, d. h. konkret: *Von dem jährlich verfügbaren Mehr an Sozialprodukt und an öffentlichen Mitteln müssen Anliegen dieser Art mit Vorrang finanziert werden.*

7. Gemeinschaftsaufgaben erfüllen, Sozialinvestitionen vornehmen – das sind keine Schlagworte. Es sind Lebensnotwendigkeiten, die nicht nur Schicksal und Werdegang des einzelnen mitbestimmen, sondern wesentlich den Rang und die Zukunft eines ganzen Volkes ausmachen. Es sind konkrete Aufgaben, sie gehören in der Prioritätenliste ganz nach oben.

Vieles muß dabei gleichzeitig und aufeinander abgestimmt geschehen: Strukturplanung, Wohnungsbau, Raumordnung, Verkehrsinvestitionen, Gesundheitsvorsorge.

Wissenschaft, Forschung, Bildung und Ausbildung haben in unserer Zeit – und das habe ich bereits vor Jahren erklärt – die gleiche Bedeutung wie die soziale Frage im 19. Jahrhundert. Große Energie und steigende Aufwendungen müssen auf das Ziel gerichtet werden, Deutschlands Platz in der Spitzengruppe der Industrienationen der Welt zu halten und in Wahrung seiner besten Tradition dem Geist und dem menschlichen Fortschritt zu dienen.

(Beifall)

8. Die Umwelt hat sich so wesentlich gewandelt, daß die Bilder der Vergangenheit, die einerseits auf einer klaren Teilung von privatem Einkommen und staatlichen Einnahmen beruhten und zum anderen deutlich zwischen individuellem Konsum und Staatsausgaben unterschieden, unserer modernen Welt in dieser Form nicht mehr entsprechen. Gerade im Hinblick auf die Sozialinvestitionen und die Gemeinschaftsaufgaben wird erkennbar, daß ein erheblicher Teil der öffentlichen Ausgaben im Grunde ihrem Wesen nach vor-

wiegend dem privaten Verbrauch, d. h. also dem Sozialkonsum, zuzurechnen ist. Viele dieser Aufwendungen dienen nämlich offenkundig und unmittelbar der Bereicherung des menschlichen Lebens und des Wohlbefindens der Bürger, obwohl sie in keiner Steuererklärung oder Lohnabrechnung sichtbar werden.

Die erfolgreiche Lösung aller dieser Aufgaben setzt – und das an diesem Ort zu sagen, ist wichtig – eine enge Kooperation zwischen Regierung und Partei voraus.

(Beifall)

Angesichts unseres föderativen Staatsaufbaus kann die integrierende Wirkung, die von der Union auf Bund, Länder und Gemeinden ausgeht oder jedenfalls ausgehen sollte, nicht hoch genug bewertet werden. Das Wort vom kooperativen Föderalismus, der künftig das Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden kennzeichnen soll, gewinnt nach meiner festen Überzeugung auch für die Zusammenarbeit innerhalb der Union größte Bedeutung.

Weil eine gesellschaftliche Strukturpolitik nur möglich ist, wenn wir unsere finanziellen Möglichkeiten langfristig überdenken und aus den Einjahreszufälligkeiten herauslösen, habe ich den Gedanken des „Deutschen Gemeinschaftswerkes“ herausgestellt. Wir haben die Zeit genutzt. Das Gutachten zur Finanzreform, das der gemeinsamen Programmierung und Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern breiten Raum einräumt, bietet für weitere Überlegungen und Arbeiten fruchtbare Ansatzpunkte.

Daß die Verwirklichung eines so umfassenden Programms gewaltige politische Anstrengungen erfordert, bedarf keiner Erläuterung. Nicht nur die Bundesregierung, nicht nur die Fraktion unter der bewährten Führung von Dr. Barzel,

(Beifall)

nein – die Union in ihrer Gesamtheit ist vor eine Bewährungsprobe gestellt, die darüber entscheidet, ob die CDU unser Volk auch in Zukunft zu führen berufen ist. Ich hege nicht nur die Hoffnung, sondern habe auch die Überzeugung, daß alle führenden Männer dieser Gremien vertrauensvoll zusammenstehen werden. Ich bin mir bewußt, wie sehr es auch darauf ankommt, daß Bundesregierung und Fraktion zu enger Zusammenarbeit stehen. Ich glaube sagen zu dürfen: wenn diese beiden Persönlichkeiten, Rainer Barzel und Ludwig Erhard, diesen Auftrag nicht voll verstanden hätten, dann wären sie nicht würdig, diese Ämter zu bekleiden.

(Beifall)

Doch nun zur Außenpolitik! Das oberste Ziel der deutschen Außenpolitik ist und bleibt die Bewahrung und Sicherung des Friedens. Alle unsere Bemühungen sind vornehmlich auf dieses Ziel gerichtet. Das schließt zugleich auch alle unsere mannigfachen Bemühungen ein, die auf die unverzichtbare Wiederherstellung der deutschen Einheit gerichtet sind.

(Beifall)

Die gegnerische Propaganda versucht, unser Verlangen nach Selbstbestimmung, nach Freiheit und Recht für ganz Deutschland als ein Element der Un-

ruhe, als einen gefährlichen Störfaktor für den Frieden in Europa und der Welt hinzustellen. Wir dagegen sind überzeugt, daß wir eines wahren Friedens ohne Freiheit niemals sicher sein können.

(Beifall)

Gerade im Dienst an der Bewahrung des Friedens ist es unsere Pflicht, dahin zu wirken, daß endlich eine Friedensordnung in Europa auf gesicherten festen Grundlagen errichtet wird. Eine Regelung hingegen, die auf der Teilung Deutschlands basiert, bedeutet nur einen Scheinfrieden und muß deshalb im Interesse aller für Sicherheit und Frieden eintretenden Mächte verhindert werden.

(Beifall)

Das deutsche Streben nach Selbstbestimmung ist demnach kein störendes Element in dem Bemühen um eine internationale Entspannung, vielmehr stellt erst seine Erfüllung die geradezu unerläßliche Voraussetzung für eine befriedete festgefügte Ordnung in Europa dar.

Gerade auch im Hinblick auf Befürchtungen im Ausland muß der Charakter unserer Europapolitik als einer ebenfalls nur auf Sicherheit, Wohlstand und Frieden für ganz Europa gerichteten Anstrengung besonders deutlichen Ausdruck finden. Wir wollen die Kräfte eines wiedervereinigten Deutschlands in den Dienst Europas stellen, uns und allen anderen Völkern zum Nutzen.

Nicht zuletzt auch aus diesem Grunde streben wir die Erweiterung der bestehenden europäischen Zusammenschlüsse, insbesondere des Gemeinsamen Marktes an. Eines der Motive, die uns bewegen, den Beitritt Großbritanniens in die EWG zu fördern, ist das, auf solche Weise ausgewogenere Verhältnisse innerhalb der Gemeinschaften zu erzielen und da und dort auftretende Bedenken hinsichtlich des nationalen Übergewichtes zu zerstreuen.

In unserer Strategie des Friedens nehmen die Völker in Lateinamerika, Afrika und Asien einen wichtigen Platz ein. Wir bemühen uns, ihnen beim Aufbau gesunder sozialer Verhältnisse und leistungsfähiger Volkswirtschaften zu helfen. Wenn unsere Kräfte durch das Ringen um die deutsche Selbstbestimmung nicht in so hohem Maße beansprucht würden, wenn ein geeintes Deutschland seine geistigen und materiellen Kräfte ganz auf die Werke des Friedens in aller Welt konzentrieren könnte, so würden soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und Freiheit gewiß schneller voranschreiten können.

(Beifall)

Ein weiteres wichtiges Element unserer Friedenspolitik ist unser Streben nach Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die Spannungen in der Welt, die zur Aufrüstung geführt haben, sind aus den anomalen und ungesunden politischen Verhältnissen entstanden, die wiederum vornehmlich durch die aggressiv-expansive, imperialistische Sowjetpolitik geschaffen wurden. Niemand, der zur Abrüstung und zur Entspannung gelangen will, kann diesen Kausalzusammenhang außer acht lassen.

(Zustimmung)

Weder Entspannung noch Abrüstung lassen sich ohne die Überwindung jenes politisch bedrohlichen Verhältnisses dauerhaft verwirklichen.

(Beifall)

Auf dieser Erkenntnis beruht die deutsche Forderung, parallel zu den Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle auch Anstrengungen zur Lösung der offenen politischen Fragen zu unternehmen. Dazu aber gehört eben vordringlich und unverzichtbar die Wiederherstellung der deutschen Einheit durch Selbstbestimmung.

(Beifall)

Alle Welt soll es wissen, daß wir auch hier nicht auf eine Störung der Abrüstungs- und Sicherheitspläne hinielen, sondern im Gegenteil die Gewähr dafür schaffen wollen, daß fragwürdige Interimsregelungen nicht bereits den Keim neuer Konflikte in sich tragen.

(Beifall)

Auf dem Gebiet der Abrüstung und der Sicherheit hat die Bundesrepublik Beispielhaftes getan. Sie hat auf die Produktion von ABC-Waffen verzichtet, sie erhebt keinen Anspruch auf eigene Verfügung über atomare Waffen, noch auf deren nationalen Besitz. Des weiteren hat sie alle ihre Verteidigungskräfte einem internationalen Sicherheitssystem, nämlich der NATO, integriert. Nahezu alle nichtnuklearen und nuklearen Mächte müssen noch einen weiten Weg zurücklegen, bis sie einen der deutschen Leistung für Abrüstung und Sicherheit entsprechenden Beitrag zur Entspannung geliefert haben.

(Lebhafter Beifall)

Die meisten Abrüstungspläne haben leider einen unwirklichen Charakter, weil sie zuviel auf einmal erreichen wollen und oft schon bei ihrer Entstehung den Stempel der Fragwürdigkeit, wenn nicht gar der bloßen Propaganda tragen.

Die Bundesregierung selbst prüft sozusagen ständig die konkreten Möglichkeiten für Fortschritte. Als Ergebnis dieser Überlegungen unterbreitet sie in diesen Tagen den Regierungen der Welt Vorschläge für eine konstruktive Friedenspolitik.

Sicherlich bedarf es keiner längeren Ausführungen, um unmißverständlich klarzumachen, daß unser Eintreten für die militärische Integration innerhalb der NATO und für den Fortbestand des Bündnisses ein tragender und entscheidender Bestandteil der deutschen Friedensstrategie ist. Auch wir verkennen nicht, daß sich die Welt, und in ihr Europa, in den fast 20 Jahren, seit das atlantische Bündnis besteht, verändert hat. Es ist nur natürlich und verständlich, wenn seine Mitglieder prüfen, ob eine Anpassung an neue Realitäten wünschenswert oder erforderlich ist. Aber niemand kann bestreiten, daß sich dieses Bündnis bewährt hat.

(Beifall)

Man muß nur die Frage stellen, was sich nach dem Kriege in Europa hätte ereignen können, um sich des Wertes dieses Bündnisses so recht bewußt zu werden. Wir können und wollen in ihm vor allem nicht auf die erprobte

freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada verzichten. Deshalb sollten alle Partner alles daransetzen, den Zusammenhalt der NATO nicht zu lockern, was gewiß nicht aus- sondern einschließt, Frankreich, das ja Mitglied des Bündnisses zu bleiben wünscht, so eng wie möglich in der Allianz zu halten.

(Beifall)

Die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem französischen Volk muß sich auch bei der Lösung schwieriger Fragen, ja gerade dann, bewähren.

(Erneuter Beifall)

Innerhalb dieses Bündnisses und in der militärischen Integration finden nicht nur Europa und insonderheit die Bundesrepublik Sicherheit vor der Bedrohung aus dem Osten; sie dient gewiß auch manchem unserer Partner zur Beruhigung.

Falls unsere Nachbarn im Osten an unserem Willen, unsere politischen Ziele nur mit friedlichen Mitteln erreichen zu wollen, wirklich Zweifel hegen, so verkennen sie die Wirkung, die von der Eingliederung der deutschen Verteidigungskraft in die NATO ausgeht. Sie bietet die absolute Garantie dafür, daß Deutschland seine Streitkräfte ausschließlich für die Verteidigung, für die Sicherung des Friedens verwenden wird.

(Beifall)

Die kommunistisch geführten Staaten, insbesondere deren stärkste Militärmacht, die Sowjetunion, sollen und müssen allerdings auch erkennen, daß das atlantische Bündnis Deutschland vor jedem bewaffneten Zugriff wirksam schützt. Neuerdings wird viel von einem Wandel der politischen Haltung der sowjetischen Führung gesprochen. Aber trotzdem ist nicht zu übersehen, daß uns die Sowjetunion nach wie vor mit der Möglichkeit eines militärischen Angriffs bedroht und daß sich ihre ungeheure militärische Kraft unentwegt gegen Westeuropa richtet.

(Lebhafter Beifall)

Überdies haben wir es ja erlebt: Absichten können sich schnell wandeln, und damit kann auch das militärische Potential von einem Tag zum anderen wieder einen bedrohlichen Charakter annehmen. Es liegt tatsächlich und zuerst an der Sowjetunion, Beweise dafür zu geben, daß es eine echte Veränderung der politischen Denkweise ist, die ihr Verhalten bestimmt. Sie hält den Schlüssel zu einem grundlegenden Wandel des Verhältnisses der freien Welt zur Sowjetunion in der Hand. Dazu gehört nicht nur aus unserer Sicht die Zustimmung zu einer Regelung der deutschen Frage, mit der sie das von ihr okkupierte Gebiet aus ihrer Herrschaft entläßt und damit die Möglichkeit zur Selbstbestimmung des deutschen Volkes eröffnet.

(Lebhafter Beifall)

Die von Herrn Dr. Adenauer erwähnte Vermittlungsaktion Sowjetrußlands im indisch-pakistanischen Grenzkonflikt, die im wesentlichen wohl dem traditionellen russischen Interesse an der Abwehr chinesischen Einflusses in diesem

wichtigen Bereich Asiens entspringt, ist mit Recht viel beachtet worden. Wir alle würden es begrüßen, wenn sich ein solches Friedensbemühen auch in unserem eigenen Lebensbereich, in den von Sowjetrußland beherrschten Teilen Ost- und Mitteleuropas, geltend machte.

(Anhaltender starker Beifall)

Hier liegt der entscheidende Test dafür, von welcher Beschaffenheit die künftige sowjetische Politik sein wird, ob sie dem Frieden dienen will oder nur auf Aufrechterhaltung völkerrechtswidriger Verhältnisse, auf Verlängerung von Teilungen und Gegnerschaften abzielt. Eine wirkliche Friedenspolitik würde von uns nur zu gerne im gleichen Geiste erwidert werden.

(Lebhafter Beifall)

Bis dahin aber wird es darauf ankommen, nicht Phantasien nachzuhängen und Illusionen zu huldigen, sondern konkrete und realisierbare Vorstellungen zu entwickeln.

Die dauerhafte Sicherheit für Europa ist ohne Lösung jener politischen Probleme, die die eigentliche Ursache der Spannungen sind, nicht möglich. Deshalb bilden die Sicherheitspolitik und die Wiedervereinigungspolitik eine untrennbare Einheit.

(Beifall)

Oberster Grundsatz dabei ist, daß jede Lösung der politischen Probleme allseitig ohne Gewaltanwendung angestrebt wird.

(Beifall)

Gegenüber der Sorge der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder über die angeblichen deutschen Aggressionsabsichten weisen wir darauf hin, daß wir nicht nur die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen über den Verzicht auf Anwendung von Gewalt für verbindlich anerkannt haben, sondern daß wir dazu noch einen speziellen Gewaltverzicht hinsichtlich unserer Bestrebungen um die Wiedervereinigung Deutschlands und die endgültige Regelung der Grenzen geleistet haben.

(Beifall)

Die Bundesregierung appelliert an die Sowjetunion, auch ihrerseits den speziellen Gewaltverzicht im Interesse einer Stärkung der europäischen Sicherheit in Erwägung zu ziehen.

(Beifall)

Sie fordert die Sowjetunion auf, zu erklären, daß sie das Prinzip der Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk anwenden wird und den völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker auch mit Bezug auf das deutsche Volk respektiert.

(Beifall)

Sie fordert die Sowjetunion auf – entsprechend dem deutschen Gewaltverzicht – zu erklären, daß sie an Stelle ihrer bisherigen Methoden zur Auf-

rechterhaltung der Teilung Deutschlands weder mit Gewalt drohen noch Gewalt anwenden wird.

(Beifall)

Die von der Bundesregierung verfolgte Politik gegenüber ihren östlichen Nachbarn und der Sowjetunion bemüht sich immer wieder, das Gespräch zu eröffnen und die Überzeugung zu stärken, daß Lösungen, die die legitimen Interessen aller Beteiligten befriedigen, durchaus möglich sind. Wenn auch unsere Bemühungen von den Kommunisten stets in propagandistischer Verzerrung dargestellt werden, so dürfen wir dennoch feststellen, daß diese Politik der Bundesregierung im ganzen erfolgreich war. Es ist ihr gelungen, den Alleinvertretungsanspruch nicht erschüttern zu lassen. So fühlen wir uns auch ermutigt, diese Politik trotz einer in manchen Ostblockländern wahrnehmbaren Verhärtung fortzusetzen.

Wenn auf allen Seiten das Maß an Vernunft und Gerechtigkeit regiert, ohne das eine friedliche Welt nicht leben kann, lassen sich auch die jetzt noch brennend und unlösbar erscheinenden Fragen regeln; denn das deutsche Volk ist nach wie vor bereit, für seine Einheit auch Opfer zu bringen.

(Beifall)

Eines müssen unsere Gesprächspartner bei ihren Überlegungen allerdings ausschließen, die Vorstellung nämlich, daß die Deutschen sich jemals mit der Teilung abfinden könnten und auf die Dauer schließlich doch die Existenz zweier deutscher Staaten hinzunehmen bereit sein würden.

(Lebhafter Beifall)

Um so grobe Fehleinschätzungen zu vermeiden, möchte ich mit großem Ernst aussprechen, daß das Verlangen nach einer Lösung dieser großen nationalen Frage im deutschen Volk immer stärker und drängender wird.

(Beifall)

Das hat nichts mit Nationalismus zu tun, sondern ist ein Ausdruck echter Sorge. Alle Staaten und Völker, die wie wir ein ureigenes Interesse an der Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens haben, sollten mit uns darauf hinwirken, daß dieses einzige, entscheidende Hindernis für eine europäische Friedensordnung, die Teilung Deutschlands, endlich beseitigt wird.

(Bravo-Rufe – Lebhafter Beifall)

Auch wir begreifen Europa als eine gewachsene Einheit, der auch unsere östlichen Nachbarn zugehören. Unser unablässiges und auch durch Rückschläge nicht zu entmutigendes Streben nach wirtschaftlicher und politischer Einigung beschränkt sich deshalb nicht etwa auf einen bestimmten Teil Europas. Es schließt, auch wenn wir nur schrittweise vorankommen, das ganze Europa ein.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte Ihnen, lieber Herr Adenauer, vor diesem Parteitag versichern, daß ich nach wie vor alles daransetzen werde, Europa zu einen und ihm eine politische Gestalt zu geben.

(Langanhaltender Beifall — Bravo-Rufe)

Durch zähe und beharrliche Arbeit ist es der deutschen Außenpolitik gelungen, die Grundlagen für die deutsche Friedenspolitik zu schaffen. Dazu gehört insbesondere, daß wir in der Bundesrepublik frei und sicher leben dürfen, daß wir keinem äußeren Zwang ausgesetzt sind, und daß die entscheidende und bewegende Kraft der deutschen Politik unser eigener Wille ist. Zu den geschaffenen und verteidigten Grundsätzen gehört auch, daß wir von aller Welt — und im Grunde genommen selbst von den wenigen, die es formal bestreiten — als die politisch und moralisch wirklich legitimierten Vertreter des deutschen Volkes angesehen werden.

(Beifall)

So verfügen wir über die Möglichkeit, politisch frei, wirtschaftlich stark, militärisch gesichert und allein durch das deutsche Volk mit dem Recht seiner Vertretung legitimiert, für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu arbeiten, dessen Kraft wir — ich wiederhole es — in einem vereinigten Europa in den Dienst des Weltfriedens zu stellen gewillt sind.

(Langanhaltender Beifall)

Ich habe Ihnen, meine Freunde, aus der Sicht des Regierungschefs einen Überblick über einige wichtige innen- und außenpolitische Fragen unseres Landes gegeben, um Ihnen vor allem deutlich zu machen, welche großen und schweren Aufgaben vor uns liegen. Wir werden diese Aufgaben bewältigen können, wenn die notwendigen politischen Entscheidungen getragen werden von der kraftvollen Einheit der Union in Stadt und Land.

(Langanhaltender Beifall)

Die Union kann an diese sich ihr neu stellenden Aufgaben mit großem Selbstvertrauen herangehen. Sie stand und steht — ich wiederhole es noch einmal — auf einem festen Fundament, und sie hat in richtiger und rechtzeitiger Erkenntnis notwendiger Entwicklungen die Pläne erarbeitet, nach denen wir dieses Land aufgebaut haben. Auf eben diesem festen Fundament werden wir unser Land gemäß den Erfordernissen der Zukunft modern und fortschrittlich weiter voran führen. Dies allein macht eine freimütige Diskussion innerhalb der Partei notwendig.

Wenn ich der Überzeugung Ausdruck gab, daß wir es uns nicht gestatten können, uns selbst zum Problem werden zu lassen, dann meine ich aber damit nicht, daß wir die offengeführte Diskussion und die darin zum Ausdruck gebrachte Vielfalt der Meinungen etwa unterdrücken sollen. Die CDU hat nicht wegen ihrer Einstimmigkeit, sondern gerade wegen ihrer Vielgestalt von Meinungen, aber auch wegen der Gemeinsamkeit ihrer politischen Handlungen zu allen Zeiten mehr Aufmerksamkeit, mehr Sympathie und mehr Vertrauen genossen als alle anderen Parteien in der Bundesrepublik.

(Lebhafter Beifall)

Das deutsche Volk hat aber ein sicheres Gefühl dafür, was einem echten Anliegen entspringt oder etwa nur Ausdruck von Selbstgefälligkeit und Eitelkeit ist.

All jenen innerhalb und außerhalb der Christlich Demokratischen Union, die allzu vordergründig unsere Grundsätze mit den äußeren politischen Erfolgen unserer Politik gleichsetzen, bin ich eine klare Aussage schuldig.

Ich weiß, es gibt immer wieder Gruppen, die besorgt die Frage stellen, ob wir nicht dabei seien, die christlichen Grundsätze unseres Handelns in einem nicht näher definierbaren, liberal konservativen Ideengemisch verflachen zu lassen. Bei manchen scheint mir dieser Gedanke einer romantisch verklärten Erinnerung an die Notzeit der Nachkriegsentwicklung zu entspringen. Andere wieder glauben, wir hätten uns selbst von den Erfolgen unserer Politik blenden und in die Irre führen lassen. Jeder ernstgemeinten Kritik dieser Art wollen wir uns stellen.

Ich für meinen Teil möchte jedoch beide Fragen, die ich hier aus einer Fülle von Varianten hervorgehoben habe, ausdrücklich verneinen. Wenn wir in den letzten Jahren etwas weniger von religiösen Grundüberzeugungen und christlichem Gedankengut gesprochen haben, dann halte ich das für gut, solange wir in unseren eigenen internen Beratungen die Rückbesinnung auf die geistig-sittlichen Grundlagen der Union lebendig halten.

(Lebhafter Beifall)

Wir sollten uns aber davor hüten, die Berufung auf das Christentum als Alibi oder gar als Ausrede zu benutzen, wenn uns in den politischen Tagesfragen keine überzeugende Sachantwort einfällt.

(Lebhafter Beifall)

So gesehen ist die Zurückhaltung im Sprachgebrauch eher ein Zeichen der Vertiefung als der Verflachung. Die Bevölkerung hat ein sehr gut ausgeprägtes Gespür dafür, inwieweit wir die Grundsätze unseres politischen Handelns als eine innere Verpflichtung ansehen oder nur als Vorwand benutzen. Wir haben in den zwanzig Jahren unseres Bestehens vor aller Welt deutlich machen können, daß christlich fundierte Politik eine vernünftige, erfolgreiche und gute Politik ist. Gerade deshalb aber ist es töricht und widersinnig, zu meinen, daß die Berufung auf jene erfolgreiche Politik einer Absage an die christlich fundierte Politik gleichkomme.

(Beifall)

Die Diskussion um diese Fragen innerhalb unserer Partei könnte noch fruchtbarer werden, wenn wir darangehen, die Grundsatzfragen unserer geistigen Position im Lichte der Erfordernisse der kommenden Jahre immer wieder zu erörtern. Eine Grundsatzkommission der Partei sollte die richtungweisenden Gedanken weiter präzisieren und formulieren und dem nächsten Parteitag vorlegen.

(Beifall)

Der politische Erfolg der Union während der letzten zwanzig Jahre ist – und auch das gilt es einzusehen – nur durch das gemeinsame politische Wirken von CDU und CSU möglich gewesen. Diese Einheit des politischen Wollens und Handelns muß auch für die Zukunft Bestand haben. Ich freue mich daher aufrichtig auf die künftige und – wie ich sicher bin – gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Landesvorsitzenden der Christlich Sozialen Union, unserem Freund Franz-Josef Strauß.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe ihn vor zwanzig Jahren als bayrischer Wirtschaftsminister in München kennengelernt, als er seinerzeit Sprecher der Jungen Union war. Seit dieser Zeit werde ich nie vergessen, daß über manche Wechselfälle des Lebens in entscheidenden Stunden die CSU stets treu an meiner Seite stand.

(Beifall)

Im Interesse unserer gemeinsamen politischen Aufgabe würde ich es begrüßen, wenn der CSU-Vorsitzende noch stärker als bisher Gelegenheit hätte und Gelegenheit nähme, sich bei der Beratung und bei der Entscheidung von Fragen, die für den Geist und das Wirken der Union als Ganzes von grundsätzlicher Bedeutung sind, zu beteiligen.

(Beifall)

Die gesamte CSU kann auf eine gute und enge Zusammenarbeit mit der CDU rechnen; davon dürfen die politischen Tagesfragen nicht ausgenommen werden.

Die Bemühungen um den Ausbau und die Festigung unserer Parteiorganisation haben zweifellos zu schon beachtlichen Erfolgen geführt. Trotzdem – oder gerade deshalb – werden wir ihr auch in der kommenden Zeit unsere besondere Aufmerksamkeit schenken.

In diesem Zusammenhang müssen wir einer zu einseitigen Schwerpunktbildung der politischen Repräsentanz der Union zu begegnen suchen. Ich meine den allgemeinen Zug zur Bundes- und Landespolitik. Das ist gut und lobenswert! Aber er hat eine gefährliche Lücke in unserer Innenpolitik entstehen lassen.

Es ist zu lange unterschätzt worden, was es bedeutet, daß die SPD immer mehr Großstädte erobert hat, ja sogar Städte mit alter bürgerlicher Tradition. Unter dem Wehklagen, sie sei „von der Macht ausgeschlossen“, hat sich die SPD in Gemeinden und Ländern mehr und mehr Domänen handfester Macht angeeignet, von denen sie eines Tages den größeren weitausholenden Stoß führen zu können glaubt.

Ich bleibe dabei, daß wir dem Wähler noch viel deutlicher vor Augen führen müssen, wer, was das Leben in den Städten anlangt, Koch und Kellner ist. Während wir im Bund erfolgreich die Front hielten trotz der enormen Beanspruchung und Verantwortung in der Außen-, Verteidigungs- und Deutschlandpolitik, ist auf der kommunalen Ebene wertvolles Terrain verlorengegangen.

gen, das wiedererobert werden muß. Packen wir also auch diese Aufgabe entschlossen an.

Wir müssen uns dabei die Frage stellen, wie das Parteileben auf allen Ebenen zeitnah und attraktiv zugleich gestaltet werden kann. Wir alle wissen, daß es mit Versammlungen alten Stils allein nicht mehr getan ist. Auch dieser Komplex sollte unter Hinzuziehung von Fachleuten eingehend untersucht und methodisch analysiert werden. Wundern Sie sich bitte nicht, meine Freunde, daß ich mich in dieser Stunde nicht mit der Sozialdemokratie auseinandersetze. Die Sozialdemokratie verfügt, was die Gestaltung der deutschen Politik angeht, über keine modernen, in die Zukunft weisenden Ideen. Wenn sie neue Vorstellungen wie etwa den Gedanken der Formierten Gesellschaft nur mit einem verlegenen und einfältig anmutenden Lachen zu beantworten weiß, dann charakterisiert sie damit nur ihre geistige Öde und und Leere.

(Lebhafter Beifall)

Die Oppositionspartei ist in einer offensichtlich werdenden Führungskrise befangen, die gewiß auch zu ihrer Handlungsunfähigkeit beiträgt. Es stünde uns trotzdem schlecht an, deshalb zu frohlocken, denn eine funktionsfähige Demokratie bedarf aller staatspolitisch verantwortlichen Kräfte, auch derer der Opposition.

(Beifall)

Nun komme ich zum Schluß. Meine lieben Freunde! Unser Parteitag findet in Bonn statt, das heißt einer Stadt des größten deutschen Bundeslandes – einem Bundesland, dessen Bürger in einigen Monaten zur Wahlurne schreiten werden. Von diesem Bundesparteitag der Union muß daher die Kraft ausgehen, die die Wähler dieses Landes davon überzeugt, daß die erfolgreiche Politik der Landesregierung unter der bewährten Führung unseres Freundes Franz Meyers auch für die nächsten Jahre fortgesetzt wird.

(Starker Beifall)

Nordrhein-Westfalen darf nicht in sozialistische Hände fallen. Sozialistische Experimente im industriellen Kernland der Bundesrepublik können das Ende unserer wirtschaftlichen Stabilität bedeuten.

(Beifall)

Ich meine, es sollte auch in der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen Klarheit über folgende Tatsachen bestehen:

1. Dieses Land, die Zukunft seiner Bürger, der Bestand der Arbeitsplätze, die sozialen Leistungen, die hier erbracht werden, der Auf- und Ausbau der Lebensgrundlagen Nordrhein-Westfalens sind darauf angewiesen, daß die enge vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Landes- und der Bundesregierung bestehen bleibt.
2. Für den Erfolg der deutschen Politik ist es für die Bundesregierung wichtig, auch in Zukunft der Zustimmung des Landes Nordrhein-Westfalen und damit seiner Bürger im Bundesrat gewiß sein zu dürfen.

3. Die Landesregierung hat einen großen Strukturplan des Ruhrgebietes energisch in Angriff genommen, der die Zukunft dieses industriellen Kernlandes Westeuropas sichert. Das energiepolitische Programm der Bundesregierung – das von der Landesregierung mitgetragen wird – unterstützt in tatkräftiger Weise den notwendigen Wandel zu einer modernen ausgewogenen Industriestruktur dieses Gebietes.
 4. Die sozialen Maßnahmen des Bundes- und der Landesregierung stellen sicher, daß die Bergleute und ihre Familien nicht in soziale Not geraten.
- (Lebhafter Beifall)
5. Ein erheblicher Teil der Beunruhigung an der Ruhr geht auf eine unverantwortliche Panikmache von Elementen zurück, denen es gar nicht so sehr um den Bergmann geht, als vielmehr um das politische Geschäft.

(Lebhafter Beifall)

Und noch ein Letztes zu den bevorstehenden Landtagswahlen! Die Sozialisten bedienen sich des Tricks, das deutsche Volk glauben zu machen, daß, wie in aller Welt, auch in Deutschland der Trend zum Sozialismus unabwendbar und diese Entwicklung fatalistisch hinzunehmen unser Schicksal wäre. Die letzten Bundes- und Landtagswahlen bei uns zu Hause wie auch die Wahlentscheidungen in anderen Ländern auf verschiedener Ebene sprechen eine andere Sprache.

(Beifall)

Sie beweisen, daß, wie ich schon geraume Zeit sage, der Wähler sich nicht mehr so sehr traditions- und ideologiegebunden entscheidet, sondern in großer Aufgeschlossenheit und auch Beweglichkeit der Partei zuneigt, von der er glaubt, den Anforderungen der Zukunft besser gewachsen zu sein. Je mehr aber gerade in der Bundesrepublik überholte Bindungen und Abhängigkeiten an Kraft verlieren, desto größer sind die Chancen für eine junge und moderne Partei, wie wir sie, die CDU/CSU, verkörpern.

(Beifall)

Lassen Sie mich darum zum Schluß feststellen: Dieser Parteitag steht nicht nur vor der Frage, einen Vorsitzenden, seine Stellvertreter und ein Parteipräsidium zu wählen. Er muß seinem Vorsitzenden damit zugleich ein klares Mandat erteilen, das Vertrauen schenken und die Gewißheit geben, daß die Partei in Gemeinden, Ländern und Bund sich hinter dieses Mandat stellt, das ich von Ihnen erbitte.

Unsere Parole heißt:

Zusammenstehen!

Vorausdenken!

Arbeiten, arbeiten und noch einmal arbeiten!

(Langer starker Beifall)

Präsidentin Pieser:

Meine Freunde! Wenn es vor der Rede unseres Bundeskanzlers irgendwo noch Zweifel darüber gegeben hat, daß diese Christlich Demokratische Union im-

stande sein werde, alle Spannungen, die man ihr bei einem Führungswechsel vorausgesagt hat, zu überwinden, dann dürfte nun auch die Öffentlichkeit von dem Gegenteil überzeugt sein.

(Beifall)

Wir alle haben Herrn Bundeskanzler Erhard für dieses überzeugende Ja zur Gemeinschaft der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zu danken, wie es heute früh Josef Hermann Dufhues aufgezeigt hat. Diese Christlich Demokratische Union Deutschlands läßt sich nicht versuchen, ihren Unionscharakter zu verleugnen oder in der Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaats nachzulassen. So haben Sie gefordert, in einem modernen Staat für eine moderne Gesellschaft moderne Politik zu betreiben. Seien Sie, Herr Bundeskanzler, davon überzeugt, daß Sie dafür ein schlagkräftiges Instrument gefunden haben, in unserer, in Ihrer Christlich Demokratischen Union!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen den Parteitag für die Mittagspause. Ich darf Sie bitten, sich zur Nachmittagsitzung pünktlich um 15 Uhr wieder einzufinden. — Ich danke Ihnen.

(Ende der Vormittagssitzung: 13.03 Uhr)

Fraktionsvorsitzender Dr. Barzel gehörte zu den maßgeblichen Rednern des 14. Bundesparteitags. Unser Bild zeigt ihn bei der Stimmabgabe zu den Präsidiumswahlen.



Ein Blick auf den Tisch, an dem die führenden Mitglieder der CDU und CSU Platz genommen haben. Dahinter sitzen die einzelnen Landesvorsitzenden der Union.



Dienstag, 22. März

3. PLENARSITZUNG

Es spricht

Dr. Rainer Barzel MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Aussprache

Wiederbeginn: 15.08 Uhr

Präsident Adorno:

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nach der hoffentlich etwas geruhsamen Mittagspause setzen wir die unterbrochene Sitzung fort.

Ich darf zunächst bekanntgeben: Wir bitten, Wortmeldungen für die Diskussion im Anschluß an das Referat von Herrn Dr. Barzel möglichst sofort nach Erstattung des Referats dem Präsidium zu übergeben, damit wir die Möglichkeit haben, diese Wortmeldungen nach Sachgebieten zu ordnen. Die Wortmeldungen gelten für die Diskussion heute nachmittag und morgen früh.

Nach dem bewegenden Referat unseres Freundes Josef Hermann Dufhues und der eindrucksvollen Rede unseres Herrn Bundeskanzlers am heutigen Vormittag steht auf der Tagesordnung dieses Nachmittags das Referat des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich darf unseren Freund Dr. Rainer Barzel bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Rainer Barzel MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Herr Präsident! Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Der Parteitag ist so ausgezeichnet verlaufen, daß sich das auch auf mein Referat auswirken muß. Ich bin in der glücklichen Lage, manches zu kürzen, manches ergänzen zu können.

Wir haben Konrad Adenauer und Josef Hermann Dufhues gedankt. Ich brauche dem nichts hinzuzufügen, ich brauche da nichts zu wiederholen.

Ich möchte nur eines gleich sagen: Der Erfolg der neuen Parteiführung wird auch am Erfolg dieser beiden Männer gemessen werden; dies wissen wir sehr wohl. Wenn da irgendwer in bezug auf die Entscheidungen und die Personalien, die wir zu treffen haben, geschrieben hat – irgendwer ist nicht ganz korrekt; ich meine den „Spiegel“ –, es würde wohl zwischen Ludwig Erhard und Rainer Barzel mehr zu einem Duell als zu einem Duett kommen, so muß ich die betreffenden Herren enttäuschen. Der Bundeskanzler hat dazu gesprochen. Er hat die Hand ausgestreckt; ich schlage ein. Ich bin bereit, mit ihm zusammen ein Duett zu singen.

(Lebhafter Beifall)

Ich hoffe, daß dieses Duett weit und nachhaltig vernommen werden wird, daß es von kakophonischer Disharmonie frei sein wird.

Ich möchte nur noch ein Wort des Dankes all dem, was gesagt worden ist, hinzufügen. Dieser Dank gilt einem Mann, der freiwillig aus dem Präsidium ausscheidet. Er tut das wieder so leise wie alles, wie wir es von ihm gewohnt sind. Ich meine unseren Freund Dr. Heinrich Krone.

(Lebhafter Beifall)

Sein Platz in unserer Union, sein Rang für ganz Deutschland, für die deutsche Hauptstadt Berlin sind so gesichert, daß sie bleiben, wie immer sich das auch formal ausdrücken mag.

Da der Herr Bundeskanzler heute früh sehr gut und eindrucksvoll über unsere Union und über das christliche Fundament gesprochen hat, kann ich mich hier sehr kurzfassen. Unsere Partei braucht die Kontinuität des Programms wie der Personen. Sie muß sich immer wieder aus ihren Quellen erneuern. Auch für morgen gilt das Wort von Thielecke: Wer die Freiheit will, muß nach dem fragen, was mehr ist als der Mensch. Damit ist unsere Position bezogen. Ich brauche dazu nicht mehr zu sagen.

Es hat sich so gefügt, daß der in diesem Ausmaß unerwartete Führungswechsel zeitlich zusammenfällt mit dem tatsächlich vorhandenen und von einer breiten Mehrheit in unserem Volk auch gesehenen und gewollten Beginn einer neuen Phase unserer Nachkriegspolitik. Alle Parteien spüren das. Der Wiederaufbau ist beendet. Wir sind nach der Politik für morgen gefragt. Wir sind nicht – da stimme ich unseren Freunden, die heute morgen in der Diskussion gesprochen haben, zu – nach weiteren Fragen gefragt – die sind bekannt –, sondern nach unseren Antworten.

Es kommt hinzu, daß es unseren Wählern nicht mehr genügt, wenn wir einfach „C“ sagen, wenn wir einfach vor dem Kommunismus warnen, die Sozialisten abkanzeln, wenn wir uns unserer Erfolge rühmen und unsere großen Männer preisen und so fort.

Der Wähler ist – und ich finde das eine gute Sache – anspruchsvoll und differenziert geworden. Er ist an die Demokratie ebenso wie an den Erfolg gewöhnt. Er vergleicht mit anderen Ländern. Es kommt hinzu: eine immer bestimmender werdende Zahl ist völlig frei von bösen Erfahrungen der Vergangenheit, von Schlacken gar. Ein immer größerer Teil kennt weder politische noch materielle Not.

Wenn wir ganz ehrlich sind, fügen wir hier gleich noch hinzu, daß, wenn nicht alles täuscht, viele Wähler bei der letzten Bundestagswahl uns weniger aus Begeisterung als vielmehr zur nochmaligen Bewährung und in der Hoffnung auf die Erneuerung der Union gewählt haben. Dies ist unser Thema, unser Auftrag: die Erneuerung der Union.

(Beifall)

Über die Wahlen von Nordrhein-Westfalen, die als erste vor der Tür stehen, ist gesprochen worden. Es ist bekannt, daß, wenn sie ungünstig ausgingen, das ernste Konsequenzen für uns alle hätte.

Aber in diese Lage fällt noch mehr. Wir müssen sehen die neue Aktivität Ulbrichts – weltweit wie auch gegenüber der SPD –, die Richtungs- und Führungskämpfe in der SPD, die ersten Anzeichen einer Gefahr der Radikalisierung nach rechts wie nach links, die Beengtheit aller öffentlichen Finanzen. Dies alles bestimmt das politische Bild mit.

Und eben dies erhält seine besondere Note durch ein paar auswärtige Probleme, zum Beispiel die Zukunft der NATO, die Frage der Nonproliferation, die Beziehungen zu Frankreich und Israel, der Tiefstand der Beziehungen zu Moskau. Wir geben uns einer Illusion hin, wenn wir nicht sehen, daß so manch einer in der Welt mit dem Gedanken spielt, eine de-facto-Neutralisierung des ganzen Deutschland auf der Basis der Spaltung herbeizuführen.

Also, meine Freunde: Sorgen und Ereignisse genug, dringende Arbeit genug. Aber die meisten der Probleme sind, wenn ich so sagen darf, selbst gemacht und deshalb auch durch uns lösbar.

Ich möchte für diese Erneuerung noch ein Wort zu der Arbeit der Partei anfügen und dies aus der besonderen Sicht der Bundestagsfraktion sagen. Ich glaube, ich brauche mich, soweit ich sehen kann, nirgendwo gegen den Vorwurf zu verteidigen, ich wüßte nicht, welche Rolle die Bundestagsfraktion im Gesamtkonzert der Bundespartei spielen könnte und auch spielt. Aber wir wissen dies, und ich sage das für unsere Fraktion: Gesetze machen, Interessenausgleich, Einigungsformeln, Tageskompromisse, Regierungsbildungen, bessere Argumente, gewonnene Debatten, aktive Informationspolitik, Heranbildung künftiger Führungsteams – dies alles gehört zwar zur Politik, kann aber weder den politischen Gehalt ersetzen noch die Ziele geben noch die notwendig

breite Verankerung der Politik im Volk bewirken. Eben dies kann nur die Arbeit der Partei.

(Beifall)

Ich meine, daß wir hieran erinnern müssen.

Die schweren Entscheidungen, die wir in der Vergangenheit getroffen und durchgesetzt haben, waren immer von der ganzen Partei getragen, von Parteitagen gebilligt und nicht nur von Bundespolitikern der Union in Reden, Debatten und Gesprächen erstritten, sondern ebenso von unseren Freunden, die im Lande, in den Städten, in den Gemeinden ein Mandat für die Partei haben.

Deshalb ist der Beginn dieser Erneuerung das wichtigste. Es ist deshalb kein Zufall, wenn unsere jungen Freunde heute morgen hier so gesprochen haben. Die ganze Partei hat das geschafft. Nur wenn die ganze Partei die Fragen von morgen miteinander beantwortet und die Partei breit im Volk verankert und in allen gesellschaftlichen Bereichen tätig ist, wird das auch für morgen zu schaffen sein. Das heißt: Die Bundestagsfraktion kann weder die schweren Entscheidungen, die vor uns stehen, allein durchsetzen, noch allein vorbereiten noch allein vollziehen. Das können wir nur alle miteinander, wir, die ganze Union. Es ist richtig — hier ist ein Tag offener Aussprache —, daß wir ein paar Meinungsverschiedenheiten mit uns herumschleppen bzw. vor uns herschieben. Das kann man gelegentlich tun; aber auf die Dauer geht das nicht. Auf die Dauer werden sie nur behoben werden, wenn wir endlich von der Notwendigkeit befreit werden, durch Einigungsformeln den Tag zu überbrücken, wenn wir endlich dahin kommen, daß die ganze Partei — Herr Wörner hat es so gesagt — die anstehenden Sachfragen diskutiert, Entscheidungen findet und sie dann auch durchsetzt.

Wir brauchen also erstens eine von der ganzen Partei getragene Politik, eine Partei, die im Volk steht.

Wir brauchen zweitens — und auch dies ist heute schon angeklungen — eine Union der Rücksicht aufeinander; denn diese Union ist allein nach dem Gesetz der Zahl nicht zu leiten. Diese Rücksicht beinhaltet auch, daß wir für uns selber wissen, daß es noch die eine oder andere Nahtstelle gibt, die wir nicht jeder Belastung aussetzen können. Wir brauchen die Rücksicht aufeinander und nicht das Durchsetzen allein der Zahl.

Wir brauchen drittens eine der Zukunft zugewandte CDU, eine CDU, die in sich wie mit allen Berufenen und allen Interessierten politische Fragen lebendig diskutiert. Schon nach der deutschen Sprache ist lebendig etwas anderes als laut. Wir brauchen eine CDU, die wissenschaftliche Hilfsmittel nutzt und sich zu gemeinsamen Auffassungen finden kann.

Wir brauchen viertens ein handlungsfähiges, kontinuierlich und gemeinschaftlich arbeitendes Parteipräsidium, das in ständiger Kommunikation mit den Landesverbänden und den Vereinigungen ist.

Wir brauchen fünftens eine Erklärung über uns selbst — schon als Anhalt für alle, die zu uns kommen wollen und unsere Geschichte wie unser Ziel nicht genau kennen.

Wir brauchen sechstens ein stetiges Nutzen der – und ich sage dies aus meiner Einsicht hier in Bonn – der beachtlichen Kapazität und Möglichkeiten der Bundesgeschäftsstelle.

Wir brauchen siebtens, meine Freunde, eine breitere Beteiligung ehrenamtlicher Mitarbeiter an besonderen Aufgaben, die Betrauung von Parteifreunden mit Spezialgebieten der Parteiarbeit. Es sind so viele unter uns, die bereit wären, dies oder das, wahrscheinlich mit besserem Sachverstand als die allgemein Betrauten – für uns zu machen, und diesen Kreis sollten wir weiß Gott erweitern und nicht verengen.

Wir brauchen zum achten – das kann ich ganz kurz machen, weil Herr Dufhues davon sprach – geordnete Finanzen, eine verbesserte Organisation. Aber ich füge hinzu: Wir brauchen auch den gesellschaftlichen Rang und die materielle Sicherheit für unsere hauptamtlichen Mitarbeiter.

(Beifall)

Ich sage auch „gesellschaftlichen Rang“ dazu. Es ist immer ein Problem. Wenn ein Minister einen Besuch macht –, natürlich sind die Kollegen, die Parteifreunde, die Bürgermeister und Landräte sind, dabei. Aber der Kreisvorsitzende hat es schon schwer, und der Kreisgeschäftsführer, meine Freunde, hat es noch schwerer. Hier müssen wir ein Beispiel geben, und ich glaube, dies ist sehr, sehr wichtig. Dazu gehört natürlich die stärkere Mitwirkung der Parteiorgane im Lande an der Information wie an der Meinungsbildung.

Wir brauchen neuntens eine stetige Kommunikation mit dem geistigen Leben und sichtbare Begegnungen und Gespräche mit bedeutenden Persönlichkeiten des geistigen und gesellschaftlichen Lebens, dazu auch den Ausbau einer Stätte der innerparteilichen Diskussion.

Wir brauchen zehntens – das ist eine Banalität, die ich jetzt sage – das Einhalten der Parteisatzung.

(Beifall)

Manche Schwierigkeiten würden sich gar nicht stellen, wenn wir z. B. so oft tagten, wie es da vorgesehen ist. Wir brauchen also die Erneuerung der Union. Aber hier wollen wir nicht mißverstanden werden. Erneuerung sagen wir nicht, weil wir verdammten, was war und was ist. Erneuerung sagen wir, damit nicht Rost sich ansetze oder Bequemlichkeit oder Verharren. Erneuerung sagen wir, weil diese Union noch nicht am Ende ihres Weges und nicht im Ziel ist, sondern mitten in der Arbeit. Erneuerung sagen wir, weil uns noch Besseres aufgegeben und auch möglich ist.

Ich meine, daß unser Volk kein Hindernis dafür ist, auch kritisch über uns nachzudenken. Indem wir uns immer auch selbst in Frage stellen, alles auch neu durchdenken, bleiben wir dynamisch, modern und jung.

Wenn ich es recht sehe, haben wir Christlichen Demokraten – auf das Wesentliche konzentriert – drei große Dinge geleistet:

Erstens. Die Gründung der Partei und der Politik auf ein ethisches Fundament, die der Partei auf eine kon-konfessionelle und alle Stände umfassende Basis

bei Offenheit für alle. Meine Freunde, dies gelang so gut, daß heute konfessioneller Friede allgemein als hohes Gut gilt. Dies muß so bleiben. Es gelang so gut, daß der Zeitgeist verändert ist, daß die Union zum Modell für andere wurde und andere oftmals die Lust an der Kopie mehr beschäftigt als die Suche nach Eigenem, so gut, daß wir Stabilität gaben und – wir dürfen es sagen – der zweite Versuch einer Demokratie in Deutschland glückte.

Zweitens. Der Durchbruch zu sozialer Marktwirtschaft und sozialer Partnerschaft. Dies gelang so gut, daß unsere Probleme nicht die der Not sind, daß die Gewöhnung sogar an den stetigen Fortschritt Langeweile erzeugt und Dinge, die gegen uns stehen, und sich im Gefolge dieser Langeweile – um in der Sprache der Modernisten zu sprechen – „Malaise“ ansiedelt.

Drittens. Der Durchbruch zu unserer Außenpolitik. Dies gelang so gut, daß die kommunistische Gefahr heute bagatellisiert und unser Rang im Westen als ebenso selbstverständlich empfunden wird wie unsere Sicherheit und unsere trotz allem doch wachsende Geltung auch im Osten.

Ich erwähne diese drei Dinge, meine Freunde, zum einen, weil ich glaube, daß sie auch für morgen richtig bleiben. Ich erwähne sie zum andern, weil ihnen eines gemeinsam ist: Sie fielen nicht vom Himmel, sie mußten den Sozialisten abgetrotzt und abgekämpft werden. Sie wären nie möglich gewesen, wenn wir den Demoskopien gefolgt wären, und sie wurden nach der Durststrecke des zunächst Unpopulären zur Quelle unserer größten Erfolge.

Das heißt für uns eine Erfahrung beherzigen, nämlich die: Keine Angst haben vor dem Unpopulären, Prinzipientreue, Stetigkeit, Wagnis und Kunst des Führens helfen uns weiter.

Aber ich glaube, es ist auch wichtig, dieses noch zu sagen: Unsere politische Kraft und unser Mandat zur Führung sind weder erwachsen aus der Lautstärke linker Zirkel noch aus Salons, nicht aus dem Zuspruch von professionell nicht-engagierten Besserwissern oder Nahestehern, unsere Kraft ist erwachsen historischer Erfahrung, aus dem christlichen Fundament wie aus der Hingabe und Treue vieler Menschen aller Schichten unseres Volkes, unsere Kraft ist erwachsen aus der Stetigkeit einer guten Politik.

(Beifall)

Auch dies, meine Freunde, muß so bleiben. Unsere Treue zum kleinen Mann muß so bleiben. Unsere Union muß immer mitten im Volk stehen; denn sie lebt aus dem Volk.

Ich kann jetzt – und ich sage dies für die Damen und Herren der Presse – eine Stelle aus meinem Manuskript weglassen, weil der Kollege Dufhues heute morgen über die Partei und die Parteienfinanzierung so vorzüglich gesprochen hat, daß ich dem nichts hinzuzufügen habe. Aber der Text, meine Herren, gilt. Nicht, daß es heißt, ich sei hier anderer Meinung!

Meine Freunde, leiten wir über von der Partei zu unserer Politik. Wir sind vor unserem Gewissen dem deutschen Volk die optimale deutsche Politik schuldig. Die setzt voraus eine stabile führende Bundesregierung, eine entsprechende Mehrheit im Deutschen Bundestag, gutes deutsches Geld, eine gesunde über-

schüssige außenwirtschaftliche Gesamtbilanz und die ständige geistige Auseinandersetzung mit allen Fragen unserer Zeit. Keines dieser fünf Dinge ist entbehrbar.

Wir haben im Bundestagswahlkampf vom deutschen Volk den Auftrag zu klarer Führung durch klare Mehrheit erbeten. Die Wähler gaben uns das beinahe, aber nicht ganz. Sie gaben uns die Führung ohne Mehrheit. Wir mußten wieder koalieren, und wir entschieden uns aus guten Gründen für die Fortsetzung der Kleinen Koalition. Unser Koalitionspartner weiß, daß wir diese Koalition fair und loyal zum Erfolg führen wollen. Er weiß auch, daß wir versuchen werden, daß wir alles versuchen werden, immer mit dieser Koalition unser Programm zu verwirklichen. Wenn es nicht anders geht, sind wir auch bereit, hier und da durch mangelnde Mehrheit einmal zu unterliegen und so deutlich zu machen, daß und warum wir unser Programm nicht realisieren können. Meine Freunde! Dieser parlamentarische Mut, der dazu gehört, ist, wie wir glauben, nötig, und er ist auch erfolgreich; denn schon das Haushaltssicherungsgesetz ließ sich leider nur mit diesem Risiko erreichen.

Was die Opposition betrifft, so müssen wir davon ausgehen, daß sie uns in keiner Frage umsonst aus parlamentarischer Verlegenheit helfen wird; das ist eine etwas andere Situation als Ausgangs der letzten Legislaturperiode, so daß also, meine Freunde, eine Politik etwa wechselnder Majoritäten im Deutschen Bundestag auch als Möglichkeit ausscheidet. Gleichwohl sind wir zugleich bemüht, in den großen Lebensfragen unseres Volkes zu einer Kooperation aller zu kommen. Das ist nötig und nützlich, und es hat sich ja auch ganz gut angelassen. Ich meine, wenn die SPD ihren gegenwärtigen Angriff der Linken innerhalb und außerhalb der SPD gut übersteht, wenn sie ihn abwehrt, können wir zu einer Kooperation kommen, die zum Wohle des ganzen Deutschland gute Früchte tragen wird.

In unserer Fraktion, meine Freunde, ist beinahe jedes dritte Mitglied neu dazugekommen. Wir haben einige von den neu hinzugetretenen Kollegen heute morgen mit eindrucksvollen Vorstellungen hier kennengelernt. Die Altersspanne umgreift mehr als 50 Jahre. Da sitzen neben dem erfahrenen Reichstagsabgeordneten die jungen Menschen, die zum erstenmal in einem Parlament mitwirken. Da sitzen neben den aktiven die früheren Minister und die anderen, meine Freunde, die das noch vor sich haben.

(Heiterkeit)

Aber es geht gut, und es wird noch besser, und ich bin davon überzeugt, daß hier eine Kampfgemeinschaft zusammenwächst, der 1969 keiner wird Vergleichbares entgegensetzen können, und deshalb freuen wir uns auf dieses Jahr.

Deutsche Politik heute, deutsche Politik für morgen setzt die Konsequenz einer nationalen Gesinnung voraus. Nur aus einem bewußten und ehrlichen, aus einem geordneten Verhältnis zu unserer Vergangenheit werden wir den rechten Weg für die Zukunft finden. Wir dürfen diese Diskussion nicht scheuen, meine Freunde. Deshalb muß hier der erste Satz lauten: Hitler war eine

schreckliche Wirklichkeit. Daran ist nichts zu verniedlichen. Wir spüren die Folgen, und wir müssen sie tragen. Aber der zweite Satz heißt gleich: Die deutsche Geschichte umfaßt mehr als 12 böse Jahre.

(Zurufe: Sehr richtig! – Beifall)

Und der dritte Satz: Hier ist ein erneuertes Deutschland – wenigstens in seinem freien Teil. Unsere Gegenwart, nun 20 Jahre erarbeitet, ist rechtlich und redlich. Sie ist ehrenhaft. Unser Land ist – in seinem freien Teil – ein Ort der Humanität, der Freiheit und der Rechtlichkeit geworden. Die Deutschen in der Zone wünschen nichts anderes. Also, meine Freunde, ist auch uns erlaubt, unser Land zu lieben. Wir Deutschen dürfen erhobenen Hauptes durch unsere Zeit gehen, und es wäre auch niemandem gedient, wenn wir etwa „in Sack und Asche“ einhergingen und auch so zum „kranken Mann Europas“ würden, meine Freunde.

Unser nationales Ziel heißt: Menschenrechte für alle Deutschen; Frieden durch Menschenrechte, Einheit durch Freiheit. Lassen Sie mich davon in dem nächsten Kapitel sprechen.

Wir haben, meine Freunde, weder das Recht noch die Absicht, zu verzichten, zu verzagen, zu schweigen vom Unrecht an den Deutschen wie an Deutschland, und um das, was jetzt ansteht für das ganze Deutschland, was heute für morgen getan werden kann und muß. Um den Weg zur Selbstbestimmung der Deutschen zu erleichtern, haben wir vorgeschlagen, vertrauliche Gespräche aller Verantwortlichen zu führen. Wir meinen, daß mehr schweigsames Tun wie mehr Gemeinsamkeit hier am Platze sind, und wir haben nicht die Absicht, uns am Wettbewerb der Schlagzeilen zu beteiligen, die nichts nützen, am Wettbewerb der Illusionen, die nur Gefahr bringen, und am Wettbewerb des Ausverkaufs, der nutzlos und gefährlich ist, meine Freunde.

(Lebhafter Beifall)

An unseren rechtlichen Positionen ist nicht zu deuteln, und dies gilt auch für das Heimatrecht.

(Lebhafter Beifall)

Schweigen fordern wir nicht, um Nichtstun zu verbergen, meine Freunde. Im Gegenteil: Wir sagen ja zu menschlichen Erleichterungen, ja zu technischen Kontakten.

Mit Verschwiegenheit ist mancher Status quo plus in den Realitäten zu erreichen; ich spreche hier aus Erfahrung.

Die Wiedervereinigung kommt weder durch Wunder noch durch Reagieren. Sie kommt durch einen Prozeß eigener Aktion, und wir wiederholen den Satz: Wer nicht handelt, wird behandelt.

Zugleich aber, meine Freunde, bleibt es weiter nötig, als die Basis des Richtigen nein zum Falschen zu sagen. So sage ich mit aller Deutlichkeit erneut: Der Anerkennung der SBZ als DDR gilt weiter unser Nein.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden weder das Unrecht legalisieren noch durch Anerkennung unser Selbstbestimmungsrecht wegwerfen. Aber, meine Freunde, die Wahrung der rechtlichen Position ist nur ein Teil der Politik, sie ist nicht die ganze. Die Zone kämpft um Anerkennung. Wie wäre es, wenn Ulbricht sich einmal darum bemühte, sich zunächst die Anerkennung zu besorgen, die eigentlich das Normalste von der Welt ist, nämlich die, durch eine Legitimation von innen, durch eine freie Abstimmung der Menschen, die er unterdrückt, meine Freunde? Dies wäre doch der normale logische Vorgang,

(Beifall)

und wir müssen davon sprechen, meine Freunde; denn eben diese Leute wollen jetzt in die UNO, und eben diese Leute haben damals, als es ein Wahlvorschlag für ganz Deutschland war, nicht einmal einer Kommission der UNO die Einreise gewährt.

(Zustimmung)

Wir müssen daran erinnern, meine Freunde, damit hier nicht durch Schweigen vielleicht alte Positionen in New York aufgebaut werden.

(Lebhafter Beifall)

Aber wir wollen niemandem Sand in die Augen streuen; auch nicht unserem Volk. Die deutsche Einheit ist schwer zu erreichen. Alle bisherigen Versuche, sowohl die eigenen als auch die unserer Freunde, sind fehlgeschlagen – und dies, obwohl die Angebote an Moskau großzügig waren. Moskau hat – und es ist notwendig, daran zu erinnern – ein anderes Ziel in Deutschland und in Europa. Im Stalin-Telegramm vom Oktober 1949, einer Art „Gründungs-urkunde“ der sogenannten DDR, wird dieses Ziel klar bezeichnet: über einen kommunistischen deutschen Teilstaat zur Herrschaft über Gesamtdeutschland. Und wer Deutschland hat, hat – nach Lenin – Europa.

Der Moskau-Pankow-Pakt, um alles andere zu überschlagen, von 1964 macht ebenfalls deutlich, meine Freunde, was uns alles entgegensteht, wenn wir Wiedervereinigung wollen. Es kommt hinzu – und ich habe die Absicht, das hier ganz nüchtern darzutun –, daß die Sowjetunion auch heute noch der bedauerlichen und irrigen Meinung ist, die Zone sei für sie ökonomisch unersetzlich. Es ist richtig: Die SBZ verfügt über das zweitgrößte Industriepotential und Außenhandelsvolumen aller Länder des Warschauer Pakts. Sie hat den größten Osthandel, übrigens zugleich, meine Freunde, wie Experten festgestellt haben, den geringsten Westhandel. Sie ist der größte Handelspartner der UdSSR. Die Sowjetunion hat sich also mit der Einbeziehung Mitteldeutschlands in ihren Wirtschaftsplan das zweitgrößte Potential des Ostblocks verfügbar gemacht. Die Zone ist ja – ökonomisch gesehen – und auch unter manchem politischen Bezug aus der Sicht der Machthaber kaum noch mehr als ein großer Zulieferbetrieb für die Sowjets.

Nach übereinstimmender Meinung von Wirtschaftsexperten könnte aber – und dies ist richtig – das mitteldeutsche Potential weitaus produktiver sein, wenn es nicht durch die sowjetischen Auflagen von der weltwirtschaftlichen Entwicklung isoliert wäre. 1939 – und daran müssen wir erinnern – war der mittel-

deutsche Wirtschaftsbereich im Durchschnitt höher industrialisiert als die übrigen Reichsgebiete. Heute wird – trotz der Fortschritte in der SBZ – der Abstand in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen dem Bundesgebiet und der Sowjetzone immer größer. Nach Auffassung der Experten könnte eine weltwirtschaftlich orientierte deutsche Wirtschaft der Sowjetunion spielend doppelt so viel liefern wie jetzt die Zone unter Zwang.

Neben den wirtschaftlichen und militärischen Interessen dürften die politisch-ideologischen Interessen für die Sowjets ausschlaggebend sein. Doch davon müssen wir sprechen. Die Sowjets betrachten die Zone, die sogenannte DDR, als ein großes Experiment. Ulbricht hat mit schöner Offenheit in einem Aufsatz des Januarheftes der SED-Zeitschrift „Einheit“ das alles dargestellt.

Meine Damen und Herren! Sie müssen das aus der Sicht der Kommunisten sehen. Noch niemals hat der Kommunismus in einem hochindustrialisierten Land die Macht erlangt. Die Kommunisten glauben nun, ihre Ideologie überall in der Welt, vor allem auch in Europa, schmackhafter machen zu können, wenn es ihnen gelingt, um im dortigen Jargon zu reden, „den Sozialismus unter den Bedingungen der technischen Revolution aufzubauen.“

Für die Europäer ist Kommunismus noch immer gleichbedeutend mit Armut und Rückständigkeit. Die deutsche Sowjetzone soll nun zum Musterbeispiel dafür werden – und dies nach Ulbricht –, daß Kommunisten in der Lage sind, hochindustrialisierte Gesellschaften mit Erfolg zu regieren. Wenn der Fehlschlag dieses Experimentes nur allzu deutlich ist, so liegt das an der unbeirrt freiheitlichen Gesinnung unserer Landsleute, die nein sagen zu diesem Experiment und deshalb eingemauert wurden. Und wenn wir weiter gegen die Anerkennung des Ulbricht-Regimes sind, dann auch, weil wir glauben, man dürfe den Kommunisten nicht auch noch testieren, sie seien trotz des Fehlschlages dieses Experimentes befähigt und berechtigt, Anspruch auf die Führung europäischer Völker zu erheben. Wir weigern uns, indem wir nein dazu sagen, den Feinden der europäischen Demokratien auch noch Argumente zu liefern.

Meine Freunde! Die Wiedervereinigung ist schwer zu erreichen. Die SBZ hat also auch eine wichtige Offensivfunktion nicht nur für Deutschland und Europa, sondern auch in der weltweiten Planung der Sowjets. Gleichwohl: Der Status der sogenannten DDR ist trotz allem von der Sowjetunion nicht völlig sanktioniert. Auch der im Juni 1964 abgeschlossene Pakt zwischen Moskau und Pankow ist nur ein Derivat, und auch er erlaubt noch den Vorwurf der Rotchinesen, Moskau sei bereit, die DDR an die Imperialisten zu verkaufen.

Meine Freunde! Ich habe dies jetzt einmal so zusammengetragen, um in der jetzt Gott sei Dank wacher werdenden Diskussion in unserem Lande die Schwierigkeiten des Problems darzutun; dies aber nicht, um nun zu verzagen, sondern um einer Realität ins Auge zu sehen und zu erkennen, wie schwer es ist, dieses Ziel zu erreichen. Aber, meine Freunde, es ist zu erreichen. Es kann erreicht werden, wenn wir nicht nachlassen, dies zu wollen, wenn wir die Realitäten im ganzen Deutschland stärken und wenn der Zusammenhalt der Deutschen eine Realität bleibt.

Meine Freunde! Wir wären des gestrigen Tages nicht würdig, wo wir alle bejubelt haben die Kühnheit der Entschlüsse und des Glaubens gegen alle Schwierigkeiten von 1945 und 1949, wenn wir nicht in dieser Stunde erneut unseren Beschluß bekräftigten, gegen all diese Widrigkeiten festzuhalten an unserem Ziel der Einheit aller Deutschen, und daran zu glauben, daß dies zu schaffen ist.

(Beifall)

Noch ein paar Worte dazu: Herr Ulbricht hat — man hat damals gelacht, als wir dies sagten, heute sieht es jeder — die Mauer aktiviert als ein Instrument für seine Anerkennungspolitik. Seine zur Zeit besonders gesteuerte und intensive gesamtdeutsche Bemühung ist zwar sicher auch eine „Flucht nach vorn“, doch auch er muß hier und da Rücksicht nehmen auf den Willen der Bevölkerung. In der SBZ ist es wie hier: Die Frage nach der Einheit wird immer dringender und deutlicher gestellt. Wir sollten gleichwohl die Aktivität Ulbrichts nicht auf die leichte Schulter nehmen; weder das, was an die SPD gesagt ist, noch das, was an die UNO gesagt ist. Wir sollten sehr ernst nehmen, daß er nun nicht mehr der Spaltung das Wort redet, sondern in aller Form ein Staatssekretariat für Gesamtdeutsche Fragen errichtet.

Meine Freunde! Im Januar schrieb Ulbricht einen offenen Brief an den kritisierten Regisseur Maetzig — Sie haben davon lesen können —, worin er sagt: Alle gegenwärtige Verwirrung drüben gehe auf Unklarheiten in der nationalen Frage zurück. Das sagt er unter SED-Genossen. Ulbricht weiß also genau, wie seine Worte zeigen, wie die mitteldeutsche Bevölkerung bis hinein in die SED denkt. Der Anspruch seines Systems auf Anerkennung als zweiter Staat, der Anspruch auf die Teilung Deutschlands und auf die Trennung durch Willkür, alles das wird auch jetzt noch jenseits der Mauer abgelehnt. Das ist ein Aktivum für uns.

Ein Zweites hierzu! Es gibt eine Unruhe in der SED. Es wurde im Dezember auf einer Sitzung des Zentralkomitees rundheraus erklärt, man habe sich in der SED gegen westlichen Einfluß und gegen massiven revisionistischen Einfluß aus den sozialistischen Bruderländern zur Wehr zu setzen. Hier wird etwas angesprochen, was bisher nur als ein ungutes Gefühl zu verzeichnen war. Die SED fühlt sich eingekreist und überall von gefährlichem Denken umgeben. Die SED-Mitgliedschaft wird vom Bazillus der offenen, nicht mehr so leicht zu steuernden Diskussion ergriffen.

Das ist ein positiver Punkt, den wir nutzen können.

So meine ich, daß unsere Beharrlichkeit in der deutschen Frage, unsere Weigerung, die nationale Frage bequem an den Nagel zu hängen, die Position der Machthaber drüben schwächt und derjenigen stärkt, die sich gegen den Widerstand der jetzigen Führerschaft der SED um einen größeren Raum selbständigen Denkens und Entscheidens bemühen. Und so gibt es keinen Anlaß, unsere Festigkeit im Grundsatz aufzugeben. Aber es gibt manchen Anlaß zu flexibleren Methoden, und zwar mit dem Zwang, noch genauer hinzuhören, richtig und immer zu antworten und menschliche Erleichterungen so weit wie nur irgend möglich, für unsere Freunde drüben. Ich glaube, daß zu dieser Politik noch zwei

Sätze gehören, die an unsere Freunde gerichtet sind. Der eine ist der, daß aus NATO-Staaten 450 Millionen DM staatlich verbürgte Kredite an die SBZ gegeben werden; dies nicht, weil wir dies Geschäft für uns haben wollen, sondern weil dies eine gesamtdeutsche Sache ist und eine Frage des Arsenalis im Kampf um Berlin.

(Beifall)

Und das Zweite, wir hören es sehr ungern, daß im Grunde der eine oder andere zu meinen scheint, wenn es um den sogenannten Export von Eiern in die SBZ gehe, sei dies ein Drittland. Meine Freunde, die Bundesrepublik Deutschland ist als Ganzes Mitglied auch der EWG, und dazu gehören das Recht und die Pflicht, allein für das ganze Deutschland zu sprechen.

(Beifall)

Wir selbst aber, meine Freunde, wollen hier nicht ganz selbstgerecht sein. Viele unter uns — und deshalb habe ich diese Passage so lang ausgeführt — sind es ein wenig müde, immer wieder dorthin zu sehen und davon sprechen zu müssen. So haben wir, so meine ich, als CDU etwas versäumt. Wir haben meines Erachtens die Bedeutung des Familiengesetzes in der SBZ noch nicht genug betont und die Aufklärung in der Welt darüber noch nicht genügend betrieben.

(Lebhafter Beifall)

Und ich meine — dies als eine Anregung an den Herrn Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen! —,

(Zuruf: Auch gut! — Weitere Zurufe)

wir brauchten gerade jetzt — es ist doch erlaubt, das zu tun — eine Dokumentation, die auf der einen Seite die Menschenrechte nach der UNO-Charta, auf der anderen Seite die Realitäten in der SBZ enthält. Das müßten wir à jour zur Hand haben, meine Freunde.

(Lebhafte Zustimmung)

Ich schließe dieses Kapitel ab. Wir sind bereit, über Deutschland als Ganzes in einem friedlichen Europa zu sprechen. Wir sind bereit, allen Nachbarn Sicherheit zu geben, auch bereit, den östlichen Völkern ökonomisch zu helfen. Wir sind bereit, über vieles mit uns reden zu lassen, ausgenommen das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Die jüngere Generation im östlichen und im mittleren Europa, die auch dort heranwächst, muß wissen, daß nichts, daß gar nichts im Wege steht, wenn sie das Gespräch mit den Deutschen über Deutschland sucht.

Wir aber, meine Freunde, wollen über Vietnam nicht die Lage und die Gefahr vor der eigenen Tür vergessen. In Berlin wird geschossen.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Gegen die Spaltung und gegen das Unrecht bleibt Zorn erlaubt, Zorn, aber nicht Haß; den Haß predigen die Kommunisten.

So heißt mein letzter Satz hierzu: Der 17. Juni bleibt ein elementares Datum der deutschen Geschichte und enthält nach wie vor eine vollgültige Aussage für die deutsche Nation, die nichts will als Menschenrechte für alle Deutschen.

(Starker Beifall)

Ich komme zu einigen innenpolitischen Dingen. Auch hier kann ich mich etwas anders einrichten, im Hinblick auf den Düsseldorfer Parteitag und auch auf das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat.

Der Ausbau des sozialen Rechtsstaates bleibt unsere Aufgabe. Ließe unsere ökonomische Kraft nach, so würde zum Traum, was heute Wirklichkeit und morgen Möglichkeit ist, und so sage ich mit allem Nachdruck: Unser Mühen um Stabilität — das ist der Vorrang, den wir zur Zeit haben — ist sozial, meine Freunde. Daran soll niemand einen Zweifel haben.

(Beifall)

Zugleich müssen wir auch ökonomisch dynamisch bleiben. Wir müssen, meine Freunde —, ganz ernsthaft: wir müssen! — einen Überschuß haben. Ob wir an Sozialpolitik, an Wiedervereinigung, an Europa, an Entwicklungsländer, an Partnerschaft, an Osteuropa denken, ob wir die Differenz — es hat keinen Zweck sie zu leugnen — beklagen zwischen unserem ökonomischen und unserem politischen Rang, ob wir unsere bildungspolitischen Prioritäten vor Augen haben, die Probleme des Verkehrs oder was auch immer — wir müssen, meine Freunde, wir müssen vor allem außenwirtschaftlich, aber auch im Haushalt, Überschuß haben. Auch deshalb — dies erneut zu sagen, scheint mir wichtig zu sein — können wir uns auch weiterhin die Hemmungen und Verklemmungen und die Aspontaneität des Sozialismus schon ökonomisch und sozial nicht leisten.

Wir aber müssen uns der einfachen Wahrheit stellen, daß es hier nichts umsonst gibt. Alles muß schließlich bezahlt werden. Natürlich kann man eine ganze Weile jonglieren zwischen dem Steuerzahler, dem Verbraucher, dem Sozialversicherten, dem Sparer usw.; aber am Schluß wird eben doch gezahlt, und das Ergebnis trifft den Menschen in all diesen Eigenschaften.

Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich sage, daß unser Volk bereit ist, auch operative Eingriffe hinzunehmen. Es spürt den Beginn einer neuen Phase. Es ist dazu wohl doppelt bereit, wenn es sieht, daß etwas Sinnvolles und sozial Gerechtes geschieht, wenn es weiß, wofür Opfer zu bringen sind, wofür mehr gearbeitet werden soll, wofür man sich einen Wunsch erst morgen oder übermorgen erfüllen soll. Ich glaube, daß unser Volk bereit ist, hier mitzumachen, und hier ist eine Chance und eine Aufgabe und Verpflichtung zum Führen durch diese Union.

Aber unser Volk will, völlig zu Recht, Ziele sehen. Diese Ziele will es begreifen können; es will sie billigen. Es erwartet deshalb gerade für diesen Zeitpunkt mehr als das Beispielgeben nur der öffentlichen Hand. Es erwartet, wie ich glaube, das Vorbild der Politik insgesamt.

So meine ich, daß wir mehr benötigen als einen technischen Haushaltsausgleich. Wir brauchen — der Bundeskanzler hat es im Bundestag angekündigt und auch heute morgen hier davon gesprochen — eine längerfristige Haushaltspolitik, aber diese eben als den Teil eines ökonomischen und sozialen Gesamtprogramms, eines Programms zur Stärkung unserer Wirtschaftskraft. Um diese Aufgabe können und werden sich CDU und CSU nicht herumdrücken.

Hervorragende Experten haben die Entscheidungen vorbereitet. Ich nenne auch hier von mir aus das Gutachten über die Finanzverfassungsreform. Wir hoffen sehr, daß die Serie der Gutachten durch einen ebenso fruchtbaren Ertrag des Gutachtens zur Sozialenquete bald abgeschlossen werden kann. Dann stehen wir auf einem wissenschaftlich gut gesicherten Boden. Aber gerade das Gutachten über die Finanzverfassungsreform beweist, wie dringlich jetzt die Erneuerung der Union ist, wie sehr es jetzt auf eine von der ganzen Partei getragene Politik ankommt; denn alles Planen und Programmieren allein auf der Bundesebene wäre jetzt weniger als eine halbe Sache. Das geht gar nicht, meine Freunde, wenn es sinnvoll sein soll.

So meine ich, es sei gut, noch einmal auch als Bundespolitiker ein Bekenntnis zum föderativen System abzulegen, allerdings für mich nicht zum kooperativen Föderalismus. Das wäre „schöne Schönheit“. Aber ich bekenne mich ausdrücklich — und das sollten wir gelegentlich tun, wir Bundespolitiker insgesamt — zum Rang der Länder wie auch zu dem im Gutachten enthaltenen Satz, daß die Stellung der Gemeinden im bundesstaatlichen Finanzsystem weiter ausgebaut werden müsse. Unsere Demokratie braucht gesunde Gemeinden, und wir alle haben hier gehört und davon gesprochen — deshalb kann ich mich kurz fassen — über unsere parteipolitische Lage, aber auch über die sachliche Notwendigkeit in größeren und großen Städten. Auch das ist, meine Freunde, eine Frage an unsere Partei insgesamt, auf allen Ebenen, auf denen wir tätig sind.

Aber es hat keinen Zweck, die Augen davor zu verschließen, daß dieses Gutachten auch sagt, unsere bundesstaatliche Ordnung sei zwar in ihrem Bestand zu erhalten, aber den Anforderungen der modernen, international verflochtenen Industriegesellschaft anzupassen. Auch das ist wichtig, und es ist wohl ganz unbestreitbar, daß es den Vorrang von Gemeinschaftsaufgaben gibt. Der Bundeskanzler hat sie genannt: den Neu- und den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen, die Förderung von Forschungseinrichtungen auch außerhalb der Hochschulen, den Neu- und Ausbau der kommunalen Verkehrseinrichtungen und -anlagen, die Verbesserung der Agrarstruktur, die regionale Wirtschaftspolitik im Interesse der übergeordneten Raumordnung und vorbeugende Gesundheitspolitik.

Und nun, meine Freunde, auch aus der Sicht der Fraktion ein praktischer Gedanke hierzu — Herr Dufhues hat in anderem Zusammenhang eigentlich dasselbe gesagt —: Das Gutachten über die Finanzreform schlägt eine Serie von Grundgesetzänderungen und -ergänzungen vor, über die wir eingehend zu beraten haben werden. Hier kommt es aber nicht darauf an, sich zunächst einmal um eine breitere parlamentarische Basis zu bemühen, nicht darauf, zuerst

zu fragen, ob und inwieweit die Opposition mitgehen wird. Hier kommt es zunächst darauf an, daß wir selbst genau wissen, was wir wollen.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin ganz sicher: Wenn wir alle miteinander zeigen, was wir wollen, dann wird die SPD keine Obstruktion üben, und wenn sie es täte, würde sich der Wähler für uns entscheiden und nicht für die anderen.

Wir stehen nicht nur in der Finanzpolitik vor neuen Dingen, sondern überhaupt in der Politik. Hier noch ein Wort zu den berühmten Prioritäten. Ich sage dies aus der Sicht Ihrer Bundestagsfraktion: Es ist immer leichter, eine Priorität zu verkünden, als sie durchzusetzen. Denn das Ja zu einer Priorität heißt immer das Nein zu einer anderen Sache. Prioritäten bejahen, heißt woanders verzichten. Das ist die parlamentarische Praxis.

(Beifall)

Wer alles sichern wollte, der würde wie ich fürchte, bald nichts mehr sichern können; denn dann wäre nichts mehr da.

Aber bei diesem Suchen nach Möglichkeiten, einzusparen —, und ich habe eben ein Kapitel überschlagen, das über den Haushalt 1967 —, muß ich doch gleich noch eines anmerken. Bei dem einen oder anderen — und ich fürchte, gelegentlich auch beim Herrn Bundesminister der Finanzen — schimmert manchmal die Meinung durch, wir könnten im Bereich des Sozialen oder der Verteidigung noch mehr einsparen. Ich möchte davor warnen. Hände weg, meine Freunde, von unserer Sicherheit, Hände weg von der Rentenreform, vom Familienlastenausgleich und der Eigentumspolitik!

(Beifall)

Wir wissen natürlich, daß die Zeit der Gießkannen vorbei ist. Wenn man deshalb mit Gedanken von Einkommensgrenzen kommt: wir sind offen, das zu diskutieren. Aber bitte, dann dieselben Grenzen und dieselben Prinzipien in allen Bereichen der staatlichen Gesetzgebung! Dann kann man über so etwas diskutieren, sonst nicht.

(Beifall)

Ich glaube, daß wir als Letztes zu diesen innenpolitischen Fragen noch folgendes ruhig feststellen dürfen: Wir haben unserem Volk wirklich etwas gegeben. Wir waren und sind, wie wir einmal gesagt haben, der Ort der Integration durch Toleranz. Wir haben durch die Formel des Miteinander — und das ist doch die Union — Kräfte freigelegt und Energien lebendig gemacht, die sich früher in Deutschland gegeneinander verbrauchten und die dies woanders heute noch tun. Nun steht eine neue Frage vor uns. Wir sollten sagen, daß wir die sicherlich anwachsende Wirtschaftskraft — sicherlich anwachsend, wenn sich alles vernünftig verhält und wenn wir an der sozialen Marktwirtschaft festhalten — auch nutzen sollten als Chance für mehr Rücksicht, mehr Menschlichkeit, mehr Bildung in unserem Lande.

Das zweite, meine Freunde: Unsere Welt ist in den Realitäten wie im breiten Bewußtsein eine endliche Welt geworden. So muß bei aller Freiheit der

Unternehmer und der Sozialpartner, zu der wir ja sagen, ein überlegtes, planvolles, gemeinwohlorientiertes Handeln nach Zielvorstellungen uns leiten. Die Menschen haben Sehnsucht nach Sicherheit, nach Vertrauen und nach Maß. Deshalb füge ich hinzu, daß nicht nur Ziel und Inhalt, sondern auch die Art unserer Politik wichtig ist.

Ich möchte damit dieses innenpolitische Kapitel abschließen und zu dem außenpolitischen Kapitel übergehen. Hier, glaube ich, gebietet es einfach die Fairneß gegenüber allen, die heute Verantwortung tragen, ganz nüchtern zu sagen, daß die Außenpolitik schwieriger geworden ist —, übrigens nicht nur in Deutschland. Für uns aber gilt besonders dies: Die Zeit, in der es oftmals allein schon genügte, den Geist und die Zuverlässigkeit des neuen Deutschland darzutun, indem man sich geradlinig verhielt, indem man nur Vertrauen erwies —, diese Zeit ist genauso dahin wie die Zeit, in der unsere Freunde uns vor allem an die Hand nahmen, da wir ja gerade erst begannen, uns als Besiegte wieder auf eigene Füße zu stellen.

Wir müssen einfach sehen, daß die Welt nach Meinung der ganzen öffentlichen Meinung in der Welt nicht mehr getrennt ist wie Licht und Schatten, in Blöcke, und daß die Bezeichnung grau für viele Töne wohl die richtigere ist. Da wir uns nach 16 Jahren Bundespolitik nicht mehr so leicht anlehnen können, da die anderen uns für erwachsen nehmen und da wir wohl auch erwachsen sind, genügt es auch für die auswärtige Politik nicht mehr, immer nur einfach artig zu sein. Wir müssen auch unseren Standpunkt deutlich beziehen.

(Beifall)

Die atomaren Weltmächte haben eigene Sorgen, und auch da, wo sie Gegner sind, immer noch Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte. Es ist kein Zweifel erlaubt — und es wäre sehr unfair und nicht in unserem Interesse, etwas anderes zu behaupten —: Die USA, deren dankbare Freunde wir sind und bleiben, wollen ein einiges, freies Europa als Partner, sie wollen ein wiedervereinigtes blühendes Deutschland und sie stehen natürlich zu ihren deutschen und europäischen Verpflichtungen. Andererseits müssen wir bis zur Stunde davon ausgehen, daß die Sowjetunion fest zu Pankow steht und eine Lösung in Deutschland und in Europa sucht, die Moskaus Vorherrschaft etabliert und die kommunistische Durchdringung ermöglicht. Aber selbst diese Weltmächte sind gehemmt, das, was sie wollen, auch zu können. Das atomare Gleichgewicht, die besondere Sorge aller Atomkräfte um den Frieden, die Gegnerschaft der Sowjetunion zu Rotchina und die Feindschaft Rotchinas gegen die USA —, alles dies schafft nicht nur Hemmungen, nicht nur widerstreitende Interessen, sondern auch Gemeinsamkeiten.

Da ich nirgendwo Grund für einen Wandel in absehbarer Zeit sehe, bleibt auch für uns für Patentrezepte kein Platz mehr. Die deutsche Politik ist nicht zerlegbar in eine Abteilung West und eine Abteilung Ost und in verschiedene Schubladen, sondern sie muß eine ganze Politik sein, die auf eine sich rasch wandelnde Welt rasch Antworten gibt.

Ich will nun einige wenige Worte aus dem herausgreifen, was vor uns liegt. Ich habe den Auftrag, in die Zukunft zu sprechen.

Zunächst: Es hat gar keinen Zweck, nicht deutlich zu sagen, daß wir über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen enttäuscht und beunruhigt sind. Bei der letzten Debatte im Deutschen Bundestag haben wir deutlich davon gesprochen. Unsere Position zur NATO-Frage ist bekannt; ich brauche sie nicht zu wiederholen. Da aber der eine oder andere neuen EVG-Gedanken nachzugehen scheint, möchte ich doch daran erinnern, daß schon die atlantisch-europäische Verteidigung ohne Integration unmöglich ist. Eine allein europäische Verteidigung – ob sie überhaupt möglich ist, steht dahin – setzt mindestens einen noch höheren Grad von Integration voraus, und dies wollen wir doch zunächst einmal feststellen.

(Beifall)

Nun, darüber müssen wir mit Frankreich sprechen.

Es hat aber ebenso keinen Zweck, nun zu resignieren. Denn wir bleiben Nachbarn, wir brauchen einander, und die Völker wollen nie mehr gegeneinander stehen. Indem wir weiter mit Frankreich ringen, mit Argumenten ringen um ein hoffentlich hohes Maß von noch möglichen Gemeinsamkeiten in der Zukunft, ringen wir doch auch um unsere Zukunft, um die Chancen der Einheit in Europa und Deutschlands. Denn ein einiges Europa, ein wiedervereinigtes Deutschland ohne Frankreichs Unterstützung: beides wird es mit Frankreich geben oder beides wird es nicht geben.

(Zustimmung)

Wir können freilich nicht zu allem ja und amen sagen, was aus Paris kommt, einfach weil es aus Paris kommt. Das wird auch dort gar nicht erwartet. Aber es ist ja nicht nur nichts, was aus Paris kommt. Präsident de Gaulle scheint eine lockere, pragmatische politische Union Europas zu wollen. Das ist nicht das, was wir wollen. Unser Freund Rumor hat gestern noch einmal sehr gut unsere gemeinsamen Prinzipien umrissen. – Aber daraus darf doch nicht resultieren, daß nun gar nichts zu geschehen habe. Denn dies wäre weniger als das, was Frankreich heute mitzumachen bereit wäre.

Wir brauchen deshalb – und hier kann ich wohl etwas vorpreschen, während sich die Regierung hier vielleicht etwas zurückhält – das große europäische Gespräch der Regierungschefs, dieses Gespräch ohne allzuviel Vorbehalte und ohne allzuviel Protokoll.

Der französische Staatspräsident hat auf seiner letzten Pressekonferenz einige Themen genannt, über die man mit dem Ziel der Zusammenarbeit sprechen müßte. Ich will wörtlich zitieren, welche Themen er auf seiner Pressekonferenz für ein solches europäisches Gespräch der Sechs genannt hat: „Die Sicherheit der Sechs unter Berücksichtigung ihrer engen Nachbarschaft zueinander und ihrer geographischen wie auch ihrer strategischen Lage, ihr Verhältnis zu den ihnen nahen Völkern, wie England, Spanien, die Skandinavier usw., bzw. zu den Vereinigten Staaten oder zu den Ländern des Ostens oder zu China bzw. zu Asien, dem Orient, Afrika und Lateinamerika, ihr gemeinsames Vorgehen auf den Gebieten der Wissenschaft, der Technik, der Kultur, der Raumfahrt usw., von denen die Zukunft der Menschen abhängt, das ist es, wie wir

meinen, womit die Sechs sich befassen müssen. Und wie das Gehen von Bewegung zeugt, wird sich ihre Solidarität vielleicht in der Zusammenarbeit kundtun.“

Meine Freunde, das sind sicherlich nicht alle unsere Themen. Und fast sicher ist bei keinem der Themen die Meinung der Franzosen heute mit unserer identisch. Aber hier ist ein Gespräch angeboten. Wenn wir in allem einig wären, bräuchten wir nicht miteinander zu sprechen. Ich meine deshalb, wir sollten alles aufnehmen, was auch nur eine Chance zu einem Mehr an Gemeinsamkeit enthält, und dartun, daß hier in Deutschland der Wille zur Gemeinsamkeit mit Frankreich ungebrochen ist.

(Beifall)

Und zum zweiten! Wir brauchen Europa. Der Bundeskanzler Adenauer hat das gestern wie ein Vermächtnis gesagt; wir sind ihm dankbar. Wir nehmen auf, was Herr Rumor sagte, als er davon sprach, daß diese Frage gerade in den Wahlkämpfen in Frankreich, Österreich und Großbritannien eine Rolle spielte. Es gibt also Chancen für dieses Europa, auch wenn es im Augenblick schlecht aussieht. Natürlich ist hier für morgen vielleicht nicht zu erreichen, was wir möchten. Aber ich erinnere auch an das, was ich soeben zur deutschen Einheit sagte. Welche kühnen Ziele haben wir uns 1949 vorgenommen! Sollte es 1966 nicht möglich sein, unser Ziel zu sagen und zu nennen? Und dies ist natürlich ein einiges Europa, ein Europa, das mit einer Stimme sprechen kann und als ein Glied der atlantischen Gemeinschaft wirkt. Unsere Politik kann sich doch in keinem Bezug, auch nicht in dem hier, erschöpfen in der betriebsamen Verwaltung des Status quo.

Auch hier müssen wir einfach anfangen. Der Bundeskanzler hat ja seine Bereitschaft dazu erklärt. Ich fürchte, wenn wir jetzt diesen Faden nicht aufnehmen, von dem ich soeben sprach, dann wird es keinen Beginn geben. Wenn es keinen Beginn gibt, wird sich auch nichts ändern können.

Wenn ich von Europa sprach, denke ich an das ganze Europa. Ich brauche hier nicht noch einmal zu sagen, daß es dringend notwendig ist, in den Ländern Mittel- und Osteuropas präsent zu sein. Ich brauche nicht zu wiederholen, was wir über die Rolle der Neutralen in Europa denken, denn dies haben wir in Düsseldorf schon gesagt.

Das Dritte zu diesem außenpolitischen Teil! Wir haben keine atomaren Waffen. Wir wollen und würden, selbst wenn wir wollten, keine bekommen. Dies ist die Lage. Wir haben auf dem letzten Parteitag gesagt, unser nationaler Ehrgeiz bestehe nur darin, durch Werke des Friedens für die Menschheit bedeutsam zu werden; wir haben gesagt: atomare Fragen seien für uns nur solche der Sicherheit. Dies gilt weiter.

Wenn wir so unsere Position unter dem Aspekt des Friedens beziehen – und Sie haben gehört, was die Bundesregierung in diesen Tagen vorhat –, dann müssen wir unser vitales Interesse an Frieden und Entspannung dartun und von da her manches neu durchdenken. Professor Weizsäcker hat einen beachtlichen Beitrag zu diesen Themen geleistet. Er hält es für provinziell, die deut-

sche Frage anders zu besprechen als mit dem Blick auf die weltpolitischen Bedingungen ihrer Lösung. Das Patt der atomaren Waffen mache die Unverrückbarkeit der gezogenen Grenzen evident. Gegnerische Bipolarität der beiden Weltmächte und Wiedervereinigung Deutschlands schlossen einander aus. Weltfriede wie die Lösung der deutschen Frage verlangten ein Mindestmaß an kooperativer Bipolarität.

Wir dürften in der weltweiten Debatte dieser Probleme des Friedens mit unserer Stimme nicht fehlen. Und auch hier ist es gut, daß der Bundeskanzler und die Regierung das Vorhaben, was sie angekündigt haben.

Niemand darf meinen, wir seien gegen Entspannung. Wir müssen selber aktiv werden in diesem Bereich. Wir dürfen hier nicht nur hinnehmen, sondern wir müssen herbeiführen; allein dies kann unsere Haltung sein. So wünschen wir Erfolg in Genf. Freilich wäre dort das Beste, wenn die atomaren Weltmächte sich zum kontrollierten Abbau auch ihres nuklearen Potentials entschließen könnten.

Hier ist der Punkt, in einer anderen Richtung vor einer Gefahr für die NATO zu warnen, nicht minder deutlich. Wir müssen hier vor Schwindel und Falschmünzerei warnen. Manche sagen Abrüstung und Entspannung, meinen aber Diskriminierung anderer und meinen den formalisierten und auch atomar zementierten Status quo. Wir werden viel Kraft brauchen, solchem Schwindel und solchem Mißbrauch von Idealen zu begegnen.

Aber wir müssen, glaube ich, uns zu dem Satz bekennen, daß auch wir ein Interesse an der Auflockerung zwischen Moskau und Washington haben müssen, wenn wir in ganz Europa und in Deutschland zu einem Mehr an Menschenrechten kommen wollen. Es ist einfach kleinlich, gegen de Gaulles Reise nach Moskau zu sein. Wir selber wollten auch mit Chruschtschow sprechen.

Eines ist doch ganz klar: die Zeit, in der man so mit fernen Dritten über unsere Köpfe hinweg unser Schicksal bestimmte, ist doch vorbei. Es ist nicht möglich, eine für Deutschland relevante Lösung zu finden, ohne daß wir ihr zustimmen. Dies hat unsere Außenpolitik geschaffen. Also seien wir nicht kleinlich und ängstlich auf der falschen Seite.

(Beifall)

Mir scheint — und dies ist eine sehr persönliche Meinung —: Das Wichtigste auf diesem ganzen Gebiet wäre wohl, daß die NATO-Staaten sich zu einer Koordination ihrer Außenpolitik entschließen. Dies wäre ein interessantes Thema, weil es das Bündnis beträfe und nicht die Organisation des Bündnisses. Es betrifft vor allen Dingen den Bereich der Rüstungskontrollverhandlungen, die Politik und Strategie des Bündnisses in akuten Krisen und die Beurteilung des Kommunismus.

Ich will wegen der fortgeschrittenen Zeit einen vierten Punkt hier weglassen, weil ich wegen der Ausführung von gestern einen neuen Punkt hinzufügen mußte, den Punkt bezüglich der friedlichen Zusammenarbeit in der westlichen Welt. Ich glaube, daß ich mir das jetzt schenken kann. Aber einen fünften und sechsten Punkt möchte ich doch noch behandeln.

Der fünfte Punkt ist folgender. Wir wollen die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk. Unsere weltweite Leistung zur Wiedergutmachung wird anerkannt. Aber hier geht es nicht nur um Geld. Geld macht keinen Toten lebendig. Es kann nur helfen, Schaden zu mildern und eine bessere Zukunft zu bauen. Wichtiger ist die Gesinnung, das Verstehen des anderen, die gemeinsame Sicht in die Zukunft.

Wir haben diplomatische Beziehungen zu Israel. Die Hand zu den arabischen Völkern bleibt ausgestreckt, wie der Bundeskanzler kürzlich erklärte. Beides schließt sich nicht aus.

Mit Israel könnten wir gute Beziehungen haben; das ist keine Geldfrage. Wer nicht die Besonderheit dieser Beziehungen begreift — eine Beziehung ohne „Sack und Asche“ —, der sollte zumindest einsehen, daß in vielen Ländern der Welt das Urteil über uns und damit auch ein Stück der Chance für die deutsche Einheit mit abhängt von dem Grad unserer Aussöhnung mit dem französischen, dem jüdischen und dem polnischen Volk.

Die Beziehungen dort sollten weder aus der Vergangenheit begründet noch mit besonderen Überschriften versehen werden. Das Besondere muß in den der Zukunft zugewandten Realitäten seinen Ausdruck finden. Israel ist für uns weder ein „Entwicklungs-“ noch ein „Wiedergutmachungs“-Land. Es ist ein Land, dem unser besonderes Interesse und unsere Mitsorge um die friedliche Zukunft gilt. Das ist alles. Und das ist viel.

Nun zu meinem sechsten Punkt. Was jetzt kommt, habe ich sehr zuversichtlich formuliert. Es geht aus von Taschkent. Das war ohnehin vorgesehen. Es ist nun doch ein bißchen noch aktualisiert. Ich will es noch etwas deutlicher sagen, als ich es ursprünglich vorhatte.

Diese Beschwichtigung von Taschkent, meine Freunde, erfolgte — und dies sollte den Westen zum Nachdenken veranlassen — nicht durch Großbritannien, nicht durch die USA, übrigens auch nicht durch Frankreich, sondern — und hier zögere ich nun — durch wen? Durch die Sowjetunion oder durch Rußland? War dies Rußland, noch oder schon wieder, oder war dies die Sowjetunion? Diese Frage ist nicht nur für den Politiker interessant, sie ist weltpolitisch wie für Deutschland und Europa von zukunftssträchtigem Rang. Wäre nämlich, was sich da in Asien so wirksam als Rußland gerierte, so schiedsrichterlich, so friedliebend und so erfolgreich, wäre das in Wahrheit immer noch Sowjetunion, würde also die Welt immer mehr das in der Wirklichkeit Sowjetische verstehen als das Russische, obgleich dies nicht — oder für Optimisten noch nicht — so wäre, so könnte hier die lebensgefährliche Gefahr Platz greifen, die immer dort droht, wo man den Schein für die Wirklichkeit nimmt. Eine als friedliches Rußland getarnte Sowjetunion als weltpolitischer Schiedsrichter — Gott bewahre uns und alle Europäer vor solcher Art „herrlicher Zeiten“.

(Beifall)

Aber es geht weiter. Wir wollen und können nicht ausschließen, daß die Außenpolitik Moskaus seit 1917 nie nur sowjetisch, sondern immer auch russisch war. Wir müßten abtreten, wenn wir nicht sähen, welche erregenden Erschei-

nungen, Phänomene und Entwicklungen in der Sowjetunion zu verzeichnen sind. Und ich nehme an, daß eben dies Konrad Adenauer gestern meinte.

Meine Freunde, wenn wir differenzieren zwischen Sowjetunion und Rußland, so ist zu fragen: Was ist das Kriterium der Unterscheidung? Das Kriterium der Unterscheidung ist die kommunistische Ideologie mit ihrer weltrevolutionären Zielsetzung. Außen- wie Innenpolitik der Sowjetunion sind davon bestimmt. Rußland wäre davon frei.

In der Welt scheinen heute viele schon an Rußland zu glauben — im Westen wie im Osten, in der neutralen Welt und vielleicht auch unsere Nachbarn. Aber ist dies heute schon Rußland? Wozu dann NATO und Wehrbeitrag?

Hier stehen wir vor einer ganz entscheidenden Frage. Deshalb müssen wir uns aus deutscher Sicht an dieser Debatte, die um die Welt geht, beteiligen. Aus deutscher Sicht ist die Moskauer Politik bis heute sowjetisch. Für die Mauer, für die Lage in der SBZ zwanzig Jahre nach Kriegsende gibt es kein vernünftiges russisches Argument. Das alles ist ideologisch bestimmt, ist Sowjetunion und nicht Rußland.

Wir haben, meine Freunde, Moskau als Preis für die Wiedervereinigung oder auch nur, um den Weg dorthin zu erleichtern oder freizulegen, ökonomisch mehr und Besseres angeboten, als die SBZ leisten kann und je leisten wird. Gleichwohl war und ist Moskau nicht zum Gespräch bereit, eben weil es noch Sowjetunion und nicht Rußland ist. Wir haben Moskau militärisch größere Sicherheit angeboten, als Moskau Sicherheit — zum Schein — durch die SBZ hat. In Wirklichkeit ist dies eine Art Sicherheit durch sich selbst; denn die SBZ gibt es doch nur, weil dort 400 000 Mann der Roten Armee stehen.

Wäre dies aber schon Rußland, so würde es das sehen. Aber weil es Sowjetunion ist, glaubt man in Moskau, ideologisch festgelegt, dort bleiben zu müssen.

Aber das Interesse des Westens und ganz besonders unser deutsches vitales Interesse läßt eine Entwicklung herbeisehnen, in der aus der Sowjetunion mehr und mehr Rußland werde. Wir wenigstens dürfen nie vergessen, daß Moskau ein Platz Europas ist und daß in der Tat zwischen dem russischen und dem deutschen Volk manches zu bereinigen ist — hin und her, meine Freunde.

Wenn wir für länger — und jetzt blicke ich sehr weit in die Zukunft — eine Periode ohne Krieg mit Waffen vor uns haben — und ich glaube, wir können das erreichen —, dann werden wir Rußland erleben. Das ist eine kühne Prognose. Ich meine, im Zuge dieser Entwicklung — und spätestens dann — wird es auch zur Lösung der deutschen Frage kommen. Freilich dürfen wir darauf nicht warten, sondern wir müssen das Unsere tun, um diese Stunde herbeizuführen. Worauf gründet sich diese Erwartung? Zunächst auf die geschichtliche Erfahrung, daß alle Ideologien einem Verschleißprozeß unterliegen. Dann darauf, daß die kommunistische Ideologie sich in der Konfrontation mit der modernen Welt, ganz zu schweigen von der Konfrontation mit der freien Welt, als zunehmend reaktionär erweist, daß die kommunistische Ideologie selbst von Exponenten der dortigen Macht in ihrer bisherigen Form als zunehmend unbrauchbar angesehen wird.

Und schließlich: Kein Mensch, bestimmt aber keine genügend große Zahl von Menschen eines Volkes, kann über lange Zeit dauernd und immer und stetig und Tag und Nacht ideologisch „auf hundert Prozent“ gehalten werden. Verschleiß und Ermüdung gelten auch hier.

Meine Freunde, eine kommunistische Zeitschrift, die sich mit Fragen der Jugend in der Sowjetunion beschäftigt, fragt dieser Tage: Warum erweisen sich ein Junge und ein Mädchen, die drei Jahrzehnte nach der Revolution geboren wurden, plötzlich als Träger der berüchtigten Überbleibsel der Vergangenheit?

Oder auf einem anderen Gebiet: Nach der Rechnung sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler müßte doch die aufgeblähte Planungsbürokratie bis 1980 um das Sechshunddreißigfache vergrößert werden, wenn man so weitermacht wie bisher.

Nein, meine Freunde, hier gibt es Anlaß zu optimistischer Erwartung, aber immer vorausgesetzt: Frieden und Festigkeit des Westens.

(Beifall)

Wenn wir dies schaffen, dann reift der Tag heran, an dem die ideologische Komponente der Moskauer Politik immer mehr zurücktritt. Dann, meine Freunde, könnte aus sowjetischer sowjetrussische und aus dieser russische Politik werden. Freilich müssen wir daran denken, daß die kommunistischen Führer noch eine ganze Zeit auf ihren Parteitag weltrevolutionär tönen werden. Aber das wird in den eigenen Reihen immer weniger Eindruck machen, und die breiten Massen werden das als verbale Pflichtübungen empfinden und sich eher gelangweilt nach dem Huhn im Topf zu Hause sehnen.

Zusammenfassend kann man also sagen:

Erstens. Noch haben wir es mit der Sowjetunion und nicht mit Rußland zu tun. Aber hier ist etwas im Gange.

Zweitens. Die gute Entwicklung setzt voraus, daß Frieden bleibt, und der wird nur durch Festigkeit des Westens bleiben.

Drittens. Diese gute Entwicklung setzt voraus, daß wir, die Deutschen, die Moskauer Szene differenzierter und stetiger betrachten und auf ihr selbst mehr als nur anwesend sind.

Die erste Phase der Nachkriegspolitik galt dem Wiederaufbau und der Wiedergeburt der Nation, der Überwindung der Isolation, dem Gewinnen des Zusammenhangs mit der eigenen Geschichte und der Welt. Nun geht es, meine Freunde, um den Zusammenhang mit dem Fortschritt und mit der unabwieslichen Entwicklung in der Welt. Ich betone noch einmal, daß die großen Gedanken dieser Zeit nur sinnvoll mit den Mitteln des Friedens ausgetragen und nur im Frieden gewonnen werden. „Frieden allein durch Freiheit, Freiheit allein durch Wahrheit“ – dies sagte Karl Jaspers damals in der Rede, mit der er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels entgegennahm.

Wir haben heute, meine Freunde, und der Herr Bundeskanzler hat das überzeugend dargetan – keinen wirklichen Frieden. Ich möchte noch einen Akzent hinzufügen. Er beruht darauf – was wir heute Frieden nennen und was kein

wirklicher Friede ist, – daß die Kriegsführung, wie Weizsäcker feststellt, durch die Größe der verfügbaren Angriffswaffen und das Fehlen einer zuverlässigen Verteidigungswaffe sich zur gegenseitigen Vernichtung auszuwachsen droht. Wir nehmen diese grauenhafte Perspektive ernst, wenn wir an die Zukunft denken. Frieden nur im Angesicht des Grauens, meine Freunde, ist kein Frieden. Der Bundeskanzler hatte recht, von der Notwendigkeit der Freiheit vom Tod zu sprechen. Weizsäcker weist auch darauf hin, und es wäre unaufrichtig, den Blick in die Zukunft zu richten und das nicht auch zu sagen, daß das Gleichgewicht des Schreckens an dem Tage zu Ende wäre, an dem zum Beispiel eine der beiden Seiten früher als die andere eine effektive Antirakete entwickelt hätte. All dies Fürchterliche vermag heute die Wissenschaft; aber sie vermag auch anderes. Die führenden Wissenschaftler rechnen zum Beispiel damit, daß man in etwa 20 Jahren die Großwetterlagen, von denen die Ernte abhängt, technisch hervorbringen können. Alles dies, meine Freunde, ruft nach Frieden und nach Weltorganisation, und es zeigt die Ambivalenz der modernen Welt zum letzten Grauen wie zum friedlichen Fortschritt. Ich meine, daß unser Platz nur sein kann am friedlichen Fortschritt, und so sagen wir auch hierzu noch einmal, meine Freunde: Ohne Freiheit für ganz Deutschland ist eine europäische Friedensordnung undenkbar. Aber zugleich, meine Freunde, tun wir gut daran, darüber nachzudenken, ob nicht auch die deutsche Einheit ohne europäische Friedensordnung undenkbar ist, meine Freunde.

(Beifall)

Ich glaube, wir müssen das sehen, und wir müssen das sagen, und ganz sicherlich wollen wir diesen Ausgleich und diesen Frieden, der vielleicht eines Tages kommt, hinsichtlich dessen, was in Europa zu passieren hat, nicht mit einer antiamerikanischen Spitze vollziehen. Wir denken auch nicht an einen unversöhnlichen ewigen Gegensatz zur Sowjetunion, schon gar nicht zu Rußland. Schließlich wird sie sich auf Europa besinnen müssen, meine Freunde, und insofern sind wir mit de Gaulle einig. Nicht einig sind wir mit ihm, weil wir es für nicht gut halten, die Position der USA bei diesem Ausgleich etwa zu verschlechtern. Wir wollen diesen Ausgleich, meine Freunde, und die Welt braucht ihn, aber Europa darf dabei nicht Objekt sein, und auch deshalb muß sich Europa einigen, meine Freunde. Ich glaube, daß das der Bundeskanzler in aller Deutlichkeit gestern gesagt hat. Wir aber, meine Freunde, die Deutschen, tragen nicht auf zwei Schultern, wenn wir auch heute noch einmal sagen, daß wir versuchen wollen, soweit wie möglich zugleich, die deutsch-französische und die deutsch-amerikanische Freundschaft zu pflegen. Wie immer auch Frankreich die Art seines Platzes im atlantischen Bündnis wählt – wir müssen auch morgen möglichst viel gemeinsam mit ihm tun. Niemand darf etwas gemeinsam Mögliches etwa an uns scheitern, meine Freunde; denn die deutsche Aufgabe wird immer sein, zur Einheit des Westens beizutragen, weil Friede in Europa durch Freiheit in ganz Deutschland ohne diese Einheit des Westens nie Wirklichkeit wird.

Meine Freunde, wir müssen es der Welt deutlich machen, daß wir kein falsches Prestigebedürfnis haben, daß wir keine Scheu haben vor irgendeinem Wett-

bewerb der Systeme und der Ideologien, daß wir uns nur gegen eines stellen: wenn die Systeme und die Ideologien mit Angst und mit Gewalt arbeiten. Meine Freunde. Auch wir Deutschen sind eine Nation, eine Nation, die als Ganzes frei sein und als Ganzes für die Menschheit durch Werke des Friedens bedeutsam werden will. Dies — und sonst gar nichts.

Meine Freunde, ich komme zum Schluß. Unser politisches Mandat heißt: als Menschen den Menschen dienen, und für unsere Politik, die eine anspruchsvolle Politik ist, die sich hohe Ziele setzt und die die siebziger Jahre begreift, brauchen wir die Erneuerung der Union. Wir sind eine moderne Partei, und wir sind auf dem richtigen Wege, nicht nur wir, sondern auch viele Freunde außerhalb der deutschen Grenzen, wie die Wahlen in anderen Ländern zeigen, wie der Hinweis unseres Freundes Rumor auf den Aufbruch der christlich demokratischen Idee außerhalb Europas zeigte.

Meine Freunde, wir sind auf dem richtigen Wege. Zu uns stoßen neue Kräfte aus allen Schichten. Menschen, die sich im Beruf bewährt haben, die ihre Familie gegründet haben und nun auch im öffentlichen Leben mitarbeiten wollen.

Meine Freunde, lassen Sie mich aber zum Schluß dies sagen: Wir haben Arbeit genug. Wir werden dies nur schaffen, wenn wir alle miteinander an die Arbeit gehen, und es wird nicht damit getan sein, daß wir morgen eine neue Parteiführung wählen. Meine Freunde, das ist nur der geringere Teil der Erneuerung. Ich kann nur sagen: Was mich selbst betrifft, so habe ich nicht die Absicht, dieses Parteiamt etwa mit der linken Hand zu führen, sondern ich habe die Absicht, es mit ganzer Kraft zu führen und mit Ludwig Erhard, wie ich eingangs sagte, meine Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Es ist nicht damit getan, zu wählen und nun Verantwortung zu übertragen. Meine Freunde, wir brauchen jeden von uns und aus unseren Mitgliedern werden Mitarbeiter werden.

Wir leben in einer Zeit, die von uns allen Kraft, Mut und Dynamik erfordert. Wir leben in der Union, die mehr ist als eine politische Gruppe, die entsprungen ist einem geistigen Prozeß und die selbst eine geistige Kraft war, ist und bleiben muß. Zwanzig Jahre lehren, es ist gut für Deutschland, wenn es hier christliche Demokraten in der Führung gibt. Der Blick in die Zukunft lehrt uns, Deutschland und nicht nur Deutschland braucht weiter Christliche Demokraten. Meine Freunde, wenn wir alles sehen, sehen wir, unsere Arbeit lohnt. Das freie Deutschland ist erneuert. Wenn wir uns treu bleiben, werden wir eben dies sagen können: Das ganze Deutschland ist erneuert, und dem gilt unsere Arbeit.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch:

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir danken unserem Freunde Rainer Barzel für seine Ausführungen. Wir danken ihm insbesondere von

ganzem Herzen für sein klares und eindeutiges Bekenntnis zu enger und unverbrüchlicher Zusammenarbeit mit Ludwig Erhard.

(Lebhafter Beifall)

Damit sind alle Zweifler, alle Pessimisten widerlegt, die da glaubten, der Union fehle es an der Kraft, um den Übergang zu meistern. Wir sind vielmehr überzeugt, daß es eine gute Zusammenarbeit werden wird, die Zusammenarbeit zwischen Erhard und Barzel zu Nutz und Frommen der Union.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich darf nun außerhalb der Tagesordnung eine Mitteilung machen. Unsere Damen werden jetzt so liebenswürdig sein, für die „Freundschaftsbrücke“ zu sammeln. Sie haben auf Ihren Plätzen eine kleine Information vorgefunden. Die „Freundschaftsbrücke“ ist ein Hilfsfonds karitativer Nächstenliebe, praktischer Nächstenliebe. Unsere Damen werden jetzt – dessen bin ich sicher – mit viel Charme bei Ihnen sammeln und Sie um Ihr Scherflein bitten. Ich appelliere an Sie, meine Herren, daß Sie nun großzügig Ihre Briefftasche und Ihren Geldbeutel handhaben.

(Heiterkeit)

Nun treten wir in die Diskussion ein. Als erster hat sich zum Wort gemeldet Herr Amrehn.

Franz Amrehn:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Es war der Wunsch des Sitzungspräsidiums, am heutigen Nachmittag die innenpolitische Diskussion und morgen am Vormittag die außenpolitische Diskussion zu führen und beide Gegenstände zu trennen. Nun gibt es aber Gegenstände, die sich überschneiden.

Berlin ist ein Beispiel dafür, daß es Objekt internationaler Auseinandersetzungen ist, aber für uns zugleich Gegenstand und Anspruch gesamtdeutschen Willens. Unter diesem Gesichtspunkt und Vorrang meine ich, daß Berlin und die Diskussion um seine heutige Stellung hineingehört in die innenpolitische Diskussion dieses Nachmittags.

Berlin steht heute nicht unter dem Druck unmittelbarer sowjetischer Bedrohung. Berlin ist aus den Schlagzeilen verschwunden. Berlin steht heute im Hintergrund der weltpolitischen Auseinandersetzungen. Und trotzdem wäre nichts so falsch, behaupten zu wollen, daß die Sowjetunion nun deswegen zu einer Macht des Friedens geworden wäre. Im Augenblick hält Moskau still. Moskau respektiert die westliche Abwehrbereitschaft. Es respektiert, daß die NATO eine Abwehrkraft darstellt. Es respektiert, daß die Machtprobe in Kuba zugunsten des Westens ausgegangen ist. Aber von daher kann niemand das Recht beanspruchen, nun zu meinen, daß die Sowjetunion jetzt übergegangen wäre in eine Phase der friedfertigen Entspannung und der Bereitwilligkeit, auch in Mitteleuropa den Frieden zu wahren. Wenn die westliche Abwehrbereit-

schaft heute nicht mehr überzeugend glaubhaft wäre, dann würde morgen eine neue Bedrohung des freien Berlins folgen

(Beifall)

Moskau und Pankow haben nicht den Willen aufgegeben, Berlin zu kassieren. Noch immer gibt es den Schießbefehl. Es gibt nicht nur den Befehl, sondern es wird auch geschossen. Jede Woche gibt es einen Mord!

(Lebhafte Pfui-Rufe)

Und es ist an der Zeit, das beim richtigen Namen zu nennen, auch wenn es in unserer Presse nicht mehr so deutlich gesagt wird.

(Lebhafter Beifall)

Das sind doch in einer angeblichen Phase der Entspannung alles keine Bagatellen. Daran dürfen wir uns doch auch nicht gewöhnen lassen, sondern wir haben dieses himmelschreiende Unrecht immer wieder laut in die Welt hinauszurufen. Das bleibt eine Pflicht unserer Partei!

(Starker Beifall)

Die Morde an der Mauer, nicht nur in Berlin, sondern auch längs der ganzen Zonengrenzlinie, geschehen mit Erlaubnis Moskaus. Darum bleibt dafür Moskau auch verantwortlich. Und solange geschossen wird mit der Erlaubnis Moskaus, meine Freunde, lasse ich mich noch nicht von den friedlichen Absichten der Sowjetunion an unseren Grenzen überzeugen.

(Sehr starker Beifall)

Nun sind wir seit zwei oder drei Jahren daran gewöhnt, von den Veränderungen in der Welt zu hören und davon, daß wir uns den Veränderungen anzupassen hätten. Meine Freunde! Mag daran manches wahr sein, zwei Veränderungen haben bisher nicht stattgefunden. Bisher hat sich nichts daran geändert, daß es die sowjetische Regierung selbst ist, die dem russischen Volk die Angst vor Deutschland jede Woche neu einredet.

(Starker Beifall)

Zweitens hat sich nichts daran geändert, daß alle Ostblockstaaten bis auf den heutigen Tag die deutsche Spaltung nach Kräften unterstützen und damit gegen unser nationales Interesse handeln. Das allein kann der Maßstab unserer Beurteilung sein, meine Freunde!

(Lebhafter Beifall)

Um Berlin gibt es zur Zeit keine internationale Unruhe, aber das ist gar kein Grund, unsere Aufmerksamkeit zu verringern oder in unseren Anstrengungen um Berlin nachzulassen. Es bleibt dabei, auch wenn es nicht jedem Deutschen heute voll bewußt ist, am Schicksal Berlins hängt weiter die Sicherheit

der Bundesrepublik, am Schicksal Berlins entscheidet sich auch weiterhin das Schicksal aller Deutschen, diese Teilung oder ihre Einheit, ihre Unterjochung oder ihre Freiheit.

(Lebhafter Beifall)

Es ist heute nicht anders als vor fünf Jahren beim Mauerbau oder zum Zeitpunkt des Ultimatums oder vor zehn Jahren oder im Zeitpunkt der Blockade. Und wenn sich heute etwas geändert hat mit Bezug auf Deutschland und Berlin, dann hat sich nicht das Ziel Moskaus oder Pankows geändert, sondern dann haben sie nur ihre Methoden zur Eroberung Berlins geändert. An die Stelle der Gewalt wollen sie heute die Methode der Verlockung setzen. Wir würden einen schlimmen Fehler begehen, wenn wir dem Versuch der Verlockung entgegenkommen wollten durch den Glauben an einen Wandel durch Annäherung.

(Beifall)

Unsere Antwort auf die Veränderungen kann nicht sein, Pankow zur politischen Verhandlungsebene für die Bundesrepublik oder Berlin allein zu machen.

Meine Freunde! Hier ist heute von Freund Barzel gesagt worden, daß gerade auch jetzt nicht daran gedacht werden kann, die Deutsche Demokratische Republik, wie sie sich nennt, in den Rang eines zweiten deutschen Staates durch Anerkennung zu erheben. Wir haben neulich erleben müssen, daß der Bürgermeister von Berlin bewußt und gewollt das Zonenregime – weil es nach seiner Meinung nicht darauf ankomme, ob die sich Kaiser von China nennen – ohne Einschränkung Deutsche Demokratische Republik genannt hat, und er hat es so im amtlichen Pressedienst Berlins drucken lassen.

(Lebhafte Pfui-Rufe)

Ich kann darauf nur erwidern, wer das feierlich und bewußt sagt und neue Dinge vorbereiten will und davon spricht, daß die Beziehungen Berlins zum Osten auf eine neue Grundlage gestellt werden müssen, der hat in seinem Inneren die Anerkennung Pankows bereits vollzogen.

(Beifall)

Unsere Anpassung an die Veränderung kann heute nur heißen, gesamtdeutsche Politik zu machen durch weitere Stärkung Berlins. An die Stelle von gezielten Einzelmaßnahmen muß heute eine sehr geplante weiträumige Berlinstrategie der Bundesrepublik treten. Wir wollen nicht noch mehr Geld, nein, wir wollen ganz im Gegenteil zu weniger Bundessubventionen für Berlin kommen. Wir wollen den eigenen Ertrag der Berliner Wirtschaft vermehren, unseren Haushalt wieder aus eigener Kraft mehr ausgleichen können. Aber dazu ist nötig, meine Freunde, daß der Bund seine Verantwortung für Berlin nicht länger beschränkt auf die geldliche Bundesleistung aus dem Haushalt, sondern daß er eine eigene sachliche und politische Verantwortung für die deutsche Hauptstadt übernimmt. Berlin braucht Menschen! Berlin braucht Menschen, um den Bevölkerungsstand zu halten.

Berlin braucht Führungskräfte für die Wirtschaft; Berlin braucht Köpfe für das kulturelle Leben der Stadt und für ihre Anziehungskraft.

Das, meine Freunde, können wir nicht allein den Sozialdemokraten oder dem Senat in Berlin überlassen, sondern das ist eine Aufgabe der CDU, eine Aufgabe der Bundesregierung; denn Berlin in der gesamten Darstellung der Stadt, in dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben, in seinem nationalen Anspruch, kann nicht nur eine Hauptstadt der Sozialdemokraten oder ein Tummelfeld für linksradikale Elemente sein, sondern muß werden – noch mehr aus sachlichen und politischen Motiven – wirklich die Hauptstadt aller Deutschen, die wir samt und sonders mittragen.

(Lebhafter Beifall)

Dazu, meine Freunde, brauchen wir mehr Bund in Berlin, mehr Bundespräsenz in Berlin, mehr Bundesverantwortung für Berlin.

Lassen Sie mich auch folgendes noch sagen! Der Regierende Bürgermeister von Berlin gehört nicht, wie es sich gehörte, als Vorsitzender seiner Partei dem Deutschen Bundestag an. Darum können die Kollegen der CDU im Deutschen Bundestag niemals die Diskussion um den politischen Weg Deutschlands unmittelbar im Bundestag mit ihm führen. Diese Aufgabe muß im Berliner Abgeordnetenhaus laufend die Berliner CDU erfüllen, die Auseinandersetzung mit Herrn Brandt über eine neue Ost-West-Brückenfunktion, über seine politischen Alleingänge in der Ostpolitik, über die kleinen Schritte und was immer es sei. In dieser Situation möchten wir aber das Gefühl haben, daß die ganze Bundespartei und die verantwortliche Politik der Bundesregierung hinter uns steht und daß wir mit der Vollkraft der Bundespartei unsere Debatten und Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie führen können.

(Lebhafter Beifall)

Hierzu könnten wir meines Erachtens einige Initiativen ergreifen. Nicht jeder, der hier im Saal anwesend ist, weiß noch, daß den Antrag auf Einbeziehung Berlins in den Bund bei den Beratungen des Parlamentarischen Rats die Christlich Demokratische Union gestellt hat. In Fortführung der damaligen Initiative sollten wir heute weitere Initiativen ergreifen und im ersten Schritt – ohne Erörterung des Stimmrechts – dafür sorgen, daß die Berliner Bundestagsabgeordneten künftig in direkter Wahl in den Bundestag entsandt werden.

(Beifall)

Das zweite, meine Freunde! Ich meine, es sei an der Zeit, daß die Christlich Demokratische Union ihre eigene Verbundenheit und Verantwortung mit und für Berlin darin zum Ausdruck bringt, daß die Christlichen Demokraten ihren nächsten Bundesparteitag endlich wieder in Berlin abhalten.

(Bravo-Rufe und Beifall)

Förderung und Verteidigung Berlins sind Fragen unserer eigenen und der gesamten westlichen Selbstbehauptung.

Heute morgen hat der Herr Bundeskanzler von den Gemeinschaftsaufgaben gesprochen, auch von seiner Vorstellung über die Formierte Gesellschaft. Dabei hat er gesagt, diese Formierte Gesellschaft heiße nicht unmittelbar „Aktion“, sondern sie sei ein Prozeß unserer Entwicklung. Ich meine aber, Aktionen förderten den Prozeß. Darum auch noch mehr Aktionen für Berlin!

(Beifall)

Hier besteht eine deutsche Gemeinschaftsaufgabe, es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, in der wir selbst uns bewähren können, und eine erstrangige Möglichkeit, ja, eine Verpflichtung für die Bewährung der CDU, für die Bewährung der unter neuer Führung stehenden CDU in Berlin für Gesamtdeutschland.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch:

Lieber Freund Amrehn, wir danken sehr herzlich für diese sehr anschauliche Darlegung der Position unserer Berliner Freunde und der Stellung Berlins. Ich glaube, daß wir eines zurückgeben können, nämlich den Appell, der an uns gerichtet wurde, die schwere Aufgabe unserer Berliner Freunde richtig zu sehen und zu würdigen, und die Notwendigkeit in unserer politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland auch von den von ihnen gemachten Erfahrungen zu zehren. Davon haben wir nicht zuletzt im letzten, zurückliegenden Wahlkampf Gebrauch machen dürfen.

Es wird notwendig sein, dafür Sorge zu tragen, daß wir über alle diese Vorschläge sehr sorgfältig beraten.

Ich darf nun einige technische Punkte vortragen, die mir für den Verlauf der Diskussion notwendig zu sein scheinen.

Zunächst folgendes. Wir haben für heute nachmittag noch etwa bis gegen 18 Uhr Zeit zur Verfügung. Der Parteivorstand schlägt Ihnen vor, die Gesamtdiskussion in zwei Abschnitte aufzuteilen, heute nachmittag über innenpolitische und morgen vormittag über außenpolitische Fragen zu sprechen.

Weiter bitte ich Sie, bei Ihren Darlegungen – ich will nicht auf eine Begrenzung der Redezeit, sondern auf eine weise Selbstbeschränkung hinaus – sich kurz zu fassen, damit wir die Stunde, die uns noch zur Verfügung steht, nutzen können, möglichst viele Beiträge so präzise wie möglich zu hören.

Sodann darf ich diejenigen bitten, die irgend etwas miteinander besprechen möchten – ich darf die Anregung von heute vormittag aufgreifen –, dazu doch die Wandelgänge zu benutzen.

Herr Müllenbach hat mich außerdem gebeten, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Herren Landesschatzmeister sehr dringend ersucht werden, zu ihrer Besprechung in der Organisationsabteilung zusammenzukommen.

Schließlich darf ich noch sagen, daß die Junge Union sich nicht im „Bergischen Hof“, sondern im „Bonner Bürgerverein“ trifft.

Jetzt erteile ich als nächstem Redner unserem Freund Stingl, dem Landesvorsitzenden des Landesverbandes Oder-Neiße, das Wort.

Josef Stigl, MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es nicht selbst zu vertreten, daß nach Herrn Amrehn wieder ein Berliner vor Ihnen steht und einige Bemerkungen zu den heutigen Vorträgen macht.

Wir haben mit großer Genugtuung heute morgen festgestellt, daß der Herr Bundeskanzler darauf hingewiesen hat, wo die Wurzel unserer Partei liegt. Er hat ausgeführt, daß diese Partei aus christlich-sozialer Wurzel komme.

Wir haben deshalb, wenn wir unsere Politik beurteilen, in der Vergangenheit, und wenn wir sie in die Zukunft hinein gestalten wollen —, uns zu fragen, welches denn die Anschauungen und die Wurzeln sind, die dieses christlich-soziale Ausgangsbild geprägt haben.

Wir müssen davon ausgehen, daß das Menschenbild, das wir als Christen haben, ein anderes ist als das, was uns von liberaler oder von sozialistischer Seite offeriert wird. Die Würde des Menschen steht für uns im Mittelpunkt. Zugleich aber wissen wir, daß jeder Mensch unverwechselbar er selber ist und eigene Würde hat, daß er jedoch immer Mensch unter Menschen ist. Die christliche Partei muß diese Partei sein, die ihre Gesetze danach ausrichtet, daß es darauf ankommt, nicht dem schrankenlosen Individualismus das Wort zu reden, sondern die mitmenschlichen Beziehungen so zu gestalten, daß wir an den Nächsten denken.

Rainer Barzel hat vorhin gesagt, daß unser Mühen um Stabilität sozial ist. Das ist ganz sicher richtig. Geben wir uns nicht die Mühe, daß das Geld seinen Wert behält, wird als erster der geschädigt sein, der nicht mehr am Wirtschaftsgeschehen teilhat, der nicht mehr selber Lohn- oder Gehaltsempfänger ist. Aber, meine Freunde, wir müssen zugleich wissen, daß Sozialpolitik und Sparen einen Zusammenhang haben. Wir müssen wissen, daß wir die Sparmaßnahmen nicht nur immer anderen aufbürden können, daß wir nicht etwa sagen können, wir fangen das Sparen an bei denjenigen, die nicht mehr im Arbeitsprozeß stehen, sondern so, wie es der Herr Bundeskanzler heute morgen ausgeführt hat:

Wir selber müssen unsere eigene Aufwendigkeit überprüfen. Dann werden wir dabei zu einer gerechten Regelung kommen.

Wenn wir uns z. B. konkret Gedanken machen darüber, wie denn die Sparförderung den Bundeshaushalt belasten kann, dann können wir nicht einfach sagen, wir müssen sie einschränken, sondern dann müssen wir davon ausgehen, ob wir dann dem Prinzip treu bleiben, daß wir weiterhin unsere Gesellschaft so bauen wollen, daß wir den Sparwillen belohnen, daß wir aber auch die Sparfähigkeit der Empfänger kleiner Einkommen vergrößern.

Unsere Sozialpolitik muß auch davon ausgehen, daß die Würde des Menschen nicht geringer ist, ob er vor dem Arbeitsleben steht oder ob er aus dem Arbeitsleben ausgeschieden ist. Das, was wir als Christen verlangen müssen, ist die Solidarität der Arbeitenden für die kommende Generation sowohl wie für die Generation, die uns die Voraussetzungen für unsere Arbeit geschaffen hat.

(Beifall)

So gesehen ist Familienlastenausgleich kein Sozialkonsum, sondern die beste und die größte Sozialinvestition.

(Beifall)

Denn wenn wir nicht heute dafür sorgen, daß unsere Familien und besonders unsere kinderreichen Familien in die Lage versetzt werden, ihren Kindern eine Bildung und Ausbildung zu geben, die sie fertig werden läßt mit den Anforderungen der Technik, der Automation, dann haben wir versagt, und dann werden wir selbst die Leidtragenden sein, wenn wir einmal ins Greisenalter kommen. Darum kann niemand davon ausgehen, daß der Familienlastenausgleich nach Bedürftigkeit, d. h. nach Offenlegung der Einkommensverhältnisse gegeben werden könne.

Eine Partei, die sich christlich versteht, muß sich darüber im klaren sein, daß Gerechtigkeit ein Volk erhöht, und Gerechtigkeit bedeutet, denen, die Opfer für das ganze Volk gebracht haben, in gerechter Weise Leistungen zukommen zu lassen. Es wäre fatal, wenn wir in einer blühenden Wirtschaft denen, die als Kriegsoffer oder als Vertriebene alles verloren haben, 21 Jahre nach dem Kriege nicht in gerechter Weise entgegenkämen. Wir wollen nicht daran deuten, daß die Rentner einen gesicherten Lebensabend haben sollen. Wir können nicht sagen — und besonders die können es nicht sagen, die ein wohlgeordnetes Alter vor sich haben und Pensionsansprüche besonderer Art haben —, daß das Sparen dort anfangen müsse, wo es sich um Ausgaben für die handelt, die schon aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind.

Der vorige Parteitag in Düsseldorf hat sich damit einverstanden erklärt, daß wir die gesetzliche Rentenversicherung für Selbständige und Angehörige freier Berufe öffnen. Ich habe die Freude, Ihnen im Rückgriff auf das Referat von Herrn Dufhues sagen zu können, daß der dafür zuständige Sozialpolitische Ausschuß der Bundespartei — nach meiner Erinnerung ist es das erstmal, daß so etwas geschehen ist — eine entsprechende Vorlage zu dem vorjährigen Parteitagsbeschluß ausgearbeitet und dem Parteivorstand vorgelegt hat. Der Vorstand ist leider gestern nicht mehr dazu gekommen — Sie wissen, warum —, die Frage zu behandeln. Aber ich glaube, daß, von dem Herr Dufhues sprach, nämlich daß die Fachgremien politische Wirksamkeit bekommen und zu den Vorlagen an den Vorstand kommen müssen, ist in diesem Fall erfüllt gewesen und wird hoffentlich in Zukunft öfter erfüllt werden.

Wir dürfen dabei auch darauf hinweisen — das gehört ebenfalls zur Solidarität eines ganzen Volkes —, welch großartige Leistungen dieses deutsche Volk im Lastenausgleich erbracht hat. Wir haben keine Veranlassung, uns wegen dieser Leistungen etwa irgendwo zu verstecken. Aber wir müssen ebenso klar sagen, daß die Eingliederung des heimatvertriebenen Landvolks uns noch nicht gelungen ist, daß die Depossidierung der Vertriebenen dazu geführt hat, daß sich die Sozialstruktur unter ihnen völlig verändert hat. Gerade wir als Christen müssen sagen, daß wir dem entgegenwirken wollen.

Demnach bekennen wir klar, daß wir selber darauf dringen werden, daß diejenigen, die einmal selbständig waren, besser betreut werden, vor allem dann, wenn sie in das Alter gekommen sind, wo sie nichts mehr verdienen.

Wir müssen auch sagen — das ist ein wichtiges Wort, und das darf nicht untergehen —, daß 21 Jahre nach dem Kriegsende auch die Personen, die aus der sowjetisch besetzten Zone zu uns gekommen sind, ein Recht darauf haben, von der blühenden Wirtschaft unseres Landes einen gerechten „Lastenausgleich“ zu erhalten.

(Beifall)

Wir müssen dafür sorgen, daß sie dem Lastenausgleich nachgebildete Leistungen bekommen können. Wir haben danach zu fragen, ob dies nicht eine gerechte Forderung ist.

Die Christlich Demokratische Union war sich dieser Dinge immer bewußt und hat sie vorangetragen. Sie ist nicht phrasenhaften Versprechungen nachgelaufen, sie hat nicht — wie die anderen Parteien — durch überhöhte Forderungen zum Lastenausgleich Stimmen zu fangen versucht. Sie war sich ihrer Aufgabe diesen Menschen gegenüber immer bewußt. Deshalb ist in aller Vergangenheit bei Vertriebenen und Flüchtlingen der Anteil der CDU-Wähler größer gewesen als bei der einheimischen Bevölkerung. Diese Vertriebenen und Flüchtlinge haben hier im Westen die Bundesrepublik mit aufgebaut. Ihr besonderer Einsatz war notwendig für den Aufbau in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin. Sie haben damit ihre friedfertige Gesinnung bewiesen, ihre friedfertige Gesinnung auch gegenüber den Völkern, die unsere östlichen Nachbarn sind. Diese friedfertige Gesinnung, die sich hier bewährt hat, wird sich auch dann bewähren, wenn wir einmal mit diesen Völkern frei verkehren können. Dann werden wir anstreben müssen die einvernehmliche Selbstbestimmung, die gerechte Ordnung, der Polen und Tschechen und Jugoslawen — und wen Sie aufzählen wollen — und wir selber zustimmen können.

Wir hier in Deutschland müssen uns dabei nur darüber klar sein, daß dies gesagt werden muß, daß es nicht darum geht, irgend etwas zu verschweigen, zu vertuschen, sondern daß dies gesagt werden muß: daß auch dieses deutsche Volk Forderungen an die Welt hat, nämlich Freiheit für alle Deutschen, wie es uns das Grundgesetz aufgibt, Selbstbestimmung für alle Deutschen. Hier können die Berliner — in Anlehnung an das, was Freund Amrehn gesagt hat — Beispiel sein, indem man nämlich in einer Strategie für Berlin, wie er es genannt hat, hier in der Bundesrepublik Deutschland aufzeigt: Jeder junge Mensch, der nach Berlin arbeiten geht, erfüllt eine nationale Aufgabe.

(Beifall)

Nicht alle Studenten, die nach Berlin gehen, um dort zu studieren, erfüllen diese nationale Aufgabe. Sie beteiligen sich an Demonstrationen ganz gefährlicher Art. Dabei hätten sie, die angeblich so für die Menschenrechte eintreten, oft genug und immer wieder Gelegenheit, gegen Unmenschlichkeit zu demonstrieren, nämlich dort, wo in Berlin Menschen erschossen wurden.

(Beifall)

Dieses Hingehen nach Berlin ist ein Zeichen nationaler Opferbereitschaft. Das muß stärker propagiert werden. Die Christlich Demokratische Union hat die Aufgabe, bei der Behandlung der Berlin betreffenden Fragen und bei der Vertretung der Rechte derer, die nicht in ihrer Heimat sind, deutlich zu machen, auch dem Osten gegenüber deutlich zu machen, daß dort, wo Christen regieren, wirklich der soziale Rechtsstaat ist, weil die Menschenwürde geachtet wird und die Beziehungen der Menschen zueinander von der Nächstenliebe getragen sind.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch:

Ich danke unserem Freund Stingl. Das Wort hat nun der Vorsitzende des Bundeswirtschaftsausschusses der CDU, unser Freund Bundesminister a. D. Franz Etzel.

Franz Etzel:

Meine Damen und Herren! Das Interesse ist nicht mehr allzu groß, aber ein paar Gedanken möchte ich doch vortragen.

Wir haben heute zwei Referate gehört, eines von Herrn Bundeskanzler Erhard und eines von Herrn Rainer Barzel, die ein Trost waren für den Weg, den wir in die Zukunft gehen wollen. Denn beide haben in einem breit angelegten Bild die politische Zielsetzung der nächsten Zukunft abgegrenzt. Wir diskutieren heute nachmittag diejenigen Teile dieser Referate, die die Innenpolitik betreffen, und es entspricht meiner Verantwortung und Arbeit in der Partei, der ich mich lange gewidmet habe, ein paar Worte zum Thema „Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik“, die meiner Meinung nach ein Ganzes sein müssen, zu sagen. Ich möchte hier vor allem zwei Gedanken behandeln.

Der eine Gedanke ist von Herrn Erhard unter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft und freie Marktwirtschaft“ ausführlich behandelt worden.

Ich möchte hier mit aller Klarheit und Deutlichkeit sagen, daß die Diskussion, die zu diesem Thema vor einiger Zeit aufgekommen ist — nämlich, daß wir auf dem Weg seien, uns zu einer liberalen Wirtschaftspartei zu entwickeln —, nicht richtig sein kann und nicht richtig sein darf. Das würde unseren Ideen nicht entsprechen.

Herr Bundeskanzler Erhard hat heute morgen mit Recht darauf hingewiesen, daß diese CDU eines nicht aufgegeben habe, nämlich das Grundsatzprogramm zur Wirtschaftspolitik, zur sozialen Marktwirtschaft, das am 15. April 1949 in Düsseldorf unter dem Namen „Düsseldorfer Leitsätze“ verkündet worden ist. Ich will daraus einige Sätze vorlesen. Ich habe noch eines der wenigen Exemplare des damals veröffentlichten Programms, von dem es kaum noch eines gibt. Ich sehe gerade, daß Herr Katzer auch noch eines hat. Dort ist unser Programm über die soziale Marktwirtschaft entwickelt worden. Auf Seite 1 steht ganz eindeutig: „Die soziale Marktwirtschaft steht in scharfem Gegensatz zum System der Planwirtschaft“, — die wir damals noch hatten, die Ludwig Erhard beseitigt hat — „die wir ablehnen, ganz gleich, ob die Lenkungsstellen zentral

oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind.“ Dann heißt es im nächsten Satz, und das scheint mir wichtig zu sein: „Die soziale Marktwirtschaft steht aber auch im Gegensatz zur sogenannten freien Wirtschaft liberalistischer Prägung.“

Das war damals das Ergebnis monatelanger Auseinandersetzungen. Wir wollten uns von der sogenannten alten Marktwirtschaft, von der Marktwirtschaft des *laissez faire*, *laissez aller* absetzen und eine eigene Wirtschaftsform prägen, eine Form, in der das Verhältnis der Wirtschaft zum Staat in der Form organisiert war, wie das von der Freiburger Schule wissenschaftlich entwickelt worden war. Nach dieser Schule und nach unseren damaligen Grundsätzen war das Verhältnis Staat – Wirtschaft so gedacht und so zu handhaben, daß der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht dazu hat, in der Wirtschaft zu intervenieren. Diese Interventionen sollten allerdings auf das begrenzt sein, was man marktconforme Mittel nennt. Diese marktconformen Mittel sind dann ganz kurz wie folgt definiert: „Die soziale Marktwirtschaft verzichtet auf Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitskraft und Absatz. Sie bejaht jedoch die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit den organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik auf Grund einer elastischen Anpassung an die Marktbeobachtung. Diese Wirtschaftspolitik führt in sinnvoller Kombination von Geldpolitik, Kreditpolitik, Handelspolitik, Steuerpolitik, Investitionspolitik, Sozialpolitik, Zollpolitik sowie anderer Maßnahmen dazu, daß die Wirtschaft in Erfüllung ihrer letzten Zielsetzung der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient. Diese Bedarfsdeckung hat selbstverständlich auch eine angemessene Versorgung des notleidenden Teils der Bevölkerung zu umfassen.“ Es wird Herrn Katzer freuen, wenn ich sage, daß im nächsten Satz auch noch das Ahlener Programm erwähnt wird.

Wir sind keine Partei liberaler Prägung, sondern wir sind eine Partei, die in den letzten Jahren ihre Politik aus der Vorstellung der Verpflichtung des Staates, mit marktconformen Mitteln zu intervenieren, betrieben hat. In einer Zeit, da große Produktionsreserven da waren, da 15 Millionen Menschen zugeströmt sind, war das Problem nicht sehr hart. Nach unserem rasanten Aufstieg – der Bundeskanzler hat zu Recht darauf hingewiesen – wird es ein echtes Problem. Wir haben jetzt mit den Mitteln der marktconformen Steuerung – an der Spitze den Mitteln der Geld- und Kreditpolitik – dafür zu sorgen, daß das wichtigste Anliegen, das unsere Partei hat, nämlich die Geldwertstabilität zu erhalten, erfüllt wird. Wenn wir wollen, können wir das. Die Kenntnisse, die wir heute besitzen, versetzen uns in die Lage, eine stabile Geldordnung durchzuhalten. Der Herr Bundeskanzler hat auch recht, wenn er sagt, daß die wirtschaftliche Instabilität, die wir haben, uns doch große Sorgen machen müsse. Ich drücke mich jetzt etwas extrem aus. Ich habe wohl recht, wenn ich sage, daß zwei Dinge gewiß sind: Das eine ist, daß wir sterben, das wird nicht bestritten. Das zweite ist, daß im nächsten Jahr die Preise wieder höher sind. Da steckt der Fehler, und hier liegt unsere Verantwortung.

Die Politiker müssen zusammen mit der Notenbank dafür sorgen, daß das Güterangebot auf der einen Seite und die monetäre Nachfrage auf der anderen

Seite sich die Waage halten, damit wird die Stabilität erhalten. So haben wir die Möglichkeit, einen uns verpflichtenden Weg zu gehen. Dieser Weg heißt: Sparen.

Sparen ist dornenvoller als bewilligen. Das ist sehr dornenvoll. Das ist schon in der Familie so. Wenn ich meiner Frau Wünsche ablehnen muß, weil ich sparen muß, habe ich nicht ihre volle Sympathie. Wenn ich den Kindern Wünsche ablehnen muß, weil ich sparen muß, habe ich nicht ihre Sympathie. Sie stehen alle im öffentlichen Sektor; wenn Sie in den Gremien, in denen Sie tätig sind, in den Gemeindeparlamenten usw., mit Sparen anfangen, haben Sie bestimmt eine Menge Gegner.

Aber eines ist so sicher, wie wir hier sitzen und stehen. Wir können nicht mehr verbrauchen, als wir Jahr für Jahr an Gütern produzieren und meinetwegen gespart haben. Damit ist aber Schluß. Wir versuchen aber — und das ist die große Sorge —, in der Euphorie unseres Wohlstandes immer wieder mehr Dinge zu verbrauchen und zu verteilen, als das einfache Gesetz, das ich soeben genannt habe — man kann nicht mehr verbrauchen, als man hat — zuläßt. Ergebnis: Der Ausgleich erfolgt laufend über höhere Preise.

Im vorigen Jahr hat der Bundeshaushalt nominal einen Zuwachs von 10,1% gehabt. Am Ende hatte er trotzdem noch ein Defizit von 1,6 Milliarden. Ich glaube, das ist eine Katastrophe. Aber was ich hier vom Bundeshaushalt sage, muß ich leider auch von den Haushalten der Länder und Gemeinden sagen. Hier müssen Sie, wenn wir die Dinge retten wollen, eine Verantwortung übernehmen.

Schon Lenin hat gesagt: Man muß die finanzielle Ordnung, die Währung der bürgerlichen Welt zerstören, dann hat man sie für den Bolschewismus gewonnen.

Die Geldwertstabilität ist die Achillesferse unserer demokratischen Ordnung geworden. Wenn wir hier nicht aufpassen, zerstören wir unsere Ordnung, zerstören wir alles, was hier heute morgen an Wunschdenken vorgetragen worden ist, zerstören wir eine Leistung von 20 Jahren.

(Beifall)

Dagegen wehre ich mich.

Man sagt uns immer wieder: Das müssen wir politisch tun und das müssen wir politisch tun und das müssen wir politisch tun. Ich bin der Meinung, in allererster Linie müssen wir eines politisch tun: die Stabilität der Preise erhalten.

(Sehr richtig!)

Wir haben 37 Millionen Sparkonten. Wenn die Stabilität des Geldes auf diesen Sparkonten zerstört wird, haben wir 37 000 000mal eine Enttäuschung. Ich glaube, ein wichtigeres politisches Anliegen als dieses gibt es nicht. Alle übrigen politischen Gesichtspunkte müssen hinter dieser Ordnung zurücktreten. Was wir haben, können wir verteilen. Das machen wir sowieso. Aber eines ist ganz sicher: Mehr als wir in der öffentlichen Hand zur Verfügung haben, kön-

nen wir nicht verbrauchen. Wir können das Problem auch nicht durch Erhöhung der Steuern lösen. Man kann nicht, wenn irgendein Haushalt zuwenig hat, einfach die Steuern erhöhen.

Das Ergebnis ist doch folgendes. Wir haben in der Bundesrepublik an Steuern und Sozialbelastungen mit 40% die höchste Belastung in der freien Welt. Eine noch höhere Belastung bedroht einmal unsere Freiheit, über unser Einkommen zu verfügen. Wenn wir eine Mark verdienen und davon im Durchschnitt 40 Pfennig abgeben müssen, ist doch unsere Freiheit um diese 40 Pfennig bedroht. Und wenn diese Entwicklung noch weitergeht, geht immer wieder der größte Teil aller Steuererhöhungen in die Preise ein. Das bedeutet aber ganz eindeutig, daß sich unsere Welthandelsposition verschlechtert.

Wir haben, meine Damen und Herren, den zweitgrößten Platz im Welthandel, im freien Welthandel. Wir haben den drittgrößten Platz in der Weltproduktion. Das heißt aber natürlich, daß wir ausführen müssen, um die Devisen zu bekommen, damit wir wieder einführen können. Und dann müssen wir im Rahmen der Welthandelspreise bleiben. Jede Steuererhöhung bedroht diese Position und findet ihre Grenze in den Möglichkeiten, die ein vernünftiger Export haben sollte. Die Tatsache, daß wir über eine defizitäre Zahlungsbilanz verfügen, sollte uns ein bedrohliches Signal sein.

Meine Damen und Herren, nur dieser doppelte Appell. Wir sind keine liberale Wirtschaft. Wir tun das, was im Rahmen unserer Sozialvorstellungen mit den Mitteln der sozialen Marktwirtschaft durchzuführen ist. Das wollen wir tun und werden wir tun. Aber die Grenze, die wir haben: nicht mehr verbrauchen zu dürfen, als wir besitzen, als wir einnehmen, die muß eingehalten werden, wenn wir nicht die Demokratie zerstören wollen. Sie nicht zu zerstören, ist die Verantwortung der Politiker. Und wenn diese Verantwortung nicht gespürt wird, werden uns die Wähler verlassen und werden uns nicht mehr wählen, und wir werden eine Situation haben, von der ich behaupte: Die dritte Inflation in Deutschland wäre der Bolschewismus. Und das wollen wir nicht.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch:

Ich danke Ihnen sehr, Herr Minister Etzel. Das Wort hat nun der Bundestagsabgeordnete Mick aus dem Rheinland.

Josef Mick MdB: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich bitte um Entschuldigung, daß ich heute morgen nicht im Saale war, als mir das Wort erteilt wurde. Aber ich sage Ihnen offen, daß ich froh darüber bin, weil ich doch inzwischen einiges mehr gewahr geworden bin, sowohl durch das Referat unseres verehrten Bundeskanzlers als auch durch das Referat des Fraktionsvorsitzenden.

Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich sehr erfreut darüber bin, daß der Herr Bundeskanzler das christlich-demokratische Terrain mit dem C eindeutig abgesteckt hat.

(Beifall)

Dabei, meine Freunde, sind wir uns wohl darüber klar, daß dieses C kein Kochbuch ist nach dem Motto: Man nehme aus diesem C, von diesem C — und hat dann die richtige Politik zur Hand. Darüber sind wir uns wohl alle klar. Ich bin auch mit einem Vorredner in der Diskussion des Vormittags darin einig, daß das deutsche Volk, der deutsche Wähler von uns keinen ideologischen Streit verlangt, sondern Vorschläge zur Finanzreform, zum Fortgang der Sozialpolitik usw. usw. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das dürfte doch ebenso wahr sein: daß wir dieses Problem nur von einer fest gegründeten Grundlage aus angehen können, daß wir sie nur angehen können aus einer gesicherten Haltung.

Dabei bin ich mir klar darüber, daß diese Grundlage, das Ziel, nicht ein für allemal steht und daß wir nichts mehr daran zu tun haben, daß wir uns auf beiden Seiten ausruhen können, weil wir ja einmal ein Bekenntnis abgelegt haben — und alles ist in Ordnung. Ich glaube, daß wir immer, zu jeder Stunde, anzustehen haben, dieses C immer wieder neu zu durchdenken, immer wieder die Wege zu suchen, die von diesem C in die praktische Politik hineinführen. Wir sind also, meine Freunde, geradezu gezwungen, miteinander im Gespräch zu bleiben, miteinander zu ringen.

Dabei bin ich allerdings auch der Ansicht des Bundeskanzlers, daß wir Kritik nicht künstlich entfachen sollten. Aber ich bin der Meinung, daß unsere Gespräche miteinander schon lebhafter und auch fruchtbarer waren. Wenn ich mich an den letzten Parteitag in Düsseldorf erinnere, einen Parteitag, als wir vor Bundestagswahlen standen, wo wir uns in allem Freimut über alles, was anstand, unterhalten haben und — das fand ich geradezu bemerkenswert — dort auch in Offenheit sagten: Das haben wir nicht gelöst, das haben wir nicht gelöst, darüber müssen wir weiterdiskutieren! Selbst als der Kollege Katzer als Berichterstatter des Arbeitskreises Wirtschafts- und Sozialpolitik zu den delikatesten Fragen dem Forum des Parteitags berichtete, bekam er den rauschenden Beifall dieses Parteitages, weil jeder spürte: Wir sind miteinander im Gespräch, wir können über alles miteinander reden.

Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, ich habe heute manchmal den Eindruck, als wenn wir nur noch aus gefestigten Stellungen heraus Monologe führen,

(Zurufe: Na, na!)

Monologe, die wir dann so zu kaschieren versuchen, als wenn sie eine Gesamtmeinung darstellten, als wenn sie die Meinung der ganzen Union wiedergäben, aber doch immer nur die Meinung eines Teiles dieser Union sind.

Das geht dann etwa nach dem Motto — bitte, meine Damen und Herren, ich rede hier im Klartext —: Haust du mich in Wiesbaden, dann hau ich dich in Bergheim und in der sozialen Ordnung, und wir warten jetzt schon, daß wir anderswo wieder gehauen werden. Ich glaube, so sollten wir nicht miteinander fortfahren. Wir sollten die parteiinterne Diskussion in höherem Maße wieder aufleben lassen.

(Beifall)

Ich sage: die parteiinterne Diskussion, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich halte nichts davon, ewig Diskussionen mit der Partei Nahestehenden zu führen. Wer der Partei eine gewisse Zeitlang nahesteht, der muß wissen, was in dieser Partei ist, was diese Partei zu verkaufen hat, und ich meine, das wäre dann der Zeitpunkt, wo der Nahestehende dann die ewigen Gelübde ablegen könnte.

(Beifall)

Das Wort „liberal“ hat in den letzten Wochen einen verhältnismäßig breiten Raum eingenommen. Ich weiß natürlich auch, meine Freunde, daß man das Wort „liberal“ mit Freiheit, mit freiheitlich usw. übersetzen kann und daß wir in diesem Sinne alle Liberale sind. Aber Sie werden doch Verständnis dafür haben, daß gerade bei mir etwa — Sie wissen, woher ich komme; ich brauche Ihnen das nicht zu sagen — diese Worte liberal, Liberalismus, liberalistisch mit Hypotheken belastet sind, an denen wir schwer getragen haben und zum Teil auch heute noch tragen.

Stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, wir würden Ihnen etwa zumuten: sozial-demokratisch. Das ist ebenso ein Begriff, der vergeben ist — obwohl wir sozial und demokratisch sind —, das hat unsere Politik vielleicht mehr bewiesen als die Doktrinen derjenigen, die sich so genannt haben.

Ich gestehe auch gerne, daß ich durch manchen Freund in der Union, besonders von denen — ich bitte jetzt zu entschuldigen, wenn ich das nicht ganz formgerecht sage —, die aus dem Protestantismus kommen, die liberaler angelegt sind, manches gelernt habe, daß mir manche Zusammenhänge aufgegangen sind, zum Beispiel der Zusammenhang, daß man Solidarität nicht ohne Subsidiarität haben kann. Ich bitte auch, Verständnis dafür zu haben, wenn ich behaupte, daß man Subsidiarität nicht ohne Solidarität haben kann.

(Beifall)

Ich hatte nicht geglaubt, meine Freunde, daß der Franz Etzel hier eine Rede gehalten hätte. Ich brauchte Sie dann nicht anzusprechen. Wir sind immer hart im Gefecht gestanden, schon zu Zeiten meines väterlichen Freundes Johannes Albers, und Karl Arnold war mit von der Partie. Das waren noch sehr lebhaft Diskussions, von denen ich hintendrein etwas gewahr wurde als der berühmte „junge Mann“. Aber, Herr Kollege Etzel, ich habe mehrfach Ihre Rede auf Karl Arnold gelesen, die Sie auf dem letzten Parteitag in Düsseldorf zum Gedenken an diesen — wie ich meine — großen Mann gehalten haben; ich unterstreiche hier jedes Wort.

Herr Etzel, Sie können von mir noch einige Exemplare der Düsseldorfer Leitsätze haben, wenn Ihnen noch einige fehlen, allerdings, Herr Etzel, auch noch einige Exemplare des Ahlener Programms, die ich noch vorrätig habe. Ich bin aber mit Ihnen der Meinung, daß die Düsseldorfer Leitsätze ein „Über-das-Ahlener-Programm-hinaus“ waren, und es war nicht leicht für die alten Christlich Sozialen, das sofort zu verstehen, aber darunter hat die Zusammenarbeit nicht gelitten. Es hat nicht der Dialog, der oft sehr lebhaft war, darunter gelit-

ten, und es hat auch gemeinsame Ergebnisse gegeben. Verehrter Freund Etzel, ich möchte auf Sie nicht einmal eine Trauerrede halten müssen, aber zu einer Laudatio auf Ihre politische Tätigkeit bin ich jederzeit bereit.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben Ihren Beitrag zur Eigentumspolitik nicht vergessen, und wir haben auch nicht vergessen, daß Sie im Bundeswirtschafts-Ausschuß ein Diskussions-team innerhalb der Partei geschaffen haben, wo Gedankengut aller Schichten dieser Union in die Politik der Union eingegangen ist. Der Dialog ist es, Freunde, es gibt bei uns nur sehr wenige, die ein Soloinstrument spielen können und die es auch spielen dürfen. Selbst aber die, die es dürfen, bekommen größtenteils die Noten noch vorgeschrieben.

(Heiterkeit)

Aber wir alle haben in einem Orchester ein Instrument zu spielen, auf daß — ich möchte sagen — eine harmonische Gesamtpolitik herauskommt.

Ich habe hier noch ein Wort des Dankes zu sagen. Meinem verehrten Fraktionskollegen, Professor Stein — Sie wissen, wo der Mann steht — bin ich dankbar, daß er auf Grund seines Einflusses in der Wirtschaft ein Forum geschaffen hat, wo man in offener Aussprache Probleme angehen kann, und wo man — wenn man sie nicht sofort einer Lösung zuführen kann — zumindest im persönlichen Kontakt miteinander menschliche Achtung, Achtung vor der menschlichen Qualifikation und der Sauberkeit des Gegenübers gewinnen kann. Gestatten Sie mir noch einige Schlußbemerkungen: Es ist selten ein so bezeichnendes und eine Situation umreißendes Wort ausgesprochen worden, wie es der verehrte Bundeskanzler einmal vor dem Plenum des Deutschen Bundestages sprach: daß die Fragen der Schule und der Ausbildung, die Fragen der Wissenschaft in ihrem Rang mit der sozialen Frage des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts gleichzusetzen seien. Ich stimme hier hundertprozentig zu, wissen wir doch am allerbesten, meine Freunde, daß das gesamte System unserer sozialen Sicherheit davon abhängt, daß wir die berühmte Nasenlänge vorausbleiben, daß wir heute für die arbeiten, die nicht mehr können, und daß morgen die für uns arbeiten müssen, wenn wir nicht mehr können, daß wir nichts — von der Sozialpolitik her gesehen — auf der hohen Kante liegen haben.

Ich möchte aber nicht, daß wir uns jetzt in Schlagworten erschöpfen, in Schlagworten, die man so und so auslegen kann, die man so oder so, böswillig oder gutwillig, kommentieren kann. Ich halte nichts von der Formulierung, daß heute die sozialen Investitionen vor dem sozialen Konsum kommen, sondern ich darf vielleicht einem kinderreichen Familienvater sagen, daß sein sozialer Konsum aufzuhören hat oder daß er auf der Basis zu bleiben hat, auf der er sich befindet, wenn man sozial investieren muß. Ich glaube, wir müssen uns hier in dem, was wir wollen, was an sich auch mit diesem Schlagwort ausgedrückt sein soll, differenzierter ausdrücken, als das bisher geschehen ist.

Ich bin willens, meine sehr verehrten Damen und Herren, mich vor meine Freunde in den Gewerkschaften, in den Betrieben und in der Partei hinzustel-

len und ihnen zu sagen, daß sie ab morgen für die Zigarette einen oder zwei Pfennige mehr zu bezahlen haben, weil wir mehr für morgen, für unsere soziale Sicherheit tun müssen.

(Lebhafter Beifall)

Deshalb, meine Freunde, keine Einseitigkeiten, vor allen Dingen keine Aussagen, die nicht exakt durchgehalten werden können. Wenn ich daran erinnere, daß wir beispielsweise vor einer Novelle zur Kriegsopferversorgung stehen und daß unser Freund Barzel sagt, in der Familienpolitik, in der Eigentumspolitik, dürfe nicht zurückgesteckt werden, dann müssen wir hier also differenzierter bleiben, um nicht unglaubwürdig zu werden.

Freunde, ich gestehe Ihnen, daß ich im allgemeinen über diesen Parteitag beglückt bin. Über einen Punkt bin ich allerdings bedrückt, und zwar über den Beitrag einer Wirtschaftszeitung zu diesem Parteitag. Ich kann diesen Beitrag nur als einen „alten Hut“, angefüllt mit Klassenhaß- und Klassenkampfdenken, bezeichnen.

(Beifall)

Es heißt hier zum Beispiel:

„Um allen ideologischen Tendenzen in der Union rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben, wäre es angebracht, den weltanschaulich beflissenen CDU-Arbeitnehmern im Parteipräsidium von vornherein Sitz und Stimme zu verweigern.“

Meine sehr verehrten Freunde, ich bin überzeugt, niemand von Ihnen wird diesen „alten Hut“ kaufen, so wie ich mich morgen mit Leidenschaft dafür einsetzen werde, daß die Freunde, die aus dem unternehmerischen Lager für dieses Präsidium vorgeschlagen sind, in Einhelligkeit und Einstimmigkeit gewählt werden. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch:

Ich danke Herrn Mick. — Ich darf nun eine Bitte an die jetzt noch folgenden Diskussionsredner richten. Ich bitte, sich im Hinblick auf die vorgerückte Stunde möglichst an ein Zeitmaß von drei bis fünf Minuten zu halten.

(Beifall)

Auch in dieser Zeit läßt sich sehr viel sagen.

Zunächst hat das Wort Frau Doris Altewischer.

Frau Doris Altewischer:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben gute Rückbesinnung gehört und manch wegweisendes Wort. Aber ich habe Überlegungen zu einer Realität in unserer Bundesrepublik vermißt, einer Realität, die mir lebenswichtig gerade für unsere Union erscheint.

Ich meine die Frauen. Es stände wahrscheinlich jetzt besser einem Herrn an, hier zu sprechen, statt daß ich es in eigener Sache tue. Aber verzeihen Sie, das ist bisher nicht erfolgt, und darum habe ich mich gemeldet.

Sie sagen, das ist alles selbstverständlich, und alle unsere Politik dient den Frauen. Gewiß tut sie das. Es ist das Bemühen um die Erhaltung der DM, um die Sicherung der Arbeitsplätze, um die Beibehaltung und den Ausbau des Familienlastenausgleichs. Alles das danken wir Frauen der CDU. Es geht uns an. Aber ein Bevölkerungsteil, der mehr als die Hälfte unserer Bundesrepublikaner ausmacht, bringt besondere Probleme mit sich. Um diese Probleme muß man sich bemühen. Man muß sie zunächst einmal erkennen und dann angreifen. Ich möchte zwei herausgreifen — man könnte den Katalog erweitern —, nämlich die Gestaltung frauengerechter Arbeitsplätze oder die Überwindung des Bildungsrückstandes, den leider Gottes wir Frauen noch haben, und zwar dadurch, daß für die Mädchen weithin eine kurze Ausbildung bevorzugt wird oder auch für Hochbegabte nur eine mittlere Ausbildung.

Alle diese Probleme werden nicht gemeistert werden können ohne uns Frauen. Wir sind sehr glücklich, daß im Bundestag und in der Bundesregierung gute Erfolge zu verzeichnen sind, daß dort qualifizierte Frauen unsere Anliegen gut vertreten.

Aber, meine Herren, wie sieht es auf dem Lande aus? Wie sieht es in der CDU aus, um die es uns ja heute hier geht? Wir sind eine Volkspartei. In dieser Volkspartei sollen alle Schichten des Volkes wirklich mitsprechen können. Tun die Frauen das?

(Zuruf: Nein!)

Ich komme aus der praktischen Parteilarbeit von einer Stadt, in der es verhältnismäßig gut um die Frauen steht, aber wenn ich in die Nachbargemeinden schaue, dann gibt es dort welche, in denen keine einzige Frau Mitglied der CDU ist, geschweige denn etwa eine Frau Mitglied des Rates. Da möchte ich vor allen Dingen an Sie, meine Herren, an alle appellieren, helfen Sie mit, bauen Sie die Vorurteile ab, die uns Frauen aus jahrhundertelanger Zurückdrängung auf Familie und Herd anhaften. Helfen Sie mit, diese Vorurteile zu überwinden. Lassen Sie die Frauen, die zur Mitarbeit bereit sind, auch wirklich in verantwortliche Stellungen kommen, aber nicht nur als bestenfalls eine Konzessionsfrau.

Es müßte selbstverständlich sein, daß in jedem Gremium der CDU die Frauen ein Drittel der Teilnehmer stellen. Wenn die letzten Wahlanalysen ergeben haben, daß die Frauen die besten Wählerinnen sind, dann sollten wir uns darauf nicht ausruhen wie auf einem Kissen, sondern wir sollten das als Auftrag nehmen, uns mehr und intensiver um die Frau zu kümmern. Darum heute mein Appell an Sie: Machen Sie die Politik mit den Frauen, und machen Sie sie für die Frauen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch:

Wir danken Ihnen, Frau Altewischer. Nun darf ich Herrn Dr. Händel das Wort geben.

Dr. Händel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf dem heutigen Parteitag ist ein Wort noch gar nicht erwähnt worden. Dieses Wort heißt „Konrad-Adenauer-

Stiftung für politische Bildung und Studienförderung“. Es wird gut sein, wenn man wenigstens einige Minuten dieser neuen Einrichtung widmet in Anbetracht der Tatsache, daß der Namenspatron dieser Einrichtung hier unter uns weiß. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mehrere Aufgaben. Der Herr Bundeskanzler hat heute früh von der politischen Bildungsarbeit gesprochen, die erforderlich ist und die dringend ist für die junge Generation. Der Geschäftsführende Vorsitzende hat gesprochen von der politischen Grundlagenforschung in einem Studien- und Dokumentationszentrum. Auch das ist eine Aufgabe, die förderungswürdig ist.

Es sei hier an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung in weiten Kreisen noch nicht die Bedeutung hat, wie sie die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung besitzen. Es wird sogar in Unionskreisen die Meinung verbreitet, die Friedrich-Ebert-Stiftung sei förderungswürdig, und zwar von Leuten, die dem Unionsgedanken nahestehen. Das gleiche gilt für die Friedrich-Naumann-Stiftung. Ich darf an dieser Stelle die Bitte aussprechen, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert wird von jedermann, auch durch einen kleinen Beitrag. Nur dann können wir die Aufgaben erfüllen, die heute hier angeführt worden sind. Es geht hierbei um politische Bildungsarbeit und um politische Grundlagenforschung.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch:

Vielen Dank, Herr Dr. Händel! Das Wort hat Herr Landtagsabgeordneter Rocker.

Rocker MdL:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einen Gedanken in die Debatte werfen, weil ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir auf diesem Parteitag auch diese Dinge einmal ansprechen. Wenn heute früh davon gesprochen wurde, daß die Organisationen innerhalb der CDU sich bei aller Eigenständigkeit doch der Gesamtpartei unterzuordnen haben, so meine ich, gilt dies auch in einem besonderen Maße für die Landesverbände unserer Partei.

Ich glaube, daß es notwendig ist, daß viele Dinge, die in den Landesverbänden im politischen Raum gestaltet werden, in der Zukunft in den Landesverbänden so gesehen werden, daß diese der Gesamtpartei verantwortlich sind. Ich denke zum Beispiel an das mangelhafte Abstimmen der CDU-Kultusminister in den Fragen der Kulturpolitik, so zum Beispiel an die Einführung der Kurzschuljahre und die Verlegung des Schultermins. Wenn ich daran denke, dann glaube ich, daß es eine vordringliche Aufgabe des neuen Bundesvorstandes sein wird, diese Dinge vorher abzuklären, damit die CDU auch in den Landesverbänden nach außen hin als eine geschlossene Einheit auftritt.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein anderes Problem kurz anreißen. Es wurde heute früh in bewegenden Worten von unserem Freund Blumenfeld aus Hamburg davon gesprochen, daß die CDU bisher es versäumt habe, sich den besonderen Problemen der Stadt zuzuwenden. Ich habe als einer, der vom Lande kommt, dafür Verständnis, ich möchte aber davor warnen, daß wir bei dieser Hinwendung zu den städtischen Problemen in ein

Extrem verfallen, daß die Dinge, die auf dem Lande heute auch vor sich gehen und politisch zu meistern sind, dabei in die Rückhand kommen könnten. Wenn ich daran denke, daß kürzlich in einer Fernsehsendung von dem Hamburger Abgeordneten, unserem Freund Grollmann, in etwas verächtlicher Weise von der Provinz innerhalb der CDU gesprochen wurde, so meine ich, sollte man das doch wieder zurückführen auf eine vernünftige Zuordnung städtischer und ländlicher Probleme. Ich glaube, auch das wäre notwendig, daß der neue Bundesvorstand sich dieser Dinge annimmt. Ich möchte ihm dies mit auf den Weg geben.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch:

Ich danke unserem Freund Rocker. Als nächster und letzter hat das Wort unser Freund Bundestagsabgeordneter Erhard.

Benno Erhard MdB:

Meine Damen und Herren! Freund Amrehn hat uns in bewegten Worten geschildert, was an der Mauer und am Stacheldraht geschieht. Und er hat das richtig nach meiner Ansicht charakterisiert mit den Worten: Das ist Mord!

Rainer Barzel hat vor kurzem die These aufgestellt: Wenn wir frei dort drüben unsere Meinung öffentlich sagen können, dann sind wir bereit, auch die Machthaber von dort drüben hier ihre Meinung frei sagen zu lassen.

Ich habe bei dieser Gegenüberstellung eine bedrückende Frage: Was geschieht mit denjenigen, die den Schießbefehl ausgeführt haben, wenn sie hierher kommen? Sie werden schon jetzt, wohl mit Recht, als Mörder bestraft. Was geschieht mit jenen, die den Befehl gegeben oder verantwortlich weitergegeben haben, wenn sie eventuell einmal hierher kommen? Werden sie auch bestraft?

(Zurufe: Nein!)

Ich meine, dieser Problematik müssen wir uns stellen, und wir müssen sie lösen, denn es kann das Rechtsbewußtsein in unserem Volke nicht dadurch belastet werden, daß man mit Recht sagen könnte: Die Kleinen werden gehängt, die Großen gehen leer aus.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch:

Ich danke auch unserem Freund Erhard für seine Worte.

Wir sind damit am Schluß der Nachmittagsdiskussion.

Ich darf Ihnen noch eine erfreuliche Mitteilung machen: Die Sammlung für die Freundschaftsbrücke unter den Delegierten hat ein Ergebnis von 1658 DM erbracht.

(Beifall)

Damit schließe ich die heutige Nachmittagssitzung. Ich danke allen Delegierten, die sich an der Aussprache beteiligt haben, recht herzlich, und berufe die nächste Sitzung für morgen früh, 9 Uhr, ein.

(Schluß der Sitzung: 17.53 Uhr)

Zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied der CDU wurde mit großer Mehrheit vom 14. Bundesparteitag Bundesminister Dr. Bruno Heck gewählt. Auf unserem Bild unterhält er sich mit dem Vorsitzenden des CDU Landesverbandes Südbaden, Regierungspräsident Anton Dichtel.



Der 14. Bundesparteitag gab die Möglichkeit zu manchem Meinungs­austausch. Unser Bild zeigt links den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Lemke, und Bundesaußenminister Dr. Schröder, der nun auch dem Präsidium der Partei angehört.



Mittwoch, 23. März

4. PLENARSITZUNG

Diskussion:

Dr. Jahn

Klaus Jäger

Dr. J. B. Gradl MdB

Dr. Konrad Adenauer MdB

Ernst Majonica MdB

Kurt Schmücker MdB

Ernst Lemmer MdB

Fortsetzung der Aussprache vom Vortage

Satzungsänderungen

Wahlen

Schlußwort

Präsident Lemmer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die 4. Plenarsitzung des Bundesparteitags der Christlich Demokratischen Union und heiße Sie herzlich willkommen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der gestern nachmittag begonnenen Aussprache über die Referate des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Vorsitzenden der Bundestagsfraktion.

Das Wort hat als erster Herr Dr. Jahn (Braunschweig).

Dr. Jahn:

Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Altbundeskanzlers, des Bundeskanzlers und des Fraktionsvorsitzenden haben uns deutlich gemacht, daß uns in der Außenpolitik der Wind hart ins Gesicht bläst. Die weltpolitischen Schwergewichte haben sich verlagert. Das atomare Patt, das Auseinanderbrechen des kommunistischen Monolithen und damit der Gegensatz zwischen Moskau und Peking, ein erstarkendes Europa und der revolutionäre Wandel in den Kontinenten der südlichen Halb-

kugel bestimmen die politischen Aktionen der Gegenwart und der Zukunft. Unsere Außenpolitik kann das nicht ignorieren, und sie tut es Gott sei Dank nicht.

In einem solchen globalen Wandlungsprozeß kommt es darauf an, mit seinen eigenen Anliegen nicht in die Interessenpolitik der großen Weltmächte eingengt oder gar im Status quo eingefroren zu werden. Wir sind daher dem Herrn Altbundeskanzler sehr dankbar, daß er mit Leidenschaft auf die fundamentalen Grundlagen unserer Außenpolitik hingewiesen hat. Wir sind dem Herrn Bundeskanzler dankbar dafür, daß er in seinen Ausführungen das Thema der Friedenserhaltung für Deutschland und Europa an die Spitze gestellt und unmißverständlich erklärt hat, daß eine Friedensordnung in Europa die Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts voraussetzt.

Wir sind mit ihm der Meinung, daß eine andere Lösung nur einen Scheinfrieden bedeuten kann. In der Tat wird das Verlangen nach Wiedervereinigung in Deutschland immer stärker und drängender.

Die CDU hat seit ihrer Gründung zur Frage der Wiedervereinigung des dreigeteilten Deutschland immer eine klare Haltung eingenommen. Wir sollten daher auch auf diesem Parteitag ganz deutlich erklären, daß wir die Wiedervereinigung Deutschlands in seinen historischen – ich betone: siebenhundertjährigen – Grenzen in einem Friedensvertrag anstreben wollen.

(Beifall)

Rainer Barzel hat in seinen Ausführungen zu dieser Frage gesagt, daß ein Verzicht für uns nicht in Frage kommt. Wir bedanken uns bei ihm besonders dafür, daß er vom Heimatrecht gesprochen hat.

(Beifall)

Diese Aussage klärt manches in der augenblicklichen innerdeutschen Auseinandersetzung.

Weil wir die Wiederherstellung des ganzen Deutschland wollen, haben wir von der Gründung der Partei an durch Festlegung in unseren Statuten den Landesverband Oder-Neiße und den Landesverband Exil-CDU als klaren Ausdruck unseres gesamtdeutschen Wollens geschaffen. Diese Problemstellung hat sich nicht gewandelt. Wer das heute geändert wissen will, rüttelt nicht nur an den Grundsätzen der Organisation, er rüttelt heute auch an der gesamtdeutschen Zielsetzung unserer Union.

(Beifall)

Wir sprechen aus dem Geiste der Präambel des Grundgesetzes und im Geiste der Union für ganz Deutschland und machen das heute und morgen auch in der Organisation unserer Partei deutlich. Wir haben unsere Grundsätze und Ziele und sollten es nicht lieben, in politischer Tagelöhnerei in diesen Fragen täglich Schlagzeilen mit modifiziertem Inhalt zu machen.

Wir sind zur Versöhnung mit allen Menschen der unterdrückten Völker bereit. Wir wollen wirtschaftlich, kulturell und vor allen Dingen auf allen geistigen Gebieten mit den Völkern hinter dem Eisernen Vorhang zusammenarbeiten.

Sie gehören zum Abendland, zu Europa, und wir hoffen, eines Tages mit ihnen im gemeinsamen Raum ohne anachronistische Nationalismen zusammenleben zu können.

Unsere Außenpolitik hat sachlich, nüchtern und klar deutsche Außenpolitik in Osteuropa zu betreiben. Um es ganz deutlich zu machen: uns steht es schlecht an, uns den Kopf der polnischen Kommunisten um ihre Zukunft zu zerbrechen.

Mit dem Blick auf Stacheldraht und Mauer und unsere dort täglich zu Tode gehetzten Landsleute sprechen wir aus, was Franz Amrehn hier gesagt hat: Mit totalitären Regimen, die Menschenrecht und Menschenwürde mit Füßen treten, gibt es keine Zusammenarbeit.

(Beifall)

Und dann unsere Angehörigen drüben hinter dem Stacheldraht und der Mauer! Vergessen wir nie, auch wenn wir weit von Berlin und der Zonengrenze entfernt leben – wir stellen immer wieder fest: je entfernter die Menschen leben, um so weniger Mitgefühl und um so weniger Verständnis für diese Dinge haben sie –, daß wir unmittelbar mit ihnen leben und daß sie stellvertretend für uns seit 1945 das Schicksal des Terrors erleiden.

(Beifall)

Wir haben ihnen menschlich und geistig zu helfen und ihnen durch unsere Haltung zu den freiheitlichen Grundwerten ein Beispiel zu geben. Menschliche und technische Kontakte und Hilfe – ja; aber nicht den kleinen Finger, damit das Regime die Möglichkeit erhält, die Ketten noch stärker zu schmieden.

(Beifall)

Die Anbeter der kleinen und mittleren Schritte hören Ulbrichts Belehrung nicht, die lautet – so Ulbricht –: Wenn diese Schritte unserem Ziel der Dreistaatentheorie dienen, dann immer voran.

Wir sind dem Herrn Bundeskanzler auch dankbar dafür, daß er wie Konrad Adenauer die Europapolitik als weiteres fundamentales Ziel unserer Außenpolitik neben unserem Friedensstreben herausgestellt hat. Unsere Generation hat sich dieses Ziel nach dem Kriege gestellt, und sie wird sich auch durch Rückschläge davon nicht abbringen lassen, es am Ende doch für das Wohl und Glück aller europäischen Menschen durchzusetzen.

Lassen Sie mich noch einmal ganz ernst unterstreichen, daß wir trotz aller Enttäuschungen, besonders der letzten Zeit, alles tun müssen, um die deutsch-französischen Beziehungen zu verstärken.

(Beifall)

Vielleicht haben wir in der Tat einen Teil des deutsch-französischen Vertrages etwas vernachlässigt. Ich denke dabei besonders an die Wissenschafts- und Forschungsaufgaben auf naturwissenschaftlichem Gebiet, aber auch an die intimere Zusammenarbeit auf dem Gebiet gemeinsamer Verteidigungsprojekte.

So wie es unbestritten ist, daß ein Europa ohne Frankreich nicht denkbar ist, so bleibt es unbestritten, daß auf Grund der strategischen Gegebenheiten eine NATO der 14 nicht eine NATO mit Frankreich ersetzen kann.

(Beifall)

Daß wir gerade in diesem Zeitpunkt mit äußerster Geduld gewappnet sein müssen, ist selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, wir sollten an dieser Stelle auch ein Wort zu unserer Bundeswehr sagen. Wir sollten ihrem Minister, ihrer Führung, den Soldaten, den Unteroffizieren und Offizieren Dank sagen für den Aufbau der Bundeswehr und für ihre Einsatzbereitschaft. Die Bundeswehr gibt im Rahmen der NATO unsere staatliche und unsere persönliche Sicherheit.

(Beifall)

Sie soll wissen, daß die CDU wie von der ersten Stunde ihres Aufbaus an immer bereit ist, ihre Sorgen und Nöte auf allen Gebieten mit lösen zu helfen.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir unterstreichen auch noch einmal, daß wir wissen, daß weder die Bundesrepublik noch Europa ohne Amerika verteidigt werden kann. Wir hoffen alle, daß in dieser Welt tödlicher Bedrohung durch die Entwicklung der Waffentechnik allen Völkern der Welt, auch der Sowjetunion, das Streben nach Frieden oberste Maxime der Politik ist. Aber Taschkent, meine Damen und Herren, war hierzu kein gutes Beispiel.

(Beifall)

Ich selbst bin, wie Sie wissen, in den Tagen dieser Verhandlungen in Kaschmir und Pakistan gewesen. Die Sowjetunion hat in den Verhandlungen in Taschkent jene entscheidende Frage, um die es in Europa geht, das Selbstbestimmungsrecht, aus den Verhandlungen völlig ausgeklammert.

(Zurufe: Hört! Hört!)

Die französische Deutungsversion darf uns hier kein Maßstab sein.

(Zustimmung)

Taschkent brachte zum erstenmal seit 150 Jahren die Ausschaltung Großbritanniens aus dem indischen Subkontinent. Es brachte weiter die sowjetische Positionsverstärkung gegenüber Rotchina. Der Kanzler und Rainer Barzel haben hierzu sehr klar Stellung genommen. Wir dürfen ihnen dafür dankbar sein.

(Beifall)

Im Augenblick versucht die Sowjetunion mit dem Blick auf China eine Appeasement-Politik zu treiben, um den Rücken gegen den Rivalen freizubekommen. Die beste Lösung, die sie zur Zeit anstreben, auch in Genf, wäre für sie der Status quo in Europa. Hier hat unsere Außenpolitik die schwerste Aufgabe vor sich. Das müßte sie in den nächsten Monaten verhindern. Wir können unserem Außenminister alle hierzu von ganzem Herzen nur vollen Erfolg wünschen.

Dem Brief, den das ZK der KPdSU vor dem 23. Parteitag an die Untergliederungen der Partei verteilt hat, entnehmen wir einmal mehr, daß die Sowjetunion Sorge um die chinesischen Territorialforderungen hat. In diesem gegenseitigen Druck der Sowjetunion und Chinas werden in Zukunft auch manche Möglichkeiten für die deutsche und die europäische Politik liegen.

(Beifall)

Die Sowjetunion hat ihre Sorgen im Weltkommunismus, sie hat sie im Satellitenbereich, sie hat sie im eigenen Bereich. Und hier gilt es realistisch für die Zukunft zu hoffen. Wir hoffen, daß das, was Podgorny unserem neuen Botschafter vor wenigen Tagen gesagt hat, mehr als eine Reverenz ist. Wir hoffen, daß es ein Beginn eines neuen Dialogs zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik ist. Wir sind zu diesem Gespräch immer bereit; denn wir wissen, daß nicht Herr Ulbricht und nicht Gomulka, wie es manche in der Bundesrepublik meinen, über die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhandeln und zu entscheiden haben, sondern Breschnew, Kossygin oder die, die nach Kossygin kommen werden.

(Zustimmung)

Wir haben Geduld und noch einmal Geduld in dieser Situation zu haben, denn die Zeit arbeitet heute nicht mehr für den Weltkommunismus; auch das hat sich gewandelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einige Bemerkungen zum Schluß machen. Der Herr Bundeskanzler hat in seinen Ausführungen auch auf unsere Bemühungen hingewiesen, mit den Völkern in Lateinamerika, Afrika und Asien enger zusammenzuarbeiten. Das ist begrüßenswert. Denn dieser Raum wird in der Zukunft im weltpolitischen Kräftespiel immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die Zeit, da wir unsere eigenen nationalen Interessen nur in den Kontinent Europa eingebettet sahen, ist vorüber. Unsere Wirtschaftslage, unser Außenhandel zwingen uns, an die Märkte der Zukunft zu denken. Wir begrüßen daher den Schritt der Bundesregierung, unserer Industrie einen 350-Millionen-DM-Bundeswirtschaftskredit für Bauvorhaben in der Volksrepublik China gegeben zu haben, zumal dies, wie selbstverständlich notwendig, nach Konsultation mit den USA geschehen ist.

Hier ist gestern von einem Kollegen gesagt worden, daß das Ideologische eine schlechte Basis für unsere Partei in der Organisation und in ihrer Arbeit sei. Das sollte auch für unsere außenpolitische Aktivität gelten. Wir alle kennen unsere Grenzen, unsere Möglichkeiten. Im Rahmen derselben sollten wir unsere Aktivitäten auf allen Gebieten der Außenpolitik verstärken, und wir sollten zu keiner Stunde vergessen, daß diese Aktivitäten und Aktionen ausgerichtet sein müssen auf die Wiederherstellung des ganzen Deutschlands und die Erreichung der Freiheit für 17 Millionen deutsche im Zuchthaus schmachthende Menschen.

(Beifall)

Präsident Lemmer:

Ich danke Herrn Dr. Jahn für seine Ausführungen und erteile das Wort Herrn Jäger vom Landesverband Württemberg-Hohenzollern.

Klaus Jäger:

Herr Vorsitzender, meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, wir sollten gerade bei diesem Parteitag den Anfang, den unser Parteifreund Dr. Jahn eben gemacht hat, fortführen und gerade auch die Aspekte der Außenpolitik in die Diskussion miteinbeziehen. Nun möchte ich mich auf das beschränken, was hier nicht gesagt worden ist. Ich glaube, wir müssen unserem Parteifreund Dr. Barzel ganz besonders dafür dankbar sein, daß er uns gestern eine so klare und überzeugende Analyse gegeben und daß er uns auch Wege gezeigt hat, auf denen Möglichkeiten bestehen, dem Ziel unserer Deutschlandpolitik näherzukommen. Ich glaube, daß mit dieser Diskussion etwas getan wird, was zwar auf unseren Parteitag und auf sonstigen großen Bundesveranstaltungen der Union in genügendem Umfang geschieht, nämlich eben die außenpolitischen Probleme immer neu zu durchdenken und unsere Position immer neu abzugrenzen und zu festigen. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß nicht überall in unserer Union so verfahren wird und daß vor allem draußen in unseren Orts- und Kreisverbänden diese außenpolitische Diskussion in den letzten Jahren ein wenig zum Erlahmen gekommen ist.

Wie wäre es sonst erklärlich, daß etwa die Diskussion um die Vertriebenen-Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zu einer so lahmen Reaktion innerhalb unserer Partei geführt hat, meist zu einem verlegenen Schweigen und gelegentlich zu Stellungnahmen so herum und so herum? Hier hat sich gezeigt, daß die Tatsache, daß wir in den vergangenen Jahren erfolgreich immer wieder die gleiche Außenpolitik betrieben haben, unsere Parteifreunde vielfach dazu gebracht hat, diese Fragen links liegenzulassen. Das hat nun – und darauf müssen wir unser Augenmerk richten – einige gefährliche Folgen in unserem Innern, in der Haltung unserer deutschen Öffentlichkeit zu diesen Fragen mit herbeigeführt.

Als eine dieser Folgen möchte ich nennen, daß heute vielfach gerade in der Frage der Anerkennung des Ulbricht-Regimes eine schleichende Vorwärtsbewegung eines gewissen Man-kann-doch-nichts-daran-ändern-Denkens sich in unserem Volk breit macht. Das beginnt schon damit, daß heute in vielen Presseorganen dazu übergegangen worden ist und immer weiter dazu übergegangen wird, die sogenannte DDR nicht mehr mit dem Zusatz „sogenannte“ oder mit Anführungsstrichen zu versehen, sondern ganz selbstverständlich von der DDR zu sprechen. Darin liegt eben schon ein Stück Anerkennung und ein Stück Sichabfindens mit der Spaltung und Teilung Deutschlands. Ich glaube, diesen Erscheinungen sollten wir wachsam gegenüberstehen und alle Versuche in dieser Richtung, soweit es in unseren Möglichkeiten steht, bekämpfen.

(Beifall)

Ein weiteres Symptom in dieser Richtung scheint es mir zu sein, welche Abwertung im Laufe der letzten Jahre die Feier unseres – das kann man heute wohl sagen – nationalen Gedenk- und Feiertags, nämlich des 17. Juni, in der deutschen Öffentlichkeit erfahren hat, und zwar nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Haltung vieler Menschen unseres Volkes.

Wenn heute dieser Tag als „Bundesreise- und -Vergnügungstag“ vielfach apostrophiert wird, wenn der Besuch von Veranstaltungen, in denen an das große zentrale Problem, an unsere Spaltung, erinnert wird, allmählich schwächer wird, wenn diese Veranstaltungen nur noch mit Mühe vollzubekommen sind, wenn nur noch mit Mühe eine Resonanz zu erwecken ist, dann sind das bedenkliche Anzeichen, die mit davon herkommen, daß unten die außenpolitische Diskussion zu kurz gekommen ist.

Wenn drittens – und auch dieses Symptom möchte ich hier erwähnen – es möglich ist, daß ein Vertreter von sogenannten Gewerkschaften Sowjetrußlands, der Vertreter also nicht einer Gewerkschaft, wie wir sie verstehen, sondern einer staatlich gelenkten Antreiberorganisation, von einer deutschen Gewerkschaft als Beobachter eingeladen wird,

(Pfuirufe)

ohne daß sich dagegen laute und starke Proteste in der deutschen Öffentlichkeit erheben, sondern es schließlich dem Vorsitzenden einer anderen Gewerkschaft vorbehalten bleibt, mehr oder weniger allein auf weiter Flur solchen Dingen ein energisches Nein entgegenzusetzen, dann halte ich das für ein außerordentlich bedenkliches Zeichen.

(Lebhafter Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß nur noch eines dazu sagen, meine lieben Parteifreunde: Ich glaube, wir sollten gerade von diesem Parteitag den festen Entschluß mit nach Hause nehmen, mit diesen Dingen wieder einen neuen Anfang zu machen und die außenpolitische Diskussion, insbesondere die Diskussion um die Deutschlandfrage, die Diskussion um die Wiedervereinigung unseres geteilten Vaterlandes, in unserer Partei neu zu aktivieren.

Unser Parteifreund Dufhues hat gestern davon gesprochen, daß die Willensbildung in der Partei von unten nach oben gestärkt werden müsse. Ich glaube, das gilt auch für diesen Bereich. Wir sollten – diese Bitte möchte ich an Sie alle aussprechen – diesen Vorsatz von hier mit nach Hause nehmen. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Lemmer:

Auch dem Freund Jäger ein herzliches Wort des Dankes! – Als nächster hat das Wort Herr Bundesminister Dr. Gradl.

Bundesminister Dr. Gradl:

Meine lieben Parteifreunde! Sie wissen, daß mir in der Bundesregierung das Amt zugefallen ist, für große Leidensgruppen unseres Volkes tätig zu sein. Ich glaube, es gehört sich, daß ich zu der Situation dieser Gruppen zunächst ein kurzes Wort sage. Schließlich dürfen wir nicht vergessen, daß ein Viertel des deutschen Volkes in der Bundesrepublik Vertriebene und Flüchtlinge sind, ein Viertel, viele Millionen Menschen, die ein Recht auf unsere Solidarität haben, ein Recht auf unsere Solidarität sowohl in den materiellen Dingen als auch in

ihren politischen Nöten. In den letzten Wochen und Monaten, nicht zuletzt im Anschluß an die Denkschrift der evangelischen Kirche, ist viel von der Eingliederung gesprochen worden. Ich glaube, wir dürfen sagen, daß mit dieser Eingliederung ein großer Erfolg erzielt worden ist. Aber ich füge gleich hinzu, diese Feststellung darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, daß die Eingliederung bereits völlig gelungen sei. Da fehlt noch sehr, sehr vieles. Im Materiellen zum Beispiel erinnere ich nur daran, wie schwer es ist und weiterhin sein wird, einer so besonders betroffenen Gruppe wie der der vertriebenen und geflüchteten Bauern hier zu einer echten Selbsttätigkeit zu verhelfen. Oder ich erinnere daran, daß eine große Gruppe, die Zonenflüchtlinge, heute noch nicht erreicht haben, was alle anderen Deutschen erreicht haben: die Aufwertung ihrer alten Sparguthaben. Dies nur als Beispiel gesagt. Es gibt also noch vieles, vieles zu tun, und ich glaube, wir sollten uns klar darüber sein, daß die Verpflichtung, hier mehr zu tun, gerade auch dann besteht, wenn die Bank knapp geworden ist, wenn nunmehr eine finanzielle Enge eingetreten ist, wenn wir intensiver, stärker, sparsamer rechnen müssen, als wir jedenfalls bisher glaubten, es tun zu dürfen.

Nun weiß ich, daß das, wenn man es sagt, gar nicht überall gern gehört wird. Es besteht vielfach in unserem Volke die Meinung, auch in der öffentlichen Institution, daß doch 20 bis 21 Jahre nach Kriegsende einmal mit den Kriegsfolgelasten und Kriegsfolgegesetzen Schluß sein müsse.

Meine lieben Freunde! Ich darf in aller Kürze nur auf zwei Dinge aufmerksam machen.

(Die Ausführungen des Sprechers werden durch lebhaften Beifall, mit dem der Bundesvorsitzende Dr. Adenauer bei seinem Eintreffen von den Teilnehmern des Bundesparteitags begrüßt wird, unterbrochen.)

Meine Freunde, es ist nicht die Schuld der Vertriebenen, daß auch heute, nach 20 Jahren, immer noch von den Notwendigkeiten der materiellen Hilfe gesprochen werden muß, denn sie haben sich vor 15 und 20 Jahren damit einverstanden erklärt, daß ihre materiellen Dinge, daß der Lastenausgleich ausdrücklich auf den notwendigen wirtschaftlichen Aufbau Rücksicht nimmt und über 20, ja sogar über 30 Jahre hin erstreckt wird, bis hin in das Jahr 1975 oder sogar 1978/79. Wir dürfen sie also nicht unter ihrer eigenen Einsicht leiden lassen, indem wir heute sagen, daß heute nach 20 Jahren damit doch Schluß sein sollte.

Das Zweite, was man nicht vergessen darf, ist dieses, daß erst viele Gruppen später zu uns gekommen sind: die Zonenflüchtlinge, die Heimkehrer, die politischen Häftlinge, die Um- und Aussiedler, allein im vergangenen Jahr nahezu 50 000. Also noch einmal: Hier ist noch viel zu tun; die Eingliederung ist noch nicht vollzogen. Wenn die Mittel weniger reichlich zur Verfügung stehen, dann haben wir, finde ich, als Christlich Demokratische Union erst recht Veranlassung, uns Mühe zu geben, dennoch die notwendigen Mittel für sie freizumachen.

(Lebhafter Beifall)

Aber es geht ja selbst bei diesen Gruppen nicht nur um die materiellen Dinge. Es geht hier nicht weniger auch um ihre politische Not. Lassen Sie mich dazu in

aller Offenheit ein Wort sagen: Man hat zuweilen, wenn man hier bei uns im Lande die Diskussionen verfolgt, den Eindruck, als ob die politischen Nöte dieser Gruppen jeweils nur die einzelnen Gruppen selbst angingen, als ob Ostdeutschland nur eine Sache der Vertriebenen,

(Lebhafter Beifall)

als ob Mitteldeutschland nur eine Sache der Flüchtlinge sei. Nein, meine lieben Freunde, dies darf nicht geschehen: daß wir uns in unserer nationalen Gemeinsamkeit, in unserer nationalen Verbundenheit, in unserem nationalen Bewußtsein gewissermaßen auseinanderdividieren; denn dieses haben wohl alle gemeinsam, gleichgültig, ob sie Ostdeutsche, Mitteldeutsche oder Westdeutsche sind, daß sie in erster Linie Deutsche sind

(Lebhafter Beifall)

und daß deshalb jeder Teil Deutschlands jeden Deutschen angeht.

Nun eine andere Bemerkung! Ich frage mich — und sicher viele von Ihnen auch —, wenn wir die Aussage hören von vielen Politikern in der Presse, im Rundfunk, im Fernsehen gelegentlich über die Situation unserer mitteldeutschen Landsleute, ob diese Leute genügend vor Augen haben, wie das, was sie sagen, auf die Menschen wirken muß, die hinter dem Stacheldraht und hinter der Mauer zu leben haben.

(Beifall)

Wie soll es auf diese Menschen wirken, wenn ihnen das bei jeder Gelegenheit gesagt wird: Die Wiedervereinigung ist doch ein langer geschichtlicher Prozeß. Woher wissen diese Leute das denn? Sind die Pessimisten hellseherischer als die Optimisten? Ist das überhaupt das Entscheidende? Ist nicht das Entscheidende der Wille, den wir haben, und der Willenseinsatz, den wir fertigbringen, der Wille nämlich, heute, morgen, übermorgen das Ziel zu erreichen?

(Beifall)

Das ist doch wohl richtig, wenn man sagt, daß, wenn es nach uns Deutschen ginge, und zwar nicht nur nach den Deutschen hier, sondern auch nach den Deutschen drüben, daß die Wiedervereinigung heute schon möglich wäre. Ich sage, gerade auch von den Menschen in der Zone her, daß das heute schon möglich wäre. Doch wir wissen alle, daß sich die beiden Teile Deutschlands verschiedenartig in ihren ökonomischen und sozialen Strukturen entwickelt haben. Das ist leider so. Wir wissen, daß das Zusammenfügen nicht leicht sein wird. Aber wir wissen auch, daß die gesamtdeutsche Ordnung, die künftige gesamtdeutsche Ordnung mit und nicht gegen unsere Landsleute in der Zone verwirklicht werden wird. Dies alles wissen wir. Dies alles wissen auch die Menschen in der Zone. Aber nun zu der Feststellung zu kommen, weil das drüben anders ist und weil die Menschen drüben ihr besonderes Schicksal in diesen zwanzig Jahren gehabt haben, man könne daraus schließen, daß sich dort so etwas wie ein nationales Sonderbewußtsein entwickelt, so eine Art mitteldeut-

ches Nationalgefühl, so empfinde ich das beinahe als eine Beleidigung für unsere Landsleute drüben.

(Lebhafter Beifall)

Diesen schlichten Unsinn sagt nicht einmal Herr Ulbricht. Herr Ulbricht hat in seinem Memorandum, das er zur Aufnahme in die Vereinten Nationen geschickt hat, sich gehütet, davon zu sprechen, daß da eine eigene Nation sich entwickelt. Er spricht von zwei Staaten, aber einer deutschen Nation.

Meine Damen und Herren! Da ich eben von dem Memorandum gesprochen habe, lassen Sie mich Ihre Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Begründung lenken, mit der das Zonenregime glaubt, seinen Eintritt in die Vereinten Nationen beantragen zu sollen. Hier ist gestern schon von mehreren Rednern darauf hingewiesen worden, in welchem Widerspruch sich die Wirklichkeit in der Zone zu der Charta der Vereinten Nationen, zum Katalog der Menschenrechte befindet. Ich brauche dem nichts hinzuzufügen. Ich habe 1950 der deutschen Delegation bei den Vereinten Nationen angehört. Es war sehr überzeugend, was in Mitteldeutschland daraus gemacht worden ist, nämlich das Verbot des Zutritts der Kommission der Vereinten Nationen nach Mitteldeutschland. Daran sollte man sich in den Vereinten Nationen erinnern. Aber deswegen sage ich das nicht, ich denke an etwas anderes dabei. In diesem langen Memorandum, welches das Regime in New York vorgelegt hat, findet sich folgender Satz: Von der friedlichen Außenpolitik der DDR zeugen auch die friedlichen Mittel, mit denen sie es verstanden hat, ihre Staatsgrenze zu schützen.

(Hört-hört- und Pfui-Rufe)

Meine Freunde! Man muß es zweimal lesen; es steht da. Das nennen sie friedliche Mittel, mit denen sie ihre Staatsgrenze schützen; und das schreiben sie an die Vereinten Nationen. Mauer, Stacheldraht und Minen sind friedliche Mittel! Schon allein durch diese Aussage ist dieser Antrag nicht nur eine Lüge, sondern auch einfach eine Beleidigung der Gesamtheit der Vereinten Nationen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde! Es ist erfreulich, daß gestern und heute hier so viel von der deutschen Not und von der deutschen Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit gesprochen worden ist. Wenn jemand so wie meine engeren Freunde und ich vom ersten Parteitag an den Diskussionen unmittelbar gefolgt ist, dann werden Sie verstehen, daß es uns mit Freude und Genugtuung erfüllt, daß heute auf dem Parteitag, wie auch auf dem letzten, so intensiv von der deutschen Situation gesprochen worden ist. Im Ausland hat man das nicht überall gern. Im Ausland hört man oft — und es wird uns direkt gesagt —, warum redet ihr so viel von Wiedervereinigung. Ihr erweckt damit nur Mißtrauen, ihr macht dadurch alles nur noch komplizierter.

Meine lieben Freunde! Ich möchte zu den vielen Gründen, die wir für unser Drängen haben, nur folgendes sagen: Warum ist es eigentlich nicht legitim, daß wir auf die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts drängen. Das kostet ja

niemanden etwas. Ich möchte auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der in der letzten Zeit besonders deutlich geworden ist. Wir drängen doch nicht nur deshalb, weil es ein nationales Verlangen ist. Wir drängen, weil die Teilung und weil dieser Zustand in Mitteleuropa für uns eine auf die Dauer unerträglich werdende menschliche Belastung ist.

(Lebhafter Beifall)

Wir sind den Menschen nahe genug, um zu wissen, in welcher Not sie drüben leben müssen. Ich meine nicht die materielle Not. Das ist ja gar nicht das Entscheidende, ich meine die geistige und seelische Not, in der sie leben müssen. Ich meine die Not, in einer Atmosphäre des vom Staat geförderten Atheismus leben zu müssen, die Not, die Entfremdung der Kinder von den Eltern durch die staatliche Erziehung über sich ergehen lassen zu müssen; die Not, sehen zu müssen, wie sich die Menschen allmählich zwei Gesichter angewöhnen, weil sie nur so drüben existieren können. Das ist die eigentliche Not, die Not, da drüben in einer Atmosphäre des Hasses leben zu müssen. Eine Atmosphäre des Hasses, das hört sich einleuchtend an, aber man muß sich manchmal ganz konkret vorstellen, wohin dieser Haß, den die Kommunisten drüben fördern, führt. Es ist gestern davon gesprochen worden, daß das, was an Mauer, Stacheldraht, Minen usw. geschieht, Mord ist. In der Tat, es ist Mord, aber meine Freunde, haben wir einmal überlegt, wie ein System ist, das junge Deutsche systematisch so pervertiert, daß diese glauben, etwas Rechtes und Gutes zu tun, wenn sie auf wehrlose Landsleute schießen. Das ist die Not. Da kommt die Angst am deutlichsten zum Ausdruck. Und dies ist, wenn man sich vorstellt, daß das so weitergeht, in der Tat unerträglich.

Ich will hier nicht provozieren; ich will nicht aufhetzen. Daran liegt mir gar nichts. Ich will nur eines sagen: Wenn man daran denkt, wie vergleichbare Situationen in der Geschichte schließlich zu einer Lösung gedrängt haben, dann kann man Sorge haben über die Dinge, die sich dort drüben vollziehen.

Meine Freunde, wenn man dieses alles sagt, dann hört man oft — oder man sieht es den Gesichtern an —: Nun ja, das kennen wir alles; das ist doch langweilig, immer wieder dasselbe zu sagen. Dies genau, meine Freunde, wäre der größte Gefallen, den wir dem Gegner tun könnten, daß wir das langweilig finden, daß wir uns damit nicht mehr offen auseinandersetzen, und ich denke, wir sollten gerade das Gegenteil tun, nicht nur heute hier, sondern auch dann, wenn Sie nun ins Land hinausgehen und dort weitergeben, was Ihnen dieser Parteitag vermittelt hat.

Nun ein letztes Wort! Ich habe mir, nachdem so viel von Taschkent gesprochen worden ist, überlegt, ob es einen Sinn habe, noch etwas hinzuzufügen. Ich will jedoch einmal versuchen, ganz schlicht auszusprechen, was ich gedacht habe, als ich vorgestern das Wort unseres verehrten Parteivorsitzenden über die Friedenspolitik der Sowjetunion, deutlich gemacht am Beispiel Taschkent, hörte.

Ich will zunächst eines sagen: Ich wünschte, es wäre so, und wir alle wären wohl froh, zu der Überzeugung kommen zu können, daß sich die sowjetische Politik nun wirklich auf den Frieden, auf die Herstellung des Friedens in der

Welt eingestellt habe. Aber ich muß dazu sagen, daß ich bisher nicht überzeugt bin. Ich will nicht philosophieren über das, was in Taschkent gewesen ist, sondern kann dazu nur folgendes sagen. Ich glaube, in Taschkent war nichts anderes am Werk als sowjetische Staatsräson, nämlich das Interesse daran, dort, in der Nachbarschaft mit China, nicht einen Krieg zwischen zwei Ländern zu haben, von denen das eine die Sympathie der Sowjetunion und das andere die der Rotchinesen hat. Das kann keine angenehme Situation für die Sowjetunion gewesen sein, und dieses, durchaus verständliche Interesse hat dazu geführt, daß man sich dort — Gott sei Dank mit Erfolg, so füge ich hinzu — um die Befriedung gekümmert hat. Aber ein Zeichen dafür, daß das Friedenspolitik sei, würde ich darin bis auf weiteres nicht sehen, genauso wenig wie ich mir zu eigen machen kann die Meinung des französischen Staatspräsidenten, daß die Bedrohung Europas vom Osten her nachgelassen habe oder sogar nicht mehr bestehe.

Ich finde, der Prüfstein für die sowjetische Politik liegt immer noch hier in der Mitte Europas. Hier muß sie sich bewähren; hier ist der entscheidende Punkt, an dem sich entscheiden muß, ob die Sowjets Frieden wollen oder nicht.

(Lebhafter Beifall)

Wir können die Situation nicht vergessen; denn es ist ja real, daß sich zwanzig sowjetische Divisionen, eine große Stoßarmee, hier in unserem Lande, auf deutschem Boden, befinden. Mitteldeutschland ist ja wohl auch Deutschland. Wir können nicht vergessen, daß zweimal sozusagen aus heiterem Himmel ein sehr massiver Druck auf Berlin ausgeübt worden ist. Wir fragen uns natürlich, warum denn die Sowjetunion unter allen Umständen an ihrer Machtposition in Mitteldeutschland festhält, da sie doch weiß, daß wir alle zu vernünftigen Regelungen mit ihr bereit sind.

Nein, meine Damen und Herren, dieser Beweis der Friedenspolitik muß erst erbracht werden. Wenn sich die Sowjetunion dazu entschließt, hier eine Friedenspolitik zu betreiben, wenn sie das wirklich tut, dann kann sie, so glaube ich, gewiß sein, daß sie bei uns allen guten Willen finden wird; sie wird bei uns allen die Bereitschaft zu vernünftigen Regelungen finden, die Bereitschaft zu Gegenleistungen finden. Zunächst aber muß sie diesen Beweis hier erbringen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Lemmer:

Ich danke Herrn Dr. Gradl. Das Wort hat Herr Bundesvorsitzender Dr. Adenauer.

Bundesvorsitzender Dr. Adenauer:

(Mit Beifall begrüßt) Meine lieben Parteifreunde! Einige Artikel in den heutigen Morgenausgaben der Zeitungen, Artikel, die auch wiedergeben den Eindruck, den meine Ausführungen, die ich vorgestern vor Ihnen machen durfte, im Ausland gemacht haben, nötigen mich, noch einmal das Wort zu der Angelegenheit zu ergreifen.

Ich möchte eines an die Spitze stellen. Mir ist, auch im Inland, vielfach vorgeworfen worden, ich hätte mich um die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zu wenig bemüht. Nun, meine Damen und Herren, eines Tages werden sich ja die Archive öffnen. Dann wird man sehen, welche Angebote Sowjetrußland von unserer, durch mich geführten Seite aus gemacht worden sind, und zwar während der ganzen Jahre. Dann wird man auch sehen — das kann man aber auch aus meinen Reden lesen —, was von Anfang an mein Standpunkt gewesen ist und auch heute noch ist.

Nach meiner Meinung, meine Damen und Herren, hat Sowjetrußland drei Aufgaben zu erfüllen:

1. Wettrüsten mit dem Westen;
2. Hebung des Lebensstandards seiner Bevölkerung und
3. Sicherung gegenüber Rotchina.

Nach meiner, schon im Jahre 1952 auch öffentlich geäußerten Meinung ist Sowjetrußland zur gleichzeitigen Erfüllung dieser drei Aufgaben nicht in der Lage. Es wird der Augenblick kommen, da Sowjetrußland, um den Lebensstandard seiner Bevölkerung heben und sich gleichzeitig gegenüber Rotchina wappnen zu können, dafür sorgen wird und sorgen muß, daß es den Rücken gegenüber Europa frei hat. Das heißt, es wird dann mit den europäischen Fragen in dem Geiste und in dem Sinne fertigwerden müssen, wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht von ihm verlangen können.

(Beifall)

Ich glaube, meine Damen und Herren, gegen diese Argumentation, die ich Ihnen vorgetragen habe, kann man nicht gut etwas einwenden. Aber leider muß ich gestehen, daß weder wir Deutschen noch die Amerikaner noch die Kanadier oder Engländer sich an diese These gehalten haben.

(Beifall)

Sehen Sie, der größte Lieferant für Sowjetrußland sind zur Zeit die Vereinigten Staaten.

Was für politische Gegenleistungen sind dafür von Rußland gegeben worden? Jedenfalls keine, die die Lage in Europa erleichtert hätten.

Der zweitgrößte Lieferant Sowjetrußlands, das ja doch die Mittel der modernen Produktion nötig hat, ist, soviel ich weiß, die Bundesrepublik Deutschland — ohne daß von Sowjetrußland eine politische Gegenleistung dafür erfolgt!

Vor einigen Jahren hatte Sowjetrußland eine große Mißernte, weil die neukultierten Gebiete bei der Ernte versagten. Übrigens hatten uns unsere Sachverständigen dieses Versagen vorhergesagt, weil sie der Auffassung waren, daß die Steppen — und es handelte sich damals um Urbarmachung umgeborener Steppe — einfach die Winterstürme nicht ertragen und die dünne Humusschicht in wenigen Jahren verschwunden sein würde. So ist es auch gekommen. Daher ist Sowjetrußland angewiesen auf die Hilfe anderer Länder, um seine Bevölkerung einigermaßen bei Kräften und am Leben zu erhalten.

Nun, ich sage Ihnen offen: Ich würde nichts dabei gefunden haben, wenn bei der Lieferung von 3 Millionen t Weizen — die, glaube ich, Kanada damals geliefert hat — politische Forderungen gestellt worden wären.

(Sehr richtig)

Denn worin besteht denn überhaupt unsere ganze Macht gegenüber Sowjetrußland? Sie besteht doch nur darin, daß wir eine größere Produktionskraft haben, daß unsere Leute besser arbeiten, daß wir mehr produzieren können und daß Rußland das bei seinem System einfach nicht kann.

Ich könnte noch mehrere solche Beispiele anführen, wo Verbündete von uns an Sowjetrußland dringend notwendige Sachen geliefert haben, ohne politische Gegenleistung zu verlangen.

Ich habe schon, als wir in die NATO eintraten, gesagt, NATO muß auch politische Gespräche führen können. Was hilft mir NATO, wenn ich in der Zwischenzeit meinen Gegner immer stärker werden lasse? Es hätte daher gegenüber Sowjetrußland eine gemeinsame Politik geführt werden müssen,

(Beifall)

und sie konnte geführt werden. Ich finde es wahrhaftig nicht unbarmherzig, wenn man sagt: Wenn ich hier 3 Millionen t Weizen liefern soll, dann mußst du das und das tun! Ob ich nun sage: dann mußst du mir soundsoviel Pfund Sterling zahlen!, oder ob ich sage: du mußt dabei noch das und das tun!, kommt doch auf dasselbe heraus. Es war doch kein Geschenk der Barmherzigkeit;

(Beifall)

sondern, meine Damen und Herren — ich nehme auch unsere Leute nicht aus —, das verdammte Geschäft in der Politik kann die beste Politik kaputt machen.

(Beifall)

Ich habe einen Artikel der „Welt“ von heute morgen zur Hand. Ich bekam sie etwas spät; deswegen bin ich auch später gekommen.

(Heiterkeit)

Ich mußte ja erst wissen, was in der Welt vor sich geht, ehe ich vor Sie trete.

(Heiterkeit)

Ich hoffe, Sie haben nicht geglaubt, ich würde wegbleiben.

(Heiterkeit)

Das geht auch an die Adresse der Moskauer Stimmen, die da in dem Artikel der „Welt“ stehen: Die deutsche Bundesregierung hat seit dem Jahre 1952 alles getan, was sie konnte, um die Wiedervereinigung herzustellen.

(Beifall)

Die Archive werden ja eines Tages geöffnet werden, und es wird sich dann auch ganz klar zeigen, welche Arbeit die Bundesregierung gerade dieser Auf-

gabe gewidmet hat. Aber sie ist bei den Russen auf taube Ohren gestoßen, und sogar – na, mir wurde in Moskau ein unkeusches Angebot gemacht.

(Große Heiterkeit)

– Nein, meine Herren, so einfach, wie Sie sich die Sache denken,

(Erneute große Heiterkeit)

war das keineswegs gemeint und auch nicht aufgefaßt von mir;

(Heiterkeit)

ich sehe von Kleinigkeiten ab.

(Große Heiterkeit)

Aber um die Stimmung etwas zu beleben, möchte ich Ihnen nur eine Szene erzählen. Als wir da sechs Tage mit Chruschtschow und Bulganin zusammenwaren, saß ich bei jeder Mittagmahlzeit und bei jeder Abendmahlzeit zwischen den beiden Herren. Auf einmal fiel mir auf, daß mir immer ein anderer Kellner Wein einschenkte als den beiden Herren. Wir hatten die gleichen Gläser, grüne Gläser, undurchsichtig.

(Heiterkeit)

Wie nun der Kellner für die beiden Herren wieder einmal herankam und ihnen die Gläser vollschenkte, habe ich ihm die Flasche aus der Hand genommen.

(Heiterkeit)

Ich habe dann festgestellt, daß die beiden Herren, enthaltsam, wie sie waren, sich mit reinem Wasser begnügten,

(Heiterkeit)

während ich schweren Krim-Wein serviert bekam.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Die Herren waren vernünftig, denn ich habe ihnen gesagt: Meine Herren, ehrliches Spiel! Entweder wir trinken alle Wasser oder wir trinken alle Wein!

(Große Heiterkeit und Beifall)

Die beiden Herren entschlossen sich dafür, daß wir alle drei Wein tranken.

(Heiterkeit)

Das haben wir auch getan.

Nun hat eine Zeitung gesagt, man höre aus dem, was ich vorgestern zu Ihnen gesagt habe, die Worte de Gaulles heraus. Was hat der Mann feine Ohren!

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, soweit ich über eine Unterredung unter vier Augen sprechen darf – aber ich verschweige Ihnen nichts Wesentliches –,

(Große Heiterkeit)

hat sich die Unterredung auf zwei Hauptpunkte bezogen. Einmal auf die große Reise de Gaulles nach Sowjetrußland, eine zwölf tägige Reise durch ganz So-

wjetrußland. Nun, man kann de Gaulle lieben, man kann ihn hassen. Wir wären sehr dumm, wenn wir ihn haßten, noch dummer, wenn wir über ihn lachten.

(Sehr gut)

Aber ich habe mir nun doch gesagt: Wenn de Gaulle zwölf Tage eine Reise durch Sowjetrußland macht, dann ist das eine hochpolitische Angelegenheit.

(Beifall)

Ob sie positiv ausfallen wird, ob sie negativ ausfallen wird — wer von uns kann das jetzt prophezeien? Ich glaube nur eines von Herrn de Gaulle: Er setzt bei einer 12tägigen Reise auch sein Ansehen mit auf das Spiel, wenn diese Reise negativ ausfällt. Daher wird de Gaulle Gründe dafür haben, anzunehmen, daß diese Reise positiv — wie weit, muß man abwarten — ausgehen wird.

Nun, was habe ich ihm dazu gesagt? Ich habe ihm dringend unsere Anliegen ans Herz gelegt: Einmal die Frage der Wiedervereinigung und zweitens diese verdammte Schießerei — jetzt bin ich wieder an „verdammte“; aber Sie werden das verstehen, diese Schießerei hier an den Grenzen mitten in Deutschland; das ist ein Skandal allerersten Ranges.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Herr de Gaulle hat mir das zugesagt, um was ich ihn gebeten habe. Es war gut, daß ich dagewesen bin.

(Beifall)

Glauben Sie mir das eine, meine Damen und Herren: Frankreich und Deutschland werden in dieser schrecklichen bewegten Zeit und Entwicklung das gleiche Schicksal haben. Daher beruhen unsere außenpolitischen Aspekte auf denselben Grundlagen, nämlich auf dem gemeinsamen Interesse der beiden Länder für die Zukunft.

(Beifall)

Das, meine Freunde, ist die allein sichere Grundlage für ein außenpolitisches Zusammengehen.

Ich erinnere hier an eine Rede, die John Foster Dulles, ein Mann, der es doch sicher gut mit uns meinte, einmal gehalten hat. Er hat öffentlich erklärt: In Europa treiben wir keine französische Politik, in Europa treiben wir keine deutsche Politik, in Europa treiben wir amerikanische Politik. Das hat er öffentlich gesagt, und ich habe das absolut verstanden. Das müssen wir verstehen.

Deswegen müssen wir auch immer sehr sorgfältig beobachten, inwieweit die amerikanischen und die deutschen Interessen übereinstimmen.

(Sehr gut)

Die Nachricht, die Sie heute in den Zeitungen über ein Entgegenkommen der Vereinigten Staaten gegenüber Sowjetrußland in Genf lesen werden, hat mir gar nicht gefallen. Es ist auch sehr verblüffend und merkwürdig, daß in Vietnam Rußland verhältnismäßig sehr zurückhaltend ist. Meine Freunde, das tut es doch auch nicht ohne Grund.

Sie sehen daraus — deswegen habe ich das hier hereingeworfen —, daß die Außenpolitik, insbesondere die deutsche Außenpolitik, eng verbunden und verwoben ist mit den politischen großen Vorgängen in der ganzen Welt.

(Sehr gut)

Machen Sie sich das bitte immer klar, daß jedes Land Außenpolitik in seinem Interesse treibt. Nur dann, wenn das Interesse eines anderen Landes mit seinem Interesse übereinstimmt und soweit es übereinstimmt, wird die Außenpolitik eine gemeinsame Außenpolitik sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen hier sagen, daß ich, als ich vorgestern zu Ihnen sprach, eine schlechtere Belichtung als jetzt gehabt habe und daß ich daher einige Sätze oder Passagen aus dem Gedächtnis und nicht nach dem von mir sorgfältig vorbereiteten Konzept gesprochen habe. Aber was habe ich denn nun gesagt? Ich habe hier, meine Damen und Herren, das Stenogramm dieses Hauses. Ich habe folgendes gesagt und bin deswegen in der Welt so aufgefallen:

(Heiterkeit)

Ich bin auch der Auffassung — vielleicht teilt nicht jeder von Ihnen diese Auffassung —, daß wir uns Sowjetrußland gegenüber wie gegenüber einem Volk verhalten müssen, das uns sehr weh getan hat, dem wir vorher aber auch großes Leid zugefügt haben. Ich habe neulich mit einem Russen darüber ein Gespräch gehabt und habe ihm gesagt: Sie können mir doch nicht weismachen, daß sich Ihre Regierung bei Ihrer nuklearen Rüstung in der Tat vor uns fürchtet. Darauf hat mir der betreffende Herr gesagt: Nicht die russische Regierung fürchtet sich, wohl aber das russische Volk. Er hat mir weiter erklärt: Wir haben im Kriege 15 Millionen Tote und 5 Millionen Schwerverwundete gehabt. Dadurch wurden Wunden in die russischen Familien in weitestem Umfange geschlagen, die noch vorhanden sind. Deswegen ist in der Tat, so sagte er mir, das russische Volk Ihnen — das heißt den Deutschen — gegenüber voll Sorge. Ich habe dieser Tage noch einen Bundestagsabgeordneten, — nicht aus unserer Partei, meine Damen und Herren, auch nicht aus der CSU —

(Heiterkeit)

der gerade in Rußland gewesen ist und Rußland bereist hat, gefragt, ob auch er diese Wahrnehmung gemacht habe. Er hat mir gesagt: Jawohl; überall, wo er hingekommen sei, sei die erste Frage gewesen: Wir werden doch wohl keinen Krieg haben.

Dann bin ich folgendermaßen fortgefahren:

Neulich ist etwas in der Weltgeschichte passiert, was nach meiner Meinung von allen Zeitungen mehr hätte hervorgehoben werden müssen. Aber, meine Freunde, unsere Zeitungen haben es offenbar nicht verstanden. Es war die Friedensvermittlung der Sowjetunion zwischen Indien und Pakistan. Ich muß ganz offen sagen: das war eine überraschende Entwicklung für jeden von uns,

der die Verhältnisse zwischen Pakistan und Indien früher gekannt hat. Khan — Ayub Khan — war vorher bei mir und hat mir gesagt, wieviel Truppen er und wieviel Indien ihm gegenüber stehen hat. — Sie waren alle kampfbereit, meine Damen und Herren.

Daß da die Sowjetunion den Frieden zwischen diesen beiden Völkern vermittelte, das ist für mich ein Beweis dafür, daß die Sowjetunion in die Reihe der Völker eingetreten ist, die den Frieden wollen.

Nun muß ich da einen Satz hinzusetzen — einen halben Satz nur —, den ich leider wegen der Beleuchtung nicht gesehen habe.

(Heiterkeit)

Ich muß hinzusetzen: weil Sowjetrußland selbst den Frieden braucht.

(Beifall)

Das ist nämlich das Entscheidende: Sowjetrußland braucht den Frieden, auch den Frieden in Europa. Und auf die Dauer gesehen — wie lange das währen wird, kann kein Mensch sagen — wird Sowjetrußland vor die Wahl gestellt werden: Unterordnung unter Rotchina oder die Hände weg von Europa. Das muß die Losung sein, und das wird nach meiner Meinung auch die Losung sein. Bis dahin aber, meine Damen und Herren, wollen wir doch daran denken, daß die harten Wunden, die die Russen uns geschlagen haben und die uns auch jetzt noch dadurch geschlagen werden, daß so viele Millionen Deutscher unter fremdem Joche leben müssen, daß diese harten Wunden Vergeltung sind für harte Wunden, die den Russen unter Hitler geschlagen worden sind.

Wir müssen weiter daran denken, daß wir Deutsche uns besonders dadurch auszeichnen, daß wir schnell vergessen. Nicht alle Völker, meine Freunde, vergessen so schnell. Ich hatte gestern mittag ein Frühstück mit den Vertretern ausländischer Parteien auf unserer jetzigen Tagung. Die Herren haben mit mir darüber gesprochen und haben mir gesagt — ich kenne diese Herren schon viele Jahre, und ich weiß, daß sie offen mit mir sprechen —: Es war sehr gut, daß das mal in Deutschland gesagt worden ist, daß die Russen uns sehr wehtun und wir ihnen vorher sehr wehgetan haben. Daher glaube ich, man sollte das beachten und berücksichtigen. Man sollte aber den Russen gar keinen Zweifel daran lassen, daß wir niemals unser Verlangen nach Wiedervereinigung aufgeben werden.

(Lebhafter Beifall)

Und wir sollten allen Völkern, auch den mit uns verbündeten, immer wieder klarmachen, daß die Teilung Deutschlands die Teilung Europas bedeutet,

(erneuter Beifall)

und daß die Beseitigung der Teilung Europas für den Weltfrieden eine absolute Notwendigkeit ist.

(Starker Beifall)

Präsident Lemmer:

Ich danke Herrn Bundeskanzler a. D. Dr. Adenauer für seine Ausführungen. Herr Bundeskanzler, der Beifall dieses Parteitags hat Ihnen gezeigt, wie Sie

mit Ihren Ausführungen auch in der heutigen Diskussion angekommen sind.
(Beifall)

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Ernst Majonica.

Ernst Majonica MdB:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Jahrelang ist die Außenpolitik das einigende Element, das Element der Integration in der Christlich Demokratischen Union gewesen. Als dann die außenpolitische Lage unübersichtlicher, schwieriger wurde, als die Anpassungspolitik der Sozialdemokraten kam, erhob sich in der Union eine Debatte, von der wir ruhig sagen dürfen, daß sie hart bis an den Rand von Desintegrationserscheinungen gegangen ist. Ich würde sagen, daß wir hier auf diesem Bundesparteitag Akzente in der Außenpolitik gesetzt, Grundzüge aufgezeigt haben, die es uns erlauben, die Außenpolitik innerhalb der Union wieder als ein Element der Integration, der Einheit unserer Partei anzusehen.

Aber, meine Damen und Herren, auch bei dieser Debatte, von der ich eben gesprochen habe, sind niemals die drei großen Grundsatzentscheidungen der Ära Adenauer, die Grundsatzentscheidungen unseres Altbundeskanzlers in Zweifel gesetzt worden: die Grundsatzentscheidung in der deutschen Frage, die Grundsatzentscheidung in der europäischen Frage und die Grundsatzentscheidung in der atlantischen Politik.

Ich würde sagen, meine Damen und Herren, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben, in der deutschen Frage irgendwie unsere ganz klare Position aufzugeben.

(Beifall)

Wir dürfen feststellen, daß der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik gewahrt worden ist. Ich sehe darin einen unter oft sehr schwierigen Umständen erzielten Erfolg der deutschen Diplomatie.

Und auch in der europäischen Frage müssen wir an der Konzeption festhalten, die Adenauer gemeinsam mit Schuman und de Gasperi entwickelt hat. Ich meine, meine lieben Freunde, daß es eine traurige Erinnerung ist, wenn wir heute feststellen müssen, daß, wenn an dieser Grundkonzeption festgehalten worden wäre, wenn sich der europäische Aufbau ungestört hätte vollziehen können, wenn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft Wirklichkeit geworden wäre, wir heute schon eine ganz andere Weltlage haben würden.

(Zustimmung)

Keines der Weltprobleme, die wir heute haben, könnte ohne Europa diskutiert, geschweige denn gelöst werden, wenn wir ein politisch und wirtschaftlich geeintes Europa hätten.

(Beifall)

Die dritte Grundsatzentscheidung, die Grundsatzentscheidung in der atlantischen Frage, sehe ich darin, daß es Adenauer gegen den Widerstand der deutschen Opposition gelungen ist, Amerika sozusagen zu einer europäischen

Macht zu machen. Ich meine, daß auf dieser Tatsache auch heute noch unsere Sicherheit beruht, daß auf Grund dieser Tatsache auch heute noch der Frieden in Europa gesichert wird.

Auf der Basis dieser Grundsatzentscheidungen, die Adenauer getroffen hat, werden wir auch mit den Krisen fertig werden müssen, die sich im Augenblick im europäischen und im atlantischen Bereich zeigen.

Nun darf ich hier ganz deutlich sagen, daß es der deutschen Diplomatie unter der Führung von Außenminister Schröder und Bundeswirtschaftsminister Schmücker in Luxemburg gelungen ist, einen großen Erfolg zu erzielen.

(Beifall)

Es war ein Erfolg, daß Frankreich an den Rattisch zurückgekehrt ist.

(Erneuter Beifall)

Das war klar ein Ergebnis der deutschen Haltung und der deutschen Verhandlungsführung in Luxemburg.

Ich meine aber auch, daß Luxemburg eines gezeigt hat: daß wir bei allen Krisenerscheinungen, bei allem Pessimismus doch feststellen dürfen, daß dieses Europa, diese Gemeinschaft der Sechs heute eine Festigkeit erreicht hat, die eine Rückkehr einfach unmöglich macht, daß ein Staat, der aus dieser Gemeinschaft der Sechs ausscheiden will, seiner eigenen Wirtschaft so schweren Schaden zufügt, daß er das gar nicht verantworten kann.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß an dieser Standfestigkeit der europäischen Gemeinschaft einen wesentlichen Anteil die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und vor allen Dingen Professor Hallstein hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß dieses wirtschaftliche Europa allein nicht ausreicht, sondern daß es politisch ergänzt werden muß. Wir haben den Appell Adenauers vorgestern gehört, an Europa festzuhalten, Europa weiter aufzubauen, und wir dürfen unserem Bundeskanzler Erhard das Zeugnis ausstellen, daß er vom Beginn seiner Regierungstätigkeit an ein wesentliches Schwergewicht darauf gelegt hat, gerade dieses politische Europa zu bauen.

(Beifall)

Wir sind auf diesem Gebiete keine Dogmatiker. Wir haben im November 1964 schon der Bundesregierung Vorschläge gemacht, die so flexibel, so weit waren, daß auf dieser Grundlage ein Anfang für dieses politische Europa gesetzt werden kann. Sicherlich, meine Damen und Herren, wir sollten uns keinen Illusionen darüber hingeben: Die jetzt ausgebrochene NATO-Krise erleichtert dieses politische Europa nicht.

Aber je mehr Meinungsverschiedenheiten gerade auch auf verteidigungspolitischem Gebiete vorhanden sind, um so dringender ist die Notwendigkeit, daß die Sechs sich an einen Tisch setzen und versuchen, diese Meinungsverschiedenheiten zu überwinden.

(Lebhafter Beifall)

Man kann nicht erst warten, bis es eine gemeinsame Politik gibt, um die notwendigen Institutionen zu schaffen, sondern die notwendigen Institutionen müssen geschaffen werden, um diese gemeinsame Politik zu entwickeln.

Ein Wort zur Nato, meine Damen und Herren. Ich glaube, daß die Nato eine Notwendigkeit ist, und ich glaube, daß die Analyse, die der Herr Bundeskanzler soeben über die sowjetische Politik gegeben hat, richtig ist. Aber trotzdem, Herr Bundeskanzler Adenauer: Wir können unsere Sicherheitspolitik nicht auf den vielleicht wechselnden Phasen der sowjetischen Politik aufbauen, sondern wir können sie nur aufbauen darauf, wie die Macht da drüben beschaffen ist.

(Lebhafter Beifall)

Wenn diese Politik wechselt, der Machtapparat aber geblieben ist, könnte morgen, wenn wir unsere Sicherheitsvorkehrungen abgebaut hätten, eine geradezu katastrophale Situation entstehen, die wir unter keinen Umständen eintreten lassen dürfen.

Ich bin auch skeptisch gegenüber der These, daß eine Lockerung des westlichen Bündnisses Parallelercheinungen im Osten hervorrufen müsse. Wir sehen heute nicht die geringsten Anzeichen dafür im Warschauer Pakt. Sicher, man spricht vom Polizentrismus, und man sollte diese sehr wichtige Bewegung im Ostblock nicht übersehen. Sie hat aber – und das muß ganz eindeutig festgestellt werden – den militärischen Bereich nicht erreicht. Der Warschauer Pakt ist im Gegenteil mehr gestrafft worden und die modernen Armeen da drüben sind weiter mit modernen Waffen ausgerüstet worden. Deshalb müssen wir mit der Nato ein Gegengewicht bilden. Aus diesem Grunde können wir auch nicht aus lebenswichtigen deutschen Interessen heraus auf die Integration in der Nato verzichten. Die Nato kennt keine automatische Beistandsverpflichtung. Die Automatik der Verteidigung wird geradezu durch diese Integration heraufgeführt. Wir als aus geographischen Gründen am meisten gefährdetes Land in Europa haben ein Interesse daran, daß die Nato so effektiv, so einsatzfähig ist wie nur eben möglich.

(Lebhafter Beifall)

Wir halten auch nichts davon, daß man von dieser Integration und Zusammenarbeit erst für den Ernstfall spricht. Was nicht in Friedenszeiten erprobt ist, wird sich im Ernstfall nicht bewähren und wird damit den Ernstfall nicht verhindern. Deshalb müssen wir schon im Frieden diese Zusammenarbeit erproben.

Ich bitte, doch auch zu bedenken, welche Konsequenzen sich für die einzelnen europäischen Mächte ergäben, wenn eine Desintegration der Nato einträte. Wir können das für Deutschland nicht akzeptieren, weil eben eine rein nationale Verteidigungspolitik Widerstände bei unseren Nachbarn hervorriefe, die wir nicht wollen, ganz abgesehen davon, daß wir eine solche Verteidigungspolitik nicht für effektiv halten. Was sollen die anderen kleineren Mächte in Europa tun? – Es besteht doch die Gefahr, daß sie in den Neutralismus abwandern, wenn es keine Gemeinschaft mehr gibt, in die sie ihre Verteidigungspolitik sinnvoll einordnen können. Deshalb scheint es mir notwendig zu sein, daß

die vierzehn integrationswilligen Staaten an der Integration festhalten, und ich begrüße, daß es ihnen in Paris gelungen ist, einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten. Von diesem gemeinsamen Standpunkt aus muß dann von diesen Vierzehn das Gespräch mit Frankreich geführt werden. In bezug auf dieses Gespräch mit Frankreich, meine Damen und Herren, bin ich gar nicht so pessimistisch. Auch Frankreich hat großes Interesse an Teilaspekten der Integration in der Nato. Ich denke nur an das Luftwarnsystem. Dann sollte es doch möglich sein, im Wege des Nehmens und Gebens ohne Prestigedenken einen Kompromiß zu erreichen, der Frankreich so nahe an die Struktur der Nato heranzuführt wie nur eben möglich, um sie in ihrer Effektivität aufrechtzuerhalten. Für uns jedenfalls ist nicht eine Schwächung oder teilweise Auflösung der Nato das Gebot der Stunde, sondern ihre Stärkung auf allen ihren Ebenen, auch politisch, Herr Bundeskanzler. Darin stimme ich mit Ihnen völlig überein. Nur ein einheitlicher Westen, nur eine so durch diese Verteidigungspolitik abgesicherte Politik kann dann den Dialog mit dem Osten führen, einen Dialog, der auch hier auf dem Parteitag einen sehr großen Raum eingenommen hat, einen Dialog, der auch durch gewisse Vorgänge im kirchlichen Raum gebracht worden ist. Ich denke an die EKD-Denkschrift, ich denke an den Briefwechsel der deutschen und polnischen Bischöfe, und ich denke an die erbärmliche Reaktion der polnischen Regierung auf diesen veröhnlichen Schritt im christlichen Raum.

Meine Damen und Herren — und da stimme ich Herrn Dr. Adenauer völlig zu —, wir müssen uns überlegen, daß auch der Osthandel ein Instrument der Politik sein muß, daß er nicht nur ein Instrument des Handels, sondern auch der Politik unter allen Umständen sein muß.

(Beifall)

Aber hier muß ich zu dem, was Herr Dr. Adenauer gesagt hat, eines ergänzen: Ich glaube, in einer der entscheidenden Fragen des Osthandels haben die Vereinigten Staaten und die Bundesregierung eine gute Haltung eingenommen. Ich meine, in der Frage der langfristigen Kredite. Hier scheint der entscheidende Fehler gegenüber der Sowjetunion gemacht worden zu sein.

(Lebhafter Beifall)

Langfristige Kredite sind keine Wirtschaftspolitik mehr, sondern Entwicklungshilfe an die Sowjetunion.

(Beifall)

Die Sowjetunion hat aber politisch nicht das Geringste getan, was eine derart einseitige Hilfe durch uns rechtfertigen würde. Ich habe neulich ausgerechnet einen jugoslawischen Kommentar gelesen, der nachgewiesen hat, daß die langfristigen Kredite, die einige Westmächte an die Sowjetunion gegeben haben, die Sowjetunion in die Lage versetzt haben, ihrerseits Entwicklungsländern langfristige Kredite zu gewähren. Dann können wir sie auch direkt geben. Dann brauchen wir doch nicht mit unseren langfristigen Krediten die Position der Sowjetunion in diesen Entwicklungsländern zu stärken.

(Beifall)

Und, meine Damen und Herren, bei langfristigen Krediten ist doch eine abschüssige Bahn betrieben worden. Die Sowjetunion hat es doch jetzt in der Hand, einen Partner nach dem anderen zu erpressen und immer langfristige Kredite herauszuholen und damit immer weniger die Angelegenheit zu einem Geschäft und immer mehr zu einer einseitigen Hilfe für die Sowjetunion zu machen und ich glaube deshalb, meine lieben Freunde, daß wir durchaus den Osthandel als politisches Instrument sehen müssen. Daß unsere gesamte Politik, gerade, wenn wir den Dialog mit dem Osten wollen, darauf gerichtet sein muß, die Einheit des Westens zu erhalten, zu stärken. Saturierte Nationen können eine Politik betreiben, die im wesentlichen auf rein nationale Interessen gerichtet ist. Unser nationales Interesse gebietet es, mit allen unseren Mitteln, mit allen unseren Kräften, mit allen unseren Anstrengungen dafür zu sorgen, daß die Einheit des Westens gestärkt und fortgesetzt wird. Nur ein fortschreitender Einigungsprozeß wird jene Dynamik im europäischen und im atlantischen Raum entwickeln, der uns dann eines Tages auch die Erfüllung unserer nationalen Ziele — die deutsche Wiedervereinigung — bringen wird. Ich danke Ihnen.

Bundesminister Kurt Schmücker:

Meine lieben Parteifreunde!

Auf Parteitagen kann man die Probleme nur im Grundsatz ansprechen, und das ist gut so, denn sonst würden wir selbst an diesem Ort nicht vor politischen Fachsimplereien bewahrt bleiben. Dafür kann man gern ein wenig überbetonte Leidenschaftlichkeit in Kauf nehmen. Diese Überbetonung läßt ohnehin mit der Zeit nach, und wer am dritten Tag und dann noch hinter besseren Rednern zu Wort kommt, muß sich ohnehin mit anderen Mitteln Gehör verschaffen. Ich möchte nur einige wenige Worte über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sagen:

Meine Freunde, rufen Sie sich zunächst bitte einmal all das in Ihr Gedächtnis und auch in das Gemüt zurück, was vorgestern, gestern und heute über Europa gesprochen worden ist, und nehmen Sie dann bitte, hinzu, was Sie, was jeder von Ihnen an unangenehmen Dingen um Europas willen bisher in Kauf nehmen mußte. Ich fordere also ganz bewußt unsere Bauern auf, nicht zu vergessen, sondern zu bedenken, was ihnen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zumutet.

Ich erinnere an die Montanindustrie und bitte Sie, nichts zu übersehen, sondern daran zu denken, mit welcher unglaublicher Einseitigkeit die Lieferverpflichtungen für Kohle in Mangellagen ohne das Gegenstück einer Absatzgarantie bis heute fortbestehen.

(Beifall)

Ich zähle auf die Fragen auf dem Gebiete des Niederlassungsrechts, der Finanzen und Steuern, der Angleichung der Sozialpolitik. Ich nenne die Kennedy-Runde und zeige ihnen damit gleich einen Berg voller Sorgen. Es ist schon so. Wir haben unseren lieben Ärger mit diesem Europa, mit dieser EWG, und wir reden darüber und schimpfen und streiten. Jeder verlangt das Äußerste für

sich, und gleichzeitig — davon bin ich überzeugt — wollen wir trotzdem alle diese europäische Gemeinschaft. Lieber kreiden wir den Ärger, den sie uns bereitet, diesem oder jenem, meistens diesem Minister an, als daß wir Grundfragen nach Europa noch einmal aufwerten.

Ich habe mich oft gefragt, warum das wohl so ist. Meine Freunde! Das ist so, weil wir alle oder doch die meisten im Verstand und Gefühl davon überzeugt sind, daß die Einigung Europas, komme sie, wie sie wolle, um unserer Existenz willen erforderlich ist. Wenn dieses Europa sich nicht findet, dann werden die Länder Europas zu drittklassigen Staaten herabsinken und unbarmherzig in diesen Staaten dann die Bevölkerung mit. Ich gebe den kleineren Ländern Europas eher eine Überlebenschance als den großen. Die kleinen mögen sich als Kuriositäten oder touristische Attraktionen in einer großräumig organisierten Welt halten können. Die großen Länder können das nicht. Sie sind zu klein, um eigenständig bleiben zu können. Sie sind zu groß, um neutralisiert zu werden. Wenn sie nicht auf eine der vielen geschichtlich erprobten Art und Weisen verschwinden wollen, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig als der Zusammenschluß.

Die Einigung Europas ist also eine Notwendigkeit, aber sie ist nicht nur dies, sondern aus dem Zusammenschluß werden auch bei den nationalen Einigungen neue Kräfte frei werden, die das Tor zu neuen Möglichkeiten aufstoßen. Es verbittert, daß dieser Prozeß der Einigung Europas nicht im Schwung der Begeisterung vollzogen werden kann, sondern daß Stück um Stück gebraucht werden, und die Mathematik, die sich einschleicht, versteht nur ein Fachpolitiker und der im Zweifelsfalle auch nur, wenn er die entsprechenden Berater bei sich hat. Aber, meine Freunde, das geht nun mal nicht anders. Das muß so sein; es sei denn, wir würden die umwälzenden Strukturveränderungen, die sich aus der Herstellung eines Gemeinsamen Marktes von sechs Ländern ergeben, sich schonungslos auswirken lassen. Das aber kann nur jemand zulassen wollen, der selber so günstig und glücklich placiert ist, daß er von den Umwälzungen selber nicht betroffen wird, und weil er nicht betroffen wird, auch die Schäden und Gefahren nicht erkennt.

Wir wollen das nicht. Wir möchten die Lasten verteilen und dadurch orträglich gestalten. Es ist kein billiges Schlagwort, sondern die Wahrheit, wenn ich sage, daß, so notwendig die europäische Operation ist, sie fehlgehen kann, wenn man ihre strukturellen Auswirkungen zu leicht nimmt.

Fürchten Sie nicht, meine Damen und Herren, daß ich nun doch mit Einzelheiten komme. Was ich erreichen möchte mit meinem Diskussionsbeitrag, ist, daß Sie Ihre Europabegeisterung nicht verlieren, auch wenn die Arbeiten noch so schwierig und so langwierig bis aussichtslos erscheinen.

(Beifall)

Das wissen alle, die an diesem Geschäft beteiligt sind, einerlei, aus welchem der sechs Länder sie kommen, daß sie insgesamt zum Erfolg verurteilt sind. Ich wiederhole, je größer das beteiligte Land, um so dringlicher ist es auf die

Einigung, auf das Funktionieren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angewiesen. Gesetzt den Fall, Deutschland würde aus der EWG ausscheiden, so wäre das für die anderen ein harter Schlag, für uns selber eine wirtschaftliche und politische Katastrophe gleich schlimmsten Vorbildern. Das gleiche gilt aber uneingeschränkt auch für Italien und Frankreich. Es gilt in ähnlicher Weise für mehrere europäische Staaten, die um der Existenz ihrer Bevölkerung willen den Weg der Zusammenarbeit mit der EWG oder besser noch in der EWG sich finden müssen.

Meine Freunde! Souveränität hin, Souveränität her. Die Souveränität, nach der heute gefragt wird, ist die Souveränität, die Notwendigkeit der Zeit zu erkennen und zu beachten. Das Aufeinanderangewiesensein in der EWG ist so eminent, daß ich nichts davon halte, sich gegenseitig Vorleistungen abzujagen. Nun haben es die Vorleistungen ja so an sich, daß sie immer nur im jeweiligen Land als solche bezeichnet werden. Es komme mir niemand mit dem Gedanken, daß alles, was von deutschen Interessenten verlangt wird, nur von weiserer Logik geprägt sei. Nur ein Beispiel! Man verlangt von uns, daß wir keine Vorleistungen erbringen. Ich halte es für vernünftig, daß man dies von uns verlangt. Die Gegenparole heißt Gleichgewichtigkeit. Ich halte diese Parole für richtig. Ich bin sicher, daß nur diese Parole zum Ziele führt. Aber nun, da wir anfangen, den Gedanken der Gleichgewichtigkeit mit Erfolg durchzusetzen, da mutet man uns von einigen interessierten Stellen schon wieder zu, daß wir uns nicht mit der Gleichgewichtigkeit begnügen, sondern deutscherseits von den anderen Vorleistungen verlangen.

Meine Freunde! Das geht nicht.

Nach dem Prinzip der Gleichgewichtigkeit steht jede europäische Frage praktisch und tatsächlich mit jeder anderen in einem unlösbaren, eben in einem gleichgewichtigen Zusammenhang. Und genau das haben wir angestrebt. Die EWG ist nichts ohne den gemeinsamen Warenverkehr im agrarischen und im gewerblichen Bereich; aber bitte, alles im Gleichgewicht. Der Außenhandel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist genauso bestimmend für die EWG wie ihr eigener Binnenmarkt. Es kann aber alles nur gleichzeitig und gleichmäßig wachsen. Wenn ein Teil zurückbleibt, gelten auch in Europa die Gesetze der Natur. Dann gibt es einen Krüppel.

Wir aber wollen ein gesundes Europa. Es ist jetzt unsere Aufgabe, den Prozeß dieser Einigung — ich spreche hier in diesem Diskussionsbeitrag nur von der ökonomischen Einigung — mit Geduld und Behutsamkeit, aber immer rasch genug, damit wir nicht zu spät dran sind, voranzuschreiten.

Über diese Kleinarbeit läßt sich nicht lautstark berichten, im Gegenteil, jede sensationell aufgemachte Dummheit verleitet den, der den Fehler macht, eher dazu, aus Prestigegründen weiterhin dumm zu bleiben. Die Opposition wird nach bekannter Manier ohnehin weiter sagen, daß sie alles viel früher und viel besser gemacht haben würde. Unser Koalitionspartner, der, vergessen wir das nicht, gegen den EWG-Vertrag gestimmt hat, steckt so voller Vorbehalte, daß er am liebsten sähe, daß wir nur mit starrer Weisung nach Brüssel marschieren, mit einer Weisung, die, weil vorher im vertrauten Kreise festgelegt,

rasch bekannt wird und Brüssel eher erreicht als die deutsche Delegation. Aber Sie, meine Freunde der Christlich Demokratischen Union, möchte ich bitten, mitzuhelfen, daß immer mehr Menschen in unserem Volk erkennen, daß die großen Feiertage auch in Europa spärlich sind und daß normalerweise ein Feiertag am Ende einer arbeits- und entbehrungsreichen Vorbereitung steht.

In Brüssel kommt hinzu, daß man dort offenbar nur nach einem Marathonlauf Entscheidungen und das nur nach Mitternacht um 1 Uhr treffen darf; oder, wenn ich ein anderes Bild gebrauchen darf, wer sein Haus umbaut und ausbaut, der muß Monate Staub in Kauf nehmen, bevor es besser wird. Wer Ihnen, meine Freunde, verheimlicht, daß die Schaffung Europas viel stäubigen Ärger bringt und manche zeitliche Unbequemlichkeiten bietet, der ist unehrlich. Bedenken Sie einmal, welche Opfer die nationalen Einigungen den Bürgern zugemutet haben. Blut und Eisen waren genug im Spiel, und mit tanzenden Kongressen ist es auch nicht allein zu schaffen. Das hart gerungen wird in Brüssel, ist die natürlichste Sache von der Welt.

Ich frage mich, warum das in Brüssel eigentlich anders sein sollte als in Bonn, und möchte sogar behaupten, daß man sich in vielen Fragen in Brüssel zwischen sechs Staaten rascher als in Bonn zwischen Bund und Ländern einig wird. Ich habe den Verdacht, daß die deutsche Finanzverfassungsreform zumindest genauso schwierig ist wie die Wahrung des Gleichgewichts zwischen agrarischer und gewerblicher Wirtschaft in Brüssel und der Erfolg der Kennedy-Runde in Genf.

Meine Freunde, nur dafür, daß dies so ist und nicht anders sein kann, wollte ich mit meinem kurzen Diskussionsbeitrag um Verständnis werben; denn daran, daß Sie alle Europa leidenschaftlich wollen, habe ich keinen Zweifel, weil ich von derselben Leidenschaftlichkeit erfaßt bin. Was zur Zeit Europa aber dringender braucht, ist Geduld, Verstand und Verständnis.

Übersehen Sie bitte eines nicht! Wir sagen so oft, die europäische Frage sei die Frage nach unserer Existenz. Übersetzen Sie doch einmal das Wort „existieren“! Es heißt doch nichts anders als „leben“ und „leben wollen“.

(Beifall)

Präsident Lemmer:

Ich danke Herrn Bundeswirtschaftsminister Schmücker für seine Ausführungen. Als letztem Redner in dieser Aussprache erteile ich das Wort Herrn Bundesminister a. D. Ernst Lemmer.

Ernst Lemmer MdB (mit Beifall begrüßt):

Ich danke zunächst meinem Neffen, daß er seinem Onkel soeben das Wort erteilt hat.

Meine Freunde, lassen Sie mich — ich bin der letzte auf der Rednerliste — wiederum die Funktion eines rhetorischen Schlußlichts übernehmen! Dabei möchte ich im Rückblick auf das, was sich hier abgespielt hat, einige Bemerkungen machen.

Was unwahrscheinlich genannt werden konnte: nämlich daß sich in der Innenpolitik überhaupt keine geistige Spannung zeigte! Wo bei der unterschiedlichen

Strukturierung unserer politischen Bewegung eher gewisse Gegensätze hätten deutlich werden können, auf dem Gebiet der Außenpolitik — das war ja das Thema dieses Vormittags und der Reden von gestern — zeigen sich nicht Spannungen; das wäre maßlos übertrieben; aber es zeigt sich, daß wir, die Christlich Demokratische Union, uns den richtigen außenpolitischen Weg einzuschlagen nicht leicht machen wollen, weil er nicht leicht sein kann, bei der Lage, in der wir uns befinden.

(Beifall)

Wir haben gerade wegen der außenpolitischen Diskussion in der Öffentlichkeit großes Interesse gefunden. „Adenauer kritisiert Erhard“, „Erhard weist Adenauer zurück“, so lauten die Schlagzeilen. Seien wir gar nicht deprimiert darüber! Möge uns dieses edle Paar gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik noch lange mit seinen Nuancen erhalten bleiben!

(Lebhafter Beifall)

Hier sind Nuancierungen. Herr Altbundeskanzler, die Presse hat Ihnen einige genannt. Sie haben heute in einer ausgezeichneten Rede dazu Stellung genommen. Man nennt Sie den großen Freund de Gaulles und glaubt nun, daß sich Ihre Außenpolitik ausschließlich nach den Wünschen de Gaulles orientiere. Das ist natürlich blanker Unsinn, und umgekehrt ist es töricht, etwa unseren Bundeskanzler auf irgendeinen Leisten festzuschlagen. Aber ich bin glücklich darüber, daß wir in unserer Partei doch so viel geistige Nuancierungen — um nicht zu sagen: Spannungen — gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik haben, wo es um Leben und Tod für unser Volk geht. Sonst wären wir eine langweilige, müde Partei, von der vor allem die junge Generation ganz gewiß nicht angezogen würde.

(Beifall)

Meine Freunde, ich gebe unserem bisherigen Parteivorsitzenden recht, wenn er darauf hinweist, was wir dem russischen Volk angetan haben und was das sowjetrussische Volk heute uns angetan hat; er meint es ja auch in bezug auf andere Völker.

Einen Gedanken muß ich jedoch hier aussprechen, vielleicht etwas schärfer, als er gemeint ist: Ich pflichte nun aber auch unserem Freund Barzel bei, der davon sprach, daß wir nicht ewig im Büßergewand durch die Weltgeschichte gehen könnten. Und hier möchte ich sagen: Es ist unerträglich — und das muß die Welt zur Kenntnis nehmen —, daß eine Generation, die erst nach 1945 geboren ist, sich heute noch in der Uniform der NATO, zu der wir unseren Beitrag leisten, im Ausland Diffamierungen und Beschimpfungen gefallen lassen muß.

(Lebhafter Beifall)

Von der NATO her — ich war Soldat des ersten Weltkriegs und weiß, was die Moral bei dem Soldaten bedeutet — muß nun dahin gewirkt werden, über die Politik, daß Diskriminierungen junger deutscher Soldaten in NATO-Verbänden nur noch als unterirdische Wühl­tätigkeit Moskaus gebrandmarkt werden kön-

nen; denn nur die Sowjetunion kann ein Interesse daran haben, daß diese Diskriminierungen nicht aufhören.

(Beifall)

Wir sollten das ernst nehmen.

Wir haben heute und gestern mit Recht nicht von möglichen innenpolitischen Entwicklungen gesprochen. Wohl wurde angedeutet, was sich bei den bayerischen Kommunalwahlen gezeigt hat. Unsere Aufgabe als CDU wird es sein, eine solche Politik zu sichern, daß kein Radikalismus in unserem Volke Boden findet. Dazu gehört aber die treuhänderische Fürsorge für eine unschuldige junge Generation, die unbelastet, genau wie die Jugend anderer Völker, sich im Kreis ihrer Generation bewegen darf.

(Erneuter Beifall)

Schließlich folgendes, meine Damen und Herren! Ich denke an dieser Stelle an unseren ersten Parteitag im Jahre 1950 in Goslar. Seitdem – das hat der Herr Bundesparteivorsitzende vorgestern mit Recht ausgeführt – hat die Partei einen bedeutenden Weg zurückgelegt.

Wir sind eine angesehene, entscheidende politische Bewegung in unserem Volke geworden. Aber ich darf um eines bitten: Erhalten wir uns auch den Idealismus und die seelische Kraft, die uns in schwersten Stunden deutschen Schicksals die Eingebung gegeben hatten, diese Christlich Demokratische Union Deutschlands ins Leben zu rufen!

(Beifall)

Wir hatten viel idealistischen Schwung. Er darf nicht im Wohlstand verlorengehen, gerade auch politisch nicht verlorengehen.

Nun – das ist der Grund, warum ich hier im besonderen noch einige Worte an Sie richten wollte – vergessen wir eines nicht: Die CDU ist im Grund aus der Konfrontation mit dem unser nationales Schicksal bedrohenden Kommunismus entstanden.

(Beifall)

Das war in Berlin, in Mitteldeutschland, in der sowjetischen Besatzungszone, wo uns das Schicksal hingestellt hatte. Andere Landsleute hatten es leichter; sie stellte das Schicksal weniger auf die Bewährungsprobe. Meine Freunde, in Berlin und in Mitteldeutschland hat die Partei einschließlich ihrer Namensgebung ihren Anfang genommen.

(Sehr richtig!)

Darum bitte ich alle Freunde, aus welchen Gegenden unseres Landes sie auch kommen mögen, nicht zu vergessen: Meine Freunde von der Exil-CDU bleiben auf unseren Parteitagen so lange legitimiert, gleichberechtigt ihre Stimme zu erheben, ihre Stimme abzugeben, so lange sie sich als berufene Vertreter des unterdrückten Teiles unseres Volkes, das seine Stimme nicht erheben kann, in unseren Reihen fühlen dürfen. Das ist die Legitimation.

(Beifall)

– Ich bin dankbar, daß Sie soeben über die Reihen meiner engeren Freunde hinaus Ihre Zustimmung zum Ausdruck gebracht haben. Denn hier handelt es sich wirklich darum, daß wir glaubwürdig bleiben in unserem Bestreben – so wie wir unseren Marsch begonnen haben –, unser Deutschland wieder als Ganzes herzustellen.

Und nun habe ich nur noch einen Wunsch: daß in den nächsten zwei/drei Stunden die Wahl unserer neuen Parteiführung, wozu Sie ja aufgerufen sind, aus außenpolitischen und innenpolitischen Gründen mit der Würde und in der Geschlossenheit vor sich gehen möge, die auch unsere innenpolitischen Gegner wissen läßt: Diese CDU unter der neuen Führung unseres Ludwig Erhard und Rainer Barzel wird auch dann, wenn wir Spannungen haben – schöpferische Spannungen, gute Spannungen –, eine Realität für die Politik unseres Volkes bleiben.

(Beifall)

Präsident Lemmer:

Ich danke dem letzten Redner der Aussprache, Herrn Bundesminister Ernst Lemmer. Ich darf ihm insbesondere deshalb danken, weil er die Aussprache in etwa zusammengefaßt hat und damit der eine Lemmer dem anderen die Arbeit etwas erleichtert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch feststellen: Diese Aussprache hat sowohl am gestrigen wie auch am heutigen Tage gezeigt, daß die Christlich Demokratische Union in der Lage ist, in Freiheit zu diskutieren, ihre Probleme anzusprechen und ihre Probleme in Gemeinsamkeit zu lösen. Gerade diese Aussprache hat gezeigt, daß die Christlich Demokratische Union heute, in ihrem 21. Lebensjahr, noch denselben Schwung hat, mit dem sie 1945/46 angetreten ist, und das in eine Zeit hinein, in der wir in diesem Lande eine Wahl zu bestehen haben, die uns alle Kräfte abverlangen wird.

Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich rufe den nächsten Punkt der Tagesordnung auf: Satzungsänderungen.

Ich darf den Vorsitz an den Parteitagspräsidenten zurückgeben.

Als Präsident des Parteitags hatte Ministerpräsident Dr. Meyers eine nicht einfache Aufgabe zu bewältigen. Er erfüllte diese Funktion jedoch souverän.



Auf dem Parteitag der CDU sind die Vertreter der CSU immer gern gesehene Gäste. Mit betonter Herzlichkeit begrüßen Bundeskanzler a. D. Dr. Adenauer und der Geschäftsführende Vorsitzende, Dufhues, den Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß.



Präsident Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren, darf ich an den Appell Ernst Lemmers anknüpfen und zunächst versuchen, die Schlachtordnung wiederherzustellen. Sie sind in dem verständlichen Bemühen, möglichst nahe an den Redner heranzukommen, teilweise auf andere Plätze gegangen. Ich darf daher bitten, daß nunmehr in den bezeichneten Bezirken nur die stimmberechtigten Delegierten Platz nehmen, damit Unordnung vermieden und den 17 Stimmzählern ihre Arbeit erleichtert wird. Zweitens darf ich Sie bitten, allen Lesestoff mit Ausnahme der Vorlagen, die zu diesem Punkt anstehen, aus der Hand zu legen, weil es sonst einfach nicht möglich ist, Ihnen allen die teilweise komplizierten Vorgänge genügend deutlich zu machen.

Bevor wir die Abstimmungen und Wahlen tätigen können, müssen wir dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Herrn Dr. Even, das Wort erteilen, damit er uns über das Ergebnis der Prüfung dieser Kommission berichtet. Ich darf Herrn Dr. Even bitten.

Dr. Bert Even MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Mandatsprüfungskommission hatte zu prüfen, ob die Delegierten nach unseren satzungsrechtlichen Bestimmungen ihr Mandat rechtmäßig ausüben. Grundlage ist § 20 des Statuts der CDU Deutschlands. Über die Zusammensetzung des Bundesparteitags heißt es darin:

Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 75 000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 1000 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Die CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU) wird durch 75 Delegierte vertreten.

Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße (Landesverband *Oder/Neiße*) erhält 20 Delegierte.

Die Prüfung, ob diese Vorschriften eingehalten worden sind, führte zu folgendem Ergebnis:

Auf Grund des amtlichen Endergebnisses der Bundestagswahl vom 19. September 1965 hat die Bundesgeschäftsstelle im Auftrage des Bundesvorstands die Delegierten-Zahlen ermittelt, welche den einzelnen Landesverbänden entsprechend ihren CDU-Wählerstimmen zustehen. Mit Schreiben vom 5. November 1965 wurden diese Zahlen den Landesverbänden schriftlich mitgeteilt. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Im gleichen Schreiben wurde den Landesverbänden eröffnet, wie viele Delegierte sie auf Grund ihrer Mitgliederzahlen darüber hinaus entsenden durften. Dabei legte die Bundesgeschäftsstelle die Meldungen zur zentralen Mitgliederkartei zugrunde, deren Einrichtung 1963 von den Landesvorsitzenden und dem Bundesvorstand beschlossen worden war. Da mehrere Landesverbände jedoch mit ihren Meldungen in Verzug waren, wurden diese säumigen Landesverbände gleichzeitig aufgefordert, ihren neuesten Mitgliederstand der Bundespartei an-

zugeben. Das ist geschehen, wobei als allgemeiner Stichtag der 31. Dezember 1965 zugrunde gelegt wurde. Die Nachforschungen bei den säumigen Landesverbänden gestalteten sich jedoch schwierig und zeitraubend.

Die Vorsitzenden der Landesverbände oder ihre bevollmächtigten Stellvertreter haben schriftlich bestätigt, daß

1. die von ihnen angegebenen Mitgliederzahlen zutreffen und
2. die ihnen zustehenden Delegierten auf Grund des Satzungsrechts des jeweiligen Landesverbandes gültig gewählt worden sind.

Dadurch ergab sich die Gesamtzahl von 577 stimmberechtigten Delegierten dieses Bundesparteitag. Anhand der Unterlagen des Tagungsbüros, die von den Landesverbänden anerkannt worden sind, waren davon 572 anwesend.

Beanstandungen oder Anfechtungen sind der Mandatsprüfungskommission nicht zugegangen.

Die Mandatsprüfungskommission beantragt jedoch im Hinblick auf die bereits erwähnten zeitraubenden und schwierigen Ermittlungen bei der Feststellung der Mitgliederzahlen eine Änderung der §§ 7 und 17 des Statuts. Sie finden diese Anträge unter B der Druckseite 1. Zur Begründung darf ich folgendes ausführen.

Es hat sich herausgestellt, daß etwa 95% der Kreisverbände ordnungsgemäß ihre Meldungen über die Mitgliederbewegungen der Zentralen Mitgliederkartei bei der Bundesgeschäftsstelle zuleiten. Nur etwa 5% haben das bisher versäumt. Aber diese geringe Minderheit hat mehrere Landesverbände und die Bundespartei zu zeitraubenden und umständlichen Nachforschungen gezwungen.

(Hört! Hört!)

Sie hat es außerdem unmöglich gemacht, daß die Zentrale Mitgliederkartei ihre allgemein bejahten organisatorischen Aufgaben voll erfüllen kann. Der Antrag auf Satzungsänderung zielt deshalb darauf ab, in Zukunft den Nachweis der Mitgliederzahl durch die Meldung zur Zentralen Mitgliederkartei erbringen zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Ich danke Herrn Dr. Even und den Mitgliedern der Kommission namens des Parteitages, daß sie sich dieser notwendigen, aber immerhin nicht ganz einfachen Aufgabe unterzogen haben.

Ich darf zunächst einmal den ersten Teil der Ausführungen von Dr. Even zur Diskussion stellen. Ergeben sich zu der Frage der Wahlberechtigung und Stimmberechtigung irgendwelche Wortmeldungen? — Soweit ich das gegen das Licht sehen kann, sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen. Ich kann damit feststellen, daß der Bericht angenommen ist.

Wir kommen zum zweiten Teil der Ausführungen von Herrn Dr. Even. Hier hat Dr. Even namens der Mandatsprüfungskommission eine Satzungsänderung

vorgeschlagen. Sie liegt Ihnen in der Drucksache 1 des Parteitages unter B auf Seite 3 vor. Würden Sie diese Drucksache bitte zur Hand nehmen. Den Inhalt hat Ihnen Herr Even bekanntgegeben. Ergeben sich dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Sind Sie damit einverstanden, daß die Abstimmung hierüber nicht schriftlich, sondern durch Erheben der roten Stimmkarte erfolgt?

(Zustimmung)

Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zu dem Antrag zu § 7 Abs. 2: „Alle Mitgliederänderungen sind unverzüglich der Zentralen Mitgliederkartei zu melden.“ Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Wer dagegen ist, möge bitte die Karte erheben. Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu dem zweiten Antrag, dem Antrag zu § 17 letzter Satz. Der letzte Satz soll durch folgende Formulierung ersetzt werden: „Der Nachweis des Mitgliederbestandes erfolgt nach den Unterlagen der Zentralen Mitgliederkartei.“ Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Darf ich um die Gegenprobe bitten. – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Auch dieser Passus ist einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Satzungsänderungen. Für Satzungsänderungen ist gemäß § 2 unseres Statuts die absolute Mehrheit erforderlich. Da die Zahl der stimmberechtigten Delegierten 577 beträgt, ist die absolute Mehrheit 289 Stimmen, wie Herr Dr. Even bereits vorgetragen hat.

Ich erteile nunmehr zur Begründung der vorgeschlagenen Satzungsänderungen dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, Josef Hermann Dufhues, das Wort. Sie finden die Vorschläge unter A der Drucksache 1.

Josef Hermann Dufhues, Geschäftsführender Vorsitzender:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Nach der Aussprache über die innen- und außenpolitische Situation, nach der Erörterung der inneren Lage unserer Partei kommen wir nunmehr zu einem weiteren Höhepunkt des diesjährigen Parteitages, der mit den Wahlen zum Präsidium und zum Bundesvorstand unserer Partei abschließt. Ein Bericht über die Beratungen der unter meinem Vorsitz tagenden Kommission, die Beratungen des Bundesvorstandes sowie des Bundesausschusses ist nicht möglich, ohne daß ich sowohl die statutarische Seite dieser Angelegenheit wie auch die personellen Vorschläge darlege, über die im Bundesvorstand und im Parteiausschuß gesprochen worden ist. Deshalb bitte ich, Herr Präsident, damit einverstanden zu sein, daß ich auch über die personelle Seite dieser Frage berichte.

Ich habe bereits in meinem Bericht über die Situation der Christlich Demokratischen Union darauf hingewiesen, daß in unserer Partei die Statuten nicht jenen dogmenhaften Charakter haben, den sie in der einen oder anderen deutschen Partei haben. Wir haben stets Wert darauf gelegt, unsere Statuten, soweit sie nicht unabdingbare Grundsätze beinhalten, der jeweiligen Situation

anzupassen, um in den einzelnen Lagen die sowohl statutarisch wie personell richtige und gute Lösung zu finden.

Sie kennen die Verfassung, die bis zu den Beschlüssen über die Änderung der Statuten Geltung gehabt hat. Sie sah zwei Möglichkeiten vor: Einmal ein Präsidium, das aus dem Vorsitzenden, dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, dessen Stellvertretern und vier weiteren Mitgliedern besteht, und zum zweiten ein Präsidium aus dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und vier weiteren Mitgliedern.

Die erste Alternative war durch die Situation bedingt, die im Jahre 1962 gegeben war. Sie alle wissen, daß insbesondere Bundeskanzler Dr. Adenauer den Wunsch hatte, in der Führung der Partei entlastet zu werden. Um diese Entlastung durchzuführen, hat der Bundesparteitag in Dortmund im Jahre 1962 beschlossen, neben dem Vorsitzenden die Institution eines Geschäftsführenden Vorsitzenden zu schaffen, die mir alsdann übertragen worden ist.

Heute, meine Freunde, stehen wir vor einer anderen Situation. Diese Situation kann ich nur würdigen, wenn ich — darum bitte ich um gütige Nachsicht — vielleicht ein wenig spekulativ vorausnehme, was das Ergebnis der Entscheidung sein wird, die Sie zur Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertretenden Vorsitzenden und ähnlicher wichtiger Funktionen unserer Partei treffen werden.

Sie alle wissen, daß der Vorstand und der Parteiausschuß Ihnen einstimmig vorgeschlagen haben, Herrn Bundeskanzler Professor Ludwig Erhard zugleich zum Vorsitzenden unserer Partei zu bestellen.

(Beifall)

In meinem Bericht habe ich bereits auf die positiven Auswirkungen einer derartigen Vereinigung der Ämter hingewiesen, die wir insbesondere unter der Führung von Konrad Adenauer erlebt haben. Die Betrauung des Bundeskanzlers und damit des Chefs der Bundesregierung mit der Führung unserer Partei, die entscheidend die Regierungsverantwortung trägt, hat in jedem Fall eine Koordinierung der Arbeit und der Zielsetzung der Christlich Demokratischen Union mit den Aufgaben und Zielsetzungen der Bundesregierung zur Folge, ein Ergebnis, das auch nach den Erfahrungen der Vergangenheit nur wünschenswert sein kann.

Auf der anderen Seite wird niemand verkennen, daß es für den Chef der Bundesregierung heute und auch in den kommenden schwierigen Zeiten nicht leicht sein wird, den Aufgaben beider Ämter in vollem Umfang gerecht zu werden.

Dieser Situation wird man bei der Neufassung der Statuten, aber auch in den Wahlen Rechnung tragen müssen.

Und eine zweite personelle Entscheidung wird Ihnen ebenso einmütig durch den Bundesvorstand und den Bundesparteiausschuß nahegelegt, nämlich, unseren Parteifreund Dr. Rainer Barzel zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union zu wählen.

(Beifall)

Auch diese Lösung, meine Freunde, hat entscheidende und gewichtige Vorzüge für die Führung, für die Gestaltung der Spitze unserer Partei. Es ist von großem Vorteil, daß die Arbeit der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, deren Wirken entscheidend ist für die politische Entwicklung in Deutschland, koordiniert und ergänzt wird durch die Arbeit der Christlich Demokratischen Union, durch die Arbeit der Partei. Aber auch hier sollten wir nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß von niemandem mehr verlangt werden kann, als seiner Leistungskraft, seinen Fähigkeiten und seinen Möglichkeiten entspricht. So dankbar wir die Erklärung unseres Freundes Dr. Barzel begrüßen, daß er dieses Amt nicht mit der linken Hand, sondern mit voller Kraft wahrnehmen wird, so sehr müssen wir – das entspricht auch meinen Erfahrungen – Rücksicht nehmen auf die Möglichkeiten, die jedem Menschen gesetzt sind, und auf die Grenzen, die jeder Mensch in seinem Wirken zu beachten hat.

Wenn Sie an diese Situation denken, meine Freunde, dann stellen sich naturgemäß Fragen, auf die Sie jetzt bei der Beratung der Statuten, aber auch bei Ihren personellen Entscheidungen eine Antwort geben müssen.

Die erste Frage wird sein: Wer leistet die laufende, die tägliche Arbeit? Wer ist dafür verantwortlich, daß dieses Präsidium der Christlich Demokratischen Union wirksam tätig ist und sich auch täglich in die politische Entwicklung einschalten kann, soweit es Auftrag und Aufgabe der Union ist.

Zum zweiten werden Sie sicherlich den Wunsch haben, daß bei der Zusammenstellung des Präsidiums und damit des wichtigen Führungsorgans innerhalb des Bundesvorstandes unserer Partei die Gruppen, die Landesverbände, die Vereinigungen angemessen berücksichtigt werden.

Sie werden drittens darauf achten müssen, meine Freunde, daß wir ein arbeitsfähiges und stets präsentenes Präsidium haben.

(Beifall)

Es geht nicht darum, eine Einrichtung von Honoratioren zu schaffen, sondern es geht darum, ein Arbeits- und Führungsteam zu gewinnen, das die schwierige und wichtige Aufgabe der stetigen und ständigen und überzeugenden Führung der Partei zu lösen in der Lage und bereit ist.

(Beifall)

Wenn Sie aber diese Gesichtspunkte beachten, sollten Sie eines nicht aus dem Auge verlieren, und das ist sowohl im Bundesvorstand wie im Bundesauschuß von vielen Sprechern mit Nachdruck hervorgehoben worden: Wir sollten bei der Zahl der Mitglieder des Präsidiums daran denken, daß wir kein Gremium schaffen, das der Größe nach gewisse Parallelen zum Vorstand selbst aufweist. Je größer das Präsidium, je mehr tangieren Sie damit die stetige Handlungsfähigkeit dieses Organs, je mehr werten Sie aber zugleich ab den Vorstand. Denn angesichts einer zu großen Zahl von Mitgliedern des Präsidiums wird jeder sich fragen: Hat es noch einen Sinn, auch den Vorstand, der ja dann weitgehend mit dem Präsidium identisch sein würde, mit den Fragen zu befassen, die im Präsidium zu beraten sind?

Alles das lege ich vertrauensvoll in Ihre Hände, und alles das bitte ich bei Ihren Beratungen sowohl nach der statutarischen Seite wie nach der personellen Seite hin zu berücksichtigen.

Ich habe Ihnen über die Fragen berichtet, die mit der Wahl des Vorsitzenden und des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden zusammenhängen. Sie wissen, daß Vorstand und Präsidium Ihnen weiter einvernehmlich vorschlagen, daß außer den Genannten zwei weitere, einander gleichberechtigte Stellvertreter gewählt werden. Es war personell der Wunsch des Vorstandes und des Ausschusses, daß bei der Wahl dieser weiteren Stellvertreter sowohl dem berechtigten Wunsch unserer Freunde Rechnung getragen werden sollte, hier einen Repräsentanten der christlichen Arbeitnehmerschaft zu sehen, als auch dem weiter laut gewordenen und nachdrücklich unterstützten Wunsch, die bewährte Kraft unseres Freundes von Hassel auch in der Zukunft unter den stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums und des Bundesvorstandes zu sehen.

(Beifall)

Ich komme jetzt zu einem weiteren wichtigen Punkt unserer Beratungen und der Beratungen, die Sie zu pflegen haben. Ich habe bereits in dem Aufgabekatalog, den Sie freundlich bei Ihren Beratungen berücksichtigen wollen, darauf hingewiesen, daß es sehr darauf ankommt, dieses Gremium, das Sie hier heute zu wählen im Begriffe sind, arbeitsfähig zu halten und auch dafür zu sorgen, daß aus dem Gremium die Tagespolitik verfolgt wird und in ihm die politische Arbeit als Ergänzung der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle und des Bundesgeschäftsführers nicht zu kurz kommt.

Dabei sind zwei Möglichkeiten erörtert worden. Einmal die Einrichtung eines Generalsekretärs, etwa nach dem Muster dieser Institution in den romanischen Parteien und auch in der uns befreundeten Österreichischen Volkspartei. Bei der Prüfung dieser Frage hat sich das von mir geleitete Gremium, haben sich aber auch Vorstand und Ausschuß von der Erwägung und von der Erkenntnis leiten lassen, daß sich die Bundesgeschäftsstelle unter der Leitung des Bundesgeschäftsführers in den vergangenen Jahren vorzüglich bewährt hat, daß man also keine Schritte tun sollte, die diese Einrichtung entscheidend tangieren. Worum es geht, meine Freunde, ist, daß wir zu einer ständigen Arbeitsbereitschaft und zu einer Aktivierung des Präsidiums beitragen und dazu auch die personellen Voraussetzungen schaffen.

Mit dieser Aufgabe sollte also ein Mitglied des Präsidiums betraut werden, das mit der Autorität des höchsten Gremiums unserer Partei, nämlich des Bundesparteitages, handeln kann. Es sollte aber – und das bitte ich bei der personellen Entscheidung zu beachten – ein Freund gewählt werden, von dem wir überzeugt sind, daß er sich stets von dem Bestreben leiten lassen wird, loyal sowohl mit dem Chef der Bundesregierung wie mit dem Vorsitzenden der Partei wie mit dem Vorsitzenden der Fraktion und dem Ersten Stellvertreter zusammenzuarbeiten. Als eine solche Persönlichkeit freue ich mich Ihnen vorzuschlagen zu können Herrn Bundesminister Dr. Bruno Heck.

(Beifall)

Wir kennen ihn aus langen Jahren, aus seinem Wirken als Bundesgeschäftsführer der Union, unter dessen Mitwirkung die Christlich Demokratische Union erfolgreiche Wahlen bestanden hat. Wir kennen ihn aus seinem politischen Wirken. Ich darf Ihnen versichern, daß ich in zahlreichen Unterhaltungen, die ich mit ihm gehabt habe, die Überzeugung gewonnen habe, daß wir hier einen Freund vorschlagen, der mit großem persönlichem Engagement, mit großem persönlichem Interesse sich dieser Aufgabe widmen wird. Wir sind glücklich, Ihnen diesen Vorschlag unterbreiten zu können.

Meine Freunde, ich komme dann zu den weiteren Mitgliedern des Präsidiums. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, die Satzungen entsprechend den Ihnen vorliegenden Vorschlägen zu ändern und vorzusehen, daß — als äußerste Grenze — bis zu zwölf Personen in das Gesamtpräsidium, also einschließlich des Vorsitzenden und einschließlich der Stellvertretenden Vorsitzenden, gewählt werden sollen. Es schlägt Ihnen darüber hinaus für die konkrete Situation des heutigen Tages vor, daß dieses Präsidium in dem satzungsmäßig vorgesehenen Rahmen auf elf Personen begrenzt wird.

(Beifall)

Das ist das Votum des Vorstandes, das zugleich das Votum des Bundesparteiausschusses ist, der sich dabei von den Gesichtspunkten hat leiten lassen, die ich vortragen durfte.

Nun lege ich Ihnen hierzu zwei unterschiedliche Vorschläge vor, einmal den Vorschlag des Bundesvorstandes und dann einen Vorschlag, der davon abweicht und Ihnen als Vorschlag des Bundesparteiausschusses unterbreitet wird. Beide Vorschläge decken sich in personeller Hinsicht, soweit es sich um den Vorsitzenden, den Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden, die zwei weiteren Stellvertretenden Vorsitzenden und das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums — als solches ist Herr Bruno Heck vorgeschlagen — handelt.

Ich darf in diesem Zusammenhang ergänzend zu dem, was vorgetragen wurde, darauf hinweisen, daß nach der Fassung der Statuten das jeweilige Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums sowohl dem Kreis der Stellvertreter des Vorsitzenden als auch dem Kreis der weiteren Mitglieder des Präsidiums entnommen werden kann. Wenn also heute ein Parteifreund aus dem Kreis der weiteren Mitglieder des Präsidiums gewählt wird, dann bedeutet das nicht, daß nicht in etwa zwei Jahren oder in einem anderen Zeitpunkt ein Mitglied zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied bestellt wird, das dem Kreis der Stellvertreter angehört. Wir wollen uns nicht starr festlegen, sondern insoweit die Bewegungsmöglichkeit offenhalten, die meines Erachtens geboten ist.

Im weiteren unterscheiden sich nun die Vorschläge des Bundesvorstandes und die Vorschläge des Bundesausschusses. Der Bundesvorstand schlägt Ihnen sechs Personen vor, mit deren Wahl die Zahl elf erreicht wäre. Der Bundesausschuß schlägt Ihnen insgesamt neun Personen vor, und wenn Sie als Bundesparteitag beschließen, daß das Präsidium aus insgesamt elf Personen bestehen soll, dann würden Sie aus dieser Vorschlagsliste drei Personen streichen müssen. Ich wiederhole also: In den ersten fünf Personen — Vorsitzender,

Erster Stellvertreter, zwei weitere Stellvertreter und Geschäftsführendes Präsidialmitglied decken sich die Vorschläge des Vorstandes und des Bundespartei-ausschusses. Bezüglich der weiteren Mitglieder sind die Vorschläge unterschiedlich, die sich dem Namen nach im einzelnen aus der Ihnen vorliegenden Liste ergeben.

Ich wiederhole nun zur allgemeinen Unterrichtung die Vorschläge.

Der Vorstand schlägt Ihnen vor, als weitere Mitglieder des Präsidiums zu wählen die Parteifreunde

Theodor Blank
Aenne Brauksiepe
Josef Hermann Dufhues
D. Dr. Eugen Gerstenmaier
Dr. Helmut Kohl
Dr. Gerhard Schröder.

Der Vorschlag des Bundesausschusses sieht vor unsere Parteifreunde

Franz Amrehn
Theodor Blank
Aenne Brauksiepe
Josef Hermann Dufhues
D. Dr. Eugen Gerstenmaier
Dr. Helmut Kohl
Kurt Schmücker
Dr. Gerhard Schröder
Josef Stingl.

Sie werden es verstehen, wenn ich mich jeder Würdigung und Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Parteifreunden enthalte. Ich darf nur eine Bitte äußern, und hier appelliere ich insbesondere an die männlichen Teilnehmer des Parteitags: Sorgen Sie dafür, daß auch eine Frau in das Präsidium der Christlich Demokratischen Union gewählt wird!

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, daß wir es nicht mit schönen Worten bewenden lassen sollen. Wir sollten hier durch die Wahl bekunden, daß wir Wert darauf legen, unsere Frauen auch in den verantwortlichen Gremien unserer Partei zu sehen. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren! Dürfen wir einmal zur Ordnung zurückkehren. Wir haben es hier allein mit der Vorlage 1 – Satzungsänderungen – zu tun. Mit den Wahlen haben wir erst nachher zu tun. Wenn wir nämlich die Satzungsänderung vorgenommen haben oder auch nicht, dann können wir uns schlüssig darüber werden, wen wir eigentlich wählen müssen und wen wir wählen dürfen. Es gilt also jetzt Vorlage 1. Die wichtigste Änderung betrifft den § 21. Dazu

liegen zwei Wortmeldungen vor, und zwar von Herrn Valentin Brück, Rheinland, und Herrn Jäger. — Ich darf Herrn Jäger von Württemberg-Hohenzollern bitten, bereits in die Nähe des Rednerpultes zu kommen.

Valentin Brück MdB:

Herr Präsident, meine lieben Unionsfreunde. Heute morgen haben wir auf unseren Plätzen zwei Vorlagen gefunden, wovon die eine mit Nr. 1, die andere Nr. 2 bezeichnet ist. Ich möchte zunächst etwas zum § 21 vortragen, damit wir nicht nachher in Mißverständnisse hereinkommen, wodurch hier unter Umständen eine gewisse Unzufriedenheit auftreten könnte.

In der Vorlage 2 ist gesagt: Ein Vorsitzender, ein Erster Stellvertreter, zwei weitere Stellvertreter, ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied und sechs weitere Mitglieder. Das ergibt insgesamt elf Personen für das Präsidium. In § 21 ist gesagt:

„Der Bundesparteitag wählt den Vorsitzenden, den Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden, zwei weitere Stellvertreter und bis zu acht weitere Mitglieder des Präsidiums.“

Wenn Sie das addieren, ergibt es zwölf und nicht elf. Wenn wir also diesen neuen § 21a beschließen, kommen zwölf Personen in das Präsidium. Ich beantrage deshalb, um nachher allen Schwierigkeiten enthoben zu sein, das Wortchen „acht“ durch „sieben“ zu ersetzen.

(Beifall)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Meyers:

Herr Jäger, Württemberg-Hohenzollern!

Klaus Jäger:

Herr Vorsitzender! Meine Parteifreunde, gestatten Sie mir, daß ich zu einem Punkt des Vorschlags zu § 21 des Statuts einiges bemerke. Es handelt sich darum, daß im zweiten Absatz von § 21 a) gesagt wird, was künftig im Statut stehen soll:

„Der Bundesparteitag hat aus dem Kreise dieser Personen ein Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums zu bestellen.“

Wir haben soeben aus dem Munde des bisherigen Geschäftsführenden Parteivorsitzenden Dufhues gehört, daß sich der Bundesparteivorstand wegen dieses Geschäftsführenden Mitglieds deshalb Gedanken gemacht hat, weil nun der Versuch unternommen werden soll, dafür zu sorgen, daß sich in diesem Präsidium jemand befindet, der insbesondere die praktische und organisatorische Arbeit der Partei in die Hand nimmt. Bezüglich der vorgeschlagenen Fassung habe ich aber eine gewisse Befürchtung, dies so unverändert in das Statut aufzunehmen.

Ich habe die Befürchtung, daß wir nicht von vornherein wissen, wer nun zu diesen acht weiteren Mitgliedern des Präsidiums gewählt wird. Es könnte

durchaus der Fall eintreten – das liegt ja durchaus in der Natur der Sache –, daß unsere führenden und prominentesten Parteifreunde, also diejenigen, die besonders mit Ehrenämtern, mit Regierungs- und anderen politischen Führungsaufgaben belastet sind, in das Präsidium gewählt werden. Es könnte der Fall eintreten, daß nachher, wenn es aus diesen Mitgliedern zur Wahl des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds kommt, keiner bereit und in der Lage ist, die Geschäftsführung tatsächlich auszuüben. Wir stünden dann vor der Situation, die Satzung erneut ändern zu müssen, um die Möglichkeit zu schaffen, außerhalb dieser acht Mitglieder noch ein weiteres Mitglied zusätzlich zu wählen, das die Geschäftsführung tatsächlich übernimmt.

Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen vorschlagen, den § 21 so zu fassen, daß das Geschäftsführende Präsidialmitglied für den Fall, daß nicht einer der Stellvertreter mit der Geschäftsführung beauftragt werden soll, gesondert und nicht zusammen mit den übrigen Präsidialmitgliedern gewählt wird. Das würde in folgendem Text, den ich nach § 6 der Geschäftsordnung als Zusatzantrag stellen möchte, seinen Niederschlag finden. Ich darf diesen Text kurz vorlesen. § 21 würde nach meinem Antrag folgende Fassung erhalten:

„Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden, einen Ersten Stellvertretenden und zwei weitere Stellvertretende Vorsitzende, ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied, sofern nicht einer der Stellvertretenden Vorsitzenden vom Bundesparteitag durch Beschluß mit der Geschäftsführenden Leitung der Partei betraut wird, sowie bis zu sieben –“

– in diesem Fall wird die Zahl „acht“ ersetzt durch die Zahl „sieben“, weil das Geschäftsführende Mitglied gesondert gewählt ist – „weiteren Mitgliedern des Präsidiums“.

Nach dem Antrag unseres Freundes Brück wären es nur sechs. Das ist richtig; aber damit hätten wir die Möglichkeit, daß, wenn die Stellvertreter gewählt sind, zunächst unter Umständen gesagt werden kann, einer der Stellvertreter übernimmt die Geschäftsführung. Dann braucht man kein Geschäftsführendes Präsidialmitglied mehr zu wählen. Übernimmt aber keiner der Stellvertreter die Geschäftsführung, dann wäre zuvor das Geschäftsführende Präsidialmitglied zu wählen und dann die übrigen Mitglieder des Präsidiums.

Mit diesem Vorschlag könnten wir vermeiden, daß wir unter Umständen nachher in die Situation kommen, die ganze Geschichte noch einmal von vorne mit der Satzung und mit dem Statut aufrollen zu müssen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieser Fassung zustimmen würden.

Präsident Dr. Meyers:

Darf ich bitten, mir den Antrag zu geben. Das Wort hat Herr Dufhues.

Josef Hermann Dufhues:

Meine Freunde! Dem Vorstand und dem Ausschuß war durchaus bekannt, daß die Statuten die Wahl von insgesamt zwölf Parteifreunden in das Präsidium ermöglichen, während tatsächlich nach den Vorschlägen des zweiten Vorstandes und des zweiten Ausschusses auf dem heutigen Parteitag elf Partei-

freunde zur Wahl vorgeschlagen werden. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie beschließen, ein für allemal die mögliche Zahl der Mitglieder des Präsidiums auf elf Parteifreunde zu begrenzen, aber uns schien es, daß es zweckmäßig sei, eine Höchstgrenze festzulegen und diese bei etwa zwölf Personen zu bestimmen. Wir haben das Vertrauen zum Parteitag, daß er jeweils die Kraft hat, diese Möglichkeit nicht in vollem Umfange auszunutzen, sondern sich über eine geringere Zahl entscheiden wird. Das können elf sein, das können zehn sein, das können auch sieben sein. Das ergibt sich nicht zuletzt aus der jeweils gegebenen Situation. Wir waren einstimmig der Meinung, daß wir gut beraten seien, wenn wir in der Fassung eine Höchstgrenze festlegen und dem Bundesparteitag die Vollmacht und den Auftrag geben, jeweils bei Wahlen die Zahl der dem Präsidium angehörenden Mitglieder zu bestimmen, wie gesagt, bis zur Höchstgrenze von zwölf Personen.

Die Darlegungen unseres Parteifreundes mögen an der Formulierung und Fassung des Änderungsvorschlages eine gewisse Stütze finden. Wer meinen Vortrag gehört hat, wer vor allem auch den Beratungen des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses beigewohnt hat, wird wissen, daß die Wahlen in der Weise durchgeführt werden sollen, daß gewählt werden:

der Vorsitzende,
der 1. Stellvertretende Vorsitzende,
dann die beiden weiteren gleichberechtigten Stellvertreter,
dann das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums.

Wir werden also bei den Wahlen, die wir vorbereitend besprechen, jeweils daran denken müssen, daß im Kreis der Stellvertreter und der weiteren Mitglieder des Präsidiums ein Parteifreund ist, der die Aufgabe des Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums übernehmen kann. Wir stolpern doch nicht einfach in die Wahl hinein, sondern überlegen vorher, wie die Funktionen verteilt und aufgeteilt werden können, die hier zu verteilen sind. Ich hoffe also, daß man es bei der jetzigen Fassung belassen kann. Vielleicht kann durch eine Änderung der Geschäftsordnung, die sowieso einer Korrektur bedarf, festgelegt werden, daß in dieser Weise die Wahlen durchgeführt werden. Für mich gibt es gar keinen Zweifel, daß den sachlichen Gesichtspunkten des Parteifreundes Rechnung getragen wird.

Präsident Dr. Meyers:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die beiden Anträge sind für meinen Begriff Änderungsanträge zu dem Antrag des Vorstandes. Ich würde also deswegen in der Reihenfolge der Wortmeldungen, weil es hier unter den Juristen nicht ganz klar ist, welches der weitergehende Änderungsantrag ist, zunächst über die Abänderungsanträge und dann über den Antrag des Vorstandes und des Parteausschusses abstimmen lassen. Sind Sie einverstanden? —

Ich darf also zunächst zur Abstimmung stellen den Antrag des Parteifreundes Brück, daß nämlich an Stelle der Worte „bis zu acht“ einfach die Zahl „sieben“ eingesetzt wird. Wer dafür ist, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Es ist von hier aus, insbesondere

wegen der Lichtverhältnisse, nicht ganz klar zu entscheiden, deshalb darf ich Sie, meine verehrten Damen und Herren, bitten, den „Frühspott“ nachzuholen, und diejenigen, die für den Antrag sind, bitten, sich zu erheben und die Stimmkarte zu zeigen. — Darf ich die Stimmzähler bitten, einmal abzuzählen, und zwar innerhalb ihrer Blöcke. Sind die Stimmzähler mit dem Stimmenzählen fertig?

Darf ich nunmehr diejenigen bitten, die dagegen sind, sich zu erheben und die rote Stimmkarte zu zeigen... — Sind die Stimmzähler mit dem Stimmenzählen fertig? Ich darf die Damen und Herren bitten, wieder Platz zu nehmen. Wer enthält sich? — Soviel ich sehe, sind es drei Enthaltungen. Darf ich bitten, das Stimmzählergebnis zusammenzuzählen. Ich bitte einen Augenblick um Geduld, meine Damen und Herren. Im übrigen darf ich glauben, daß der Parteitag mit mir der Ansicht ist, daß diese für das zukünftige Schicksal unserer Partei maßgeblichen Abstimmungen und Wahlen keine Gelegenheit für Autogrammsammlungen darstellen. Das können wir nachher machen. Ich gebe auch gerne Autogramme nachher noch.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, die Zweifel des Präsidiums waren berechtigt: Der Antrag ist mit 257 Stimmen angenommen, 256 Stimmen waren dagegen.

(Heiterkeit und Beifall)

Bei vier Stimmenthaltungen! Damit entfällt der Antrag Jäger.

(Zurufe)

— Herr Jäger ist nicht der Ansicht, daß sein Antrag entfällt. Wir werden darüber abstimmen lassen.

Damit kein Irrtum unter uns entsteht: Hier für diesen Abänderungsantrag zu einem Antrag ist natürlich nur die einfache Mehrheit notwendig, für die Satzungsänderung ist nachher die absolute Mehrheit erforderlich. Es müssen dann also 289 Stimmen sein.

Ich stelle zur Abstimmung den Antrag Jäger, der wie folgt lautet:

§ 21 Buchst. a erhält folgende Fassung:

Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden, einen Ersten und zwei weitere Stellvertretende Bundesvorsitzende,

— jetzt kommt die Abweichung vom Vorschlag des Vorstandes —,

ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied, sofern nicht einer der Stellvertretenden Vorsitzenden vom Bundesparteitag durch Beschluß mit der Geschäftsführenden Leitung der Partei betraut wird, sowie bis zu sieben weitere Mitglieder.

(Zurufe: sechs!)

— Entschuldigen Sie bitte! Sechs! Es muß also heißen: sowie bis zu sechs weitere Mitglieder des Präsidiums.

Das Wort hat Herr Dufhues.

Josef Hermann Dufhues:

Meine lieben Parteifreunde! Zunächst möchte ich auf einen Widerspruch hinweisen, soweit ich das Ergebnis der bisherigen Beschlußfassung habe verfolgen können.

Falls ich es richtig verstanden habe, haben Sie beschlossen, daß das Präsidium aus elf Personen, nicht aus „bis zu elf“ Personen bestehe bzw. „bis zu zwölf“ Personen. Der Unterschied liegt nicht nur in der Zahl, sondern, wenn ich Sie und auch Herrn Dr. Meyers recht verstanden habe, haben Sie auch das „bis zu“ —

(Widerspruch)

Herr Meyers bestätigt mir, daß nur die Zahl geändert worden sei.

(Zuruf: Nur die Zahl wird geändert!)

— Einverstanden! Dann fällt dieses Bedenken weg.

Im übrigen habe ich inzwischen den schriftlichen Text des Änderungsvorschlags gesehen. In der Sache bestehen gar keine Bedenken, meine lieben Freunde, das zu beschließen. Wir haben die Absicht, diese Frage im Rahmen der Geschäftsordnung zu regeln. Man kann es in der Satzung ordnen. Falls der Bundesparteitag der Meinung ist, es solle in der Satzung geregelt werden, so habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß Sie so beschließen, schon deshalb, um eine weitere Abstimmung im Verhältnis 256:257 zu ersparen.

Präsident Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich komme zur Abstimmung. Wer für den Antrag Jäger ist, den bitte ich sitzen zu bleiben und die Stimmkarten zu erheben, weil auf diese Weise besser ausgezählt werden kann. — Ich darf vielleicht um die Gegenprobe bitten. Möglicherweise erübrigt sich dann das Auszählen. Wer ist gegen den Antrag? — Das erstere war zweifellos die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, hier wird gerade angeregt, eine sprachliche Änderung in dem Antrag vorzunehmen, und zwar, jeweils „Bundes“ zu streichen. Es handelt sich um eine Bundessatzung unserer Bundespartei. Hier wird also empfohlen zu schreiben: „der Vorsitzende, der Stellvertretende Vorsitzende“ und nicht immer „Bundes...“. Sind Sie einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist der Antrag angenommen.

Das Wort hat Herr Dr. Klepsch.

Dr. Klepsch MdB:

Ich muß nach Annahme dieses Antrags doch noch eine Frage zur Diskussion stellen. Schließlich soll ja auch der Vorsitzende einmal das Geschäftsführende Präsidialmitglied sein dürfen. Wir haben jetzt ungefähr jedem Mitglied des Präsidiums durch die bisherigen Beschlüsse zugestanden — nach den vorgesehe-

nen Satzungsänderungen —, die Geschäfte der Partei führen zu können; nur eines haben wir ausdrücklich davon ausgenommen, den Vorsitzenden selber.

(Heiterkeit)

Darf ich vielleicht einen Änderungsantrag stellen?

(Widerspruch)

— Na gut!

Präsident Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren, sind Sie mit dem Präsidium der Ansicht, daß sich die beiden Anträge der Herren Jäger und Brück gegenseitig ergänzen?

(Zustimmung)

— Gegenstimme? — Nein!

Ich komme nunmehr zur Schlußabstimmung über den § 21 in der von Ihnen soeben zweimal mit Mehrheit beschlossenen Fassung. Er heißt nunmehr wie folgt:

Der Bundesparteitag wählt den Vorsitzenden, einen Ersten und zwei weitere Stellvertretende Vorsitzende, ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied, sofern nicht einer der Stellvertretenden Vorsitzenden vom Bundesparteitag durch Beschluß mit der geschäftsführenden Leitung der Partei betraut wird, sowie bis zu sechs weitere Mitglieder des Präsidiums.

Haben Sie verstanden?

(Zustimmung)

Darf ich jetzt diesen Antrag zur Schlußabstimmung stellen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Die Gegenprobe, bitte! — Enthaltungen? — Bei zwei Enthaltungen und sechs Gegenstimmen mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Dadurch entfällt der zweite Absatz des Vorschlags des Bundesvorstands und des Bundesausschusses.

Wir kommen zu § 24. Die Änderung besteht dort lediglich in dem Satz: „Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.“ Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Zeichen. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Einstimmig angenommen.

(Zuruf: Über § 21 Abs. 3 ist noch nicht abgestimmt worden)

— Damit kein Mißverständnis entsteht: § 21 Buchst. a) Abs. 3 ist nur der Vollständigkeit halber aufgeführt; er ist nicht unterstrichen und braucht deshalb nicht zur Abstimmung gestellt zu werden.

Wir haben dann weiter abzustimmen über § 25. Nach den vorhergehenden Abstimmungen würde der Vorschlag zu § 25 jetzt lauten:

Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem Präsidium; ihm gehören an:
- 1) der Vorsitzende
 - 2) der 1. Stellvertretende Vorsitzende
 - 3) zwei weitere Stellvertretende Vorsitzende,
- der Halbsatz „falls . . . trifft“ entfällt –
- 4) das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums,
 - 5) bis zu sechs weitere Mitglieder des Präsidiums,
 - 6) der Vorsitzende der Bundestagsfraktion,
 - 7) der Bundesschatzmeister.

Dann folgen wieder Bestimmungen, die nicht geändert werden.

Das Wort hat Herr Klepsch.

Dr. Klepsch MdB:

Wir haben doch gerade mit überwältigender Mehrheit etwas beschlossen, wogegen ich zwar gestimmt habe – nämlich daß in die Satzung aufgenommen wird, daß auch einer der Stellvertreter Geschäftsführendes Präsidialmitglied sein kann –, das sich hier aber auswirken muß. Wenn er es ist, dann kann es nicht „bis zu sechs“, sondern dann muß es nach der vorhin beschlossenen Ziffer „bis zu sieben“ heißen.

(Widerspruch)

Präsident Dr. Meyers:

Ich halte das für einen eindeutigen Irrtum des Redners. Denn wenn wir das Geschäftsführende Präsidialmitglied gesondert wählen, dann können wir doch nach dem soeben beschlossenen Antrag bis zu sechs weitere wählen, sind aber nicht gehalten, noch sechs zu wählen.

Ich darf also bitten, das, was ich vorgelesen habe, als Antrag aufzufassen. Herr Dufhues hat noch ums Wort gebeten.

Josef Hermann Dufhues:

Ich möchte pflichtgemäß darauf hinweisen, daß der Entwurf des § 25 noch zwei weitere Änderungsvorschläge enthält, die in der Vorlage leider nicht unterstrichen sind. Einmal ist am Schluß des Buchstabens a) klargestellt worden, daß der Bundesgeschäftsführer an den Sitzungen des Präsidiums mit beratender Stimme teilnimmt. Außerdem sieht der letzte Satz des § 25 vor, daß die Mitglieder des Bundesvorstands sich nicht vertreten lassen können. Nach der bisherigen Satzung konnten sich die Landesvorsitzenden vertreten lassen. Wir legen Wert darauf, daß jeder präsent ist, der dieses Amt verwaltet, und schlagen deshalb vor, überhaupt keine Vertretung zuzulassen.

(Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren, Sie haben die Klarstellung gehört. Ich darf bitten, die von Herrn Dufhues bezeichneten Bestimmungen in Ihrer Vorlage ebenfalls zu unterstreichen.

Kann ich nun über die Änderungen des § 25 in toto abstimmen lassen oder wünschen Sie Einzelabstimmung?

(Zuruf: In toto)

– Es wird vorgeschlagen, eine Gesamtabstimmung vorzunehmen. – Dem wird nicht widersprochen.

Wer ist für die vorgeschlagene Neufassung des § 25? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Enthaltung und wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich komme nun zum § 26. Die Änderung lautet:

Die Bundespartei wird durch den Vorsitzenden oder den 1. Stellvertretenden Vorsitzenden, jeweils gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums, gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

Das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums (führt die Geschäfte der Partei). Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer für die Änderung ist, den bitte ich um das Zeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme angenommen.

Ich komme zu § 28. Die Änderung lautet hier:

Das Präsidium und der Bundesvorstand werden durch den Vorsitzenden einberufen; das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer für diese Änderung ist, den bitte ich um das Zeichen! – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung angenommen.

(Der Präsident tritt ans Rednerpult)

Meine Damen und Herren, warum ich hier erscheinen muß, weiß ich nicht; aber es ist mir so vorgeschrieben.

Wir kommen nunmehr zu den Wahlen.

Wir wählen zunächst, und zwar mit dem Stimmzettel Nr. 1, den 1. Vorsitzenden der Union. Es liegt bis jetzt ein einziger Vorschlag vor, nämlich den Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard zu wählen. Werden andere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kann der Wahlgang beginnen. Angesichts der engvertrauten Nähe, in der Sie sich befinden, könnten irgendwelche Delegierten Bedenken haben, ob das eine geheime Wahl sei. Hier drüben, links von Ihnen in den Gängen, sind Stimmkabinen aufgestellt. Diejenigen, die die Stimmkabinen benutzen wollen, mögen das tun. Ich darf aber bitten, die Stimmzettel dann hier im Saal den Damen und Herren, die die Stimmzettel einsammeln, zu übergeben.

(Zurufe: In welcher Form? „Ja“, „Nein“ oder Name?)

– Nach dem Vorschlag des Bundesvorstandes entweder „Ja“ oder „Nein“, oder der Name; beides ist gültig. Sind Sie einverstanden?

(Zustimmung)

Darf ich die Damen und Herren bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

(Einsammeln der Abstimmungskarten)

Meine Damen und Herren, haben Sie alle Ihre Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann erkläre ich den Wahlgang für geschlossen und bitte, die Stimmzettel auszuzählen.

In der Zwischenzeit darf ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Telegramm verlesen, das uns soeben erreichte:

Wünschen von Herzen guten Ausgang des CDU-Parteitages, die Stärkung der europäischen Einheit, die eine Bestätigung für die brillanten Aussichten der Weltbewegung der christlichen Demokratie. Wir schließen uns der verdienten Ehrung Dr. Adenauers an.

Raphael Caldera, Präsident der Union Christlicher Demokraten Latein-Amerikas und Generalsekretär der Christlich Sozialen Partei Venezuelas.

(Beifall)

Ich entnehme Ihrem Beifall, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir unseren Freunden in Latein-Amerika von ganzem Herzen danken und ihnen Erfolg in ihrem sicherlich nicht leichten Kampf in jenem Erdteil wünschen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, darf ich bitten, Platz zu nehmen und das Podium zu räumen.

Die Wahl des Bundesvorsitzenden hatte folgendes Ergebnis. Abgegeben wurden 548 Stimmen, gültig waren 548 Stimmen. Davon wurden für Herrn Bundeskanzler Erhard 413 Stimmen abgegeben.

(Lebhafter Beifall)

Gegenstimmen: 80, Enthaltungen: 50, einzelne zersplittert: 5.

Ich frage Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard, ob er die Wahl annimmt.

Bundeskanzler Professor Dr. Erhard:

Ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Ich darf mich zum Dolmetsch Ihrer Gefühle machen und Herrn Bundeskanzler Erhard recht herzlich zu dieser Wahl gratulieren, uns allen zu dieser Wahl Glück wünschen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir unter seiner Führung den bisherigen, sieggewohnten Weg der CDU weiter zurücklegen.

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zur Wahl des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden. Bis jetzt liegt ein Vorschlag vor; er lautet: Dr. Rainer Barzel.

(Bravo-Rufe)

Darf ich Sie bitten, nach dem soeben geübten Verfahren auf den Stimmzettel Nr. 2 — das ist der gelbe Stimmzettel — nunmehr entweder den Namen oder Ja oder Nein zu schreiben. In allen drei Fällen ist der Stimmzettel gültig.

(Zurufe)

Entschuldigung! Ich muß noch die Frage stellen: Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann darf ich den Wahlgang für eröffnet erklären und unsere bewährten Stimmzähler bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

Meine Damen und Herren, haben Sie alle Ihre Stimmzettel abgegeben? — Ich höre keine andere Auskunft. Dann erkläre ich den Wahlgang für beendet. — Ich darf die Stimmzähler bitten, auszuzählen. Sie, meine lieben Parteifreunde, darf ich bitten, sich zu gedulden. Ich halte es für wichtig, bei diesen entscheidenden Wahlen die Wahlgänge zu trennen, um damit einmal jedem die Chance auf einen nächsten Wahlgang zu erhalten, wenn einer nicht zum Zuge kommen sollte, um damit aber zum anderen auch der Wichtigkeit der Wahlen in unserer Partei dadurch Ausdruck zu verleihen, daß wir jeden getrennt wählen und uns auf diesen Wahlgang konzentrieren.

Der Wahlgang für den 1. Stellvertretenden Vorsitzenden hatte folgendes Ergebnis:

abgegebene Stimmen	558
gültige Stimmen	557
davon für unseren Parteifreund Barzel	385
Gegenstimmen	108
Enthaltungen	63
einzelne	1

Damit ist unser Parteifreund Dr. Rainer Barzel gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

(Dr. Barzel:

Ja! — Lebhafter Beifall)

Nachdem Herr Dr. Barzel die Wahl angenommen hat, darf ich auch ihm die Glückwünsche des Parteitages übermitteln und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die gestern von unserem 1. Vorsitzenden und dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden gegenseitig versicherte Loyalität dazu führen wird, daß beide gemeinsam die Christlich Demokratische Union in eine gute Zukunft führen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich mache Ihnen den Vorschlag, die beiden weiteren Stellvertreter gemeinsam zu wählen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

Ich lasse abstimmen. Wer ist für diesen Vorschlag? — Wer ist gegen diesen Vorschlag? — Wer enthält sich? — Bei wenigen Gegenstimmen mit überwiegender Mehrheit angenommen!

Ich darf Sie nun bitten, den rosa Stimmzettel Nr. 3 zu benutzen. Vorschläge liegen bisher vor für Herrn Minister Kai-Uwe von Hassel und Herrn Minister Lücke. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich hiermit den Wahlgang. Ich bitte die Stimmzähler, die Stimmzettel einzusammeln. Es wird wieder wie bisher gewählt. Ich würde auch als gültig ansehen, wenn zwei Ja oder zwei Nein daständen oder ein Ja und ein Nein.

(Sehr starker Widerspruch)

Es ist gut, daß diese Fragen kommen. — Dann darf ich Sie bitten, in diesem Fall nur die Namen zu schreiben, damit es klar ist, aber beide auf Stimmzettel Nr. 3.

Falls inzwischen schon jemand seine Stimmkarte mit einem „Ja“ bezeichnet hatte, mag er das ruhig durchstreichen und den Namen des von ihm zu Wählenden daneben schreiben.

Sind die Stimmzettel nunmehr sämtlich abgegeben? — Dann schließe ich den Wahlgang.

Meine Damen und Herren! Ich verkünde das Ergebnis des dritten Wahlganges. Sie wissen, es standen zwei Kandidaten zur Wahl. Abgegeben wurden 542 Stimmzettel und damit 1084 Stimmen. Davon erhielten Herr Minister Lücke 464 und Herr Minister von Hassel 458 Stimmen. Es waren 36 Gegenstimmen und 119 Enthaltungen sowie sieben einzelne Nominierungen vorhanden.

Ich frage Herrn Minister Lücke, ob er das Amt annimmt.

(Bundesminister Lücke:

Jawohl! — Beifall)

Ich danke Ihnen und gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl.

Ich frage Herrn Minister von Hassel, ob er die Wahl annimmt.

(Bundesminister von Hassel:

Ich nehme die Wahl an. — Beifall)

Dann danke ich auch Ihnen, Herr von Hassel, und wünsche beiden von Herzen Glück.

Zur Geschäftsordnung darf ich bekanntgeben, daß der für 13 Uhr vorgesehene Presseempfang im Anschluß an die Plenarsitzung des Parteitages stattfindet. Ich darf die Damen und Herren der Presse bitten, dann in das Foyer des Stadttheaters zu kommen.

Wir haben jetzt das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums zu wählen. Dafür liegt ein Vorschlag vor: Minister Dr. Bruno Heck.

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Ernst Lemmer gemeldet, ich erteile ihm das Wort.

Ernst Lemmer MdB:

Meine Freunde, der Parteitag ist bekanntlich souverän. Souveränität verpflichtet zur Intelligenz. Da es sich hier darum handelt, einen Parteifreund zu wählen,

der auf etwas verzichtet, um sich der Partei zu opfern und hier eine schwere Aufgabe zu übernehmen, könnten wir, meine ich, per Akklamation abstimmen. Das andere wäre doch übertrieben.

(Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Sie haben den Antrag, der darin liegt, gehört. Wer dafür ist, daß wir diesen Wahlgang durch Akklamation erledigen, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Da eine Reihe von Stimmen dagegen sind, muß mit Stimmzetteln gewählt werden.

(Unruhe)

— Ja, meine Damen und Herren, das ist nun einmal Demokratie. Was glauben Sie, was unsere Schwestern und Brüder in der Zone geben würden, wenn sie einmal einen ganzen Tag lang frei wählen dürften!

(Lebhafter Beifall)

Also, Sie benutzen jetzt bitte den Stimmzettel Nr. 4, also den roten Stimmzettel. Wir können es handhaben wie bei den zwei ersten Wahlgängen: Sie schreiben auf den Stimmzettel entweder den Namen oder Ja oder Nein. Sind Sie einverstanden?

(Zustimmung)

— Das ist der Fall. Weitere Vorschläge? — Keine.

Dann eröffne ich hiermit den Wahlgang und bitte, die Stimmzettel einzusammeln.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann erkläre ich den Wahlgang für geschlossen.

Wir kommen jetzt zum letzten Wahlgang. Ich wollte Ihnen dazu in unserem gemeinsamen Interesse im Hinblick auf die Zeit — Demokratie bedeutet ja Freiheit der Wahl, aber nicht Zeitverschwendung für Sie alle — den Vorschlag machen, daß wir uns über das Procedere, also das Vorgehen beim nächsten Wahlgang, also über die Art der Behandlung der Vorschläge, schon einmal schlüssig werden, während dort noch ausgezählt wird. Sind Sie einverstanden?

(Zustimmung)

— Das ist der Fall.

Sie wissen, daß wir eben beschlossen haben, vorzusehen, daß wir noch bis zu sechs weitere Mitglieder wählen können. Dafür liegen Ihnen zwei Vorschläge vor, einmal der Vorschlag des Bundesvorstandes — alphabetisch geordnet — in der Drucksache, die Ihnen vorgelegt worden ist, und zum andern der Vorschlag des Bundesausschusses, in dem drei weitere Namen aufgeführt sind. Sie haben also bis jetzt insgesamt neun Vorschläge. Hierzu darf ich zunächst unserem Freund Stingl das Wort geben.

Josef Stingl MdB:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesverband Oder/Neiße hat mich für einen Sitz im Präsidium nominiert. Er hat sich dabei von der Notwendigkeit leiten lassen, daß in unserer großen Partei auch die Vertriebenen und Flüchtlinge im Präsidium vertreten sind. Ich habe mich zur Kandidatur bereit erklärt. Inzwischen haben viele Besprechungen ergeben, daß die Größe des Präsidiums nicht ausreicht, um alle Gruppen angemessen zu repräsentieren. Meine Freunde und ich sind der Überzeugung, daß es bei der außenpolitischen und der national-politischen Situation unbedingt notwendig ist, daß die Hauptstadt Berlin im Präsidium der CDU gegenwärtig ist.

(Zurufe: Sehr gut! – Beifall)

Der Landesverband Oder/Neiße ist sich im übrigen bewußt, daß sein Eintreten für die Rechte der Vertriebenen und Flüchtlinge nur dann Hoffnung auf Erfolg bietet, wenn die Rechte Berlins ungeschmälert bleiben. Dazu trägt auch die Repräsentanz Berlins im Präsidium der CDU bei.

Um eine Zersplitterung der Stimmen zu vermeiden, verzichte ich im Einvernehmen mit meinen Freunden des Landesverbandes Oder/Neiße zugunsten von Franz Amrehn auf eine Kandidatur.

(Bravo-Rufe – Lebhafter Beifall)

Ich weiß, daß mich viele Freunde, namentlich auch aus den Sozial-Ausschüssen, unterstützt hätten. Ich bitte sie wegen der übergeordneten politischen Gesichtspunkte um Verständnis für meinen Verzicht.

(Lebhafter Beifall – Bravo-Rufe)

Präsident Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren! Sie haben die Ausführungen unseres Freundes Stingl gehört, und ich darf Sie bitten, seine wohlerwogene und sicher nicht leicht gefaßte Entscheidung zu respektieren.

Ich habe nun als Vorschläge hier:

Franz Amrehn
Theodor Blank
Aenne Brauksiepe
Josef Hermann Dufhues
D. Dr. Eugen Gerstenmaier
Dr. Helmut Kohl
Kurt Schmücker
Dr. Gerhard Schröder

Freund Stingl ist gestrichen. – Werden vom Parteitag weitere Vorschläge gemacht? – Habe ich lange genug gewartet? –

(Zurufe: Ja!)

– Ja, es soll keiner mit seiner Meinung ausgeschlossen werden. Dann darf ich die Frist zur Einreichung der Vorschläge als beendet erklären. Sie haben also jetzt diese Vorschläge.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir jetzt ein anderes Verfahren praktizieren. Ich habe deshalb darum gebeten, daß wir uns darüber in aller Ruhe jetzt schlüssig werden.

Das Ihnen vorgeschlagene andere Verfahren ist das, daß die Ihnen vorgeschlagenen Ihnen auf einem vorbereiteten Zettel alphabetisch geordnet gegen Abgabe des Stimmzettels Nr. 15 ausgehändigt werden.

(Zurufe: Stimmzettel Nr. 5!)

— Ja, Nr. 5. Ich habe heute schon so viel wählen lassen, ich glaubte, es wären mehr Wahlen.

Sind Sie also mit einem solchen Vorgehen, das Ihnen die Schreibearbeit und uns die vielfachen Zählungen erleichtern soll, einverstanden? —

(Zurufe: Ja!)

Wer ist dagegen? — Keiner! Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, es werden also zunächst diese Wahlzettel gegen Abgabe des Stimmzettels Nr. 5 verteilt. Erst dann eröffne ich den Wahlgang. Herr Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske macht mich soeben darauf aufmerksam, daß wir selbstverständlich bei der Vorbereitung noch nicht wußten, daß Herr Stingl verzichtet. Er steht daher noch als letzter auf dem Wahlzettel.

Um den Wahlgang ganz sicher zu machen: Oben steht: „Vorschläge“. — Das ist weder ein Parteifreund noch eine Parteifreundin. Das konnte fehlen. Ich sage das, damit nicht etwa jemand sein Kreuz hinter „Vorschläge“ macht.

(Lebhafte Heiterkeit)

— Es kann ja mal sein, daß einer „Vorschläge“ heißt.

Es ist eine weitere Frage zu klären. Ich glaube, wir gehen einig, wenn ich sage, Wahlzettel, die mehr als sechs Namen enthalten, sind ungültig.

(Zurufe: Einverstanden! — Zurufe: Ja!)

Jetzt müssen wir uns aber darüber einigen, weil hierüber — wie immer bei Juristen — verschiedene Meinungen bestehen: Was machen wir mit den Stimmzetteln, die weniger als sechs Namen enthalten? —

(Zurufe: Gültig!)

Ich bin der Ansicht, daß sie gültig sind,

(Lebhafte Zustimmung)

weil eine andere Meinung Ihre Stimmfreiheit beeinträchtigen würde.

(Zurufe: Jawohl! — Beifall)

Sie sind ja frei, einen oder sechs zu wählen.

(Zustimmung)

Darf ich das als einhellige Meinung ansehen? —

(Zurufe: Ja!)

Wer ist dagegen? –

(Zurufe)

– Wer nicht aufpaßt, der stimmt eben nicht ab.

Ich darf das dann also als Ihre Meinung ansehen, es ist so beschlossen.

Ich bitte Sie jetzt, hier

(zeigt)

in diese Rubrik hinein Ihr Kreuz für diejenigen zu setzen, die Sie wählen wollen. Ich lasse also jetzt erst – wie gesagt – gegen Quittung die Wahlzettel verteilen. Erst dann beginnt der Wahlgang.

* * *

Meine Damen und Herren! Es kommen bei diesem Wahlgang insbesondere aus den Kreisen unserer süddeutschen Freunde Fragen, ob man einem Kandidaten mehrere Stimmen geben könne.

(Lebhafter Widerspruch)

Das ist nicht möglich.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Das mag ein Grund zu Ihnen gestatteter Heiterkeit sein, aber im süddeutschen Raum hat man das Kumulieren bei bestimmten Wahlgängen, wie Sie wissen, und unsere Freunde fragen nun, ob sie sechs Stimmen für einen haben, oder nur eine für jeden, den sie wählen. Also nur eine Stimme!

(Zurufe: Ja!)

Hat nunmehr jeder den grünen Wahlzettel?

(Zustimmung)

Dann eröffne ich den Wahlgang. –

Hat noch ein stimmberechtigter Delegierter seinen grünen Wahlzettel nicht abgegeben?

(Zuruf: Hier ist noch einer!)

Damit erkläre ich den Wahlgang für geschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, noch einen Augenblick Geduld zu haben.

Das Wahlergebnis für das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums Dr. Heck ist folgendes:

abgegebene Stimmen	549
gültige Stimmen	548
für Herrn Dr. Heck	484
Gegenstimmen	40
Enthaltungen	24
ungültig	1

(Beifall)

Ich frage unseren Freund Minister Dr. Heck, ob er die Wahl annimmt.

(Bundesminister Dr. Heck:

Ich nehme die Wahl an! — Lebhafter Beifall)

Er nimmt die Wahl an. Ich darf ihm den besonderen Dank des Parteitages aussprechen, daß er ein so schwerwiegendes Amt in Kenntnis aller Folgen, weil er sie schon einmal in allernächster Nähe gesehen hat, angenommen hat. Ich darf ihm alles Gute für seine Arbeit zum Wohle unserer Union wünschen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Die Auszählung der grünen Wahlzettel wird natürlich eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Ich frage deshalb den Parteitag, wollen Sie eine Unterbrechung der Sitzung oder wollen Sie, daß wir fortfahren mit dem Wort unseres 1. Vorsitzenden und die Sitzung beenden, und Ihnen wird das Ergebnis nachher schriftlich vom Vorstand mitgeteilt.

Wer für die Unterbrechung der Sitzung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist gegen die Unterbrechung? — Wer enthält sich? — Die Gegenstimmen waren zweifellos die Mehrheit.

Ich darf unseren 1. Bundesvorsitzenden Professor Dr. Erhard bitten, zu uns zu sprechen.

Bundeskanzler und Bundesvorsitzender Professor Dr. Erhard:

(Lebhafter Beifall)

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Wir haben eine Wahl hinter uns, bei der jeder einzelne in freier Entscheidung die Männer wählte, die er wirklich für fähig hält, die Geschicke der Partei zu führen. Es war ein echtes demokratisches Votum. Ich danke Ihnen — ich glaube, ich kann auch im Namen aller sprechen, die in das Präsidium gewählt sind oder noch gewählt werden — für das Vertrauen, welches Sie mir und uns allen damit gezollt haben.

(Starker Beifall)

Ich bitte aber auch diejenigen, die ihre Stimme nicht für mich und andere Freunde aus dem Präsidium abgegeben haben, um ihr Vertrauen. Sie können überzeugt sein, daß wir alles tun werden, daß wir uns redlich bemühen und unsere ganze Kraft einsetzen, um die CDU nicht nur geschlossen zu erhalten, sondern sie weiter voranzuführen nach dem Gesetz, nach dem wir angetreten sind.

(Lebhafter Beifall)

In dieser Stunde, wo ich nach einem großen Manne, dessen Person und Werk in die Geschichte eingehen werden, als sein Nachfolger mein Amt antrete, möchte ich tiefe Gefühle meines Dankes an Sie richten, Herr Dr. Adenauer.

(Anhaltender starker Beifall)

Wir alle sind froh, daß Sie, wie das der Parteitag bewiesen hat, die Hände noch nicht in den Schoß legen wollen, sondern uns mit weiterer Mitarbeit und Beratung zur Verfügung stehen werden.

Meine lieben Freunde! Bei einem solchen Wechsel bin ich mir auch bewußt, daß es eine besondere Ehre für mich ist, diese Nachfolge antreten zu dürfen. Ich bin mir bewußt, daß es auch nicht leicht sein wird, und ich fühle nicht nur die Ehre und die daraus erwachsende Verpflichtung, sondern ich empfinde auch die Schwere, nicht eine niederdrückende Schwere, aber doch die Verpflichtung, die Verantwortung, der Aufgabe gerecht zu werden, die durch Ihr Votum an mich herangetragen worden ist. Es ist das Mandat für die Fortführung unserer Politik, und ich spreche, wieder nicht für mich, sondern für alle Mitglieder des Präsidiums, wenn ich Ihnen sage: An uns soll es nicht liegen, die CDU immer inniger miteinander zu verbinden, im Bund, im Land und in den Kommunen dafür zu sorgen, daß mit neu belebtem Geist wir an die Aufgaben herantreten, die unser harren und die sowohl auf dem Gebiet der Innenpolitik als auch der Außenpolitik ganz bestimmt nicht leicht sein werden. Aber wir sind mit dem Herzen bei der Sache, nicht nur mit dem Verstand, obwohl beides dazugehört.

Wenn wir auch manchmal vor Hindernissen stehen werden, die schier unüberwindlich zu sein scheinen, dann, so meine ich, werfen wir das Herz voraus, der Kerl kommt dann schon hinterher.

(Beifall)

Also zum guten Schluß dieses Parteitags noch einmal Ihnen allen meinen herzlichen Dank für das Vertrauen, verbunden mit dem Gelöbnis, zu Ihnen zu stehen, treu und beharrlich in einer gemeinsamen Aufgabe, hin zu einem gemeinsamen Ziel, für Deutschland!

(Langanhaltender starker Beifall)

Präsident Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren! Ich lasse gerade einmal den Stand der Auszählung feststellen. Die Juristen haben mich davon überzeugt, daß ich Sie nicht entlassen kann, bevor nicht feststeht, daß nicht noch eine Stichwahl nötig ist. Ich bitte Sie also, noch etwas Geduld zu haben.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, den Parteitag noch nicht zu verlassen. Ich habe soeben die Mitteilung erhalten, daß in fünfzehn bis zwanzig Minuten das Ergebnis vorliegen wird. Ich unterbreche deshalb den Parteitag bis 14.15 Uhr und bitte Sie, sich dann wieder hier zu versammeln.

(Unterbrechung von 13.55 Uhr bis 14.40 Uhr)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. —

Darf ich auch die Parteifreunde auf den Gängen bitten, wieder in den Saal zu kommen? —

Präsident Dr. Meyers:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Ergebnis der Wahl bekanntgeben:

Abgegebene Stimmzettel	564
Abgegebene Stimmen dementsprechend	3264
Gültige Stimmen	3258

Davon entfielen auf

Herrn Dufhues	455	(Beifall)
auf Frau Brauksiepe	378	(Beifall)
auf Herrn Dr. Gerstenmaier	351	(Beifall)
auf Herrn Amrehn	349	(Beifall)
auf Herrn Schröder	338	(Beifall)
auf Herrn Blank	318	(Beifall)

Diese sechs sind damit in das Präsidium gewählt.

Auf Herrn Kohl entfielen	218
auf Herrn Schmücker	214
auf einzelne Nennungen	89
Enthaltungen – und zwar für alle –	62
ungültig	6

Ich frage nunmehr die Anwesenden der gewählten sechs, ob sie die Wahl annehmen:

Herr Dufhues?

(Dufhues: Ich nehme an.)

Herr Dufhues nimmt die Wahl an, und wir danken ihm dafür.

(Starker Beifall)

Wir danken ihm in diesem Zusammenhang nochmals für die Arbeit, die er im Dienste der Partei geleistet hat. Ich bin überzeugt, daß das Ergebnis Ihrer Wahl das auch zum Ausdruck bringt.

Frau Brauksiepe?

(Frau Brauksiepe: Ich nehme an.)

Frau Brauksiepe nimmt die Wahl an.

(Beifall)

Die Frage an Herrn Dr. Gerstenmaier werden wir noch nachholen.

Herr Amrehn?

(Amrehn: Ich nehme an.)

Ich darf auch Ihnen Glück wünschen.

(Beifall)

Herr Schröder?

(Schröder: Ja!)

Ich darf auch Ihnen Glück wünschen, Herr Schröder.

(Beifall)

Herr Blank?

(Blank: Ja!)

Ich darf auch Ihnen Glück wünschen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Der 14. Bundespartei-tag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands 1966 in der Bundes-hauptstadt Bonn geht zu Ende. Als sein Präsident habe ich zunächst die Pflicht, Ihnen allen für die intensive Mitarbeit an den Beratungen des Parteitages zu danken. Der Parteitag lebt ja nicht von der Repräsentation und dem äußeren Glanz, in dem er abläuft, er lebt von der Detailarbeit, von der Bereitschaft zum Mitüberlegen und zum Mitentscheiden. Diese Bereitschaft haben Sie alle in den letzten Tagen unter den äußerlich ungünstigen Verhältnissen dieses Saales immer wieder aufs neue bewiesen. Hierfür danke ich Ihnen von ganzem Herzen. Mein Dank gilt den Vertretern der befreundeten Parteien, die uns die Ehre ihres Besuches erwiesen haben. Sie haben durch diesen Besuch die Verbundenheit der Christlich Demokratischen Parteien in der ganzen Welt Ausdruck verliehen. Wir haben im Gespräch mit ihnen nicht nur diese Verbundenheit dankbar erfahren, sondern auch in der Konfrontierung mit ihren Sorgen und Problemen wichtige Hinweise zu unserer eigenen politischen Arbeit gefunden. Auch hierfür möchte ich unseren Freunden aufrichtigen Dank sagen.

(Beifall)

Mein Dank gilt weiter den Vertretern von Presse, Funk und Fernsehen, die dafür Sorge getragen haben, daß die deutsche Öffentlichkeit von diesem Partei-tag erfuhr, und die zugleich mit ihrer Berichterstattung der Weltöffentlichkeit ein Stück der deutschen Demokratie der Gegenwart vermittelt haben.

(Beifall)

Angesichts der Tatsache, daß es diesseits und jenseits der deutschen Grenzen immer wieder Stimmen gibt, die behaupten, die deutsche Demokratie sei poli-tisch und moralisch unterernährt, scheint es mir von besonderer Wichtigkeit zu sein, der Öffentlichkeit durch Veranstaltungen wie diesen Parteitag zu be-weisen, daß die Demokratie in unserem Lande von der überwiegenden Mehr-zahl der Bürger bejaht und von einer großen Anzahl von Frauen und Männern in Redlichkeit und Verantwortung gegenüber dem allgemeinen Wohl praktiziert wird.

(Beifall)

Nicht zuletzt gilt mein Dank all denen, die für die technische Vorbereitung und die Durchführung dieses Parteitages verantwortlich waren und auf deren Schultern die Last einer solchen mühseligen Arbeit ruhte, an der Spitze Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske.

(Beifall)

Sie dürfen in dem Erfolg dieses Parteitages zugleich eine Anerkennung Ihrer Vorarbeit sehen.

Ich darf in den Dank einschließen unseren alten Freund Herrn Dr. Heinrich Krone, der das Parteipräsidium auf eigenen Wunsch verlassen hat.

(Starker Beifall)

Ich danke auch unserem Parteifreund Stingl, der durch diese seine Entscheidung ein Beispiel demokratischer Haltung in persönlichen Fragen gegeben hat.

(Lebhafter Beifall)

Nun lassen Sie mich, meine sehr verehrten Parteifreunde, das Ergebnis dieses Parteitages mit einigen wenigen Worten zusammenfassen, Worte, welche die große Linie unserer Beratungen und Entscheidungen sichtbar machen sollen. Das beherrschende Ereignis dieses Parteitages war die Wahl des neuen Parteivorsitzenden und seiner Stellvertreter und die Wahl des bisherigen Parteivorsitzenden zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit. Diese Wahlentscheidung bedeutet zugleich eine Entscheidung über den politischen Kurs unserer Partei in die Zukunft.

Ein neuer Steuermann ist an das Steuer unseres ParteischiFFes getreten, unterstützt von Männern und Frauen, die mit ihm gemeinsam in erster Linie für die Politik der CDU in der Zukunft verantwortlich sein werden.

Wir alle, die wir uns der CDU verpflichtet fühlen, begleiten den neuen Vorsitzenden unserer Partei, Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard, seinen 1. Stellvertreter, Herrn Dr. Rainer Barzel, und die beiden weiteren Stellvertretenden Vorsitzenden, die Herren Bundesminister von Hassel und Lücke, mit aufrichtigen und herzlichen Wünschen für ihr neues Amt und ihre neue Aufgabe.

(Starker Beifall)

Mit dieser Wahlentscheidung hat der Bundesparteitag der CDU zugleich seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß diese neue Führungsmannschaft der CDU unter Professor Dr. Ludwig Erhard fähig ist, die Politik der CDU für Deutschland in der Zukunft entschlossen und erfolgreich weiterzuführen, und zwar in eine Zukunft, von der wir heute bereits sicher wissen, daß sie uns auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens vor große, ja entscheidende neue Aufgaben stellen wird.

Unsere Aufgabe ist es, diese Männer und Frauen in ihrer schweren verantwortungsvollen Aufgabe loyal und aufrichtig zu unterstützen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und ihnen in Freundschaft auch nicht vorzuenthalten, was wir vielleicht einmal an ihrer Führung auszusetzen haben.

Der schwierige Prozeß einer innerparteilichen Meinungsbildung ist nur möglich auf der Grundlage von Loyalität und Aufrichtigkeit. Sie sind die entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß im Austausch und in der Abwägung der Meinungen und der Gegenmeinungen sich schließlich in demokratischer Weise die Richtung der künftigen Parteiarbeit ergibt.

Professor Dr. Ludwig Erhard ist dafür bekannt, daß er ein solcher Mann des Gesprächs ist, daß er selber diskutieren und abwägen will, um alle Gesichtspunkte einer Frage sachlich und ruhig zu erwägen, bevor sie dann entschieden wird. Wir alle sollten diese seine Bereitschaft unterstützen und damit zugleich dazu beitragen, daß die innerparteiliche Meinungsbildung eine breite und damit solide und tragfähige Grundlage erhält.

Am Schluß seines großen Referats hat unser Parteivorsitzender der Partei die Parole ausgegeben: Zusammenstehen, vorausdenken, arbeiten, arbeiten, arbeiten!

Dieser Parteitag, meine Freunde, hat aufs neue Freund und Gegner bewiesen, wie die Christlich Demokratische Union zusammensteht. Wir diskutieren offen — das hat dieser Parteitag bewiesen —, und wir handeln gemeinsam, auch das hat er bewiesen.

(Beifall)

Dieser Parteitag hat weiter gezeigt, daß unsere Partei vorausdenkt. Die CDU hat nicht nur den Kanzlerwechsel erfolgreich vollzogen, sie hat auch in der Partei den Übergang von der Ära Adenauer zum Vorsitz Erhards vollbracht.

(Beifall)

Sie hat ihre Führung der Forderung des Tages angepaßt.

Die CDU, die Regierungspartei der Bundesrepublik seit eben dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, hat nicht nur in der Spitze, sondern auch in ihren Fraktionen und Organisationen eine Wachablösung ohne Revolutionen, ohne Krisen und ohne Bitterkeit vollzogen. Sie hat durch den Generationswechsel der Nachkriegsgeneration den Weg in die Verantwortung geöffnet, während sich unsere politische Konkurrenz in der Ohnmacht verbraucht, an verbrauchten Männern und verbrauchten Programmen festzuhalten.

(Beifall)

Wir sind nicht wegen unseres Gründungsdatums, sondern wegen unserer Lebendigkeit der Idee und der fortwährenden Regeneration unserer politischen Mannschaft noch immer die jüngste Partei Deutschlands,

(lebhafter Beifall)

am besten gerüstet für den Auftrag, in die Zukunft, entschlossen zur politischen Verantwortung und bereit, auf neue Fragen neue Antworten zu geben.

(Erneuter Beifall)

Nun gehen wir wieder hinaus an die Arbeit, in Dankbarkeit gegen unseren bisherigen Vorsitzenden, im Vertrauen auf unseren neuen Vorsitzenden und auf die Männer, die mit ihm arbeiten. Nach den unabänderlichen Prinzipien unserer christlich-demokratischen Idee haben wir unser Haus aufs neue bestellt. Der Parteitag darf mit seiner Arbeit, er darf mit sich ohne Überheblichkeit zufrieden sein. Die Christlich Demokratische Union bricht nach ihrem 14. Parteitag auf wie nach jedem ihrer Parteitage zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen, zu neuen Taten für unser Land und unser Volk, und sie wird am Sonntag in Hamburg und am 10. Juli in Nordrhein-Westfalen zu beweisen haben, daß ihre Kraft ungebrochen, ihre Idee ewig jung und ihre Frauen und Männer unerschütterlich sind.

Ich schließe damit den Parteitag, indem ich Sie bitte, unsere Nationalhymne zu singen.

(Der Parteitag singt stehend „Einigkeit und Recht und Freiheit“.)

Ich wünsche Ihnen allen eine gute und glückliche Heimfahrt. Der Parteitag ist geschlossen.

